Nr. 204 März '95 DM 7,50 M 3477 F



informationszentrum dritte welt



Ost- und Südostasien

Visionen für das Jahr 2020

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-79020 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16 Uhr Fax: 0761/709866
Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Monika Bierwirth, Fabian Fligg, Uwe Göde, Thomas Herr, Uwe Jungfer, Georg Lutz, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Jochen Müller, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Nivien Saleh, Ann Stafford, Jörg Späte, Bernhard Thill, Sigrid Weber, Udo Wolter.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstraße 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod) Telefon: (0641) 4 30 71
Redaktionsschluß für Nr. 205:
26.3.1995
Anzeigenschluß für Nr. 205:
(Druckfertige Vorlagen) 7.4.1995
Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 54,- (für RentnerInnen, Arbeitslose, SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende 46,- DM) Förderabonnement: DM 100,-, im Ausland: Europa +7,- DM, Welt + 24 ,- DM Porto/Jahr), Kündigung bis zum Erhalt des letzten Heftes möglich. Ansonsten autom. Verlängerung.
Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35 899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110
Titelfoto aus Südostasien informationen 4/90
Foto: F. Rogner/Netzhaut
Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.
Dieser Ausgabe liegt eine Beilage des WEED bei.
Spenden:
Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf Kto. 124 96 06 Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00). Kto.-Inhaber: Stadtkasse, Verw.-Zweck: Durchlaufspende zugunsten Aktion Dritte Welt. Diese Spenden beinhalten kein Abonnement!

Themenschwerpunkt 205:
Demokratisierung in der Dritten Welt
Seit einigen Jahren rollt eine Wahlwelle durch die Staaten des Südens. Wahlen und Demokratische Regierungsformen sind mittlerweile selbst für die Internationalismus- und Solidaritätsbewegung zum Kriterium geworden. Zweifelsohne ist die Demokratisierung in vielen Staaten mit einer Erweiterung politischer Freiheiten verbunden. In unserem Themenblock kritisieren wir aber ein Demokratisierungskonzept, das sich oftmals auf Parlamentarismus und Wahlen reduziert. Wir fragen, inwiefern dieses Konzept nicht eher dazu dient, bestehende soziale Ungleichheiten zu zementieren und eine wirkliche Partizipation der Bevölkerungsmehrheit zu verhindern. Zudem fragen wir, warum immer mehr Oppositionsbewegungen trotzdem versuchen, sich über die Beteiligung an Wahlen Zugang zur Macht in einem System zu verschaffen, das für sie bis vor kurzem noch indiskutabel war. Weitere Schwerpunkte des Themenblocks werden die feministische Kritik am Demokratiemodell, die Partizipationsmöglichkeiten von Frauen im Trikont sowie das Verhältnis von Demokratisierung und Zivilgesellschaft sein.

Inhaltsverzeichnis:

Die Staatspartei schlägt zurück

Hexenjagd auf die mexikanische Zivilgesellschaft

Von der Nacht zum 10. Februar an rückten im südmexikanischen Bundesstaat Chiapas eine Woche lang Tausende Soldaten in die Selva Lacandona vor - angeblich um fünf Haftbefehle gegen führende Mitglieder des Ejército Zapatista de Liberación Nacional (EZLN) zu vollstrecken. Wieder sind ganze Dorfgemeinden auf der Flucht vor dem Militär, wieder werden ganze Täler nach "Subversiven" durchkämmt, und wieder hat die unabhängige Presse keinen Zugang. Präsident Zedillo, der seit seinem Amtsantritt im Dezember letzten Jahres - zumindest dem Anschein nach - bemüht war, möglichst direkte Verhandlungen mit den ZapatistInnen zu führen, gab dem Militär jetzt "freie Hand" ...

Dieser plötzliche Umschwung ist zwar eng mit den von der US-Regierung und den transnationalen Großbanken mehr oder weniger verdeckt vorgetragenen Forderungen verbunden, "endlich in Chiapas aufzuräumen" und "für Stabilität und die Wiederherstellung des Vertrauens ausländischer Investoren" zu sorgen. Doch auch innenpolitische Faktoren scheinen eine entscheidende Rolle beim Rückgriff auf repressive Mittel gespielt zu haben: innerhalb der mexikanischen Staatspartei PRI (Partido Revolucionario Institucional) bedeutete die Amtsübernahme Zedillos einen Kompromiß zwischen den als "Dinosauriern" bezeichneten Hardlinern und den Befürwortern einer vorsichtigen Öffnung und Reform der stark hierarchischen Parteistrukturen.

Dieser Kompromiß bestand darin, zum einen die "demokratische Öffnung" der Staatspartei auf die Schaffung eines Zweiparteiensystems nach US-amerikanischem Vorbild zu begrenzen, indem ausschließlich der rechtskatholischen Oppositionspartei PAN (Partido Acción Nacional) wichtige Machtnischen wie der Posten des Justizministers in Zedillos Regierung und das Gouverneursamt des Bundesstaates Jalisco überlassen werden. Im Gegenzug sollte die mutmaßliche Verstrickung bekannter PRI-Hardliner in die Morde an führenden Reformpolitikern aus der eigenen Partei nicht weiter untersucht werden.

Zum anderen wurde gegenüber der linken Opposition die altbewährte Strategie angewandt, gemäßigte Kreise vor allem der PRD (Partido de la Revolución Democrática) zur Kollaboration zu bewegen und die in das System "nicht-integrierbaren" Gruppen mit Gewalt zu zerschlagen: Während es dem Reformflügel der PRI gelingt, die PRD-Spitze mit dem vagen Versprechen einer (erneuten) Wahlrechtsänderung zur Unterzeichnung eines "nationalen Paktes" zu bewegen, bereiten die Hardliner den militärischen Schlag gegen das EZLN vor. Nicht nur die "Dinosaurier" innerhalb der PRI-hörigen Gewerkschaften und die Großgrundbesitzer-Lobby bestehen seit dem Aufstand in Chiapas auf dessen Niederwerfung; auch führende Militärs hatten Zedillo immer unverhohlener damit gedroht, ihre traditionelle politische Zurückhaltung aufzugeben, wenn ihnen nicht die Gelegenheit gegeben werde, die ZapatistInnen "innerhalb von fünf Tagen" zu besiegen.

Dabei geht das Regime in seinem Angriff auf das EZLN und die ihm nahestehenden Bauern- und Indigena-Organisationen sowie auf die in der Region tätigen Nichtregierungsorganisationen (NRO) keineswegs frontal und undifferenziert vor. Die polizeilichen, paramilitärischen und militärischen Aktionen konzentrieren sich auf die Isolierung und Festnahme bzw. das "Verschwindenlassen" der AnführerInnen, BeraterInnen oder SprecherInnen dieser Organisationen, eine sorgfältig geplante, selektive Zerschlagung der vielfältigen Verknüpfungspunkte und Bindeglieder, die sich gerade zwischen den sozialen und politischen Oppositionsbewegungen Mexikos herausgebildet hatten. Nach der Serie der Wahlniederlagen der PRD und dem offensichtlichen "Annäherungskurs" ihrer SpitzenpolitikerInnen gegenüber der informellen PRI/PAN-Koalition wenden sich viele Basisorganisationen von ihrer Parteispitze ab. Dadurch gewinnt die von EZLN-nahen Gruppen konzipierte Convención Nacional Democrática (CND) wieder an politischer Attraktivität. Und während der mexikanische Sicherheitsapparat die letzten Details des militärischen Schlags gegen das EZLN ausarbeitete, rief die dritte Vollversammlung der CND Anfang Februar in der Stadt Querétaro zur Bildung einer "Nationalen Befreiungsbewegung" unter maßgeblicher Beteiligung des ehemaligen PRD-Präsidentschaftskandidaten Cárdenas auf. Wichtigstes Ziel dieses heterogenen Zweckbündnisses, das sich als nicht-institutionelle "Zivilgesellschaft" bezeichnet und aus CardenistInnen, ZapatistInnen, unabhängigen Bauern- und Indigena-Organisationen, Basisgruppen aus der Frauenbewegung, StudentInnen- und LehrerInnenorganisationen und aus Stadtteil- und Slumbewegungen besteht, ist der Sturz des PRI-Systems und die Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung.

Gegen die bekanntesten VertreterInnen eben dieser Zivilgesellschaft richtet sich die zeitgleich mit Zedillos "Kriegserklärung" an das EZLN eingeleitete Welle von Verhaftungen, Folterungen und erzwungenen "Geständnissen" angeblicher EZLN-Subcomandantes. Betroffen sind Menschenrechts-AktivistInnen, Mitglieder von NROs, kritische UniversitätsdozentInnen sowie BeraterInnen und VertreterInnen oppositioneller Bauern- und Indigena-Organisationen - nicht nur in Chiapas, sondern in ganz Mexiko. Damit versucht das PRI-Regime offenbar, die Konsolidierung einer gesamtmexikanischen Oppositionsbewegung, die sich nicht mehr in den pseudodemokratischen Parlamentarismus integrieren ließe, schon im Keim zu zerstören.

Doch da die gewaltsame Repression einer ganzen, mit gewaltfreien Mitteln des "zivilen Widerstands" kämpfenden Sammlungsbewegung langfristig nicht einmal gegenüber dem an Stabilität interessierten Auslandskapital zu vermitteln sein wird, kann die "Ruhe nach dem Sturm" von der mexikanischen Demokratiebewegung auch genutzt werden, um eben diesen Konsolidierungsprozeß vor allem ihrer Organisationsformen und ihrer Programmatik zu beschleunigen und dabei aus Fehlern des vergangenen Jahres zu lernen. Dazu zählt nicht zuletzt die übertriebene Fixierung auf das EZLN, das besonders von der urbanen mexikanischen Zivilgesellschaft zu einer "Avantgarde wider Willen" stilisiert worden ist, obwohl die ZapatistInnen schon im Januar 1994 betont hatten, ihre "13 Punkte" seien provisorisch und müßten in ein nationales Demokratisierungsprogramm aufgehen - ein Programm, dessen konkrete Ausarbeitung weiterhin aussteht.

Gunther Dietz
AIPIN (Agencia Internacional de Prensa India)

Eine Neudefinition von Revolution

Die Campesino-Bewegung in Chiapas

Der Zapatisten-Aufstand in Chiapas zerbrach am 1. Januar 1994 die Jahrzehnte währende, trügerische politische Stabilität in Mexiko. Die "perfekte Diktatur" (Vargas Llosa) der Staatspartei PRI ist durch das bewaffnete "Wir sagen: Genug!" im Südosten des Landes ins Wanken gekommen. Eine Hauptforderung des Aufstandes ist die Landreform. Das gegenwärtige militärische Vorgehen der Staatsmacht gegen die aufständischen Bauern und die EZLN wird die Landfrage, die einen zentralen sozialen Konflikt Mexikos darstellt, nicht beantworten.

Anfang des Jahres nahm die Erosion der Staatspartei PRI (Partido Revolucionario Institucional) weiter zu. Einer der großen Unternehmerverbände schlug kürzlich sogar vor, eine neue Partei zu gründen. Die politische Absicherung des neoliberalen Projekts für Mexikos Wirtschaft und Gesellschaft ist den Unternehmen und der internationalen Investorengemeinschaft allemal wichtiger als ein Machtkampf um die Pfründe der Staatspartei. Dagegen zeichnete der damalige Präsident Salinas de Gortari noch während seiner abschließenden Regierungserklärung im vergangenen November ein Bild von Mexiko als prosperierendem Land - ein Bild, das ihm schon zu dieser Zeit niemand mehr abnahm.

Kaum war sein Nachfolger Ernesto Zedillo im Amt, schlug die Politik des überbewerteten Peso um: Ende Dezember krachte die Währung binnen weniger Stunden buchstäblich zusammen. Die scheinbare wirtschaftliche Stabilität und die geringe Inflation wurden in der Vergangenheit durch großen Kapitalzufluß von außen erzeugt. Neben Privatisierungen zogen allerdings vor allem die hohen Zinsen in großem Umfang Spekulationskapital an - und so schnell wie dieses kam, war es dann auch wieder weg. Produktive internationale "Hilfe" zur Stützung des Peso und Wahrung des Scheins im Musterland kann das Desaster nicht übertünchen. Das Treffen der Finanzchefs der sieben wichtigsten Industriestaaten Anfang Februar diesen Jahres in Toronto verstärkte den Eindruck der Hilflosigkeit. Mit der angekündigten Privatisierung der Ölgesellschaft Pemex, deren Verstaatlichung vor einigen Jahrzehnten ein Symbol ökonomischer Unabhängigkeit war, geht es nun an die "Kronjuwelen" Mexikos.

"Chiapas" steht jedoch längst nicht nur für den bewaffneten Aufstand und als Moment der Offenbarung der ökonomischen Krise des Systems. Chiapas steht auch für die Krise der Legitimität der "gewählten" Politiker der Staatspartei PRI, die sich über Wahlbetrug ihre Pfründe sichern. In Chiapas hatten sich zwei Regierungen etabliert: Die offizielle des PRI-Kandidaten Robledo Rincón, der nach der Wahl im Dezember sein Amt angetreten hatte. Mit dem Aufzug des Militärs Mitte Februar verkündete er überraschend seinen Rücktritt; und daneben die zapatistisch gestützte Widerstandsregierung (gobierno de rebeldía) von Amado Avendano in San Cristóbal. Letztere allerdings betreibt eher eine symbolische Politik, da sie über keinerlei Ressourcen verfügen kann. Trotzdem steigt der Druck der Opposition, zumal der PRI-Kandidat bei den jüngsten Wahlen im Bundesstaat Tabasco offensichtlich erneut mit Wahlbetrug gewann.

Der Kampf um Land

Gegenwärtig ist die mexikanische Führung um Präsident Zedillo allerdings weniger darum bemüht, innenpolitisch Legitimität zu erlangen. Ihr geht es vor allem darum, nach außen Handlungsfähigkeit zu demonstrieren und das Vertrauen der internationalen Investoren zurückzugewinnen - deshalb das militärische Muskelspiel Mitte Februar. Die Interessen der aufständischen Bauern spielen dabei keine Rolle. Vielmehr ist zu befürchten, daß die Campesinos und ihre Organisationen zu den bevorzugten Zielen der staatlichen Repressionen werden könnten.

Für die Campesinos steht Chiapas nämlich stellvertretend für die elendsten Lebensverhältnisse, aber auch für ihre Erfolge gegen die politischen und sozialen Verhältnisse im Land. Mit Rückendeckung der EZLN gelangen ihnen im vergangenen Jahr eine Reihe von Landbesetzungen. Von der breiten Öffentlichkeit wurden diese kaum zur Kenntnis genommen, obwohl doch eine umfassende Landreform zu den wesentlichen Forderungen der EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional) gehört.

Als "Stichtag" der Landbesetzungen des vergangenen Jahres gilt der 11. März. An diesem Tag haben in der Nähe der Grenze zu Guatemala in der Municipalidad (Landkreis) Trinitaria 60 Campesino-Familien über 850 Hektar Land besetzt, das einem Großgrundbesitzer gehörte und kaum genutzt wurde.

Vorher hatten die meisten Familien entweder gar kein eigenes Land oder höchstens ein oder zwei Hektar. Wenn demnächst einzelne Parzellen verteilt werden, haben sie nunmehr vierzehn Hektar in Aussicht. Diese bleiben allerdings Eigentum der jungen Gemeinde - Ejido heißt diese Form des Anbaus. Vierzehn Hektar pro Familie, das ist nicht viel, aber dennoch Grund, stolz zu sein angesichts der vormaligen Lebensbedingungen. Angebaut wird auf dem kargen Boden ohne jegliche Maschinen fast ausschließlich Mais, der hier im Gegensatz zu Bananen oder Kaffee keine bloße Ware ist, sondern zusammen mit Bohnen eine Lebensform.

Wenn die Campesinos hier im Süden des Bundesstaates Chiapas Strom und Fernsehen hätten, dann sähen sie vielleicht die Werbung des mexikanischen Agrarministeriums, in der ein moderner Traktor ein Feld pflügt, mit einem Kommentar versehen, der Fortschritt und Wohlstand verspricht. Ein Versprechen, das für die meisten BewohnerInnen des Landes keine Bedeutung hat, weshalb sie sich den Schritt vom Nichts zum Etwas hart erkämpfen müssen - gegen die Regierung und viele andere Interessen. Auch das schafft Selbstbewußtsein, wenn es denn gelingt.

Wie in Chiapas wuchs auch in anderen Teilen Mexikos der Mut, sich unabhängig zu



Das neue Selbstbewußtsein der Campesinos drückt sich in Landbesetzungen und Demonstrationen aus - Kundgebung Sommer '94 (Foto: Doro Schütze, transparent)

organisieren und brachliegendes, mit Viehzucht bewirtschaftetes oder auch anderweitig bebautes Land zu besetzen. Angesichts der massiven Bewegung und der breiten Öffentlichkeit war die Antwort der Regierung und Agraroligarchie in vielen Fällen weniger repressiv als zuvor, Verhandlungen waren einfacher zu erreichen.

Die Lebensbedingungen sind mithin weiterhin ärmlich, der Speiseplan einseitig, die kleinen Hütten sind sehr einfach. Es gibt keinen Strom, keine befestigte Straße, geschweige denn Kanalisation. Das Wasser muß aus einem Brunnen geholt werden, an künstliche Bewässerung des trockenen Landes ist gar nicht zu denken. Die Verbindung zur Außenwelt ist ein Bus, der einmal täglich, morgens um 6 Uhr, in die nächstgrößere Stadt fährt; ansonsten bleibt der 25 Kilometer lange Fußmarsch bis zur nächsten Hauptstraße oder die Hoffnung, daß eines der wenigen passierenden Autos Platz hat. Aber der Traum von einem besseren Leben ist ein Stück Realität geworden. Und die Menschen hier wissen, daß weitere Verbesserungen nur in Selbstorganisation und im Kampf gegen mächtige Gegner zu erreichen sind.

Das Prinzip breiter Bündnisse

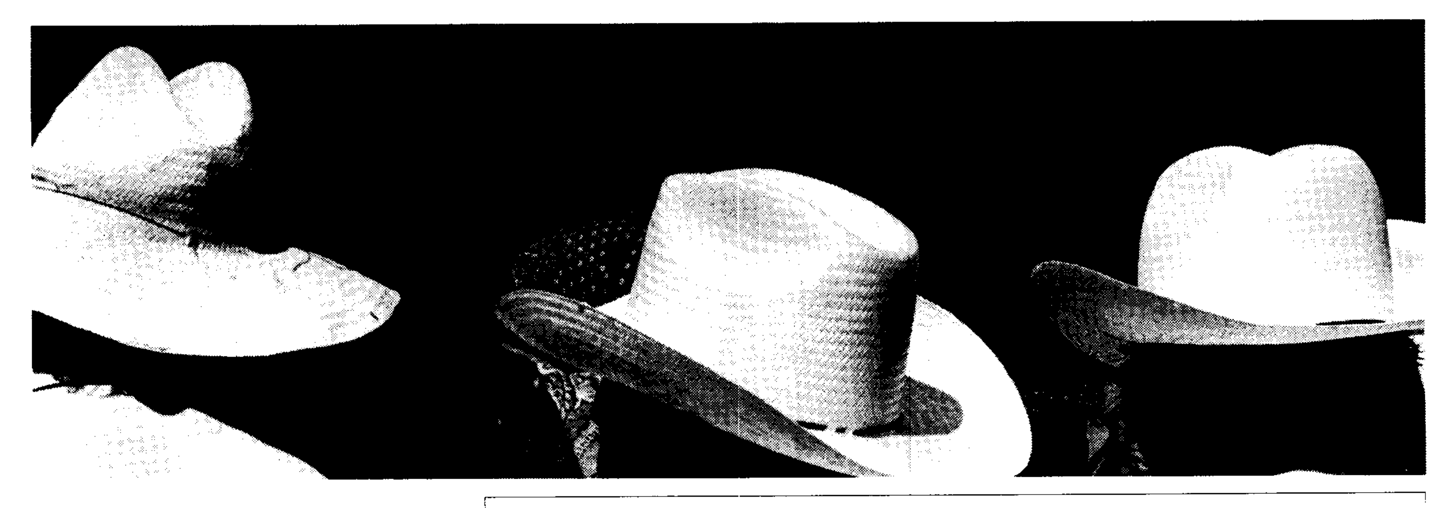
So wurden viele der Landnahmen von OPEZ, der 'Organización Proletaria Emiliano Zapata', zusammen mit den zukünftigen BewohnerInnen vorbereitet. Die nur in Chiapas agierende OPEZ ist eine der größten von etwa zwanzig Organisationen allein in Chiapas, die seit den 70er Jahren versuchen, den Kampf der Campesinos für bessere Lebensbedingungen zu unterstützen und zu koordinieren.

Diese Gruppen haben sich im Januar 1994 zu einem landesweiten Bündnis zusammengeschlossen, das keiner Partei nahesteht und eine der größten Organisationen dieser Art ist. Dieses Bündnis, der 'Consejo Estatal de Organizaciones Indígenas y Campesinas' (CEOIC), soll Politik und Aktionen der sich im Aufwind befindlichen Organisationen in Chiapas koordinieren. Ihrer Tradition verpflichtet, versuchte die Staatspartei PRI zusammen mit den ihr angeschlossenen Bauernorganisationen, den CEOIC zu übernehmen, was sofort zu einer Spaltung der Organisation führte. So gibt es heute den offiziellen Verband und den davon unabhängigen 'CEOIC-Independiente'. Letzterer hat über 30 Mitglieder und wurde zu einer der wichtgsten Plattformen der jüngsten Bewegungen. Da die Organisierten wissen, welche Bedeutung der Aufstand der Zapatistas für sie hat, unterstützen fast alle die Vorgehensweise der EZLN ohne Vorbehalte.

Wie der Name der CEOIC schon andeutet, wird in diesem Dachverband zwischen indigenen und Campesino-Organisationen unterschieden. Letztere bestehen weitgehend aus Mestizen. Eine wesentliche Bedingung für revolutionäre Veränderungen im mexikanischen Agrarsektor wird es sein, die sprachlichen und kulturellen Barrieren zu überwinden (z.B. ist Rassismus gegenüber Indigenas auch bei Mestizen weit verbreitet).

Der Kampf um Land ist in Mexiko keine neue Erscheinung, sondern war schon wesentlicher Grund für die Mexikanische Revolution (1910-17) und die Veränderungen in den 30er Jahren. Die jüngeren Kämpfe haben ihren Ursprung in den 70er Jahren, als in einigen Häusern und Gemeindezentren die Heiligenbilder durch jene von Zapata, Marx, Lenin und Che Guevara ersetzt wurden. Theoretisch und politisch war der Marxismus-Leninismus vorherrschend.

Seit Mitte der 80er Jahre mußten viele Bilder wieder abgehängt werden. Denn unter dem Gouverneur des Bundesstaates, Castellanos Domínguez, wurde wie auch in anderen Bundesstaaten mit brutaler Repression geantwortet. Allein in Chiapas sind für die zweite Hälfte der 80er Jahre in Verbindung mit den Kämpfen der Indígenas und Campesinos um ihre Rechte ungezählte Fälle von Folter, über 300 verschwundene Menschen und über 150 politische Morde nachgewiesen. Die Agraroligarchie konnte ihre Interessen wieder mit staatlichem Schutz und ihren Privatarmeen, den Guardias Blancas, durchsetzen. Die Lebens- und Arbeitsbedingun-



gen der Landbevölkerung verschlechterten sich weiter (zum Agrarsektor in Mexiko s. Kasten).

Fit für den Weltmarkt

Immer wieder wehrten sich die Bauern, indem sie versuchten, Land zu besetzen. In Chiapas wurden in der Vergangenheit nach offiziellen Angaben bis Ende 1994 ungefähr 600 Landbesetzungen versucht, von denen ungefähr ein Drittel erfolgreich war, die Viehzüchtervereinigung spricht sogar von 2000 Besetzungen. Bei den Besetzungen geht es um Ackerland zwischen 300 und 4000 Hektar und es sind von 30 bis zu 300 Familien daran beteiligt. In den kargen Gebieten von Chiapas wurden im vergangenen Jahr über 20 Landbesetzungen organisiert, die allesamt erfolgreich waren. Im fruchtbaren Teil der Provinz wurden andererseits die bislang fast 30 Versuche allesamt brutal vereitelt.

Am bekanntesten in Sachen Brutalität wurde folgender Fall: Mitte September besetzten Tausende organisierte Campesinos Ackerland des Agrarmultis 'Del Monte' in der Nähe der Pazifikküste, wo Bananen für den Export angebaut werden. Die Antwort war eindeutig: Helikopter mit Tränengas und 800 Soldaten vertrieben mit brutaler Gewalt die BesetzerInnen. Das erklärt, warum die Regierung sich bei vielen Landbesetzungen durchaus kooperativ zeigt: In der Regel handelt es sich in diesen Fällen um wenig fruchtbares Land. Geht es aber um die produktiven Flächen, wie im Fall 'Del Monte', so läßt sich der Staat nicht zweimal um ein brutales Vorgehen zum Schutz seiner Interessen bitten.

Nirgends in Mexiko stehen natürlicher Reichtum und der Überfluß für einige wenige so eng neben den miserablen Lebensbedingungen der Mehrheit wie in Chiapas. Die Hälfte der sechs Mio. Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche gehört 6.000 Familien, während über eine Million indigener Familien sich 800.000 Hektar teilen; ein Acker kleiner als ein Fußballplatz soll das Überleben einer Familie sichern. Die Hälfte der "arbeitsfähigen" Bevölkerung, wozu auch

Die Entwicklung des mexikanischen Agrarsektors

Die Landwirtschaft war nach der Agrarreform der 30er Jahre für drei Jahrzehnte bis Ende der 60er Jahre zentral für die mexikanische Entwicklung. Die Gründe dafür liegen u.a. in der damaligen Wirtschaftsstrategie: Die "importsubstituierende Industrialisierung", vor allem im Bereich der Konsumgüter, erforderte für den Import von Investitionsgütern die Erwirtschaftung von Devisen, die zu dieser Zeit überwiegend aus dem Agrarsektor gezogen wurden (von 1950-69 erwirtschaftete der Agrarsektor zwischen 50 und 60% der Exporterlöse; Mitte der 80er Jahre, nach dem Niedergang des Modells, waren es noch 5-7%).

Die Expansion der Landwirtschaft war aber auch abhängig von den Campesinos, deren Reproduktion im wesentlichen nicht-kapitalistisch war, d.h. sie lebten vor allem vom schmalen Ertrag ihres Landes. 1970, gegen Ende dieser expansiven Entwicklung, besaßen knapp 50.000 Großgrundbesitzer 20% des kultivierbaren Landes Mexikos, auf denen ein Drittel der mexikanischen Agrarproduktion erwirtschaftet wurde. Dem standen 2,2 Mio. Campesinos mit der Hälfte des bebaubaren Landes gegenüber, die 40% der Agrarproduktion beisteuerten.

In den 50er und 60er Jahren mußten die Campesinos zusätzlich in den kapitalistischen Agrounternehmen arbeiten, um genügend Geld für Produkte zu haben, die ihre eigene Landwirtschaft nicht hergab. Der Staat hatte durch eigene Distributionsfirmen eine mächtige Stellung im An- und Verkauf vieler Agrarprodukte und spielte eine wichtige Rolle bei der Preisgestaltung. Die Agrargüter wurden billig gehalten, das Arbeitskräfteangebot für das Agrobusiness wurde über die staatlich festgelegten Preise für Agrarprodukte gesteuert.

Dieses Modell erschöpfte sich Ende der 60er Jahren aus mehreren Gründen: Der kurzzeitige internationale Preisverfall einiger in Mexiko wichtiger Lebensmittel unter das schon geringe mexikanische Niveau machte Agrarexporte weniger und Importe zunehmend attraktiv. Der Staat kündigte das Distributionssystem auf und verweigerte Preisstabilisierungen, was viele Campesinos in den Ruin zwang und zu Bodenkonzentration führte. Die Landwirtschaft verlor zunehmend ihre zentrale ökonomische und damit auch politische Bedeutung für Mexiko. Die Veränderungen sind auch ein Grund für die verstärkten Auseinandersetzungen im Agrarsektor seit Mitte der 70er Jahre.

Die modernisierungswütige Regierung unter Salinas de Gortari (1988-94) wollte ihr neoliberales Projekt auch auf den Agrarsektor übertragen. Dieses sah vor allem vor, Privateigentum zu stärken, d.h. gegen den gemeinschaftlich organisierten Ejido vorzugehen; tatsächlich wurde der entsprechende Verfassungsartikel 27 im Jahr 1992 geändert. Traditionelle staatliche Preisstützungen und andere Hilfen entfielen. Effizient ist jetzt nurmehr, so die Vorstellung der Regierung, was mit den US-Agrarprodukten konkurrieren kann. Daß diese selbst hochsubventioniert auf den Weltmarkt geworfen werden, wird nicht dazugesagt. Außerdem sollte nationales und internationales Kapital in die Landwirtschaft, besser gesagt: in die fruchtbaren Regionen fließen. Die Investitionssicherheit für ausländische Kapitalgeber soll neben den guten Ertragsaussichten vor allem die billige Arbeitskraft sein.

Die Weltmarktausrichtung und der damit verbundene Schutz der Agrarkonzerne führt z.B. im Kaffeeanbau dazu, daß viele Kleinbauern zwar formell Landbesitzer bleiben, sich aber aufgrund des ungenügenden eigenen Kapitals von Agrarmultis abhängig machen müssen. Ein Campesino erhält einen Kredit, wofür er dann ausschließlich für einen bestimmten Konzern anbaut. Die diktierten Bedingungen führen in der Regel zu einer dramatischen Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bauern.

jede Menge Kinder gehören, verdienen sich außerhalb gesicherter Arbeitsverhältnisse im "informellen Sektor" ihren Lebensunterhalt. Die Unterernährung ist in den 80er Jahren sprunghaft angestiegen; von als "schwer" eingestuften Ernährungsmängeln sind sogar laut staatlichen Stellen rund ein Drittel der Bevölkerung betroffen. Und selbst in den offiziellen Statistiken werden 80 der 111 Landkreise als extrem arm bezeichnet. Während in dem "verlorenen Jahrzehnt" - wie die 80er Jahre angesichts der gescheiterten "Entwicklungs"bemühungen in Lateinamerika genannt werden (für die Oligarchie war es kein verlorenes Jahrzehnt) - das Bruttoinlandsprodukt im gesamten Land um 0,3 Prozent jährlich zurückging, lag dieser Wert in Chiapas bei minus 6,5 Prozent.

Gleichzeitig ist der südliche Bundesstaat Ressourcenlieferant Nummer eins für das gesamte Land und den Export. Insbesondere die Erdölvorkommen - und diese speziell in dem von dem 'Ejército Zapatista de Liberación Nacional' kontrollierten Gebiet - sind von strategischer Bedeutung. Zudem liegen 30 Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche Mexikos in Chiapas und 60 Prozent der elektrischen Energie des Landes werden hier erzeugt, wobei ein Drittel der gut drei Mio. EinwohnerInnen keinen Strom hat. Dies alles wurde mit dem Aufstand im Januar 1991 in das öffentliche Bewußtsein Mexikos zurückgeholt.



Die Sonne der PRI strahlt längst nicht mehr im hellsten Licht: Wahlbetrug, Korruption und Verelendung stürzten die Staatspartei in eine tiefe Legitimationkrise (Foto: Herby Sachs, transparent)

Die Campesinos in Chiapas gehören zweifellos zu den vorwärtstreibenden Kräften, auch wenn sich einige mit dem Erreichten zufrieden geben wollen. Die Führungen vieler Organisationen versuchen, die Politisierung aufrechtzuerhalten. Angesichts der alltäglichen Überlebenskämpfe, der für die meisten geringen politischen Erfahrungen, dem geringen Bildungsniveau u.a. ist es für viele schwierig, eine langfristige Perspektive zu erreichen und beizubehalten. OPEZ beispielsweise sieht seine Aktivisten als Kader, die eine radikale Bewegung anführen. Diese Form der Politik, das lehrt die Erfahrung, ist hinsichtlich der Organisierung von Mestizen durchaus erfolgreich, stößt aber bei indigenen Gruppen mit einem viel ausgeprägteren Gemeinschaftsbewußtsein auch jenseits der Familie auf wenig Gegenliebe, wobei Gemeinschaftlichkeit nicht unbedingt Demokratie heißt. Die Campesino-Organisationen haben daher ihre Konzepte in den letzten Jahren um indigene Traditionen und teilweise um Elemente der katholischen Befreiungstheologie erweitert. Für die unabhängigen Campesino-Organisationen geht es außerdem darum, den Widerspruch zwischen der erfolgreichen Organisierungsfähigkeit und den weitaus bescheideneren Ergebnissen, wenn es um die Produktion auf kargen Böden und ohne technische Hilfe geht, zu überwinden. Denn eines ist in Mexiko deutlich (etwa im Gegensatz zum bevölkerungsärmeren Argentinien, wo es viel mehr fruchtbares Land gibt): es geht nicht nur um die Landverteilung, sondern auch um eine intensivere Bewirtschaftung der Anbauflächen.

EZLN und soziale Bewegungen

Entscheidend ist für die meisten Menschen, daß sich die verschiedenen Strömungen in ihren politischen Auffassungen gegenseitig akzeptieren und die breite Mobilisierung ihre Kraft behält. Dann ist kaum vorherzusagen, was in Mexiko jenseits politischer Reformen und der Zerstörung des Staatsmonopols der PRI und trotz des erbitterten Widerstandes der Agraroligarchie noch passieren kann - allen Restriktionen zum Trotz.

Die radikaleren Teile der jüngeren Bewegung sind inhaltlich eng mit der EZLN verbunden. Das traditionelle etatistische Konzept von Revolution, d.h. die Erlangung der Staatsmacht, scheint im heutigen Mexiko für große Teile der radikalen Bewegung eine untergeordnete Rolle zu spielen, bzw. ist nur ein Element eines Prozesses, der demokratisch gestaltet werden muß und die grundlegenden Strukturen der Gesellschaft im Blick hat. Diese Gruppen sind sich aber sehr wohl bewußt, daß sie in breiteren Bündnissen arbeiten müssen. Es wird zentral sein, ein alternatives und gangbares Programm zum

Zirkelschluß

In atemberaubend kurzer Zeit brachte Clinton nach dem Zusammenbruch des Peso im Dezember vergangenen Jahres über 50 Mrd US-Dollar zusammen, um die mexikanischen Finanzmärkte zu "beruhigen". Die Angst, daß der US-Dollar selbst und einige US- Banken in den Strudel hineingezogen werden könnten, bestimmten das Handeln.

Klare Forderungen sind inzwischen an die Stelle dieser Befürchtungen getreten. Die US-Regierung verlangt im Namen der internationalen Kapitalgemeinschaft "harte Auflagen", was vor allem heißt: keine Senkung der Zinsen zur Ankurbelung von binnenwirtschaftlichen Aktivitäten. Sonst, so US-Ökonomen, würde noch mehr ausländisches Kapital abgezogen. Auch die zweite Möglichkeit, die Ausweitung der Geldmenge, wird wegen Inflationsgefahr abgelehnt. Daß diese von unter 10% im Januar bereits auf 45% anstieg, ohne daß mehr Geld für sozialpolitische Programme ausgegeben wurde, wird übersehen oder ignoriert. Die USA fordern stattdessen eine rigorose Haushaltsdisziplin, d.h. staatliche Ausgabenkürzungen.

Die Clinton-Berater unterstellen (vgl. Handelsblatt 21. 2. 95), der Aufstand in Chiapas sei Folge einer wirtschaftlichen Rezession. Würde nun die neoliberale Wirtschaftspolitik ausgesetzt, käme noch weniger Kapital ins Land. Die Rezession nähme zu und damit auch die "innenpolitischen Unruhen".

Angesichts dieses Zirkelschlusses war der Vorschlag eines Mitarbeiters der Chase Manhattan Bank, der später zu einer "privaten Meinung" umdefiniert wurde, konsequent. Wenn die Investitions- und vor allem die Kapitalanlagesicherheit zum Dreh- und Angelpunkt internationaler Politik wird, dann müssen die Unsicherheitsfaktoren eliminiert werden. Ob der Vorschlag den Anlaß dazu gab, daß Zedillo Mitte Februar den Ausnahmezustand in Teilen von Chiapas verhängte, ist nicht sicher. Die zwingende Logik solcher Argumente dürfte aber auch in der mexikanischen Regierung Sympathie finden. Zumindest aber schien es Zedillo höchste Zeit zu sein, auch nach außen Stärke zu demonstrieren.

Tatsache ist, daß sich mit der Finanzkrise die Kämpfe um die Entwicklung des Landes verschärft haben. Die brutale neoliberale Politik wird angesichts der Ratlosigkeit der Eliten noch unberechenbarer. In der Konsequenz könnte die Grenze der Repression des mexikanischen Militärs gegenüber bewaffneten Zapatistas einerseits und gegenüber politischen AktivistInnen andererseits immer mehr verwischen. Die Folge wäre ein guerra sucia, ein schmutziger Krieg, der in anderen lateinamerikanischen Ländern als ein Krieg ohne wirkliche Sieger bekannt ist.

Großgrundbesitzer der eine Sturmhaube der EZLN verbrennt verdeutlicht die schwierige Situation der zapatistischen Befreiungsarmee
(Fotos: Herby Sachs und Doro Schütze, transparent)



Neoliberalismus zu formulieren, das weit jenseits einer lediglich anderen staatlichen Wirtschaftspolitik liegen muß. In der Landwirtschaft ist das Modell des Ejido eine denkbare Alternative, im industriellen und Dienstleistungssektor gibt es keine derart klaren Bezugspunkte. Zu thematisieren wäre generell, wo die Probleme und Grenzen einer nationalen Befreiungsbewegung liegen angesichts der Globalisierung des Kapitalismus und der unangefochtenen Vorherrschaft des westlichen Imperialismus nach dem Wegfall der Blockkonfrontation.

Der bewaffnete Aufstand zu Beginn des vergangenen Jahres stellt in dreifacher Hinsicht etwas Neues dar. Es handelt sich um den ersten, in größerem Maßstab organisierten Widerstand gegen die verkündete "Neue Weltordnung", die für die Verdammten dieser Erde noch mehr Unordnung bedeutet als zuvor. Die EZLN begreift sich zudem als Katalysator eines breiten Widerstandes gegen die vorherrschende gesellschaftliche Entwicklung, nicht aber als alleinige oppositionelle Kraft. Die Campesino-Bewegung stellt eine zentrale Ergänzung dar. Ohne die Ausweitung der Bewegung auf die urbane Arbeiterschaft und andere soziale Gruppen laufen die Kämpfe auf dem Land allerdings Gefahr, isoliert zu werden. Schließlich steht für die EZLN die Frage der Demokratie im Mittelpunkt; und zwar nicht als Mittel zum Zweck, d.h. als Slogan zur Machterlangung, sondern als wesentlicher Bestandteil einer gerechteren Gesellschaft. In diesem Zusammenhang ist die Entwicklung des Demokratischen Nationalkonvents (CND, Convención Nacional Democrática), der sich in der ersten Februarwoche zum dritten Mal traf, wichtig. Hier soll der politische Elan der Zapatistas auf die "Zivilgesellschaft" (was immer das auch genau ist) übertragen werden, d.h. nicht-staatliche Organisationen sollen sich koordinieren und die Umwälzung des PRI-Systems vorantreiben.

Ulrich Brand

Ich bin der Wechsel -

Brasiliens Präsident Cardoso gräbt der PT das Wasser ab - der Rest ist Utopie



Die Inflation trifft die Armen am härtesten. Sein Erfolg bei der Eindämmung der Inflation hat dem bürgerlichen Präsidentschaftskandidaten Cardoso den Wahlsieg beschert. Die PT (Partido dos Trabalhadores) hat Schwierigkeiten, mit der Popularität ihres Gegners umzugehen, der als glaubwürdiger Reformer erscheint, während die Möglichkeit eines radikalen Bruchs mit dem bestehenden System in weite Ferne rückt.

Seit einiger Zeit läuft ein Spot im brasilianischen Fernsehen. Ein junger Mann in New York telefoniert mit seinem Vater in Rio. In den USA sei derzeit alles schlecht: die Jobs, die Stimmung und das Wetter. Der Papa gibt guten Rat: in Brasilien gehe es wieder aufwärts. Die Wirtschaft boomt, die Inflation ist besiegt - einer Rückkehr stehe nichts mehr im Wege.

Der Spot, der zur Unterstützung des Wirtschaftsprogramms des neuen Präsidenten Fernando Henrique Cardoso (FHC) läuft, scheint nicht mal übertrieben. Zum ersten Mal seit langem herrscht in Brasilien wieder eine Aufbruchstimmung, das Tal der Tränen und der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit scheint überwunden. Einzig die PT, die mit hohen Erwartungen in den Wahlkampf um die Präsidentschaft ging, kann sich an der Freude nicht so recht beteiligen. Nach der unerwartet hohen Niederlage ist sie nun mit der Frage nach den Ursachen beschäftigt.

Dabei sieht das Endergebnis für die PT nicht einmal besonders schlecht aus. Zwar verlor sie die Wahl gegen den ehemaligen Soziologieprofessor Cardoso deutlich im ersten Wahlgang. Insgesamt konnten die Linksparteien jedoch ihre Abgeordnetenzahl im Kongreß von 99 (1990) auf 158 erweitern, zum ersten Mal stellt die PT auch in zwei Bundesstaaten die Gouverneure.[1] Insgesamt gelang es der PT allerdings nicht, sich nach der skandalträchtigen Amtsenthebung des früheren Präsidenten Fernando Collor als politische Alternative durchzusetzen - obwohl sie bis kurz vor der Abstimmung deutlich vor dem Kandidaten des bürgerlich-konservativen Lagers zu liegen schien. In den entscheidenden Punkten, dem Wirtschaftsprogramm und insbesondere bei der Bekämpfung der Inflation, konnte sie gegen den Erfolg des "Plano Real", des ökonomischen Reformplanes von Präsidentschaftskandidat Cardoso, nicht ankommen.

Dominiert wurden die Wahlen durch die Wirtschaftskrise und eine galoppierende Inflationsrate, die in den letzten Jahren zu einer Polarisierung der sozialen Gegensätze innerhalb der brasilianischen Gesellschaft geführt haben. Die Zahl der in absolutem Elend lebenden Brasilianer war noch nie so hoch wie in den letzten Jahren. Während vor allem im hochentwickelten Süden und in den Industriezentren zwischen São Paulo und Minas Gerais durchaus auf Weltmarktniveau produziert und konsumiert wird, fällt ein immer größer werdender Teil der Bevölkerung aus der Gesellschaft heraus.

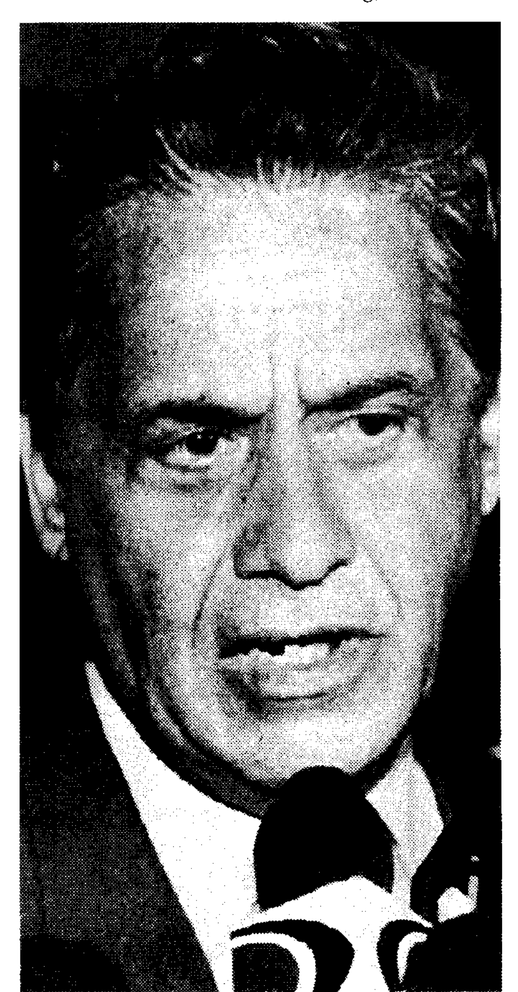
Die PT stellte daher vor allem die soziale Frage und die ökonomische Integration der marginalisierten Bevölkerungsschichten in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfkonzeptes: Durch die Eingliederung der ökonomisch ausgeschlossenen Bevölkerungsschichten sollte ein enormes Wachstumspotential geschaffen werden. "Das Wirtschaftsmodell, das es zu entwickeln gilt, sollte auf einem starken Markt aller 150 Millionen BrasilianerInnen - anstatt 30 Millionen wie jetzt - beruhen. Hierzu wird der Staat eine wichtige Rolle bei der Regulierung der Wirtschaft ausüben müssen (...) Die Umverteilung des Einkommens muß von einer Ausweitung der Produktion für den Massenkonsum begleitet werden - besondere Aufmerksamkeit muß der progressiven Steuerreform gewidmet werden, die sich gegen Spekulation richtet."[2]

Alternative mit Widersprüchen

Entsprechend bekommt der Staat eine zentrale Rolle: er muß den Markt kontrollieren, indem er ihm Strukturen verleiht und dabei ein Entwicklungsmodell verfolgt, das die gesellschaftlichen und regionalen Ungleichheiten beseitigt und die Sicherung der Grundbedürfnisse (Gesundheitswesen, Erziehung, Wohnung, Verkehr, Infrastruktur) zu seiner Hauptaufgabe macht. Der Staat soll nicht mehr privatisiert, sondern entprivatisiert werden. Weder der Markt noch die bürokratische Kontrolle werden zu grundlegenden Regelungsmechanismen. Statt dessen greift man auf die Erfahrungen

zurück, die in den kommunalen PT-Verwaltungen gesammelt wurden, besonders was die Beteiligung des Volkes an der Ausarbeitung des Haushaltsplanes betrifft.

Auch die Weltmarktintegration wird im Gegensatz zu den binnenmarktorientierten Konzepten der 60er und 70er Jahre als Präferenz anerkannt. Priorität soll die kontinentale Integration in Form des Mercosur haben. Große Hoffungen werden dabei auf die Zusammenarbeit mit linken Parteien in den Nachbarländern gesetzt. Die Leitlinien wurden auf den verschiedenen Treffen der Linksparteien, dem "Foro de São Paulo" formuliert: Bruch mit den bestehenden Machtstrukturen durch Selbstorganisation der ausgebeuteten Sektoren, substantielle Demokratie durch die repräsentativen Formen der Volksräte, Aufbau eines Binnenmarktes für die Massen. Mit diesem Wirtschaftsplan wollte die PT sich bei den Wahlen als grundsätzliche Alternative zur gegenwärtigen neoliberalen Politik präsentieren - ohne jedoch grundlegende Widersprüche des Programms klären zu können. So blieb der Wirtschaftsplan zum Beispiel die Antwort auf die Frage schuldig, wie die Ankurbelung der Binnennachfrage ohne gleichzeitige Beschleunigung der Inflation und Erhöhung der Staatsverschuldung zu bewerkstelligen sei. Das Programm der PT basierte damit auf zwei Prämissen: dem Modell der binnenmarktorientierten Entwicklung, wobei die Bekämpfung der Inflation zunächst vernachlässigt wird, und der Mobilisierungsfähigkeit der sozialen Basis. In beiden Bereichen konnte die PT letztlich nicht überzeugen.



Inflationsbekämpfender Präsident...

Ausschlaggebend für die Niederlage war die erfolgreiche Einführung des Plano Real, des Wirtschaftsplans zur Bekämpfung der Inflation, den Cardoso noch als Finanzminister unter der Regierung Itamar Franco entworfen hatte. Seit Dezember 1993 wurde an der Umsetzung des Plano Real gearbeitet. Trotzdem war die PT nicht in der Lage, ein eigenes Programm zur Inflationsbekämpfung vorzuschlagen und verhielt sich dem Plan gegenüber sehr ambivalent : die Inflation wurde nicht als eines der wichtigsten Themen erkannt, und die Auswirkungen des Real wurden unterschätzt. So erwartete zum Beispiel Aloizio Mercandante (Hauptsprecher der Partei für Wirtschaftsfragen) im Sommer '94 nur kurzfristige Auswirkungen des Planes: der Real führe nur zur Rezession und deutlichem Kaufkraftverlust. Erst wurde der Real, ähnlich wie seine Vorgänger, als wahltaktisches Manöver kritisiert, aber als seine Erfolgsaussichten sich konkretisierten, wollte man ihn unterstützen.

Radikale und Reformisten

Dieses Verhalten spiegelt ein Dilemma wider, das sich seit den ersten Erfahrungen der PT in den kommunalen Verwaltungen durch die Partei zieht. Einerseits möchte sie sich als Partei des "Bruchs" mit den bestehenden Verhältnissen profilieren. Andererseits ist sie bereit, sobald sie "Verantwortung" übernimmt, sehr pragmatisch für Reformen zu arbeiten. Der linke Flügel stellt die mangelnde Mobilisierung der "Volksmassen", die inkonsequente Haltung zum Bruch mit dem bestehenden System und die relative Schwäche der sozialen Bewegungen in den Mittelpunkt. Der PT gehe es nicht mehr um die Stärkung autonomer Subjekte, sondern um die bloße Teilnahme an der Regierung. Eine Einschätzung, die sich auf die Erfahrungen mit den kommunalen PT-Verwaltungen berufen kann. Statt auf Konfrontation mit den Institutionen zu gehen, wurde eine gute Verwaltungsarbeit geleistet. So erklärte Carlos Vainer, Direktor des Instituts für Stadtplanung an der Universität von Rio in einem Interview: "Eine Partei, die Änderungen will, muß dann außerinstitutionelle Prozesse fördern. ...Die PT in ihrer Mehrheit ist heute eine demokratische Partei mit sozialem Anliegen. Von ihrem Ursprung her trägt sie noch eine Spannung in sich. Sie umfaßt noch Kräfte, die auf die Stärkung der autonomen Subjekte in den sozialen Bewegungen und den Bruch setzen. Aber ich würde sagen, das ist heute nur noch eine schwache Tendenz. ... Wer heute entscheidet, ist der Apparat. Entscheidenden Einfluß haben einige Intellektuelle mit wenig Verbindung zur Arbeiterschaft."[3] Selbst demokratische Ziele würden aufgegeben, um Regierungsfähigkeit zu erlangen. So hätten die PT-Gouverneure Militärs zu Sicherheitsberatern ernannt, das Recht auf Abtreibung sei aus dem Programm genommen worden.[4]

Im Gegensatz dazu sieht die Parteirechte um den Abgeordneten Genoino die Gründe im Mangel an Pragmatismus. Die Niederlage sei vor allem der fehlenden Bündnispolitik zuzuschreiben. Die PT hätte schon frühzeitig eine Allianz mit der PSDB eingehen und in die Regierung Itamar eintreten sollen. Eine Konsequenz, die übrigens in der Zwischenzeit eines der prominentesten intellektuellen PT-Mitglieder gezogen hat: F. Weffort, ehemaliger Generalsekretär der PT, trat aus der Partei aus und ist Kulturminister in der neuen Regierung.

Beide Seiten dürften jedoch grundsätzliche Schwierigkeiten haben: ein konsequenter Weg des Pragmatismus und der Reduzierung des Parteianliegens auf die bloße Regierungsbeteiligung und eine effiziente Verwaltung könnte die Partei letztlich überflüssig machen. In dem Maße, wie die "neue" Sozialdemokratie unter Cardoso eine erfolgreiche Verwaltung organisiert, kann auf eine Kopie derselben verzichtet werden. Eine "effiziente" Verwaltung des Kapitalismus brasilianischer Art wird eher den Repräsentanten des seriösen Bürgertums anvertraut als dem "Arbeiterführer" Lula. Auf der anderen Seite kann die Mobilisierung der Volksmassen ebenfalls auf sich warten lassen. Der Erfolg des Plano Real zeigt, daß es der Bevölkerung in erster Linie um die Linderung des extremen ökonomischen Drucks geht. Die erfolgreiche Bekämpfung der Inflation ist in diesem Sinne anschaulicher als wortreiche Erklärungen zur Volksherrschaft. Die Mehrheit der Ausgeschlossenen hatte keine Möglichkeit, sich mit dem System der nicht indexierten Löhne zu arrangieren, für sie bedeutete Inflation immer Reallohnverlust, während die oberen Klassen durch Anlagegeschäfte Inflationsgewinne erzielten. Cardoso ("Ich bin der Wechsel. Der Rest ist Utopie.") ist mit seinem Projekt eines gemäßigten neoliberalen Programms mit sozialpolitischen Implikationen erstmal überzeugender. Kein Wunder, daß der Plano Real gerade auch von den potentiellen PT-Wählern aus den unteren sozialen Schichten als großer Erfolg gesehen wurde.

Verbreitetes Desinteresse

Zudem hatte die Mobilisierung der sozialen Bewegungen einen starken Rückschlag zu verzeichnen. Das neoliberale Programm von Collor hatte zur schwersten sozialen Krise in der Geschichte des brasilianischen Kapitalismus geführt. Gleichzeitig waren die Volksbewegungen nicht in der Lage, auf diese Krise zu reagieren. Es gab nach der erfolgreichen Amtsenthebung von Collor, wäh-

rend der Regierung Itamar Franco, kaum noch Massenbewegungen. Für die Durchsetzung eines Reformprogramms wäre aber mehr denn je die Mobilisierung der marginalisierten Bevölkerungsschichten nötig. Die PT hat es nicht geschafft, sich an die sogenannten "Hemdlosen" zu wenden, die unorganisierten Volksmassen, die schon 1989 Collor an die Macht brachten. Ausdruck fand dies in dem hohen Anteil an NichtwählerInnen: 17,7 Prozent beteiligten sich nicht an den Wahlen, weitere 23 Prozent wählten falsch oder ungültig. Außergewöhnlich viel in einem Land mit Wahlpflicht.

In den 90er Jahren steht die PT vor einer schwierigen Situation. Zwar kann sie nach wie vor ihre StammwählerInnen aus der modernisierten Arbeiterschaft und Teile der Mittelschichten erfolgreich mobilisieren. Nur - seit den katastrophalen Wirtschaftskrisen der letzten Dekade ist ihre klassische Klientel stark am Schrumpfen. Arbeitslosigkeit und Verlendung reichen schon lange bis in die Mittelschichten hinein. Ebenso ungeklärt sind die Widersprüche zwischen den Interessen der organisierten und der unorganisierten Teile der Gesellschaft. Die PT stellt zwar die unteren sozialen Schichten in den Mittelpunkt ihres Programms, muß sich aber auch der Unterstützung oder zumindest der Neutralität eines Teils des Bürgertums versichern. Die PT ist nach den Modernisierungsschüben der 80er Jahre mit dem Problem konfrontiert, daß die traditionellen Strukturen der Gesellschaft in der Auflösung begriffen sind. Der Übergang zu flexibleren Formen der Produktion, die Rebellion der sozialen Bewegungen gegen den Autoritarismus, die soziale und geographische Mobilität und das Entstehen einer individualistischen Kultur tragen eben dazu bei, daß sich der soziale Zusammenhang der Gewerkschaften, der Nachbarschaftszentren usw., also die traditionelle Basis der Linken, zersetzt.[5]

Die Absicht der PT, eine Alternative zum Neoliberalismus zu präsentieren und eine grundsätzlich neue soziale Dynamik in der brasilianischen Gesellschaft zu aktivieren, ist vorerst gescheitert. Die PT wird also die nächste Zeit ausgiebig mit sich selbst beschäftigt sein und Cardoso kann erstmal ungestört regieren. Die weitere Zukunft der PT wird in hohem Maße davon abhängen, ob nun Cardoso zu einer Reformierung des brasilianischen Kapitalismus fähig ist. Cardoso, der schon 1975 ein Buch mit dem Titel "São Paulo: cresimento e pobreza" (Sao Paulo: Wachstum und Armut), veröffentlichte, übersieht den Zusammenhang zwischen sozialer Verelendung und Wirtschaftswachstum nicht, er bietet damit auch genügend Anknüpfungspunkte für den reformorientierten Flügel der PT. Seiner Ansicht nach sind die Probleme des Landes weniger Ausdruck der Unterentwicklung als eine Folge struktureller Ungerechtigkeit: der Kampf



... und Hoffnungsträger: Cardoso

gegen die Armut soll mit gründlichen Reformen vorangetrieben werden. Der Privatisierung kommt dabei zwar eine wichtige Rolle zu, "Extremlösungen" wie in Argentinien und Mexiko sollen jedoch vermieden werden. Statt dessen wird die Rolle des Staates gestärkt als Ordnungskraft für Impulse für Privatinitiative und eine moderne Sozialpolitik.

Seine Regierung verfügt nach den Wahlen zwar über eine breite Mehrheit, aber nicht über die Macht im Lande: um praktisch zu verwirklichen, was er im Parlament und Senat durchsetzen kann, braucht er effektive Staatsapparate, die er nicht hat. Gesetze, die nicht genügend Rücksicht auf gegebene Interessen der Banken, der Konzerne und der Oligarchie nehmen, werden schon auf der oberen Ebene nicht greifen.[6]

Seine Absicht, ein Sozialprogramm durchzuführen, das die strukturellen Ungleichheiten unangetastet läßt, wird aller Voraussicht nach die Erfahrungen bestätigen, daß man in einer Klassengesellschaft schlimmster Art formaldemokratische Verhältnisse einführen kann, ohne daß sich an den sozialen und ökonomischen Verhältnissen grundsätzlich etwas ändert.

Der Einsatz der Armee in den Favelas von Rio de Janeiro Ende letzten Jahres gibt vielleicht schon einen Vorgeschmack auf die "Lösung" der sozialen Frage nach Cardoso: die Angehörigen der Mittelklasse und Oberschicht gaben breite Zustimmung für das groteske Spektakel einer Art symbolischer Guerillabekämpfung. Um die Eskalation der Gewalt und den Drogenhandel zu bekämpfen, hatte das Militär auf Anweisung des Gouverneurs des Bundesstaates Rio de Janeiro und des Präsidenten Itamar Franco die Kontrolle über die öffentliche Ordnung in Rio übernommen. In einer großangelegten Operation riegelten die Armee-Einheiten die Armutsviertel der Stadt ab und durchsuchten sie, begleitet von einer regelrechten Kriegsberichterstattung in den Medien. Die Bevölkerung ganzer Stadtteile wurde grundlegender Bürgerrechte beraubt, ohne daß sich öffentliche Kritik regte: Armut und Kriminalität werden gleichgesetzt. Es wird in Brasilien keinen ökonomischen und sozialen Fortschritt geben, ohne daß die bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse angetastet werden. Die PT hätte diesbezüglich sicher mehr erreicht.

Anton Landgraf

Anmerkungen:

1) brasilien info Nr. 29, Freiburg, Dez. 94, S. 23 ff.
2) Zitiert nach: Partido dos Trabalhadores: Lula Presidente. Uma revolução democrática no Brasil. Bases do programma de governo.
3) Fatheuer, Thomas : Die PT nach der Wahlniederlage (Interview mit Carlos Vainer), in: Lateinamerika Nachrichten Nr. 248, S. 39ff.
4) Vgl. dazu: Dokumentation der Tendenz Sozialistische Demokratie, in: inprekorr, Nr. 278, Dez.1994, S. 13.
5) Roberto Mangabeira Unger, el futuro del pt, in: hika, Nr. 53, Bilbao, 1995
6) Vgl. dazu: Füchtner, Hans: Brasilien nach den Wahlen, in: links, Nr. 296/29, Jan./Feb. 1995.

Vernetztes Fischen im Trüben

Palästinensische NROs nach dem Osloer Abkommen

Nach dem Osloer Abkommen und der darauf folgenden Autonomie Gazas und Jerichos ist die Kritik an den Vereinbarungen unter PalästinenserInnen nicht abgerissen. Dennoch haben es die entschiedenen GegnerInnen des Abkommens nicht geschafft, ihre Opposition gegen die Autonomieverträge in konstruktive Visionen und Programme umzuwandeln. Erst neuerdings versuchen nun demokratische Kräfte auf den politischen Prozeß Einfluß zu nehmen. Ein solcher Versuch, gesellschaftlich aktive Kräfte zu bündeln, ist die Gründung eines Netzes gleichgesinnter palästinensischer NROs, in dem die Frauenorganisationen besondere Aufmerksamkeit verdienen.

Palästinensische NROs haben aufgrund des Fehlens nationaler Souveränität schon immer soziale, karitative und politische Aufgaben erfüllt, die üblicherweise Regierungen zukommen. Auch nach dem Osloer und Kairoer Abkommen wollen sie in der palästinensischen Gesellschaft eine tragende Rolle übernehmen.

Um dieser Aufgabe gerecht zu werden und um ihre Arbeit besser koordinieren zu können, haben sich im Laufe des vergangenen Jahres über 60 NROs der Westbank und des Gazastreifens zu einem Netz zusammengeschlossen und ein gemeinsames Positionspapier erarbeitet.

Die beteiligten NROs repräsentieren palästinensische Organisationen, die vor allem in den Bereichen Gesundheit, Landwirtschaft, Bildung, Menschenrechte und Frauenförderung tätig sind. Ihre Absicht ist, gegenüber der Verwaltung der PNA (Palästinensische Nationale Behörde, sprich: Regierung) eine unabhängige Position zu wahren. Die Bildung einer demokratischen Gesellschaft in einem zukünftigen palästinensischen Staat ist das gemeinsame Ziel, auf das sich die zu dem Netz zusammengeschlossenen Gruppen geeinigt haben.

Zum Aufbau einer solchen Gesellschaft wollen die NROs durch unterschiedliche Projekte beitragen. Nach dem Ende der Intifada als einer Massenbewegung in Palästina, die ab 1989 von den Verhandlungen der Exil-PLO abgelöst wurde, wandten sich immer mehr Menschen enttäuscht von der Politik ab. Massenbewegungen auf dem 'grassroot-level' hörten auf zu existieren, politische Parteien sowie Frauenkomitees und Gewerkschaften verloren ihre Mitglieder. Politisch-religiöse Gruppen, die bis dahin eine untergeordnete Rolle spielten, bekamen Auftrieb.

Viele Intellektuelle zogen sich aus der aktiven Politik zurück und gründeten Forschungs- und Beratungszentren wie etwa das Bisan Research Center in Ramallah oder das Women Study Center in Jerusalem. NROs, die vom Ausland finanziell unterstützt werden, veranstalten Managementkurse für Frauengruppen, kleine Betriebe, Landwirtschaftskooperativen, Gewerkschaften oder für andere Basisgruppen. Dabei werden lokale Initiativen gefördert, damit sie zu wirtschaftlich effektiven und sozial tragfähigen Stützen der palästinensischen Gesellschaft werden können.

Nach Auffassung der NROs, die unterschiedlicher politischer Herkunft sind, sollen politische Überzeugungen hinter diesem Ziel zurücktreten. In der Vergangenheit bestimmmte der Kampf für die nationale Befreiung und die politische Zugehörigkeit einer NRO innerhalb der Befreiungsbewegungen ihre Arbeit, die Zielgruppe und ihren Standort in der Gesellschaft. Die Folge war, daß NROs verschiedener politischer Couleur an einem Ort in denselben Bereichen engagiert waren, ohne miteinander zu kooperieren. Rana Bishara, Koordinatorin des NRO-Netzes, spricht hier von einer neuen Haltung der NROs. Wenngleich parteipolitische Zugehörigkeit und Bindungen die einzelnen NROs nach wie vor beeinflussen, soll keine politische Partei die gemeinsame Arbeit dominieren. Das Netz befindet sich in der Phase der Selbstdefinition, in der es gilt, Strukturen der Zusammenarbeit und klare Richtlinien zu entwickeln. NROs, die mit politischen Parteien affiliert sind, müssen für sich klären, ob sie das palästinensisch-israelische Abkommen unterstützen oder ablehnen, ob sie mit oder unabhängig von der palästinensischen Administration agieren wollen. Welche Rolle die NROs gegenüber der PNA spielen werden, ob sie sich als Opposition, als 'pressure-group' oder supplementär zur PNA verstehen, ist noch nicht endgültig entschieden. Die palästinensischen NROs stehen an einem Scheideweg.

Das Verhältnis zwischen NRO und PNA ist gespannt

Auf Seiten der PNA besteht noch immer Unklarheit, zu welchem Verantwortungsbereich die NROs gehören sollen. Im Oktober gab das Justizministerium einen Erlaß heraus, nach dem sich alle NROs registrieren lassen sollten. Von den meisten NROs wurde das als ein Versuch der Kontrolle gewertet. Dabei geht es nicht nur um politischen Einfluß, sondern vor allem auch um Geld. Arafat möchte, daß alle Gelder ausländischer Geber über seinen Amtssitz laufen. "Abu Ammar kennt nicht einmal den Unterschied zwischen der PLO und der PNA, wie soll er dann unabhängige NROs akzeptieren. Er sagt, er sei der Kopf der PLO und deshalb auf der Kopf der NROs", klagt ein Mitglied des NRO-Netzes. Bis Ende Februar soll der PNA ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der das Verhältnis zwischen der PNA und den Nicht-Regierungs- Organisationen klären soll. Die vertreten dabei den Standpunkt, daß sie im Gegensatz zu den Funktionären der palästinensischen Ministerien, die den Großteil ihres Lebens im Ausland verbracht haben, die Fachleute für die meisten Bereiche der palästinensischen Gesellschaft sind. Deshalb fordern sie ihre Beteiligung an maßgeblichen wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen vehement ein.

Auch die Frauenbewegung ist von den politischen Umwälzungen nicht unberührt geblieben. Frauen waren schon immer am nationalen Befreiungskampf beteiligt und spielten in der Intifada eine tragende Rolle. Während und nach den Autonomieverhandlungen traten die Interessen der Frauen jedoch, sehr zum Ärger der Aktivistinnen, wieder in den Hintergrund. Die Frauengrup-



Palästinensische Nähwerkstatt

pen - ob sie sich nun als unabhängige NROs verstehen oder parteipolitisch gebunden sind - stehen ebenfalls in dem Prozeß einer Neudefinierung ihres Selbstverständnisses. Dieses Bemühen um eine politische Verortung gilt es im folgenden näher zu betrachten.

Veränderungen in der Frauenbewegung

Die Ende der 70er Jahre gegründeten 'Working Women Committees' lösten in ihrer Bedeutung die karitativen Frauengruppen ab. Aufgrund politischer Auseinandersetzungen entstanden wenige Jahre nach Gründung der 'Working Committees' vier Organisationen, zugeordnet zu den verschiedenen Gruppen der PLO. Die kommunistisch orientierte 'Union of Palestinian Women's Committee' (UPWWC), die PFLP-nahe 'Union of Palestinian Womens's Committee' (UPWC), die Fatah-Frauenorganisation 'Women's Committee for Social Work' (WCSW) und die 'Federation of Palestinian Women's Action Committee' (FPWAC).

Die Unterschiede dieser Frauenkomitees bestanden eher in ideologischen Fragen und in ihrer Mitgliedschaft als in Zielrichtungen konkreter Aktionen. Alle vier Komitees wandten sich von rein karitativen Aufgaben ab mit dem Ziel, Frauen für den nationalen Befreiungskampf zu gewinnen, der gleichzeitig auch die Gleichberechtigung der Frauen mit sich bringen sollte.

Der Schwerpunkt der Frauenkomitees lag anfangs in der praktischen Bildungsarbeit und in der Errichtung von Kindergärten. Um Frauen Fertigkeiten zur Erzielung eines eigenen Einkommens zu verschaffen, bot man Näh- und Stickkurse an. Mit landwirtschaftlichen Kooperativen und Küchen schuf man Vermarktungsmöglichkeiten für selbst hergestellte Produkte, nicht zuletzt um die Abhängigkeit von der israelischen Wirtschaft zu mindern. Während der Intifada entwickelten sich diese Frauenkomitees zu Massenorganisationen mit Tausenden von Mitgliedern.

Heute hat sich das Bild der Frauenbewegung und ihrer Ansätze gewandelt. Die Komitees schafften es nicht, die Bewegung, die im nationalen Kampf um Befreiung verankert war, auch nach der Intifada am Leben zu erhalten und den Frauen einen dauerhaften Anteil an Mitbestimmung in der Gesellschaft und am Verhandlungstisch zu sichern. Die Mitgliederzahlen belaufen sich jetzt nur noch auf wenige Hundert. Politisch-religiöse Gruppen machen zunehmend Druck auf Frauen, den Schleier zu tragen und nicht mehr an politischen Veranstaltungen teilzunehmen. Damit weitet sich auch die Kluft zwischen der Bildungselite und den Frauen an der Basis.

Die Spaltung der politischen Parteien in solche, die sich am Friedensprozeß beteiligen und jenen, die zuerst die Besatzung beenden wollen, spiegelt sich auch in der Frauenbewegung wider. Hand in Hand mit der Fatah-Frauengruppe arbeitet nun die Frauengruppe der Fida (eine Abspaltung der Demokratischen Front DFLP, die den Friedensprozeß unterstützt), das 'Women's Technical Committee', mit den palästinensischen Behörden zusammen. Bald soll unter der Schirmherrschaft des Sozialministeriums unter Leitung von Um Jihad ein Büro für Frauenfragen eröffnet werden. Kritikerinnen bezweifeln jedoch den Erfolg einer solchen Institution, da die PNA kein wirkliches Interesse an der Förderung der Frauen habe. "Wenn sie die Strukturen der Massenmobilisierung für die Idee der Gleichberechtigung der Frauen nutzen könnten, wäre das ideal. Aber es ist zu befürchten, daß sie alle ihre Energien in parteiinternen Verhandlungen vergeuden", so die Prognose von Eileen Kuttab, Dozentin für Frauenforschung an der Birzeit-Universität in der Westbank.

Arbeitsschwerpunkte werden verlagert

Neben den Frauenkomitees, den karitativen Organisationen, die ein eher traditionelles Frauenbild pflegen, und den noch existierenden Kooperativen und Produktionsprojekten haben Frauen Forschungs- und Beratungszentren gegründet, deren Schwerpunkt auf Geschlechterfragen liegt. Wenige Frauengruppen haben sich bislang mit dem nicht nur für die arabische Gesellschaft heiklen Thema der Gewalt gegen Frauen in der Familie und mit sexuellem Mißbrauch auseinandergesetzt. Da die Gewalt der Besatzung allgegenwärtig ist und alle jederzeit treffen kann, wurde die häusliche Gewalt gegen Frauen nicht thematisiert. "Lange Zeit stand ausschließlich der nationale Befreiungskampf im Vordergrund. Das soll sich jetzt ändern", so Maysoon Filfil vom 'Women's Study Center' (WSC) in Jerusalem. Zusammen mit dem 'Women's Legal Aid Center' hat ihre Organisation eine telefonische Hotline für Frauen eingerichtet. Doch hat weder jeder Haushalt ein Telefon, noch kann ohne Einrichtungen wie Frauenhäuser genug für diese Frauen getan werden. Das WSC bietet in ländlichen Gebieten Gesprächskreise an, in denen Frauen das Schweigen durchbrechen und gemeinsame Strategien erarbeiten können.

"Die Geschlechterdebatte wird zur Zeit in allen Parteien ganz heiß geführt - auch bei den Frauen der Fatah, die sich dafür einsetzen, als Kandidatinnen für die kommenden Wahlen aufgestellt zu werden". Eileen Kuttab gibt zu, daß dieser Ansatz, der die Interessen der Frauen auf die gleiche Stufe wie die nationale Frage stellt, die intellektuellen Frauen weiter von der Gesellschaft entfernt, die deren Meinung nach für eine neue Frauenrolle noch nicht reif ist. Kuttab sieht die Frauen- und Demokratiebewegung vor zwei Aufgaben gestellt: Einflußnahme auf der politischen Entscheidungsebene und Verbreitung ihrer Ideen unter der palästinensischen Bevölkerung.

Frauen fordern gleiche Rechte

Trotz aller politischer Differenzen der Frauengruppen gibt es eine ausgeprägte Konsensbereitschaft, die in gemeinsamen Aktionen ihren Niederschlag findet und die Bildung übergeordneter Netze zuläßt. So einigten sich im vergangenen Jahr die unterschiedlichen Frauenkomitees, bestehend aus Quasi-Regierungsorganisationen wie dem 'Technical Womens Committee', Frauengruppen aus der oppositionellen Linken (z.B. die UPWC) und die Union der palästinensischen Frauen (GUPW), die die konservativen karitativen Frauenorganisationen repräsentiert, sowie verschiedene unabhängige Frauen auf eine gemeinsame Frauencharta. Während einer Pressekonferenz im vergangenen August wurde sie den palästinensischen Behörden mit der Forderung vorgestellt, sie in die zukünftige palästinensische Verfassung einzuarbeiten. Eine Konferenz, die das Dokument und die Gesetzesvorlage für gleiche Rechte von Frauen in den relevanten gesellschaftlichen Bereichen einer breiteren Öffentlichkeit vorstellte, folgte gleich im Anschluß daran. Was Arafat allerdings von Veränderungen im Familien- und Zivilrecht hält, machte er einer Frauendelegation vor wenigen Wochen bereits deutlich: Alle Gesetze und Gesetzesveränderungen müßten in Übereinstimmung mit der Schari'a stehen.

Sieglinde Weinbrenner

Völker hört die Signale . . .

Interview mit dem neuen kommunistischen Premier von Nepal

Während weltweit die kommunistischen Ideologien zerbrechen, hat ausgerechnet in Nepal, dem hinduistischen Himalayastaat, an dessen Spitze nach wie vor ein konstitutioneller Monarch steht, die UML (United Marxist-Leninist) die Parlamentswahlen im November '94 gewonnen. Mit 88 Sitzen hat die kommunistische Partei den bis dahin regierenden "Nepali Congress", der nur 83 Sitze erlangen konnte, besiegt. Keine der genannten Parteien konnte die absolute Mehrheit erreichen. Nachdem diverse Versuche, eine Koalitionsregierung zu bilden, scheiterten, blieb König Birendra keine andere Wahl, als in Übereinstimmung mit Artikel 42 (2) der nepalesischen Verfassung den 74jährigen Präsidenten der KP Man Mohan Adhikari zum neuen Premierminister zu ernennen und ihn mit der Bildung einer Minderheitsregierung zu beauftragen. Daß die kommunistische Partei Nepals als Sieger aus dieser Wahlschlacht hervorgehen würde, hatte kaum jemand erwartet. Wie lange die UML an der Macht bleiben wird, ist dieser Tage ein heiß umstrittenes Thema. Als Minderheitsregierung können die Marxisten-Leninisten jederzeit gestürzt werden. Ein äußerst geschicktes Taktieren ist angesagt. Kann die Regierung zur Durchsetzung ihrer Wahlversprechen - wie beispielsweise die Abschaffung der ungerechten Landbesitzverhältnisse oder die Einführung einer progressiven Besteuerung - eine Mehrheit finden? Das Ausland wartet gespannt darauf, welche Richtung das neue Regime - das als ein Sammelbecken unterschiedlichster ideologischer Strömungen, von sozialdemokratischen bis hin zu linksradikalen Ideen gilt - einschlagen wird. Im Kampf gegen das alte Panchayat-System hat Man Mohan Adhikari insgesamt 15 Jahre seines Lebens im Gefängnis zugebracht. Wie er als neuer Premierminister die ideologische Ausrichtung seiner Partei und die Zukunft des Landes sieht, sagt er im folgenden Interview.

Der Name Ihrer Partei ist UML (United Marxist/Leninist). Wie beschreiben Sie die ideologische Ausrichtung der Partei? Würden Sie sagen, daß es eher eine kommunistische Partei im klassischen Sinn ist, oder eher eine sozialdemokratische Partei?

Man Mohan Adhikari: Wir haben den Marxismus-Leninismus als eine Philosophie - eine Art Anleitung - benutzt. Aber wir müssen diese Ideologie der Realität unseres Landes anpassen. Aus diesem Grund haben wir die konstitutionelle Monarchie, das Mehrparteiensystem, die Unabhängigkeit der Justiz und die Pressefreiheit akzeptiert.

Wie ist die Haltung einer kommunistischen Partei gegenüber einer Institution wie der Monarchie?

Man Mohan Adhikari: Unsere Verfassung vereint drei politische Kräfte. Die Monarchie, den "Nepali Congress" als demokratische Partei und uns, die "Linken". Früher war die Monarchie sehr autokratisch und tyrannisch. Wir haben sie über drei Jahrzehnte bis zum äußersten bekämpft. Nach diesem historischen Kampf haben wir einen Kompromiß mit dem König geschlossen. Wir akzeptieren ihn als einen konstitutionellen Monarchen, und er akzeptiert uns als die politischen Führer. Wir können den König nicht absetzen, er kann die politischen Parteien nicht verbieten. Solange der König sich nicht in unsere Angelegenheit einmischt und solange er sich innerhalb der Verfassung bewegt, werden wir ihm erlauben, als ehrbare Institution zu existieren.

Was hat Ihrer Meinung nach zu dem erfolgreichen Wahlergebnis der UML geführt? Viele Leute sagen, daß es eine Wahl gegen den "Nepali Congress" und nicht für die UML war.

Man Mohan Adhikari: Die UML hat all die Jahre kontinuierlich für Demokratie, Nationalismus und ökonomische Belange gekämpft. Von der Arbeiterklasse über die Bauern bis hin zu den nationalen Kapitalisten werden alle ausgebeutet und leiden unter großer wirtschaftlicher Not. Unsere Partei hat immer für diese mittellosen Gruppen gekämpft. Die linken Parteien haben insgesamt 37% der Stimmen erhalten. Der "Nepali Congress" hat 36% der Stimmen erhalten. Wenn Sie auf dieses Wahlergebnis zurückblicken, können Sie nicht behaupten, daß es nur eine Wahl gegen die Kongreßpartei war.

Warum haben die Menschen gegen die demokratische Partei gestimmt?

Man Mohan Adhikari: Sie hatte weder Korruption noch Nepotismus unter Kontrolle. Hinzu kommt die einseitige politische Haltung gegenüber Indien. Unsere Bevölkerung ist sehr stolz auf ihre Unabhängigkeit. Wir waren niemals eine Kolonie. Die Leute wollen nicht, daß sich das Land oder irgendeine Partei dieses Landes zu stark nach einer Seite neigt. Weder nach Norden noch nach Süden. Wir - die UML - haben eine ausgewogene Politik vorgeschlagen. Der "Nepali Congress" hat eine zu einseitige Politik mit Indien betrieben. Das war sein größter Fehler. Außerdem hat er zu große interne Meinungsverschiedenheiten. Die Regierung ist nicht wegen uns, sondern ihrer selbst wegen gescheitert.

Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Schritte, welche die neue Regierung unternehmen muß, um das Vertrauen der Menschen wieder gewinnen und auch erhalten zu können?

Man Mohan Adhikari: Wir haben einige Prioritäten. Als erstes wollen wir die Verfassung umsetzen und stärken, indem wir einige neue Gesetze einführen. Wir haben immer noch so viele Gesetzte aus der Panchayat-Ära, die gegen die Menschen gerichtet sind.

Wir werden sie abschaffen. Zum zweiten wollen wir die Wahlkommission stärken und den Wahlprozeß übersichtlicher machen, indem wir ein Wahlkartensystem einführen. Wir werden Muskelspiele mit Geld und Waffen, mit denen die Wähler beeinflußt werden sollen, nicht mehr tolerieren. Wir werden neue Gesetze zum Schutz der Menschenrechte einführen. Diejenigen, die in Folter und andere Greueltaten involviert sind, werden bestraft. Die Opfer sollen Kompensationen erhalten.

Ich habe gehört, daß die Regierung eine Menschenrechtskommission einrichten will.

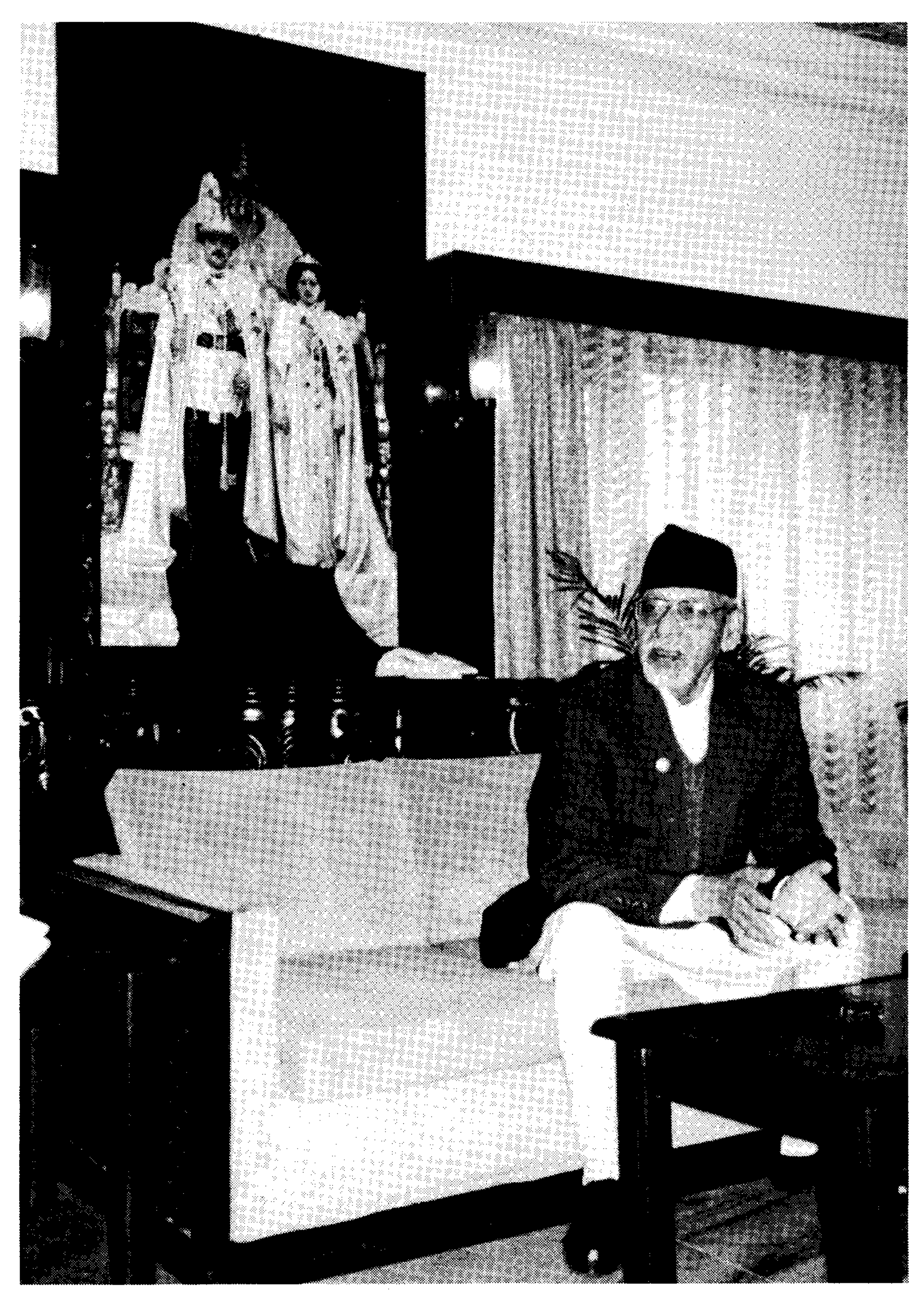
Man Mohan Adhikari: Ja, die verschiedenen NGOs sollen sich zusammensetzen und uns beraten, wie wir die Menschenrechte stärker und unverletzbarer machen können.

Wird diese Kommission unabhängig arbeiten können?

Man Mohan Adhikari: Ja, es soll eine unabhängige Institution sein. Wie die genaue Aufgaben- und Machtverteilung aussehen wird, ist im Moment noch unklar.

Ich habe von den Straßenkindern gehört, daß sie von der Polizei gefoltert und bestohlen werden. Wird die neuen Menschenrechtskommission solche Vergehen aufdecken und verhindern können?

Man Mohan Adhikari: Das größte Problem ist, daß diese Übeltäter derzeit meist frei ausgehen. Wir haben keine Gesetze, um sie zu bestrafen. Sobald wir die nötigen Gesetze erlassen haben und sie vor Gericht bringen können, wird es ihnen leid tun, irgend etwas zu unternehmen, das gegen die Menschenrechte verstößt. Zur Zeit werden die Menschenrechte von den Parteien, der Regierung, der Polizei und Armee verletzt. Wir wollen diese Situation ändern.



Premierminister Man Mohan Adhikari mit Königspaar

Eines der größten Probleme in Nepal ist die Armut der Menschen. Was sind die Ursachen für diese Armut und was sind die ersten Schritte, welche die neue Regierung unternehmen will, um diese Armut zu bekämpfen?

Man Mohan Adhikari: Armut ist etwas, was wir von unseren Vorfahren geerbt haben. Sie hat ihre Wurzeln in dem feudalen mittelalterlichen System. Wir sind ein Agrarland. Über sechs Millionen Menschen werden ausgebeutet. Sie haben keinen Landbesitz. Das ist das eigentliche Problem. Unser erster Schritt werden Landreformen sein. Die Großgrundbesitzer werden nicht entschädigt. Die kleineren Landbesitzer erhalten eine Kompensation. Die zweite Priorität setzen wir auf die Industrialisierung des Landes. Wir werden bescheiden anfangen und insbesondere die Industrien, die auf unseren eigenen Ressourcen basieren, aufbauen. Wir - die Regierung - werden in diesem Prozeß eine minimale Rolle spielen. Das heißt, daß wir einen privaten Bereich erlauben. Wir wollen fremdes Kapital einladen, sich an der Industrialisierung zu beteiligen, besonders an exportorientierten Projekten, die unser Land selbstbewußter machen. Wir werden den Unternehmen eine hundertprozentige Beteiligung gestatten ohne Restriktionen. Im Gegenteil: Wir werden ihnen in vielen Bereichen Konzessionen machen. Wenn sie die kühne Entscheidung auf sich nehmen, in unser Land zu kommen, sind sie willkommen.

Was sagen Sie zu dem Thema Kinderarbeit bzw. dem Verbot von Kinderarbeit in Nepal? Glauben Sie, daß die totale Abschaffung der Kinderarbeit zur jetzigen Zeit wirklich realistisch ist?

Man Mohan Adhikari: Was ist Kinderarbeit? Wenn Sie die Geschichte der westlichen Länder - speziell zur Zeit der Industrialisierung - betrachten, sehen Sie, daß es damals auch Kinderarbeit gab. Solange Sie in Ländern mit einer rückständigen Wirtschaft, wie dem unseren, keine Möglichkeit für wirtschaftliche Gerechtigkeit und ökonomische Sicherheit schaffen, solange ist die Diskussion über die Abschaffung der Kinderarbeit sinnlos. Ich möchte, daß alle Arbeitgeber, die Kinder beschäftigen, auch für diese Kinder sorgen. Sie sollen ihnen einen gewissen Schutz und gewisse Rechte geben. Ich will Kinderarbeit demokratischer und menschlicher gestalten. Es wäre aber vermessen, zu behaupten, wir könnten Kinderarbeit abschaffen.

Haben Sie konkrete Vorschläge, was sie mit der wachsenden Anzahl von Straßenkindern machen wollen? Soweit ich weiß, leben mehr als 1.000 Straßenkinder in Kathmandu.

Man Mohan Adhikari: Ja, das stimmt. Wir haben derzeit einige UN-Agenturen und

auch NGOs, die sich um die Kinder kümmern. Wir sind sehr darum bemüht, diese Kinder zu rehabilitieren, damit sie nicht länger auf der Straße leben müssen. Das liegt in unseren Interesse, wir werden unser Bestes tun.

Sie werden also die NGOs stärker unterstützen als bisher?

Man Mohan Adhikari: Ja natürlich, selbstverständlich. Wer auch immer diese Arbeit mit Verantwortung übernehmen will, ist willkommen.

Wird die neue Regierung weiterhin mit den ausländischen Entwicklungsorganisationen zusammenarbeiten, oder planen Sie leichte Änderungen, wie beispielsweise eine stärkere Einbeziehung von einheimischen Experten und Industrien?

Man Mohan Adhikari: Bezüglich der ausländischen Entwicklungsorganisationen und Projekte wird sich unsere Haltung grundsätzlich nicht ändern. Ich glaube, unser Land sollte selbstbewußter sein. Wir streben einen graduellen Wandel an, der es ermöglicht, daß unsere Leute die Sache in die Hand nehmen. Sie sollen sagen können: "Gentlemen, Freunde wir sind dankbar, aber jetzt sind wir in der Lage, die Angelegenheit selbst zu übernehmen". Es soll ein allmählicher Wandel sein, nicht auf einen Schlag. Schritt für Schritt mit Dankbarkeit.

Wird die neue Regierung das Arun-Projekt (Staudamm-Projekt) unterstützen?

Man Mohan Adhikari: Wir betrachten das Arun-Projekt aus drei Blickwinkeln. Erstens unter dem Aspekt der Kosteneffektivität, zweitens technische Überlegungen und drittens sind da die Verpflichtungen, die wir gegenüber der Weltbank und anderen Gebern eingehen. Wenn wir Arun unter den derzeitigen Bedingungen akzeptieren, müssen wir jedes Jahr der Weltbank unser Haushaltsbudget unterbreiten, damit geprüft werden kann, ob es den Investitionen der Weltbank und der anderen Geberländer entspricht. Das ist sehr unerfreulich. Dann ist da noch diese Straße, die zu dem Arun-Projekt führen soll. Sie ist viel zu teuer. Wir werden uns mit der Weltbank und den anderen Geberländern zusammensetzen und diskutieren. Warten wir ab. Grundsätzlich gesehen sind wir nicht gegen Arun. Wir würden uns glücklich schätzen, gemeinsam mit der Weltbank und allen anderen beteiligten Ländern solch ein Mega-Projekt in unserem Land aufzubauen. Aber ich glaube, es ist das Recht einer jeden Nation, einige Einwände und Änderungsvorschläge zu machen. Wenn sie sinnvoll sind, sollten sie auch akzeptiert werden. Ansonsten sind wir nicht gegen das Projekt.

Wird die neue Regierung den Tourismus weiterhin fördern, oder befürchten Sie negative Auswirkungen?

Man Mohan Adhikari: Nein, auf keinen Fall. Im Gegenteil: Wir müssen den Tourismus ausweiten. Derzeit spielt sich der Tourismus nur in einigen kleinen Regionen des Landes ab. Die Touristen kommen nach Kathmandu und schauen sich im Tal um, gehen nach Pokhara und von dort aus auf Trekking. Große Teile unseres Landes sind noch unerschlossen. Wir werden unserer Bestes tun, um den Tourismus regional auszuweiten und vielseitiger zu gestalten.

Haben Sie keine Befürchtungen, daß der Tourismus auch einen negativen Einfluß - zum Beispiel auf das Wertesystem der Jugendlichen - haben kann?

Man Mohan Adhikari: Touristen zerstören kein Wertesystem. Die Menschen aus den verschieden Ländern haben ihr eigens Wertesystem, ihre eigene Kultur. Es liegt an uns, ob wir die positiven Dinge von ihnen aufnehmen. Wir wollen die positiven Elemente aus dem Westen aus Kultur, Kunst, Wissenschaft und Technologie übernehmen. Wenn wir diese Dinge dann mit unserer Kultur verbinden, kann das sehr fortschrittlich sein. Es gibt keine Gegensätzlichkeit zwischen Ihrer und unserer Kultur. Wir müssen voneinander lernen, Erfahrungen sammeln. Die Welt wird immer kleiner. Es ist jedoch eine andere Sache, darauf zu achten, daß unsere alte Kultur nicht verlorengeht. Das macht jede Nation. Das machen Sie, das machen wir auch. Ich sehe in dem Miteinander verschiedener Kulturen keine Widersprüche.

Ein großes Problem in Kathmandu ist die Luftverschmutzung und die Abfallbeseitigung. Haben Sie bereits konkrete Vorschläge, was sie dagegen unternehmen können?

Man Mohan Adhikari: Wir hatten ja eine Mülldeponie. Aber die Leute, die in der Nähe leben, haben sich beschwert. Sie sagten: "Warum kriegen wir all den Abfall aus Kathmandu, ohne unsere Zustimmung und ohne irgendwelche Vorteile davon zu haben?" Wir suchen nach einem geeigneteren Platz. Das würde das Abfallproblem lösen. Die Luftverschmutzung wird hauptsächlich durch die "tempos" (Threewheeler) verursacht. Bei einer Stillegung der "tempos" müssen wir den Besitzern Alternativen und Erleichterungen einräumen. Beispielsweise die Möglichkeit, daß sie modernere Minibusse anschaffen können. Wir sind sehr besorgt wegen der Luftverschmutzung. Wir müssen Kathmandu wieder so grün und sauber machen, wie es früher einmal war. Die Tourismusindustrie ist auch davon betroffen. Viele Nepalreisende halten sich nicht mehr gerne in der Hauptstadt auf.

Sind Sie bereit zu einigen konkreten Vorschlägen dazu, was sie mit den bhutanesischen Flüchtlingen in Jhapa zu tun gedenken?

Man Mohan Adhikari: Diese Menschen wurden gewaltsam ausgewiesen. Bis jetzt hat es zahlreiche Gespräche zwischen Bhutan und Nepal gegeben, aber ohne Ergebnis. Ich werde mit dem Außenminister Bhutans erneut Kontakt aufnehmen und versuchen, ihn davon zu überzeugen, daß er die Menschen wieder aufnimmt. Internationaler Druck könnte dabei helfen, das traurige Schicksal der Flüchtlinge zu beenden.

Mir ist aufgefallen, daß in Ihrem Ministerrat keine Frau vertreten ist. Soll das bedeuten, daß Sie die Förderung der Teilnahme von Frauen in der Gesellschaft vernachlässigen?

Man Mohan Adhikari: Sie wissen, daß wir den Rat der Minister in größter Eile zusammenstellen mußten. Aber ich werde Ihnen versprechen, daß ich Ihnen bei Ihrem nächsten Besuch in Nepal eine Ministerin vorstellen werde.

Das Interview führte Irmgard Wagner im Dezember in Kathmandu.

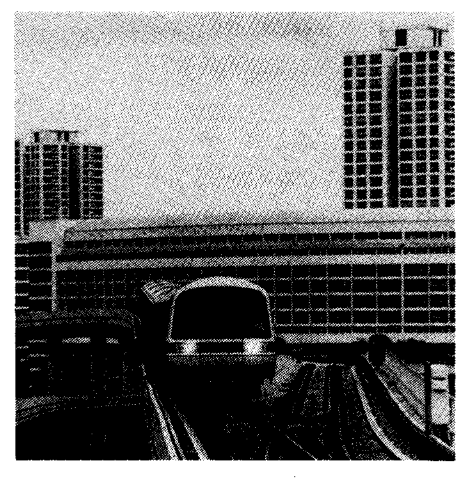
Vorwort

In drei Wochen beginnt die Hannovermesse 1995. Mit Indonesien kommt in diesem Jahr das "Partnerland" der international bedeutenden Industrie- und Handelsmesse aus Südostasien. Anliegen der indonesischen Aussteller und der Elite aus Politik und Wirtschaft des Landes wird es sein, Indonesien als zukünftigen leistungsfähigen Wirtschaftpartner darzustellen. Mit seinen derzeit für viele Staaten Südostasiens typischen hohen Wachstumsraten soll Indonesien als günstiger Industriestandort, Partner für Joint-Ventures und als vielversprechender Markt der Zukunft präsentiert werden.

Bei dem deutschen Zielpublikum aus Politik und Wirtschaft dürften die Vertreter Indonesiens mit diesen Bemühungen offene Türen einrennen. Die rasante Entwicklung in Ostasien, die in Japan begann, die Hongkong, Taiwan, Südkorea und Singapur, die sogenannten "vier Tiger", mitzog und sich inzwischen in den südostasiatischen Ländern Malaysia, Thailand und Indonesien ankündigt, hat das pazifische Asien zur derzeit profitträchtigsten Wirtschaftsregion gemacht. Daß in vielen Staaten der Region die Menschenrechte mit Füßen getreten werden, daß in keinem Land der Region demokratische Verhältnisse herrschen, daß im Gegenteil der Aufschwung von autoritären Regimes gesteuert wird und mit Löhnen auf niedrigstem Level unter schlechtesten Arbeitsbedingungen erkauft wird, interessiert in der alten Industriemacht Deutschland kaum jemanden.

Viel zu groß ist die Angst vor der erwachsenden Konkurrenz im globalen Standortpoker und die Befürchtung, zu spät zu kommen und mit Japan, der EU und den USA im Kampf um Weltmarktpositionen nicht Schritt zu halten. Allzu gerne möchte sich Deutschland seinerseits im pazifischen Raum als "verläßlicher Partner" präsentieren. Der Waffenexport in eine konfliktträchtige Region ist da nur ein Aspekt unter vielen anderen.

Auch die umfangreiche Medienberichterstattung zeigt, wie stark die Region die hiesige Öffentlichkeit inzwischen beschäftigt. Zahllose Beschwörungen des "asiatischen Wirtschaftswunders" prägen einen öffentlichen Diskurs, der sich zwischen Angst und Bewunderung bewegt. Nicht zufällig hat das Bild der "vier Tiger" das der "vier Drachen", von denen man noch vor kurzem sprach, abgelöst - in der chinesischen Mythologie steht der Drache für Freundlichkeit.



Tatsächlich befindet sich die Region in schnellem Wandel und ihre Entwicklung - man halte es wie man wolle - wird auch unsere Zukunft im 'global village' mitbestimmen. In unserem Themenschwerpunkt fragen wir nach den Faktoren des wirtschaftlichen Erfolges einiger Staaten des pazifischen Raumes. Dabei erweist es sich als schwierig, sich der Magie der Zahlen und Erfolgsdaten einer nachholenden Entwicklung zu entziehen und die Schattenseiten der Entwicklung nicht zynisch als Übergangserscheinungen auf dem Weg in die bürgerliche Industriegesellschaft zu deuten. Jedoch ist diese "schnell nachholende Entwicklung" unübersehbar mit sozialen Konflikten, ökologischen Zerstörungen und politischer Repression verbunden und sie teilt die Beteiligten in Gewinner und Verlierer - ganz abgesehen von der Frage, ob sie überhaupt Lebensformen hervorbringen kann, die Menschen glücklich machen. (Wobei letztere Frage zu stellen durchaus als Privileg und Ausdruck der Ignoranz der "Habenden" betrachtet werden mag.)

Angesichts der Dimension des Raumes und des Themas bleiben viele blinde Flecken in diesem Themenblock. Staaten wie Kambodscha, Laos und Vietnam, die dem asiatisch-pazifischen Aufschwung mit unsicherer Aussicht auf Erfolg hinterherrennen, tauchen nur am Rande auf. Viele Themenbereiche, wie Tourismus, Gewerkschaften, Frauen, Menschenrechte, Stereotypenbildung etc. können nur punktuell angesprochen werden.

Im einleitenden Beitrag steht das Beispiel Südkorea stellvertretend für einen bei vielen Unterschieden doch vergleichbaren Entwicklungsweg der "vier Tiger". Die Faktoren und Schattenseiten der Modernisierung Südkoreas werfen auch Schlaglichter auf die Entwicklung der südostasiatischen Staaten. Es beweist sich etwa, was vielen Apologeten des Liberalismus nicht recht einleuchten will: Der Staat spielt die erste Geige.

Neu gestellt wird angesichts der rasanten Entwicklung auch die Frage der regionalen Hegemonie nach dem Ende der Blockkonfrontation. Ohne Japan ist der Aufschwung der Region nicht zu denken. Ist Japan die neue und die USA die alte Supermacht? Beide Staaten verfolgen unterschiedliche Strategien, die ihnen politischen und ökonomischen Einfluß im pazifischen Raum sichern sollen. Das bringt sie in ein Konkurrenzverhältnis.

Andere Konflikte in der Region sind vorprogrammiert: Die Verteilungskämpfe zwischen den Staaten im Kampf um "Fortschritt" und Wachstumsraten bergen vielfältiges Krisenpotential. Dieses könnte sich schnell entzünden angesichts der Heterogenität machtpolitischer Interessen, die in den regionalen multilateralen Institutionen bisher nur wenig wirksam eingebunden werden können und angesichts der Vielzahl von territorialen, sozialen und anderen Konflikten im pazifischen Raum. Bereits jetzt wird weltweit in keiner Region so viel Geld für Waffen ausgegeben wie im pazifischen Asien.

Indonesien und Thailand stehen zusammen mit Malaysia für die sogenannte "zweite Generation" der Tigerstaaten. Beiden Staaten gemeinsam ist der unbedingte Vorrang der Industrialisierung. Diesem müssen entgegenstehende Interessen und Prioritäten von Menschen und Umwelt weichen. Eine besondere Rolle spielt dabei in Indonesien die Korruption und die Konzentration auf die High- Tech-Produktion insbesondere im Rüstungsbereich. Die gewerkschaftliche Organisation zur Interessenvertretung derjenigen, die das Wachstum erarbeiten, hat es da schwer.

Die Priorität des Wachstums vor der Verteilungsgerechtigkeit, die vielfältigen Verletzungen von Menschenrechten, die Unterdrückung politischer Opposition und die ökologischen Zerstörungen in der Region klagen südostasiatische NGOs an, die wir abschließend zu Wort kommen lassen. Den Kapitalismus an sich stellt jedoch auch diese Vision vom Jahre 2020 kaum in Frage.

Zum Schluß noch ein Hinweis zum Weiterlesen: Eine umfangreiche aktuelle Dokumentation zum Thema Südostasien kann bei uns bestellt werden. Zu den Philippinen empfehlen wir den Bericht zu Arbeitsmigration und Verschuldung aus dem letzten Heft. Außerdem versprechen wir für die nächste Ausgabe einen Beitrag zu Frauenorgansiationen auf den Philippinen. Aufgeschoben ist auch der Artikel zu den deutschen Interessen in der Region.

Zuletzt verweisen wir auf die Publikationen der Südostasien-Infostelle in Bochum, der auch ein Extradank für die Unterstützung bei der Zusammenstellung dieses Themenblocks gebührt.

Die Redaktion

Keine Mirakel

Die "Wirtschaftswunder" im pazifischen Asien

Von Wundern kann bei der Analyse des Wirtschaftsbooms in Ost- und Südostasien keine Rede sein. Ein wesentlicher Faktor ist zur Überraschung vieler die staatliche Planung der Entwicklung. Am Beispiel Südkoreas, das dem japanischen Weg gefolgt ist und das nun seinerseits für einige aufstrebenden Staaten des pazifischen Asiens zum Vorbild geworden ist, werden die Faktoren und die Schattenseiten des Erfolges deutlich.

Ende November letzten Jahres erschien die renommierte 'Far Eastern Economic Review' mit einem Schwerpunkt über die zwanzigjährige Erfolgsgeschichte des Wirtschaftswachstums in Asien. Es sei eine "hart erarbeitete Prosperität". John M. Leger brachte den wirtschaftlichen Erfolg, der sich nicht mehr nur auf die 'Newly Industrializing Economies' (NIE) in Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan beschränkt, sondern auch China, Malaysia, Thailand und Indonesien einschließt, auf die volkswirtschaftliche Faustformel:

Harte Arbeit
\+ niedrige Steuern
\+ hohe Sparquoten
\+ minimale staatliche Lenkungseingriffe

= wirtschaftlicher Boom.

Die einzelnen Erfolgsfaktoren werden anschließend in beeindruckender Weise belegt. So wurden beispielsweise in Seoul jährlich durchschnittlich 2302 Stunden gearbeitet bei 7,8 bezahlten Urlaubstagen, während in Frankfurt "nur" 1725 Stunden gearbeitet wurden bei 31,2 bezahlten Urlaubstagen im Jahr. Ähnliches gilt für Taiwan, Hongkong, Singapur und Thailand, die im Vergleich nicht nur die BRD, sondern auch Dänemark, Großbritannien und Spanien "übertreffen". Im Zeitraum von 1965 - 1990 betrug der durchschnittliche jährliche Zuwachs des Bruttosozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung in Singapur, Hongkong, Taiwan und Südkorea sechs bis acht Prozent. (In Malaysia, Thailand und Indonesien erreichte er vier bis fünf Prozent.) Gleichzeitig hat die Lebenserwartung in diesen Staaten deutlich zugenommen und im Falle Hongkongs, Singapurs und Taiwans das gleiche Niveau wie in den USA, Großbritannien und der BRD erreicht. Ebenfalls deutlich zurückgegangen in diesen vier Staaten, wie auch etwa in Malaysia ist der Anteil der Bevölkerung, der unter der Armutsgrenze lebt. Alles in allem konstatiert die 'Far Eastern Economic Review' eine erfreuliche und positive Entwicklung.

Abgesehen davon, daß die Schattenseiten dieser Entwicklung nicht angesprochen werden, irrt der Autor jedoch, was die in der Faustformel zusammengefaßten Erfolgsfaktoren des wirtschaftlichen Booms betrifft.

Japans Weg

Zunächst ist der wirtschaftliche Boom in der Region ohne den Aufstieg Japans zu einer weltweit führenden Wirtschafts- und Finanzmacht nicht denkbar. Nach dem Zweiten Weltkrieg unter den Bedingungen des Kalten Krieges von den USA zum regionalen Juniorpartner auserkoren, hat es Japan geschafft, diese Rolle zur unumstrittenen Führungsmacht in der Region auszubauen. Die USA garantierten feste Wechselkurse und Kredite, Technologietransfer und einen offenen amerikanischen Absatzmarkt. Dennoch überließ Japan die industrielle Entwicklung und den internationalen Handel nicht dem freien Spiel der Marktkräfte - im Gegenteil ist die japanische Außenwirtschaft durch ein sehr hohes Maß an staatlicher Organisation und Koordination der Auslandsaktivitäten japanischer Konzerne, die auf dem Binnenmarkt miteinander konkurrieren, gekennzeichnet. Die staatliche Rahmenplanung galt v.a. einem extrem exportgestützen Wachstum und der gleichzeitigen Abschottung des japanischen Marktes gegen Importe von Agrar- und Industriegütern sowie gegen ausländische Direktinvestitionen.

Der japanische Entwicklungsweg ist eng verknüpft mit der wirtschaftlichen Expansion Japans in Südost- und Ostasien. Auf der anderen Seite stellt die Rolle Japans in unterschiedlicher Weise (als Kolonialmacht, als Investor und Abnehmer, als Technologielieferant) eine der entscheidenden Voraussetzungen der Entwicklung in der gesamten Region dar (zur Rolle Japans in der Region s. den nachfolgenden Beitrag). Einige Grundprinzipien des japanischen Weges haben die sogenannten NIE der ersten Generation (Hongkong, Singapur, Taiwan und Südkorea) nachvollzogen. Dabei übernahm Japan mehr und mehr die Funktion des Financiers und Technologielieferanten, während die USA den Hauptabsatzmarkt boten. Inzwischen ist Japan in vielerlei Hinsicht zum Leitbild der Entwicklung im pazifischen Asien geworden.

Wie kein anderes Land der NIE hat Südkorea den japanischen Erfolg zum Vorbild genommen. Südkorea hat in den vergangenen Jahrzehnten ein "ostasiatisches Wirtschaftswunder" geschaffen. In einigen wesentlichen Punkten kann Südkorea den Weg aber auch die notwendigen Voraussetzungen des Aufstiegs aus der Dritten Welt symbolisieren. Dies gilt zunächst für die vier NIE.

Neben dem Engagement Japans stellte eine Hauptantriebskraft des Booms dieser vier Staaten die verarbeitende Industrie dar. Typisch ist hier die Transformation von der arbeitsintensiven zur kapitalintensiven Produktion. Begleitet wird dieser Prozeß von Standortverlagerungen vor allem der arbeitsintensiven leichtindustriellen Fertigung in die Billiglohnländer. Diese erfolgte zunächst von Japan nach Honkong, Singapur, Taiwan, Südkorea und Malaysia. Seit Ende der 80er Jahre kommt es nunmehr auch zu Verlagerungen arbeitsintensiver Produktion, und umfangreiche Investitionen aus diesen Ländern in Thailand, den Philippinen, Indonesien, China und Vietnam.

Die folgende eingehendere Nachzeich-

nung des südkoreanischen Weges läßt zudem einige wesentliche Linien und Eckpunkte erkennen, die bei aller Unterschiedlichkeit im einzelnen auch Schlaglichter auf die (geplante) Entwicklung der südostasiatischen Staaten (v.a. Malaysia, Thailand und Indonesien) werfen können. Diese sollen vorab kurz und stark schematisiert benannt werden: Zunächst ist eine umfassende staatliche Rahmenplanung zu nennen, die die Entwicklung Japans, Südkoreas und der anderen Staaten des Raumens entscheidend prägt; wesentliche Bedeutung kommt der Modernisierung der Landwirtschaft zu, die nicht nur die ökonomische, sondern auch soziale Voraussetzung für die Industrialisierung schafft; die Industrialisierung ist im weiteren zunächst geprägt durch die arbeitsintensive Leichtindustrie und die Bemühung um Importsubstitution; dazu tritt eine starke Exportorientierung und der Schutz der Binnenmärkte; nicht zu denken ist die Entwicklung ohne Technologietransfer und offene ausländische Märkte. Parallelen läßt auch die nachfolgende zumindest punktuelle Verlagerung in die technologisch anspruchsvollere Produktion, vor allem die verarbeitende Zwischengüterindustrie erkennen. Neben den ökonomischen Grundlinien sind es auch Fragen sozialer Konflikte, die Gemeinsamkeiten aufweisen: Die wirtschaftliche Entwicklung steht vor dem Hintergrund autoritärer Staatsführungen und politischer Repression, die sich - wenn überhaupt - in den diversen Staaten nur langsam auflöst. Selbst in Japan kann von Demokratie im herkömmlichen Sinne nicht die Rede sein. In unterschiedlichem Maße wachsende Einkommens- und Lebensstandardunterschiede prägen das Bild ebenso wie Niedrigstlöhne, schlechte Arbeitsbedingungen sowie kaum vorhandene Organisationsmöglichkeiten und soziale Absicherungen der ArbeiterInnen. Dazu kommen ökologische Zerstörungen, deren Ausmaß noch längst nicht absehbar ist.

Die Entwicklung Südkoreas ist in einigen der genannten Punkte charakteristisch und soll daher im folgenden genauer dargestellt werden.

Südkoreas "take off"

Von 1910 bis 1945 war Korea japanisches Kolonialgebiet. Der japanische Kolonialismus zeichnete sich einerseits durch brutale Repression gegenüber der koreanischen Bevölkerung aus, hinterließ andererseits grundlegende ökonomische Strukturen. So modernisierte die japanische Kolonialmacht die Landwirtschaft, um das Mutterland Japan mit Agrarprodukten (v.a. Reis) zu versorgen. Von 1910 bis 1945 wurde die Reisproduktion in Korea fast verdoppelt. In den zwanziger Jahren begann Japan außerdem mit dem planmäßigen Aufbau der Leichtindustrie (z.B. Textilien). Desweiteren installierten sie ein relativ gut funktionierendes Verwaltungssystem. Dies geschah zwar alles zum Wohle des (japanischen) Mutterlandes, doch konnte sich Korea mit dem Erlangen der Unabhängigkeit diese Infrastruktur zunutze machen.

Zunächst war die Landreform (1947 - 1949) die Grundlage für eine relativ homogene Einkommensentwicklung. War das Einkommensniveau noch recht niedrig, so war doch für die Phase der Importsubstitution in den fünfziger Jahren eine Binnennachfrage für einfache Konsumgüter vorhanden. Gleichzeitig bedeutete die Bodenreform eine Entmachtung der Agraroligarchie. Durch die Parzellierung des Bodens und die weitgehende Aufhebung von Pachtverhältnissen ist die Bodenspekulation völlig unrentabel geworden. Desweiteren hatte der Staat durch die direkte Besteuerung der kleinbäuerlichen Haushalte eine Einnahmequelle und konnte mittels der staatlich geregelten Agrarpreise die Lebenshaltungskosten der in anderen Sektoren Beschäftigten weitgehend bestimmen.

Südkorea ist von Landwirtschaft und Leichtindustrie geprägt. Zudem war nach dem Ende des Korea-Krieges (1950-1953) ein Drittel des physischen Kapitals in Südkorea zerstört. 1953 begann mit massiver finanzieller Hilfe der USA der Wiederaufbau des Landes. Zwischen 1955 und 1959 betrug die durchschnittliche jährliche US-Hilfe fast 300 Mio. $. Unter der Präsidentschaft von Syngman Rhee wurde die Strategie der Importsubstitution für die arbeitsintensive Leichtindustrie (Textilien, Bekleidung, Schuhe) verfolgt. Arbeitskräfte waren



Buckeln für den Take off

in Südkorea reichlich und billig vorhanden. Zur Aufrechterhaltung der Produktion mußte das Land in hohem Maße Zwischenprodukte importieren. Dies führte zu steigenden Leistungsbilanzdefiziten. Die zu starke Betonung der Importsubstitution hat zu einer Fehlallokation der Ressourcen, zu einem Rückgang der Produktion und zu größerer Arbeitslosigkeit geführt.

Die ökonomische Situation spitzte sich 1960 zu. Die erste Phase der Importsubstitution war nur mit massiver US-Hilfe möglich gewesen. Etwa 80% der koreanischen Importe wurden direkt mit US-Geldern bezahlt. Etwa die Hälfte des koreanischen Staatshaushaltes wurde ebenfalls durch die US-Hilfe gesichert. Darüber hinaus wurden zwischen 1953 und 1962 70% der Investitionen mit US-Hilfe finanziert. Anfang der sechziger Jahre begannen die USA die Finanzhilfe zu drosseln. Die Importsubstitution war damit an ihre Grenzen gestoßen.

1960 wurde aufgrund von Arbeiter- und Studentenprotesten Präsident Syngman Rhee gestürzt, nicht zuletzt aufgrund der verfehlten Wirtschaftsstrategie. Die neue, demokratisch gewählte Regierung unter Myong Chang stürzte im Mai 1961 durch einen Militärputsch. Unter dem folgenden Präsidenten Park Chung-Hee wurde die Strategie der Exportorientierung für die arbeitsintensive Leichtindustrie verfolgt und begann der eigentliche "take off" des Landes. Agrarproduktion und Rohstoffvorkommen standen in Südkorea nur begrenzt zur Verfügung, so daß eine Ausweitung solcher Exporte undenkbar war. Es mußten aber Einnahmequellen für Devisen erschlossen werden, um die wachsenden Leistungsbilanzdefizite zu reduzieren und eine forcierte wirtschaftliche Entwicklung zu erreichen. Die einzige Alternative war die Ausweitung der Exporte von arbeitsintensiven Industrieprodukten über den begrenzten Binnenmarkt hinaus. Zur Unterstützung der Exportindustrien wurden diese von den Importbeschränkungen ausgeschlossen und durch steuerliche Anreize, Subventionen und einem erleichterten Zugang zu Staatskrediten besonders gefördert.

Erfolgreiche Fünf-Jahres-Pläne

1962 veröffentlichte die Regierung den ersten Fünf-Jahres-Plan. Das allgemeine Ziel der Wirtschaftspläne ist bis heute, eine sich selbst tragende industrielle Entwicklung zu erreichen. So sah der Plan eine Steigerung der Investitionen zugunsten des Ausbaus der Infrastruktur und der Exportorientierung der arbeitsintensiven Leichtindustrie als Hauptziele vor. Der Staat behielt sich in diesem Sinne auch Interventionen auf dem Kapitalmarkt vor. So wurde in den sechziger Jahren der Won, die nationale Währung, mehrmals abgewertet. Ein überbewerteter Won hätte die Exporte behindert. Die Investitionen wurden zum Ausbau der Industriekapazitäten verwandt. Finanziert wurden sie durch Kreditaufnahmen im Ausland und eine steigende inländische Sparquote. Die Kapitalimporte wurden im wesentlichen in zwei Bereiche gelenkt. Erstens, in den Aufbau einer industriellen Infrastruktur, in die 40% aller ausländischen Anleihen in den Jahren 1966-1970 investiert wurden. Zweitens, als Kredite an die verarbeitende Industrie, wofür in diesem Zeitraum weitere 40% aller ausländischen Anleihen verwendet wurden. Von letzteren gingen 43% an die arbeitsintensive Leichtindustrie und schon 57% an die sich im Aufbau befindende Zwischengüterindustrie (Chemie, Stahl).

Im 2. Fünf - Jahres - Plan (1967 - 1971) war das Ziel eine stabile und preisgünstige Nahrungsmittelversorgung durch landwirtschaftliche Strukturverbesserungen. Daneben waren als "geschützte Sektoren" die Düngemittelproduktion, Stahlerzeugung und Schiffbau sowie die Produktion von Elektronikkomponenten vorgesehen, um den Aufbau dieser "infant industries" zu wettbewerbsfähigen Industrien zu ermöglichen.

Anfang der siebziger Jahre kam es zu Wachstumseinbrüchen in Korea. Während sich in Korea ein Lohnkostenanstieg bemerkbar machte, traten andere asiatische Länder wie etwa die Volksrepublik China als Billiglohnkonkurrenten auf dem Weltmarkt auf. Die anhaltenden Zahlungsbilanzdefizite resultierten v.a. aus dem Import von Kapitalgütern und Rohstoffen für den Aufbau der Zwischengüterindustrie. Um die Importabhängigkeit von diesen Gütern zu verringern, folgte mit dem 3. Fünf-Jahres-Plan die Importsubstitution der Schwerindustrie.

Trotz der Ölpreiskrise 1973 konnte Korea seine dynamische wirtschaftliche Entwicklung fortsetzen. Aufgrund der weiter steigenden inländischen Sparquote und Kreditaufnahmen im Ausland wurden massive Investitionen im Bereich der Schwerindustrie und der chemischen Industrie getätigt. Neben der Modernisierung der Landwirtschaft ("Neue-Dorf-Bewegung") wurden der Fahrzeugbau, die Konsumelektronik, Spezialstahl, Uhren, Kameras, Anlagenbau und die Metallverarbeitung vor internationaler Konkurrenz geschützt. Das als "big push" bezeichnete Investitionsprogramm dieser Jahre ging einher mit einer erneuten Phase der Importsubstitution für Kapitalgüter (Maschinen, Schiffe, Stahl, Petrochemie). Dabei sollte mit Hilfe von tarifären und nicht- tarifären Importrestriktionen nicht nur für den Binnenmarkt produziert werden, sondern zugleich für den Export. Dadurch nahm die Importabhängigkeit bei Kapitalgütern ab.

Der 4. Fünf - Jahres - Plan (1977 - 1981) förderte weiter den Ausbau der Schwer- und Elektronikindustrie, aber auch den Maschinenbau und die Werftindustrie. Staatlichen Schutz erhielten der Bau von Halbleitern, Elektro- und Werkzeugmaschinen, aber auch die Zulieferer im Kraftfahrzeugbau. Daneben sollte der Wohnungsbau sowie das Ausbildungs- und Gesundheitswesen gefördert werden. Zwischen Anfang 1978 und 1981 verdreifachten sich die Ölpreise (zweite Ölkrise!). Zudem kommt es in Korea 1979 zu einer sehr schlechten Reisernte die zusätzliche Nahrungsmittelimporte (Getreide) nötig machte. Es kommt zu politischen Unruhen, bei denen Präsident Park gestürzt wird.

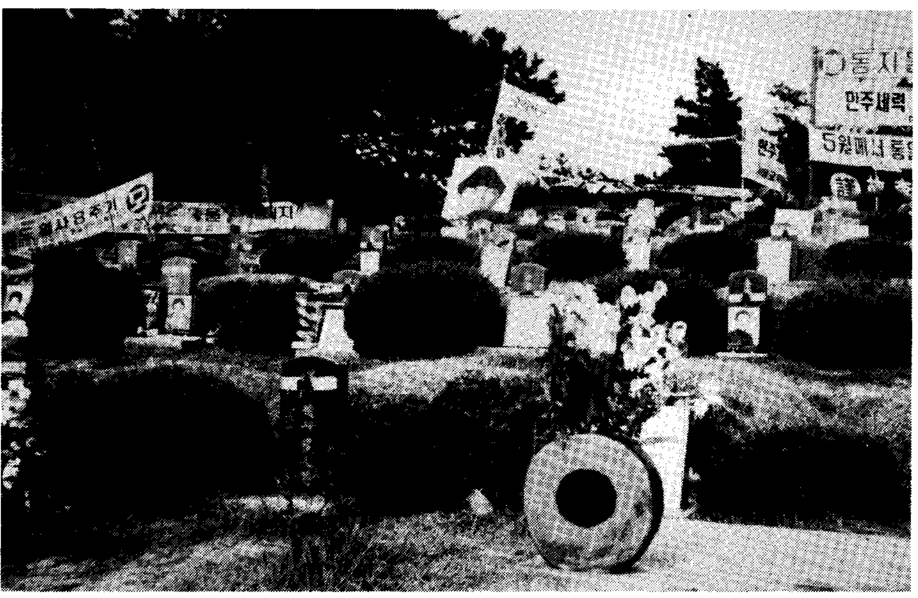
Nach einem IWF-Anpassungsprogramm kam es ab 1982 wieder zu steigenden Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts. Die Exportdiversifizierung von kapitalintensiv produzierten Gütern (Halbleiter, Telekommunikation, Elektronik) verbesserte die Absatzchancen und führte wieder zu steigenden Exporten. 1986 erzielt Korea erstmals einen Leistungsbilanzüberschuß. Dem hochverschuldeten Staat gelingt es in diesem Jahr erstmals auch, Tilgungszahlungen vorzunehmen und damit die Verschuldung abzubauen. Die Leistungsbilanzüberschüsse halten bis 1989 an. In den Jahren 1990 bis 1992 kommt es allerdings wieder zu Defiziten in der Handelsbilanz, die ihre Ursache auch in den Reallohnsteigerungen seit der Amtsübernahme von Roh Tae Woo im Jahre 1987 haben. Der Golfkrieg und damit der erneute Anstieg der Ölpreise, Konjunkturtiefs auf den wichtigsten Exportmärkten (USA, Japan, Westeuropa) und die Abhängigkeit von Maschinenimporten (v.a. aus Japan), die für die wirtschaftliche Entwicklung lebenswichtig sind, sind weitere Ursachen für diese Krisentendenzen. 1993 wurde ein "100 Tage" - Ankurbelungsprogramm eingeleitet, das zu hohen Wachstumsraten führte und mittlerweile auf eine konjunkturelle Überhitzung hinweist. Wichtigstes Ziel des aktuellen siebten Wirtschaftsplans (1992-1996) ist der Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit der südkoreanischen Industrie in High-Tech-Bereichen.

Schattenseiten

Der erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung Südkoreas stehen allerdings auch dunkle Seiten gegenüber. Der Außenhandel ist bis heute sehr stark auf Japan fixiert, was sich v.a. im Import von japanischen Technologien und den restriktiven Importbestimmungen in Japan zu einem chronischen Handelsbilanzdefizit etabliert hat. Desweiteren hat die Brutalität der japanischen Besatzung einen tief sitzenden Haß auf Japan in der koreanischen Bevölkerung geschaffen, der sich nicht nur bei der "Zwangsintegration" der in Japan lebenden Koreaner oder aktuell bei den Forderungen nach Wiedergutmachung insbesondere gegenüber den vom japanischen Militär vergewaltigten Koreanerinnen manifestiert.

Südkorea durchlebte autoritäre Diktaturen während der gesamten Nachkriegszeit. Dies ist v.a. auf die Frontstellung im Kalten Krieg zurückzuführen. Insbesondere Gene-

ral Park Chung Hee regierte zunächst unter Kriegsrecht, nachdem es 1960 zu größeren Unruhen und einem demokratischen Zwischenspiel gekommen war. Park, der gerne als harter aber umsichtiger Lenker des wirtschaftlichen Erfolgs dargestellt wird, schaltete jegliche Opposition aus und schuf somit das nötige, günstige Investitionsklima, welches auch aus billigen und weitgehend rechtlosen Arbeitskräften bestand. Um der Krise, die sich Anfang der siebziger Jahre abzeichnete, entgegenzutreten, kam es 1972 zu einer reaktionären Verfassungsänderung (Yushin), die *Wachstum vor Verteilung* festschrieb. Dies stellte letztlich die Handlungsmaxime für die gesamte Entwicklung dar. Die Arbeitsbedingungen zeichneten sich nicht nur durch extrem niedrige Löhne, hohe Arbeitszeiten, geringe und völlig unzureichende Gesundheits- und Sicherheitsmaßnahmen, unzureichende Sozialversicherungen u.v.m. aus, sondern auch durch ein System, in dem nur kontrollierbare Betriebsgewerkschaften zugelassen werden und die betriebliche Organisation auf ein subtiles Verhältnis gegenseitiger Kontrolle, kleiner Bevorzugungen und Verantwortlichkeiten aufgebaut ist.



Der Friedhof in Kwangju heute: Gedenkstätte und Mahnmal des Widerstandes gegen die Diktatur. Foto: uju

Auf der anderen Seite geht die wirtschaftliche Entwicklung jedoch nicht nur mit einem steigenden Bildungsniveau einher, sondern auch mit der Herausbildung einer Mittelschicht, die gegen die repressive Politik opponierte. Noch 1980 kam es nach der Machtübernahme von General Chun Doo Hwan zu einem Blutbad an Demonstranten in Kwangju. Erst 1987 nimmt der Druck der Straße dermaßen zu, daß mit Roh Tae Woo ein neuer Präsident das Amt übernimmt und vorsichtige Schritte hin zu einer Liberalisierung einleitete. Mit Kim Young Sam ist seit Dezember 1992 erstmals ein ziviler Präsident im Amt, der einerseits scharf gegen Korruption und personelle Klientelbeziehungen in den Ämtern vorgeht, andererseits aber auch im Sommer 1994 repressiv gegen Demonstranten anläßlich des Todes von Nordkoreas Staatspräsidenten Kim Il Sung reagierte. Der Weg hin zu einem "demokratischen Verfassungsstaat" geht nur sehr langsam vorwärts.

Der Preis für die schnelle industrielle Entwicklung manifestiert sich aber nicht nur in schlechten Arbeitsbedingungen und repressiver Politik, sondern auch in den ökologischen Folgen. Der Schutz der natürlichen Ressourcen (Boden, Luft, Wasser) war nie ein Thema in Südkorea. Wälder mußten der Entwicklung weichen, Luft- und Wasserverschmutzung haben drastisch zugenommen. Der Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft ist zwischen 1967 und 1985 auf das 27-fache(!) gestiegen. Hinzu kommt ein ehrgeiziges Nuklearprogramm, das mittlerweile 12 Kraftwerke in dem kleinen Land errichtet hat.

"Modell Korea"

Was die eingangs erwähnte Faustformel für den wirtschaftlichen Aufstieg betrifft, so zeigt das Beispiel Südkorea, daß niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen und repressive Politik (in der Formel unter dem Stichwort "harte Arbeit" erwähnt) wie auch niedrige Steuern und die heute immer noch sehr hohe Sparquote zu den Erfolgsfaktoren zählt. Aber daß sich der Staat als Lenker zurückgehalten hätte, davon kann keine Rede sein.

Im Unterschied zur Faustformel läßt sich die südkoreanische Wirtschaftsstrategie durch folgende Merkmale kennzeichnen:

1. Radikale Exportorientierung. Die Weltmarktpreise hatten immer Signal- und Lenkungsfunktion für die staatliche Förderung der Unternehmen. Auch der Anteil am Außenhandel war eine bestimmende Größe. So mußten die "General Trading Companies" mind. 2% des südkoreanischen Gesamtexports abwickeln, um beispielsweise zinsgünstige Kredite zu bekommen. Die Importsubstitution galt immer nur zeitlich begrenzt für bestimmte aufzubauende Produktionssektoren. So wurde der Aufbau der Schwerindustrie durch protektionistische Maßnahmen geschützt, gleichzeitig mußte aber die leichtindustrielle Produktion der Weltmarktkonkurrenz standhalten. Im Unterschied zur Strategie der Importsubstitution der lateinamerikanischen Länder war in Südkorea wie auch in Taiwan, die Importsubstitution nur eine vorübergehende Strategie, um den Export zu fördern und international konkurrenzfähige Industrien aufzubauen - nie war sie Selbstzweck.

2. Staatliche Förderung des binnenwirtschaftlichen Strukturwandels von einer arbeitsintensiven zu einer kapitalintensiven Produktion. Dies geschah durch staatliche Investitionen ins Bildungswesen und in Forschung und Entwicklung sowie durch zinsgünstige Sonderkredite, finanzielle Selbstständigkeit der Unternehmen im Umgang mit Devisen u.v.m. ("strategic financing").

3. Staatliche Kontrolle der Direktinvestitionen. Ausländische Direktinvestionen spielten in Südkorea wie auch in Taiwan keine bedeutende Rolle, während Singapur sich besonders um ausländische Direktinvestionen bemühte.

4. Relativ starke Orientierung auf ausländische Kreditaufnahme und auf ausländische Technologie. Südkorea war mehr an der selbständigen (und damit selbst finanzierten) Übernahme von Technologie interessiert als an deren Einfuhr via Direktinvestitionen, was sich im Auf und Ab der Investitionspolitik nachzeichnen läßt.

Es darf allerdings nicht vergessen werden, daß Südkorea mit der Hinterlassenschaft aus der japanischen Kolonialzeit, der Landreform und der besonderen Rolle im Kalten Krieg, die nicht nur Finanzhilfen, sondern auch offene amerikanische Märkte zur Folge hatte, eine relativ gute Ausgangslage für die spätere Entwicklung hatte.

Keine Mirakel im pazifischen Asien

Handelt es sich um "Wunder" oder "wunderbare Begebenheiten" bei den ostasiatischen Entwicklungserfolgen? Nein. Vielmehr wurde eine rationale Politik der Exportorientierung verfolgt, die auf dirigistische Maßnahmen zurückgriff, auch wenn das von neoklassischen und liberalen Ökonomen ungern zur Kenntnis genommen wird. Selbst die Weltbank hat hier eine Kurskorrektur vorgenommen und darauf verwiesen, daß entgegen ihren früheren Ausführungen die staatliche Regulierung einen wesentlichen Anteil an den Erfolgen hatte und hat, wenngleich man einschränkte, daß dort wo der Staat selbst als Unternehmer aktiv wurde (Beispiel Schwerindustrie in Südkorea), die Erfolge hinter den Erwartungen zurückblieben.

Von staatlicher Seite wurden wirtschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen (insbesondere der Aufbau eines breit angelegten Bildungswesen ist hier zu nennen, aber auch die relativ niedrigen Inflationsraten, leistungsfähigen Finanzmärkte und relativ solide Staathaushalte). Darüber hinaus waren die staatlichen Investitionen sehr marktkonform gewesen und v.a. im Bereich der Interventionen auf dem Finanzmarkt erfolgreich, während die Industriepolitik in Südkorea und Taiwan, die sehr firmengebunden war, eher schlechter abschneidet. Zudem sind all diesen Ländern ein starker Staat, der wirtschaftspolitische Fehler umgehend revidierte, sowie eine flexible Bürokratie gemeinsam. Daß diese erfolgreiche Industrialisierung ohne größere soziale Unruhen bis heute anhält, ist nicht zuletzt auf ein spürbar besseres und gleichmäßiger verteiltes Einkommen zurückzuführen.

Bei allen Gemeinsamkeiten muß allerdings auf die Unterschiede der Länder im pazifischen Asien hingewiesen werden. So gelten die oben grob skizzierten Eckpunkte zunächst einmal nur für die NIE der ersten Generation, also Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan. Dabei ist Hongkong bezüglich seiner liberalen Wirtschaftspolitik die Ausnahme unter den NIE. Singapur zeichnet sich hingegen durch eine interventionistische Arbeitsmarktpolitik aus. Hier wurde weniger der direkte Aufbau von Industrien gefördert, als vielmehr mit billigen Arbeitskräften ausländisches Kapital angelockt. Taiwan und Südkorea sind sich in ihrer Entwicklung, was den Aufbau einer kompletten Industriestruktur angeht, sehr ähnlich.

Bei den Ländern der zweiten Generation, also Indonesien, Malaysia und Thailand, sieht dies teilweise ganz anders aus. Hier wird v.a. deutlich, daß die wirtschaftliche Entwicklung nicht von Rohstoffreichtum (z.B. Malaysia) oder -armut (z.B. Südkorea) abhängt. Auch haben die Faktoren, die zum Erfolg führen, hier eine andere Gewichtung. So hat Indonesien einerseits eine korrupte, wenig effektive Bürokratie, andererseits aber einen liberalen Kapitalmarkt. Im Unterschied zu den anderen Ländern versucht Indonesien zudem über massive Investionen im Rüstungsbereich Anschluß an die High-Tech-Produktion zu erlangen (s. dazu den Indonesien-Beitrag in diesem Heft). Thailand wiederum hat eine besondere Stellung, da es Zugang zu Indochina (Baht-Zone) hat - von China, das starke regionale Disparitäten in der wirtschaftlichen Entwicklung aufweist, einmal abgesehen.

Die NIE der zweiten Generation sind heute zunächst Billiglohnländer mit einer kapitalfreundlichen Infrastruktur. Wie Japan in die Länder der ersten Generation investierte und exportierte, so verlagern heute beispielsweise Taiwan und Südkorea ihre Produktion in diese Länder. Gemeinsam ist allen die Abhängigkeit von japanischer Technologie, was sich in einem mittlerweile chronischen Handelsbilanzdefizit widerspiegelt. Zwischen 1980 und 1991 stiegen die Importe der asiatischen Länder von 129,8 auf 314 Mrd. US-Dollar und die Exporte von 140,5 auf 236,7 Mrd. Dollar.

Es bleibt festzuhalten, daß die Rolle des Staates als Denker und Lenker des Entwicklungsprozesses wohl der wesentliche Faktor war. Dies mag vielen nicht recht ins Weltbild passen, weshalb die Debatte über das kulturelle Erbe wieder neuen Schwung bekommen hat.

Das kulturelle Erbe

Die Diskussion um den kulturellen Faktor bringt so manche Stilblüte hervor. Von konfuzianischem bzw. neokonfuzianischem Kapitalismus oder Ordo-Konfuzianismus ist dort die Rede. Gemeint ist letztlich der bedeutende konfuzianische Einfluß, der sich nicht nur in einer hohen Arbeits- und Lernethik und den engen Bezug auf die Familie bzw. den Clan auszeichnet, sondern ein strenges hierarchisches System mit Eliten kennt. Besonders die Übernahme fremder, westlicher Technologien sei für diesen Kulturkreis kein Problem.

Vergessen wird wohl, daß es solche traditionalen Werte in allen Kulturen gibt und nicht nur traditionale Werte als solche, sondern exakt die gleichen Wertvorstellungen (Bsp. Familien- bzw. Clanbewußtsein in afrikanischen Kulturen). Zudem wirken solche Werte sowohl fördernd als auch hemmend. Dies wird besonders deutlich, wenn man die unterschiedlichen Entwicklungen in Japan und China vergleicht. Und man muß sich fragen, warum der Kultur erst im ausgehenden 20. Jahrhundert diese Bedeutung bekommt. Und wie erklärt man sich schließlich die Erfolge in nicht-konfuzianischen Gesellschaften wie Thailand oder den islamisch geprägten Staaten Indonesien und Malaysia?

Auffällig sind auch die rassistischen Deutungen in der Diskussion um den kulturellen Faktor. So werden beispielsweise im Zusammenhang mit der hohen Lernethik in konfuzianisch geprägten Gesellschaften v.a. die Erfolge bei der Nachahmung westlicher Technologien begründet (wie schon bei Max Weber), nicht aber eine Lernfähigkeit bei der Entwicklung eigener Technologien zugestanden. Zynisch wird es, wenn die schlechten Löhne und Arbeitsbedingungen, die den Menschen keine Alternative lassen, mit einer spezifischen Ethik der Arbeit begründet werden. Gesellschafts- bzw. machtpolitische Zusammenhänge werden hier nicht gesehen.

Daß Wertvorstellungen Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung aller Gesellschaften haben, kann nicht geleugnet werden. Nur hat Kultur einen anderen, deutlich geringeren Stellenwert für die Entwicklung als manche Autoren meinen.

Was die Entwicklungswege der NIE charakterisiert, ist eine mehr oder weniger autoritäre Entwicklungsdiktatur. Zwar sind leichte Tendenzen hin zu "demokratischen Gesellschaften" zu erkennen, aber handelt es sich dabei um eine quasi evolutionäre Entwicklung? Werden die Staaten des pazifischen Asien die Entwicklung der europäischen Staaten nehmen? Zunehmendes Bildungsniveau und das Entstehen eines Mittelstandes scheinen Garanten für demokratische Entwicklungen zu sein, damit ist allerdings noch nicht geklärt, ob sie sich auch durchsetzen werden können. Der Ruf nach Liberalisierung und demokratischen Grundrechten, das Entstehen para- oder nichtstaatlicher Institutionen, setzt zwar den "starken Staat" unter Druck, aber folgt daraus ein Automatismus, der da heißt: Der Staat macht sich mit der Entwicklung hin zu komplexeren Gesellschaften zunehmend selbst überflüssig? Denkbar ist die machtpolitische Absorption dieser Schichten, deren Ruhigstellung durch optimale wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten. Es ist die Frage, ob die entstehenden Widersprüche auf demokratische Lösungen hinauslaufen.

Ausblick

Nachholende Industrialisierung ist im Gegensatz zu der lange Zeit verbreiteten Vorstellung der Dependenztheorie möglich, wenngleich sie nicht entsprechend den neoklassischen Vorstellungen vieler Modernisierungstheoretiker verlief. Die Krisentendenzen, von denen diese Ökonomien immer wieder betroffen sind, zuletzt zu Beginn der 90er Jahre, stellen den Erfolg dabei nicht in Frage. Als "Modell" taugen sie allerdings nur bedingt. Nach Meinung der Weltbank ist dieser Weg nicht wiederholbar und kann damit nur begrenzt als Vorbild für andere Länder gelten. Freilich würden andere Länder gut daran tun, solide Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Frage ist aber, ob die Gelder nicht zuletzt angesichts von Strukturanpassungsprogrammen dafür vorhanden sind. Ist es für die Länder des Südens im Rahmen der jüngsten GATT/WTO-Vereinbarungen zudem möglich, einerseits von den offeneren Märkten zu profitieren, andererseits auch die Chancen protektionistischer Maßnahmen wahrzunehmen? Die Frage ist aber auch, ob Industrialisierung weltweit vorstellbar ist? Die Schaffung kompletter Industriestrukturen wie in Südkorea und Taiwan, die heute am Aufbau von High-Tech-Industrien arbeiten, ist selbst für die nachfolgenden Länder der Region wenig sinnvoll. Koreanische Autos drängen weltweit auf die Märkte, macht es da Sinn, eine nationale Autoindustrie aufzubauen? Wie die BRD nach der Wiederveinigung die Ex-DDR aus den vollen Lagern versorgte, so können die Länder Afrikas mit Produkten aus Asien versorgt werden. Diese können allerdings nicht durch den Export von Erdnüssen bezahlt werden. Das ist die Crux!

uju

Godzilla gegen King Kong

Japan und die USA ringen um die regionale Hegemonie

Die wirtschaftliche Entwicklung im asiatisch-pazifischen Raum ist ohne ihre Integration um die regionale Supermacht Japan nicht zu denken. Das schafft Konflikte nicht nur mit der alten Hegemonialmacht, den USA, die ihrerseits versuchen, verlorenen Einfluß zurückzugewinnen. Konkurrenzkämpfe zwischen aufstrebenden Staaten der Region zeichnen sich ab und schlagen sich auch in einer immensen Aufrüstung nieder.



Immer locker: Apec-Gipfel-Teilnehmer (Nov.94)

Der Prozeß des schnellen ökonomischen Wachstums in der Region Ost- und Südostasien weist neben den vielzitierten ökonomischen Erfolgsbilanzen eine Reihe destabilisierender Züge auf. Das allgemeine Bild vom Wachstum im pazifischen Asien überlagert so die ökologischen Desaster, die Rücksichtslosigkeit gegenüber großen Teilen der Bevölkerung, die nicht am Wirtschaftswachstum partizipieren und die fast überall zu verzeichnende Vergrößerung der Einkommensunterschiede, die das Hochgeschwindigkeitswachstum begleitet hat - ganz zu schweigen von dem grundlegenden Prozeß der Zurichtung von Mensch und Natur für die Prinzipien der kapitalistischen Produktionsweise.

Ebenso vernachlässigt wird die in einer hierarchischen Regionalordnung resultierende Ungleichmäßigkeit und Ungleichheit eines extrem schnell verlaufenden Prozesses der regionalen ökonomischen Integration - ein Prozeß, der die Spannung und die Feindseligkeiten zwischen den Ländern anwachsen läßt. Die Spannungen steigen nicht zuletzt deshalb, weil in den letzten Jahrzehnten dieser Prozeß der regionalen Integration charakterisiert ist durch die Unterordnung der kleineren und schwächeren Ökonomien der Region unter die japanische Ökonomie.

Nachdem sich Japan in dieser Zeit zur Supermacht der Region entwickelt hat, wurde es 1986 zur größten Finanzmacht der Welt und zum weltgrößten Investor. In den 80er und 90er Jahren ist eine zunehmende Konzentration japanischer Investitionen in Südostasien festzustellen. Diese Explosion japanischer Investitionen - 1985-1993 investierten japanische Konzerne 41 Milliarden US-Dollar in Südostasien - war bewußt darauf ausgerichtet, die Region um die Bedürfnisse der japanischen Kernindustie herum zu integrieren. Die Investitionen in den Bereichen Industrie, Handel und Dienstleistungen werden im regionalen Zusammenhang geplant, um maximalen Vorteil aus regional unterschiedlichen Arbeitskosten, Konsumverhältnissen, gesetzlichen Regulierungen und anderen örtlichen Standortvorteilen zu ziehen. Japan war in der Lage, die Produktionskosten auf niedrigem Niveau zu halten, indem arbeitsintensive Herstellungsprozesse in Billiglohnregionen wie Südostasien und China ausgelagert wurden.

Funktionshierarchie in der Region

Dieses Vorgehen zielt auf eine funktionale Integration der Region um die japanische Kernökonomie, auf eine hierarchische Ordnung, die auf die Interessen Japans zugeschnitten ist: Südostasien, Australien, der russische Osten, China und Vietnam sind Lieferanten für Rohstoffe, Rohwaren und teilweise für billige Arbeitskraft; und die reifen NIE (Newly Industrialized Economies) - Taiwan, Korea, Singapur, Hongkong - und Australien dienen als Ansiedlungsorte für High-Tech-Industrien unterhalb des höchsten Weltniveaus.

Im Zentrum dieses Universums liegt Japan, das die Spitzentechnologie liefert. Es wird demnächst die USA als bedeutendster Markt für die regionalen Produkte und Ressourcen ablösen. Außerdem avanciert die Insel zum wichtigsten Finanzplatz Südostasiens.

Die staatsgeplante und konzerngeleitete funktionale Integration in einem von der japanischen Ökonomie dominierten Markt führt zu einer Aufteilung der Produktion bestimmter Waren oder bestimmter Warenteile auf verschiedene Länder. Ein Beispiel ist die Fahrzeugherstellung "bei" Toyota: Indonesien ist auf Motoren und gestanzte Teile spezialisiert, Malaysia liefert die Lenkung und die elektrische Ausstattung, auf den Philippinen werden Getriebe und in Thailand Dieselmotoren, Stanzteile und

elektrische Ausstattungen hergestellt. Toyota setzt schließlich das Auto zusammen und verkauft es in Japan, den USA, Europa oder der Region selbst.

So kann man in der letzten Dekade von einer Regionalisierung der japanischen Wirtschaft sprechen. Der frühere japanische Botschafter in Thailand formulierte das so: "Japan schafft einen exklusiven japanischen Markt, in dem die Staaten des asiatisch-pazifischen Raumes in das sogenannte Keiretsu-System (finanziell-industrieller Block) eingegliedert werden". Dabei besteht das Wesen des Verhältnisses zwischen Japan und Südostasien darin, daß Japan Waren aus Unternehmen importiert, in die japanische Firmen zuvor investiert haben und im Gegenzug die für die Herstellung notwendigen Ausstattungen exportiert.

Der Ausdruck vom "exklusiven" Charakter der regionalen Integration ist keine Übertreibung. In den vergangenen Jahren hatten es europäische und US-amerikanische Investoren zunehmend schwerer. Der Trend ist unzweideutig: 1991 investierten Japaner 9,2 Milliarden US-Dollar in Südostasien (z.Vgl.: USA und EU zusammen ca. 7 Mrd.).[1] Zusätzlich investierte Japan 12 seines zwischen 1985 und 1989 insgesamt 24 Milliarden Dollar umfassenden Hilfsetats in diese Länder in Infrastrukturprojekte und solche Unternehmen, die in besonderer Weise an Profit und Erleichterung der Expansion japanischer Unternehmen orientiert sind und die Abhängigkeit der Empfängerländer erhöhen.[2] Mit Erfolg: Europäische und amerikanische Konkurrenten werden aus dem Markt der Fertigwaren in Südost- und Ostasien verdrängt.

Das Beispiel Malaysia

Inzwischen hängen die sich entwickelnden asiatischen Ökonomien zunehmend von japanischer Technologie, von japanischen Direktinvestitionen und anderen Formen der "Kooperation" ab. Beispiel Malaysia: Noch in den 60er und 70er Jahren beruhte das wirtschaftliche Wachstum auf dem Export von Primärgütern (Kautschuk, Palmöl, Zinn und Erdöl). Seit den 70er Jahren erfolgte dann die Transformation von der Landwirtschaft (1970 mit 29% Anteil am BIP - 1990 nur noch 13%) zu industrieller Produktion (1994 über 30% des BIP). 1993 waren bereits ca. 70% der Exporte Malaysias Güter aus verarbeitender Produktion. In den 80er Jahren wurde das Land zu einem der Hauptempfänger ausländischer Investitionen in der Dritten Welt. Der Großteil dieser Investitionen kommt aus Japan oder den asiatischen NIE. 1990 investierte Japan 4,2 Milliarden US-Dollar allein in Malaysia. Auch der malaysische Exportschlager, der Kleinwagen 'Proton Saga', wird von einem Joint Venture mit Mitsubishi produziert, dessen wesentliche Teile aus Japan importiert



Skeptischer Blick ins nächste Jahrtausend

werden.

Inzwischen wird der Proton allerdings weltweit exportiert und Malaysia ist auf dem Sprung von einem Billiglohnland zu einem ausgewachsenen Tiger. Eine ähnliche Entwicklung hatte Südkorea durchlaufen und auch hier ist die technologische Abhängigkeit von Japan ungebrochen: So werden wesentliche Autoteile (Motor, Getriebe) der koreanischen Firma Hyundai wiederum von Mitsubishi entwickelt und hergestellt. Südkoreanische Fernseher mögen auf dem US-Markt erfolgreich mit japanischen konkurrieren - tatsächlich besteht ihr Wert jedoch zu 85% in japanischen Teilen. Ähnliches gilt für die Computerbranche.

In dem Maße, in dem die Region mit der japanischen Ökonomie verflochten wird, weist die Entwicklung auch destabilisierende und konfliktive Züge auf. Ungleicher Tausch oder der Netto-Transfer von Wohlstand von der Peripherie und der Halb-Peripherie zum Zentrum der Region ist der strukturelle Schlüsselfaktor der wirtschaftlichen Beziehungen Japans zum asiatisch-pazifischen Raum. Japans Monopolisierung fortgeschrittener Technologie erlaubt es ihm, seinen Produkten, landwirtschaftlichen Erzeugnissen etc. und den Rohmaterialien, die es von den abhängigen Ökonomien der Asien-Pazifik-Region importiert, den wesentlichen Wertzuwachs hinzuzufügen.

Nicht überraschend ist es, daß die japanische Integrierung der Region auf Kritik stößt - eine Art Haßliebe, die sich aus Bewunderung, Abhängigkeit und dem Gefühl der eigenen Ausbeutung zusammensetzt. Diese Konstellation birgt auf zwei Ebenen Konfliktpotential: Zum einen tritt das Verhältnis der USA zu Japan in eine Phase gespannter Konkurrenz und zum anderen versuchen die Staaten der Region sich auch durch militärische Aufrüstung aus dem allzu starken Abhängigkeitsverhältnis zu Japan zu lösen und einer Militarisierung Japans ihrerseits vorzubeugen.

Das Verhältnis Japan - USA

Nach Ende des Kalten Krieges, in dem die USA Japan als Juniorpartner in der Region auserkoren hatten und entsprechend förderten, brechen nun jene Konflikte offen auf, die zuvor hinter dem strategischen Bündnis zwischen der Militär- und der Wirtschaftsmacht zurückstanden. Diese Konflikte sind vor allem solche der wirtschaftlichen Konkurrenz. Schon Legion sind die Klagen der USA über ihre negative Außenhandelsbilanz, die 1991 zu über 50% auf das Konto des ungleichen Japanhandels ging. Seit Jahren beklagen die USA einen japanischen Protektionismus. Eine neue Runde internationaler Handelsabkommen und Diskussionen um den freien Welthandel dürfte mit den jetzt zu ratifizierenden Abkommen der Uruguayrunde des GATT eröffnet sein.

Tatsächlich ist die Klage über den japanischen Protektionismus jedoch wohl eher vorgeschoben. Vielmehr fürchten die USA die japanische Wirtschaftsmacht und die Konkurrenz einer neuen - vorerst noch regionalen - Großmacht. Ein Ausdruck ihrer Versuche, verlorenen Einfluß im pazifischen Raum zurückzugewinnen, ist die im November 1989 gegründete 'Asia Pacific Economic Cooperation' (APEC). Diesem Forum zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit gehören neben den USA die ASEAN-Staaten sowie Kanada, Mexiko, Südkorea, Japan, Taiwan, Hongkong, China, Australien, Neuseeland, Papua-Neuguinea und mittlerweile auch Chile an. Von Beginn an diente die APEC den USA dazu, das Prinzip

des Freihandels und der freien Märkte zu propagieren - sehr zum Unwillen von Japan, China, den NIE und anderen Staaten Südost- und Ostasiens: Diese fürchten die Öffnung ihrer teilweise geschützten Märkte, die Aufhebung aller Investitionsrestriktionen und die Deregulierung des für die Region spezifischen staatlich gelenkten und gestützten Kapitalismus - gerade jener Elemente also, die sie für die wesentlichen Faktoren ihrer ökonomischen Erfolgsbilanzen erachten. So blieb auch die letzte APEC-Konferenz in Jakarta im November 1994 ohne konkrete Beschlüsse: Malaysia und China wollen in der APEC lieber eine informelle Vereinigung zur gegenseitigen Beratung sehen als eine institutionalisierte Freihandelszone. Japan und Indonesien stehen der APEC - wohl mit Rücksicht auf die USA - eher versteckt ablehnend gegenüber. Auf scharfe Ablehnung stoßen auch solche Versuche der USA, mittels der APEC durch die Betonung von Fragen der Menschenrechte und der Demokratisierung und durch Vorwürfe des "Lohndumpings", Druck auf die südostasiatischen Staaten auszuüben. Als Eingriffe in die "nationale Souveränität" werden diese zurückgewiesen.

Ob ihrer Erfolgsbilanzen selbstbewußt geworden, werfen viele der südostasiatischen Staaten der Clinton-Administration vor, sie wolle mittels der APEC vor allem ihre aggressive Handelspolitik forcieren und den asiatisch- pazifischen Raum wieder der wirtschaftlichen Hegemonie der USA unterordnen - das Kürzel APEC wird von ihnen mit 'Asian People Educated by Clinton' übersetzt. Als Beispiel der US-Politik dient ihnen der Fall Südkorea: Dem Jubel über das südkoreanische Beispiel, das die Möglichkeiten der freien Marktwirtschaft im Zeitalter der Blockkonfrontation demonstriert hätte, war in den USA die Bestürzung über das Handelsbilanzdefizit mit Südkorea gefolgt. Anfang der 80er Jahre begannen die USA, gedrängt von Konzern- und Lobbyinteressen, unter dem Banner des Freihandels die Import- und Investitionsrestriktionen in Südkorea zu knacken. Insbesondere ging es dabei um den geschützten Markt für landwirtschaftliche Güter.

Das warnende Beispiel: Südkorea

Bei ähnlicher Ausgangslage wie im Verhältnis zu Japan wurde im folgenden Südkorea sehr viel aggressiver angegangen und an die Stelle des Handelsbilanzdefizits von 1987 in Höhe von 9,5 Milliarden US-Dollar trat bis 1991 ein Überschuß von 335 Millionen US-Dollar. Bewirkt wurde dies unter anderem durch "Anti-Dumping-Verordnungen" für den Import in die USA, die etwa die südkoreanische Fernsehproduktion schwer trafen; durch eine erzwungene Wertsteigerung der südkoreanischen Währung gegenüber dem US-Dollar, was die Exporte erheblich verteuerte; Kontrollen bezüglich geistiger Eigentumsrechte und Restriktionen schwächten die Computerindustrie; Südkorea wurde durch die Drohung mit Maßnahmen gegen unfaire Handelspraktiken gezwungen, sich noch stärker ausländischen Investitonen zu öffnen. Druckmittel waren dabei zum einen die Truppenpräsenz der USA (über 40.000 Soldaten sind noch in Südkorea stationiert), die von vielen KoreanerInnen noch immer als Sicherheitsgarantie gegenüber Nordkorea betrachtet wird und die Bedeutung der US-amerikanischen Märkte für südkoreanische Produkte.

Der ständige Druck der USA, die agrarischen Märkte völlig zu öffnen, führte dazu, daß Südkorea heute zum drittgrößten Importeur landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus den USA geworden ist. Die Dumping-Preise der US-Produkte zerstörten einige Sektoren der landwirtschaftlichen Produktion Südkoreas. So stehen viele der koreanischen Bauern und Bäuerinnen vor dem Bankrott. Denn etwa die Hälfte lebt zumindest teilweise von der Viehzucht, und sie trifft der Südkorea auferlegte Zwang, zwischen 1993 und 1997 den Import von Billigrindfleisch aus den USA jährlich um 20 % zu erhöhen. Von der drohenden Öffnung des Reismarktes sind sieben Millionen südkoreanische ReisbäuerInnen in ihrer Existenz bedroht. In den ersten Handelsverhandlungen mit der neuen Clinton-Administration Anfang 1993 kündigte sich die Fortsetzung des US-Kurses an: Von Südkorea wurde hier eine Such- und Zerstörungsoperation gegen etwa 1,6 Millionen Raubkopien von Videos und Tonbändern gefordert, die vor 1987, dem Jahr eines neuen südkoreanischen Copyright-Gesetzes, in Südkorea hergestellt worden waren.

Diese Mischung aus aggressiver Handelspolitik und eigenem Protektionismus der USA steht vielen südostasiatischen Staaten vor Augen, wenn sie der Instrumentalisierung der APEC im Kampf für den freien Handel und freie Märkte skeptisch gegenüberstehen. Dies, zumal etwa die Exporte der NIE in die USA wieder auf den Stand der 70er Jahre zurückgefallen sind und sich somit die Bedeutung des Marktes USA langsam relativiert. Trotz der Ressentiments gegen eine Dominanz Japans sehen sie ihre Interessen eher in Bündnissen verwirklicht, die Japan eine wesentliche Rolle zukommen lassen. Wachsende Bedeutung hat hier der 'Zusammenschluß südostasiatischer Nationen' (ASEAN), der 1967 gegründet wurde und mit den Mitgliedern Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien, Brunei und den Philippinen einige der als kommende NIE gehandelte Staaten umfaßt. In Bangkok organisierten sie im Juli des vergangenen Jahres die erste asiatisch-pazifische Konferenz zu den drängenden Fragen der Sicherheit in der Region (s.u.). Unter dem Mitwirken von 18 Staaten (Anrainer plus EU) riefen sie dort das ASEAN Regional Forum (ARF) ins Leben - eine multilaterale Institution für regionale Sicherheit.

Aufgeschreckt wurden die USA aber Ende 1991 vor allem durch den Vorschlag der Gründung eines asiatischen Wirtschaftsclubs (East Asia Economic Caucus/ EAEC) durch den malaysischen Premierminister Mahatir. Dieser Club sollte nämlich - so die von den japanischen Investitionen in seinem Land (s.o.) wohl nicht unbeeinflußte Vorstellung von Mahatir - unter Führung von Japan stehen und die "Weißen" ausschließen. Tatsächlich ist dieser Vorschlag politisch nicht durchsetzbar - jedoch drückt er die wachsende Bedeutung des innerasiatischen Handels im Vergleich zu der in absoluten Zahlen noch immer weit führenden Position des Handels mit Europa und den USA aus (der Anteil des intraregionalen Handels liegt inzwischen immerhin um die 20%); er symbolisiert das gewachsene Selbstbewußtsein der Staatsführungen der Region; er verdeutlicht zudem die Führungsrolle Japans; und er zeigt den Unwillen, sich über die APEC von dem Lehr- und Wachtmeister aus Washington gängeln zu lassen.

Deutlich wird hier die Konkurrenz zwischen den USA und Japan in Form eines direkten wirtschaftlichen Antagonismus zwischen den beiden Staaten und als eine Konkurrenz um Märkte und Standorte, um wirtschaftlichen und politischen Einfluß in der Region Südost- und Ostasien. Dementsprechend bestehen Befürchtungen, daß das immer gespanntere Verhältnis zwischen den USA und Japan die Zukunft der Region stark beeinträchtigen könnte. Während die offiziöse Rhetorik in Washington und Tokio

weiter an der "komplementären Beziehung" von amerikanischer Militärstärke und japanischer techno-ökonomischer Macht festhält, ist es offensichtlich geworden, daß die alte Allianz sich in offene Gegnerschaft auflöst. Viele Menschen in der Region haben Angst vor der Aussicht darauf, daß ihre Region zum Hauptschauplatz der Auseinandersetzung zwischen der alternden Supermacht und dem aufsteigenden Herausforderer werden könnte.

Aufrüstung und chinesische Spekulationen

In Anbetracht einer neuen Situation rüsten die Staaten des asiatisch-Pazifischen Raumes nun ihrerseits auf: Die militärischen Supermächte stehen sich nichtmehr waffenstarrend gegenüber und das alte System bilateraler oder trilateraler Allianzen, die die Hegemonialmacht USA mit den Philippinen, Südkorea, Japan, Australien und Neuseeland unterhielt, ist überholt. Somit ist ein sicherheitspolitisches Vakuum entstanden, da auch die regionale ökonomische Supermacht Japan (noch) keine militärische Führungsrolle einnimmt.

Seit Ende des Kalten Krieges findet in der Region ein gigantisches Wettrüsten statt. Seit 1988 hat der asiatisch- pazifische Raum den Mittleren Osten im Waffenkauf überholt. Ein Waffenhandel, an dem alle Waffenexporteure, incl. der in Sachen Marine führenden BRD-Exporteure, gut verdienen. Inzwischen besitzen zehn Länder Kriegsschiffe, ausgestattet mit US 'Harpoon' oder französischen 'Exocet' Raketen. F-16 Kampfflieger werden nun von Indonesien, Thailand, Südkorea, Taiwan und sogar dem winzigen Singapur zur Schau gestellt.

Dies geschieht nicht zuletzt, um dem Erscheinen von Japan als einer militärischen Macht vorzubeugen. Zwar ist die Führungsrolle Japans unumstritten, jedoch begegnen ihr viele mit erhöhtem Mißtrauen, denn die Remilitarisierung hat auch Japan erfaßt, obwohl die japanische Verfassung eine Ächtung des Krieges enthält. Hier ist es vor allem die Rüstung Chinas, die japanischen Nationalisten als Legitimation für die eigene Aufrüstung dient: Vor China müsse Japan auf der Hut sein. Auch Malaysia und Indonesien sehen in China die Hauptbedrohung der Region. Ähnliches gilt für Taiwan: Nach dem chinesischen Kauf russischer Langstreckenbomber erwarb Taiwan postwendend französische Bomber und amerikanische Kampfflugzeuge F-16. Besorgnis erregt bei einigen Staaten in der Region auch die sich abzeichnende Allianz China/Birma, die China einen Zugang zum Indischen Ozean nebst gemeinsamen Marinestützpunkten verschafft.

Ohnehin ist die Entwicklung Chinas die große Unbekannte. Spekuliert wird auf sich auftuende gigantische Märkte und Investitionsmöglichkeiten, die schon jetzt heiß umkämpft werden. Tatsächlich bietet die Entwicklung in China Anlaß zu solchen Erwartungen: Die wirtschaftliche Öffnung und die Einführung kapitalistischer Elemente vor allem in den Anfang der 80er Jahre als Experimentierfelder ausgewählten Sonderwirtschaftszonen der Südostprovinzen erwies sich unter volkswirtschaftlicher Perspektive als außerordentlich erfolgreich. Hier investiert die ganze Region, einschließlich Taiwan. Bereits zwischen 1979 und 1992 betrug die jährliche Wachstumsrate der Provinz Guangdong 12,6% (Gesamt-China 9%). Gerade hier in den Südostprovinzen spielt die enge wirtschaftliche Verbindung mit Hongkong und dessen für 1997 vorgesehene Eingliederung eine besondere Rolle. In Hongkong haben inzwischen steigende Löhne viele Firmen dazu veranlaßt, ins südliche China umzusiedeln. Hier fallen nur 10-20% der Arbeitskosten bei vergleichbar hoher Produktivität an. Strukturelle Veränderungen in China und Faktoren, wie etwa die extrem niedrigen Lohnkosten, deuten darauf hin, daß zumindest Teile von China eine ähnliche Entwicklung nehmen könnten wie einige der Schwellenländer Südostasiens. Die Südprovinzen könnten dabei eine Katalysatorfunktion haben. Für die NIE würde Chinas mit seiner hohen Bevölkerungszahl einen potentiell unermeßlichen Markt bieten, so daß ein gemeinsames Interesse an einer Fortsetzung der derzeitigen Entwicklung besteht: China wegen des wachsenden Entwicklungstempos und die NIE, weil ein offenes China als Billiglohnland und Exportmarkt die Garantie für ihr eigenes weiteres Wachstum bedeuten kann.

Vieles bleibt jedoch hier Spekulation: Zum Beispiel könnte in einem wachsenden China zusammen mit einem traditionell China näher stehenden vereinten Korea ein Superkonkurrent für Japan entstehen, das sich gezwungen sehen könnte, sich wieder mehr an die Militärmacht USA anzulehnen. Zudem bleibt die Unsicherheit über die Entwicklung Chinas: Die fehlende Infrastruktur, extrem starke regionale Strukturunterschiede, wachsende Korruption, ein niedriges Bildungsniveau, die unsichere Zukunft der politischen Führung (Spekulationen um die Nachfolge Deng Xiaopings haben derzeit Hochkonjunktur) und vor allem die immer weiter aufklaffende Einkommensschere bergen Probleme und sozialen Zündstoff, der die Zukunft des Landes unvorhersehbar bestimmen kann.

Wenn also der asiatisch-pazifische Raum in das 21.Jahrhundert tritt, ist somit die Umwandlung des technisch-ökonomischen Konfliktes zwischen den USA und Japan in eine militärische Rivalität die zwar bedrohlichste Perspektive, aber bei weitem nicht die einzige potentielle Quelle für Instabilität zwischen den Staaten in der Region. Die in die kapitalistische Weltwirtschaft integrierten Staaten werden sowohl zu Konkurrenten um den Status der in der 'Neuen Weltordnung' an Bedeutung gewinnenden Regionalmächte als auch zu Konkurrenten auf dem Weltmarkt. In einem explosiven Verteilungskampf um Investoren, Kapital, Rohstoffe, Märkte und Standortvorteile können sich, angesichts des verbreiteten ausgeprägten Nationalismus in vielen Staaten der Region, angesichts des umfangreichen regionalen Konfliktpotentials (s. nachstehenden Beitrag) und angesichts der nicht weit entwickelten multilateralen Institutionen, Interessengegensätze schnell zu Krisenherden anwachsen.

Aus Beiträgen von Walden Bello und Shea Cunningham sowie Gerald Tan; Übersetzung, Zusammenstellung und Ergänzung: jm

Länderreihe Südostasien

"Kopieren statt abonnieren" ist eine Ursache für die chronische Finanzkrise kleiner Zeitschriften. Daß sie gerne als Informationsquelle genutzt werden, wissen wir - unser Zeitschriftenbestand im iz3w wird in dieser Hinsicht täglich genutzt. Die Südostasien Informationsstelle in Bochum, Herausgeber der "Südostasien Informationen", ist jetzt ihrerseits in die Offensive gegangen. Mit 'Malaysia' und 'Indonesien' liegen nun schon zwei preiswerte Bücher in der Länderreihe Südostasien vor. Dabei handelt es sich um eine Zusammenstellung von Beiträgen, die bereits in der Zeitschrift erschienen sind. Diese wurden thematisch nach Geschichte, Religion und Kultur, Innenpolitik, Ökologie, Erziehung, Regionalkonflikte etc. neu zusammengestellt. Am Ende des Buches finden sich eine kommentierte Zeittafel sowie weiterführende Literaturhinweise. Versucht wird mit dieser Länderreihe, die Lücke zwischen Reiseführer und wissenschaftlichem Fachbuch zu schließen; und das ist den KollegInnen gelungen. Weitere Bände zu Thailand und Singapur sind in Vorbereitung.

uju

**Südostasien Informationsstelle (Hg.)
Malaysia, Bd. 1, Dez. 1993, 140 S., 12.-
Indonesien, Bd. 2, Mai 1994, 161 S.,15.-
Bezug: Josephinenstr. 71. 44807 Bochum, Tel. 0234/ 50 27 48**

Anmerkungen:

1) Zwar ist in den 80er und 90er Jahren eine zunehmende Konzentration der japanischen Investitionen auf den südost- und ostasiatischen Bereich festzustellen - noch immer sind allerdings die Investitionen Japans in den USA und Europa etwa dreimal so hoch.

2) Vgl. zur öffentlichen Entwicklungshilfe Japans: Japan und Südostasien, in: blätter des iz3w, Nr.171, Feb. 1991.

Konkurrenz oder Kooperation

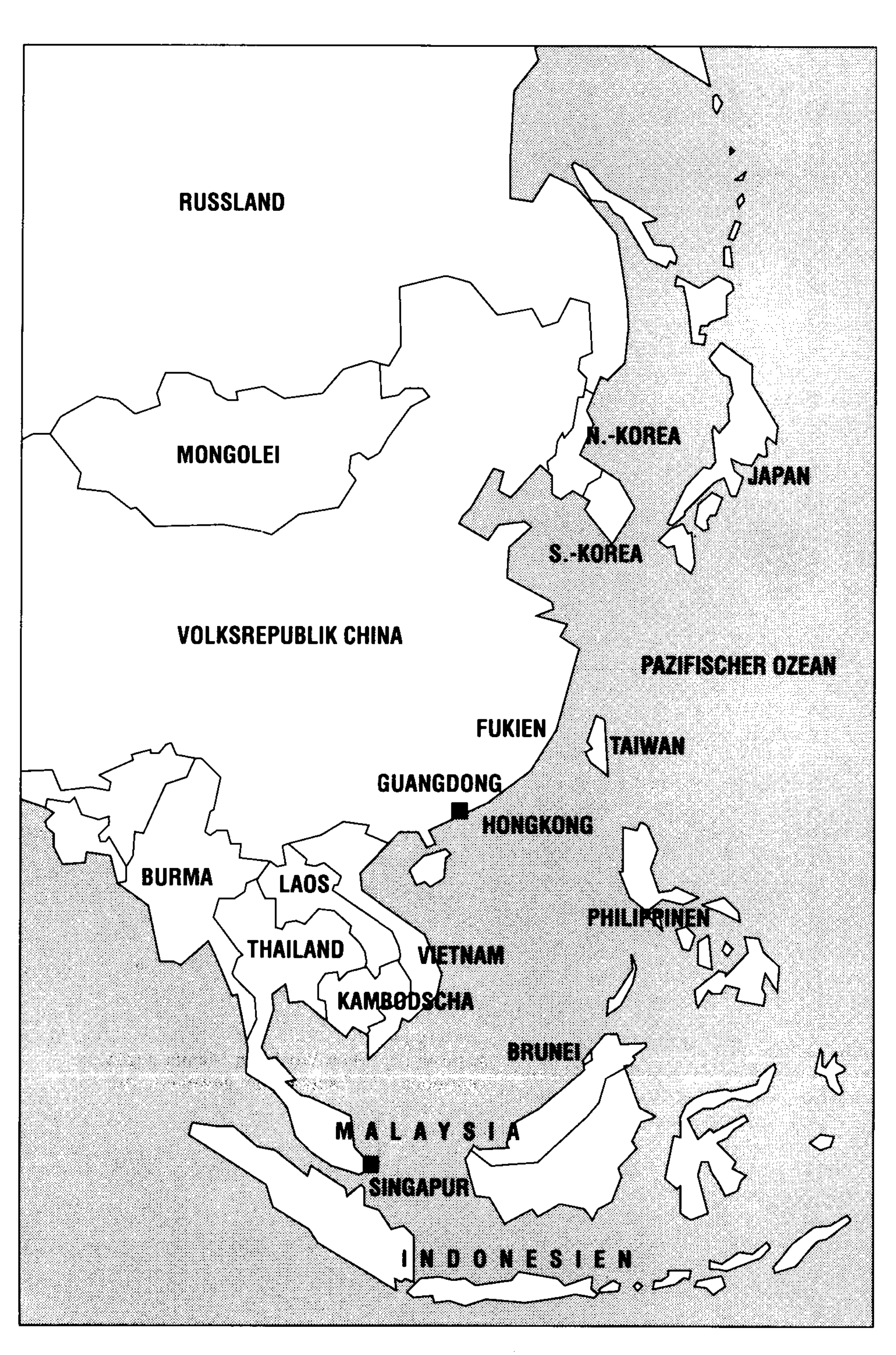
Im Wettlauf um die Ressourcen sind Konflikte vorprogrammiert

Im Juli 1994 konstituierte sich das 'ASEAN Regional Forum' (ARF). Anlaß für die Gründung des ARF ist die angesichts des zunehmenden Verteilungskampfes zwischen den Staaten der Region wachsende Besorgnis, daß der Raum Schauplatz künftiger Hegemonialkonflikte zwischen asiatischen Großmächten werden könnte. Derzeit meinen viele Staatsführungen, die sich aus den Bindungen des Kalten Krieges entlassen sehen, sich mehr Waffen leisten zu können und zu müssen. Entzünden könnten sich die Spannungen an der Vielzahl von Konfliktpunkten, die zwischen einzelnen Staaten der Region bestehen.

Ein wesentlicher Faktor dieser Konfliktpotentiale sind die geographischen Gegebenheiten. Ein Blick auf die Karte macht deutlich, daß alle Seewege und wichtigen Handelsrouten zwischen Europa und Ostasien - d.h. China, Taiwan, Korea und Japan - durch das Malaiische Archipel führen, mit den Ländern Indonesien, Malaysia, Singapur, Brunei und den Philippinen.

Seit Beginn des Übersee- und Welthandels ist die Kontrolle dieser Seewege immer ein entscheidender Faktor zur Ausübung einer Vorherrschaft in der Region gewesen. In der Kolonialzeit haben sich die europäischen Mächte Spanien, Niederlande, England und Frankreich in ihren expansiven Bestrebungen immer wieder um die Kontrolle der Seewege, insbesondere der Straße von Malakka, bemüht. Bis zur Eroberung Singapurs durch die Japaner im Zweiten Weltkrieg war es der Schlüssel zur britischen Vorherrschaft im malaiischen Archipel.

Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen die USA die Aufgabe der Freihaltung der Seewege in Südostasien im Namen des reibungslosen, freien (kapitalistischen) Welthandels. Es war vor allem ihre z.T. gewalttätige, antikommunistische Politik, unterstützt von den Briten und Franzosen, die die Einführung und Durchsetzung des



kapitalistischen Wirtschaftssystems ermöglichte. Heute sind die südostasiatischen Länder, allen voran die ASEAN-Staaten, wenn auch noch vergleichsweise kleine, aber eigenständige Akteure im Welthandel geworden. Der teilweise militärische Rückzug der USA aus der Region ermöglicht einigen Staaten, Kontrolle über die Seewege auszuüben. Eine Schließung der Seewege für den internationalen Seeverkehr kann zu Konflikten nicht nur mit Ländern innerhalb der Region Südostasien, sondern auch mit weiter entfernten Ländern wie Japan, Korea oder dem Nahen Osten führen, die auf ihre Energieversorgung durch das Malaiische Archipel bzw. die Verschiffung ihrer Exportprodukte angewiesen sind.

Eine Schlüsselrolle kommt dabei Indonesien zu. Sein Territorium bildet praktisch eine Barriere zwischen Festlandasien und Australien. Ferner ist es mit über 180 Mio. Menschen das größte Land in Südostasien. Die indonesische Regierung kann zum Beispiel allein mit der Schließung der Lombok- und Sunda-Straße für den internationalen Seeverkehr den Welthandel empfindlich treffen. Sie hatte das 1988 bereits einmal mit der Begründung versucht, daß diese beiden Seewege nicht internationales, sondern nationales Gewässer seien.

Probleme um die Straße von Malakka könnte es mit Malaysia und Indonesien geben. Beide Staaten können die Durchfahrt leicht kontrollieren. Unter Hinweis auf die wachsenden Gefahren z.B. durch Supertanker und auf die Umweltbelastungen der Küstengebiete könnten sie eine Sperrung der Straße legitimieren. Dies würde unweigerlich zu einem größeren internationalen Konflikt führen. Den Präzedenzfall stellte vor einigen Jahren die Diskussion dar, ob Malaysia und Indonesien einem französischen Frachter, der Plutonium nach Japan transportierte, die Durchfahrt verbieten dürften.

Auch das internationale Recht auf Beanspruchung einer 200 Meilen Wirtschaftszone entlang der Küste hat in Südostasien zu einer Reihe von Konflikten geführt. Hier geht es etwa um den Abbau von Erdgas- und Erdölvorkommen im Golf von Thailand durch Malaysia, Thailand, Kambodscha und Vietnam oder um den Streit zwischen den Philippinen und Indonesien um die Fischereirechte im Celebes-Meer (zwischen Borneo, Sulawesi und Mindanao).

Die Kontrolle des Mekong

Von ähnlicher geostrategischer Bedeutung wie die Seewege sind einige Flüsse auf dem südostasiatischen Festland. Als Energiespender für die Industrie (Staudämme) und als Wasserspender für die Landwirtschaft sind sie für die Anrainerstaaten und deren Entwicklung von existentieller Bedeutung.

Der Mekong stellt die wichtigste Wasserquelle für die Landwirtschaft Kambodschas und des südlichen Vietnam dar. Von seiner Quelle im tibetischen Hochland fließt er durch die südchinesische Provinz Yunnan, dann ein Stück entlang der laotisch-burmesischen Grenze, durch Nord-Laos und bildet danach die Grenze zwischen Thailand und Laos, bevor er Kambodscha durchquert, um an der südlichen Spitze Vietnams in einem weitverzweigten Delta ins Südchinesische Meer zu fließen. Stauung und Abzweigung des Wassers des Mekong sowie seiner Zuflüsse können verheerende Wirkungen auf die unterhalb gelegenen Regionen haben. China plant in Yunnan mehrere Staudämme zur Elektrizitätsgewinnung. In Thailand gibt es bereits umfangreiche Pläne zur Umleitung des Wassers einiger Mekong-Zuflüsse. Zusammen mit Laos sollen noch weitere Staudämme entlang der gemeinsamen Grenze gebaut werden. Um den bei der Nutzung des Mekong entstehenden Konflikten vorzubeugen bzw. um ein gemeinsames Vorgehen zu erreichen, wurde auf Initiative der UN bereits in den 60er Jahren ein Mekong-Komitee gegründet, dem außer China alle Anliegerstaaten angehören.

Grenzkonflikte und Territorialansprüche

Einige Territorialansprüche der südostasiatischen Regierungen entlang der Grenzen bergen ein erhebliches Potential für kriegerische Auseinandersetzungen in sich. Sie sind nicht nur Resultat einer sehr willkürlichen Grenzziehung in der Kolonialzeit - häufig werden Ansprüche auch noch aus vorkolonialen Eroberungen bzw. Besetzungen abgeleitet. Zu einem offenen Konflikt wurden solche Territorialansprüche in der Nachkriegszeit lediglich in Nordvietnam mit der VR China sowie im Süden mit Kambodscha. Zwischen Vietnam und Kambodscha hat sich Ende der 70er Jahre ein regelrechter Krieg um den "richtigen" Grenzverlauf entwickelt, der 1979 schließlich zum Einmarsch Vietnams nach Kambodscha führte.

Konflikte um territoriale Ansprüche bestehen auch zwischen Malaysia und Indonesien (Inseln Ligitan und Sipadan an der Grenze zu Indonesien). Und die Philippinen beanspruchen mit Sabah - ehemals britische Kolonie Nordborneo - auch einen Teil Malaysias.

Das Südchinesische Meer ist seit Jahren der größte und wohl auch gefährlichste Konfliktherd in der Region Südostasien. Hauptstreitpunkt ist die Zugehörigkeit der im nördlichen Teil gelegenen Gruppe der Paracel-Inseln und der mehr im Süden gelegenen Spratly-Gruppe mit über 90 kleinen Inseln und Riffen. Durch dieses Gebiet führen nicht nur die Seewege nach Ostasien, sondern es ist auch reich an Fischen und es werden größere Ölvorkommen vermutet.

China und Vietnam beanspruchen beide Inselgruppen vollständig für sich und haben bereits einige der größeren Inseln besetzt und z.T. Militär stationiert. China hatte 1974 mit militärischen Mitteln Vietnamesen von einer der Paracel-Inseln vertrieben und 1988 von einem kleinen Riff der Spratly-Inseln. Die Anliegerstaaten Malaysia, Brunei und die Philippinen beanspruchen ebenfalls einige der vor ihrer Küste gelegenen Spratly-Inseln, ebenso Taiwan.

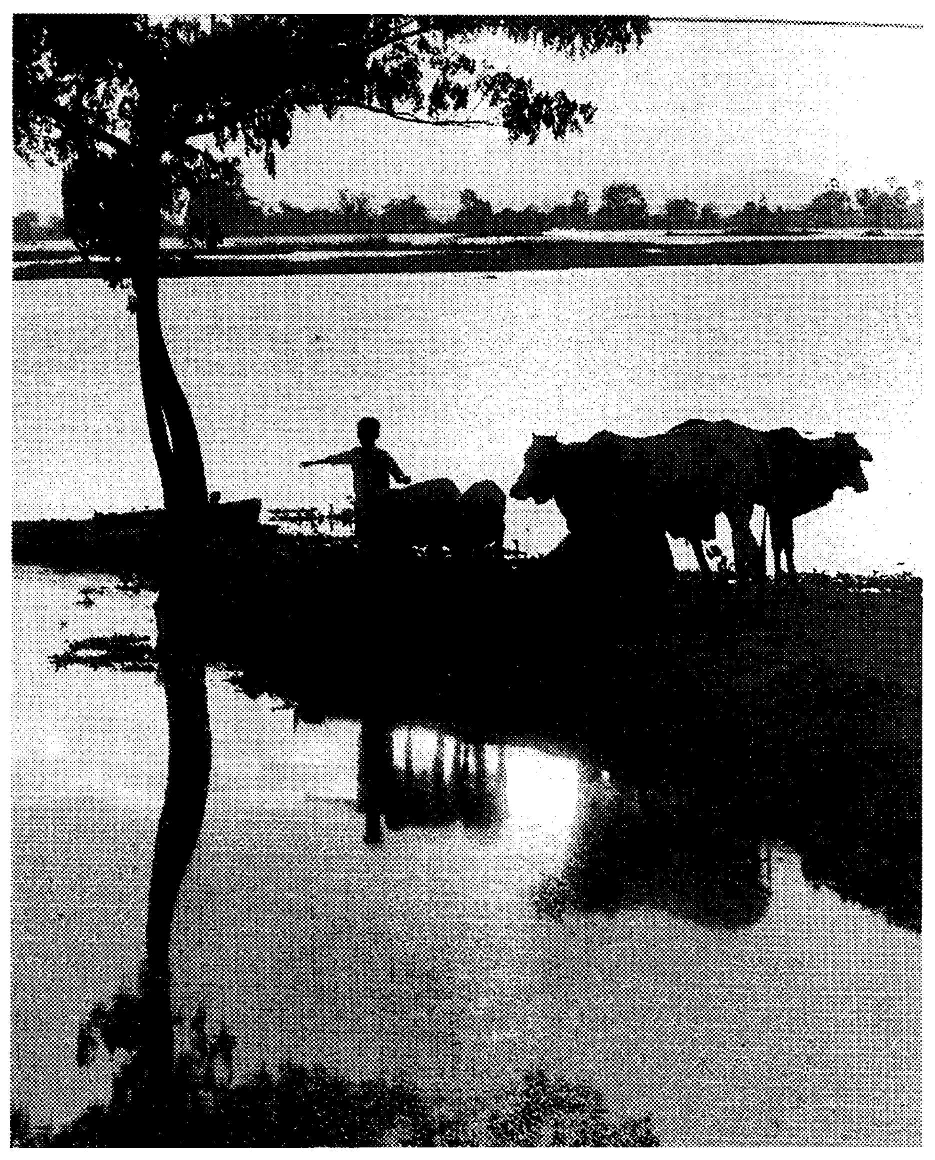
Ein weiteres Konfliktpotential stellen die vielen verschiedenen Bevölkerungsgruppen der Region dar, die sich derselben ethnischen Herkunft und kulturellen Tradition zurechnen und durch nationale Grenzen getrennt sind. Das ist insbesondere in Thailand der Fall. In den vier südlichen Provinzen leben muslimische Malaien, im Grenzgebiet zu Kambodscha Khmer, im Nordosten Laoten, im Norden und entlang der westlichen Grenze Volksgruppen aus Burma. Leicht können hier politische und soziale Interessen ethnisiert werden.

Ebenso am Beispiel Thailands werden zwischenstaatliche Konflikte um militante Organisationen deutlich, die zum Teil militärisch in Grenzgebieten operieren und Thailand oder das jeweilige Nachbarland als Rückzugs- und Nachschubgebiet benutzen. So hat im Herbst 1994 die stillschweigende Duldung von Operationen der Roten Khmer auf thailändischem Territorium zu starken Verstimmungen zwischen Thailand und Kambodscha geführt. In den 70er und 80er Jahren entstanden immer wieder Spannungen zwischen Thailand und Malaysia. Die Politik der thailändischen Behörden gegenüber der von Thailand aus operierenden Kommunistischen Partei Malaysias (MCP) sorgte auf der einen Seite ebenso für Verstimmungen wie auf der anderen das Verhalten der malaysischen Behörden gegenüber der z.T. von Malaysia aus operierenden PULO.

"Innere Angelegenheiten" - regionale Konflikte

Auch soziale und politische Spannungen innerhalb einzelner Länder können zu Konflikten zwischen den Staaten führen. Besonders am Beispiel Kambodschas wird deutlich, wie die Instabilität eines Landes zu erheblichen Spannungen in der Region führen kann. Flüchtlingsbewegungen schaffen zusätzlichen Zündstoff: So hat der bewaffnete Kampf des Moro-Volkes um Selbstbestimmung in den Südphilippinen zu einem Flüchtlingsstrom nach Sabah, Malaysia, geführt und somit Malaysia in den Konflikt indirekt einbezogen. Ebenso mußten die ASEAN-Länder mit den Flüchtlingen aus Vietnam, den sogenannten "boat-people" fertig werden.

Die territoriale Integrität Burmas wird schon seit der Unabhängigkeit vom britischen Kolonialismus durch den Kampf um Selbstbestimmung und Eigenstaatlichkeit



Wasserader für China, Burma, Laos, Thailand, Kambodscha und Vietnam: Der Mekong

der nicht-burmesischen Bevölkerungsgruppen in Frage gestellt. Die Legitimität des Staates wie auch seiner brutal regierenden Militärjunta ist nach der Ignorierung des Ergebnisses der freien Wahlen vor fünf Jahren äußerst fragwürdig. Hierzu entwickelten die ASEAN-Staaten sehr langsam und zögerlich eine gemeinsame Haltung.

Noch schwerer fällt es den Regierungen der südostasiatischen Länder, auf Indonesiens Besetzung von West-Papua, Osttimor und den immer wieder erneut aufbrechenden Konflikt in Aceh/Sumatra zu reagieren. Auch wenn sie diese Konflikte zu "inneren Angelegenheiten" Indonesiens erklären, sind sie dennoch von den Auseinandersetzungen betroffen. Einerseits könnten die "internen Probleme" den größten Staat Südostasiens destabilisieren - mit unabsehbaren Folgen. Andererseits stehen sie unter dem Druck einer internationalen Öffentlichkeit, die die Legitimität des indonesischen Vorgehens in Frage stellt.

Bei der hier nur oberflächlich geschilderten komplizierten "Gemengelage" von verschiedenen zwischenstaatlichen Konfliktpotentialen muß man fragen, ob und wie diese durch multilaterale und bilaterale Kooperation abgebaut werden können. Das ASEAN-Bündnis ist ein Versuch, die vorhandenen Konfliktpotentiale zu mindern und zu neutralisieren sowie Stabilität und Sicherheit zugunsten der Entwicklung der einzelnen Länder zu fördern. Zwar wurde ASEAN eigentlich als ein Forum der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gegründet - hatte aber gerade in diesem Bereich bisher praktisch kaum Bedeutung. Die Bildung des ARF zeigt die Tendenz der ASEANs, sich vermehrt um eine Zusammenarbeit in den drängenden und vielfältigen Sicherheitsfragen zu kümmern.

Allerdings fallen den Staatsführungen Schritte in Richtung einer multilateralen Verständigung auf dem Gebiet der Sicherheit äußerst schwer. Der bisherige Kernpunkt der ASEAN-Bemühungen um regionale Stabilität war das 1971 in Kuala Lumpur verabschiedete Konzept einer 'Zone of Peace, Freedom and Neutrality' (ZOPFAN). Betrachtet man die gegenwärtigen Aufrüstungsanstrengungen der Staaten der Region, wird deutlich, daß die ZOPFAN ebenso Illusion geblieben ist wie die auf dem Manila-Gipfel von 1987 anvisierte 'Nuklearwaffenfreie Zone Südostasien' als ein konkreter Schritt zur Verwirklichung von ZOPFAN. Charakteristisch ist die geringe Bereitschaft der Staaten zum Souveränitätsverzicht zugunsten regionaler integrativer Strukturen. Es sind in nächster Zukunft nicht unbedingt militärische Zusammenstöße zwischen Großmächten in Südostasien zu erwarten - möglich ist aber, daß begrenzte Konflikte wie etwa der um die Hoheitsrechte im südchinesischen Meer unter Umständen militärisch ausgetragen werden.

Konkurrenz und Kooperation

Steckt also die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen noch in den Kinderschuhen, so stellt sich die Frage nach anderen Bereichen der Kooperation. Hier fällt, obwohl das Volumen des Handels zwischen den ASEAN-Ländern vergleichsweise niedriger ist als das des Handels mit den USA, Westeuropa und Japan, die wirtschaftliche Zusammenarbeit ins Auge. Trotz seines relativ geringen Umfangs wächst der Handel unter den ASEAN-Staaten stetig (derzeit ca.20%). Ebenso investieren Banken und kapitalstarke Unternehmen gegenseitig in den Nachbarländern und bilden sogenannte "joint ventures". Seit 1993 gibt es die ASEAN-Freihandelzone (AFTA), die schrittweise den freien Warenverkehr zwischen den ASEAN-Staaten ermöglichen soll. Damit nicht die jetzt bereits wirtschaftlich stärksten innerhalb der AFTA am meisten davon profitieren werden, ist dieser Prozeß allerdings auf sehr bedächtige Schritte festgelegt. Erst im Jahr 2008 sollen für alle Produkte die Zölle innerhalb der ASEAN fallen.

Einen weiteren Bereich engster wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen einzelnen Staaten - und damit außerhalb umfassender multilateraler Institutionalisierung - stellen besondere Wachstumsregionen dar. In unmittelbar benachbarten Regionen verschiedener Staaten arbeiten in den letzten Jahren immer stärker Privatunternehmen verschiedener Länder zusammen. Diese Zusammenarbeit wird von den jeweiligen Regierungen durch Infrastrukturprojekte gefördert. Seit einigen Jahren gibt es eine Reihe von sogenannten "Wachstumsdreiecken" in Südostasien, in denen eine über die jeweiligen Landesgrenzen hinausgehende regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit gefördert werden soll.

Das bekannteste und bisher am weitesten entwickelte ist "SiJoRi" (Singapur, Johore, Riau) an der Südspitze der Malaiischen Halbinsel mit Malaysia, Singapur und Indonesien. Hier soll eine Industrie- und Dienstleistungsregion entstehen, mit Singapur in der Mitte, dessen Expansionsmöglichkeiten durch die Begrenzung von Land und Bevöl-



Wer die Wasserstraßen kontrolliert, kontrolliert Handel und Energieversorgung

kerung eingeschränkt wird. Indonesien kann Land, Arbeitskräfte und Rohstoffe liefern; ebenso Malaysia, während Singapur Kapital, Technologie und Marketing-Know-how einbringt.

Das Modell der Wachstumsdreiecke hat Schule gemacht. Seit einem Jahr wird ein nördliches Wachstumsdreieck, bestehend aus der Nordspitze von Sumatra, Nord-Malaysia und Südthailand, in Angriff genommen. Im März dieses Jahres wurde in Davao City auf Mindanao in den Philippinen ein Protokoll zur Bildung einer Ost-ASEAN Wachstumsregion unterzeichnet, welches die philippinische Insel Mindanao, Borneo mit dem indonesischen West- und Ost-Kalimantan, das malaysische Sarawak und Sabah, den Öl-Staat Brunei sowie die indonesischen Inseln Sulawesi und Molukken einbezieht. Thailand projektiert im Nordosten eine Wachstumsregion zusammen mit Laos, Vietnam und Kambodscha sowie ein ähnliches Projekt mit Burma, China und Laos.

Diese wirtschaftliche Zusammenarbeit basiert darauf, daß inzwischen - anders als noch vor 20 Jahren - mit der vollständigen Integration so ziemlich aller Länder in die kapitalistische Weltwirtschaft eine gemeinsame ökonomische Grundlage geschaffen ist - nämlich der Auf- und Ausbau einer kapitalistischen Wirtschaft mit ähnlicher Produktionssteuerung und -planung sowie gleicher Produktionsweise und Konsumstruktur.

Zuammenarbeit andersherum

Die Integration in die kapitalistische Wirtschaftsweise zeitigt allerdings auch eine kaum zu übersehende Fülle von Konflikten und Widersprüchen in den einzelnen Staaten. Vor dem Hintergrund der autoritären Regierungen tauchen hier Fragen sozialer und politischer Rechte der Menschen auf. Diese Rechte zu vertreten ist die selbstgesteckte Aufgabe vieler NGOs der Region, die auf eine immer engere Kooperation setzen. Sie beschäftigen sich mit akuten Problemen - Problemen, die für viele direkt betroffene Menschen wesentlich drängender sind als die Risiken all der bisher genannten Konfliktpotentiale zwischen den Staaten. Ihre Arbeit dreht sich um die Frage von Menschenrechten, Demokratie und politischer Partizipation, dort wo autoritäre Herrschaft Opposition brutal unterdrückt; sie dreht sich um interne Konflikte um die Verteilung politischer und wirtschaftlicher Macht; sie dreht sich um soziale Krisen, Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, und sie dreht sich um die Folgen der Umweltzerstörung.

Die persönlichen Erfahrungen einer wachsenden Anzahl von NGO - Aktivisten in der Begegnung mit sozial und politisch aktiven Menschen aus anderen Ländern haben inzwischen zu einer zunehmend verbindlicheren Zusammenarbeit verschiedenartiger NGOs innerhalb der Region Südostasien sowie des asiatisch-pazifischen Raumes geführt. Die UN-Menschenrechtskonferenz in Wien 1993 war z.B. Anlaß für eine verbindlichere und kontinuierliche Vernetzung entsprechender Organisationen aus dem Raum Asien-Pazifik, die nicht nur vor dem Ereignis stattfand, sondern auch weitergeführt worden ist. Ausdruck dessen war u.a. auch die Osttimor-Konferenz in Manila Ende Mai 1994, welche die indonesische Regierung erzürnt hat. Ferner veranstalteten anläßlich der ASEAN-Außenministerkonferenz in Bangkok thailändische Menschenrechtsorganisationen ein "Seminar" unter Beteiligung von Gästen aus dem ASEAN-Ländern mit den Titel 'Southeast Asian NGOs Forum on Human Rights and Development', wo auch die Themen Osttimor und Burma behandelt wurden (s. die Erklärung der NGOs in diesem Heft).

Südostasien als wirtschaftliche Wachstumsregion, die völlig im Einklang mit der bestehenden Weltwirtschaftsordnung steht, wird so oder so die bestehenden und entstehenden Konfliktpotentiale unter Kontrolle bekommen müssen. Dies könnte auf der Ebene eines multilateralen und institutionalisierten Interessenausgleichs der politischen und wirtschaftlichen Eliten der einzelnen Staaten leichter zu bewerkstelligen sein. Hier macht nicht nur die Regelung von Konflikten und die Wahrung von Sicherheit und Stabilität eine engere Zusammenarbeit notwendig - vor allem verlangt das Wirtschaftssystem eine Öffnung der Grenzen für einen ungehinderten Waren- und Kapitalverkehr. Die Regierungen der Staaten werden stückweise Teile ihrer nationalen Souveränität zugunsten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit abgeben und gleichzeitig versuchen, für sich die günstigsten Bedingungen herauszuschlagen. Ob diese Zusammenarbeit der breiten Bevölkerung mehr Nutzen als Schaden bringt, ist noch nicht abzusehen. So bleibt unklar, in welchem Ausmaß soziale Konflikte mit der Masse von Menschen geschaffen werden, die der bessere Lebensstandard nicht erreicht, bzw. denen die krassen Ungleichheiten nicht schmackhaft ge-macht werden können. In solchen Fällen würde die Frontlinie nicht mehr zwischen den Staaten, sondern zwischen den sozialen Klassen verlaufen.

Peter Franke

Von der Redaktion in Absprache mit dem Autor gekürzte und überarbeitete Fassung eines Beitrages aus Südostasien Informationen Nr. 3/94.

Waffen für ein Vakuum

Deutsche Rüstungsverkäufe ans andere Ende der Welt

Südostasien. Fernost, wie viele gerne sagen. Blaue Archipele ganz am anderen Ende der Welt. Lange standen sich hier die USA und die frühere UDSSR gegenüber. Sie bauten überall Militärbasen, zum Beispiel in Philippinen und in Vietnam, jede für sich größer als ganz Berlin.
Jetzt ist der kalte Krieg vorbei und die Krieger haben ihre Standorte verlassen. Aber Südostasien ist heute dennoch keine militärfreie Region. Überall wird aufgerüstet. Wer in Asien das entstandene militärische Vakuum füllt, hat gute Chancen, Großmacht zu werden.
Ein Zeitsprung. Von Asien 1995 in die alte Bundesrepublik Deutschland. Vor dem Mauerfall. Ins Jahr 1985. Wer erinnert sich noch? Damals war allen klar, daß deutsche Waffen nur an NATO-Länder verkauft werden dürfen. Eigentlich. Mit besonderer Begründung und wirklich nur ganz ausnahmsweise durfte die Bundesregierung Exportanträge genehmigen, wenn die Empfängerländer nicht der NATO angehörten. Sagten jedenfalls die Gesetze und Verordnungen.
Das störte nicht nur die Rüstungsindustrie. Auch die im ASEAN-Bündnis zusammengeschlossenen Staaten beklagten sich, denn gerne wollten sie deutsche Rüstung kaufen. Aber immer gab es Probleme mit den Gesetzen. ASEAN ist nun mal nicht die NATO und erschwerend kam immer wieder hinzu, daß die Menschenrechte in den Empfängerländern verletzt wurden. Schlechte Voraussetzungen für Waffenkäufe made in Germany nach Fernost.
Schlechte Voraussetzungen? Mit einem Federstrich wußten Schreibtischtäter in Bonn Abhilfe. "In der Frage der Rüstungsexporte sind die Länder des ASEAN-Bündnisses der NATO gleichgestellt", verkündete die Bundesregierung kurzerhand. Ein schöner Kunstgriff der bis heute funktioniert. Rüstungsexporte in ASEAN-Staaten müssen seit dieser Willensbekundung nicht mehr einzeln geprüft werden. En bloc werden die sechs ASEAN-Länder mit den begünstigten NATO-Ländern gleichgestellt - und das, obwohl ASEAN gar kein Militärbündnis ist.

Einen Krieg in Ost-Timor gibt es nicht

Einspruch gegen dieses Vorgehen kam damals nur von Wenigen. Besonders Indonesien dürfe keine Waffen made in Germany erhalten, sagten Rüstungsgegner. Indonesien halte Ost-Timor völkerrechtswidrig besetzt und 200.000 Menschen seien getötet worden. Im übrigen stehe im Grundgesetz, von deutschem Boden dürfe nie wieder Krieg ausgehen. Das schlösse Rüstungsexport nach Indonesien aus.

Die Bundesregierung war anderer Meinung. Sie bekräftigte die Gleichstellung von NATO und ASEAN und ging sogar noch einen Schritt weiter. Sie veränderte zwar nicht die Gesetze, aber sie veränderte die Realität. Vom Schreibtisch aus wurde die Wirklichkeit so lange zurechtgebogen, bis sie in das Bonner Exportkonzept paßte. Das Ergebnis der mühseligen Denkarbeit: "Einen Krieg gegen Ost-Timor gibt es nicht", stellte die Bundesregierung fest.

Die Aufrüstungsspirale

Heute, zehn Jahre später, führt Indonesien immer noch Krieg gegen Ost-Timor. Sonst aber hat sich viel geändert in Südostasien. Das politische und militärische Gleichgewicht wird neu ausgehandelt. Das ASEAN-Bündnis ist plötzlich wichtig geworden bei der Neuordnung der Region.
Derzeit bauen alle ASEAN-Staaten ihre Marineverbände aus. Wo viel Wasser ist, sind die Seestreitkräfte entscheidend für die militärische Planung. Besonders begehrt: Modernste U-Boote, Fregatten, Minensucher oder Schnellboote. Deutsche Werften machen sich deshalb heute große Hoffnungen, noch öfter als bisher liefern zu können.
Als auf dem letzten ASEAN-Treffen erstmalig eine mögliche militärische Kooperation der bisher nur politisch zusammenarbeitenden Länder angesprochen wurde, war Außenminister Kinkel dabei. Dort in Bangkok lud er seine asiatischen Kollegen nach Karlsruhe ein. Die Aussenminister nahmen an, aber auf keinen Fall wollten sie in Deutschland über Menschenrechte sprechen.
Das nahm Kinkel ernst. Er setzte durch, daß in Karlsruhe niemand gegen die Verletzungen der Menschenrechte in ASEAN-Ländern protestieren konnte. Alles wurde verboten, selbst kleinste Mahnwachen.
Mag sein, daß Kinkel noch die Warnung der indonesischen Regierung im Ohr klang: Wer die Menschenrechte zur Sprache bringt, verspielt seine Aufträge. Gerade erst mußte die USA diese Erfahrung machen. Als der Kongress ein Embargo für Kleinwaffen gegen Indonesien beschloß, da in Ost-Timor noch immer Krieg herrscht, sagte Präsident Suharto, Indonesien werde ab sofort Waffen nur noch in Frankreich, England und Deutschland bestellen.
Vielleicht stehen nun nach dem Versammlungsverboten in Karlsruhe die Chancen für die deutsche Rüstungsindustrie gar nicht so schlecht.

BURMA VIETNAM CH

THAILAND

Die wirtschaftliche Bedeutung Südostasiens macht die Region zu einem militärstrategisch umkämpften Gebiet. Gemeinsame Manöver des thailändischen und US-Militärs sind seit Jahren Praxis. Neu war 1994 die Einbeziehung des Militärs aus Singapur. Diese Zusammenarbeit könnte bezeichnend sein für ein zukünftiges militärisches Bündnis der ASEAN, in dem Thailand eine Schlüsselrolle besetzen möchte.
Dabei ist die Rolle des Militärs, das das politische wie wirtschaftliche Leben in diesem Land kontrolliert, charakteristisch für Thailand, wie für alle ASEAN-Länder. Sichtbar wird dies auch an der massiven Aufrüstung des Landes. Bei dieser Nachfrage fallen auch Aufträge für deutsche Rüstungsfirmen ab. Vereitelt wurde zwar der Verkauf eines Hubschrauberträgers der Vulkan-Werft, aber MTU freut sich über den Verkauf von Schiffsmotoren und Atlas Elektronik über den Verkauf eines Schiff-führungssimulators an die thailändische Marine.

THAILAND

CAMBODIA

BRUNEI

Als kleinstes Land der ASEAN-Länder b
beste Kontakte zu deutschen Waffenprod
zehnten fertigt Fritz Werner in Brunei M
und beliefert den südostasiatischen Raum.
diese deutsche Ablegerfirma in Brunei. D
Rüstungsfirma Fritz Werner will mittlerw
ehemaligen Tochter nicht mehr in Verbindu
MBB dagegen scheut nicht das Licht der
militärische Version der Hubschraubers B
in Brunei vertreten. Gebaut werden die H
Flugzeugwerk I.P.T.N in Indonesien, das i
arbeit mit MBB in den 70er Jahren erstel

MALAYSIA

Seit 25 Jahren kann sich die Lürssenwerft bester Kontakte zu Malaysias Marine und zur Regierung rühmen. Auf der Hong Leon Werft liefen mindestens 40 schnelle Kriegsschiffe nach deutschem Vorbild vom Stapel. Die Bremer Bootsbauer sind stolz darauf, haben sie doch die Werft in Malaysia aufgebaut. Ähnliche Projekte werden ebenfalls in Indonesien und Singapur verfolgt.
Aber auch andere deutsche Werften hoffen in Malaysia auf große Aufträge im Kriegsschiffbau. Blohm+Voss sowie HDW haben gemeinsam mit Thyssen Rheinstahl und dem Anlagenbauer Ferrostaal die German Naval Group gegründet. Und da der Ton die Musik macht, hat diese Gruppe zum 60jährigen Jahrestag der malaysischen Armee eine ganzseitige Anzeige in den großen asiatischen Militärzeitschriften geschaltet: "Heartiest Congratulations to the Navy" lautet der Text. Ob die Navy solche Nettigkeiten wohl mit einem Fregattenauftrag nach Deutschland belohnt?

M A L A Y S I A

SINGAPUR

SINGAPUR

Singapur ist eine wichtige Adresse für asiatische Waffenkäufer: Alle zwei Jahre findet hier die wichtigste Waffen- und Flugzeug-verkaufsmesse in Asien statt. Beteiligt sind immer die großen europäischen und amerikanischen Rüstungsfirmen. Und Singapur kann sich einiges leisten: Zum Beispiel Simulations-Anlagen für Korvetten-Schiffsführung. Lieferant der elektronischen Rüstung ist Atlas Elektronik aus Bremen.
Singapur entwickelt sich jedoch auch selbst zu einem Rüstungs-exportland. Die Chartered Industries of Singapore (CIS) liegt weltweit unter den zehn Größten im Verkauf von automatischen Granatwerfen und Maschinengewehren. Per Lizenzvergabe wurde in Singapur auch die MBB-Panzerabwehrwaffe Armbrust produziert, die im Krieg in Jugoslawien eingesetzt wurde.

I N



INA TAIWAN

0 100 200 300

Nautical Miles

Deutsche Waffen- und Munitionsverkäufe an ASEAN-Länder (in Mio. DM)

	1991	1992	1993
Brunei	-	3,5	-
Indonesien	71,83	120,73	228,22
Malaysia	6,89	22,17	21,58
Philippinen	0,55	-	-
Singapur	85,87	6,33	11,05
Thailand	39,27	13,21	14,23

Die Angaben beziehen sich nur auf Waffen im Sinne von Kriegswaffen bzw. Großwaffen. Elektronische Ausrüstung, Kleinwaffen oder andere strategische Güter sind hierin nicht enthalten.

PHILIPPINES

PHILIPPINEN

Der Krieg gegen die Moro National Liberation Front auf Mindanao und dem Sulu-Archipel dauert mittlerweile über 20 Jahre an. Dennoch kann die philippinische Regierung in Deutschland Militärgüter einkaufen. So will Mercedes Benz der Regierung Militärlastwagen verkaufen. Doch die Regierung hat kein Geld für teure Modernisierungsprogramme. Aus diesem Gund wurde auch schon über Tauschhandel nachgedacht: Waffen gegen Thunfisch. Der ist in philippinischen Gewässern reichlich vorhanden.
Aber nicht nur das Militär wird mit deutschen Waffen ausgerüstet. So besitzt die philippinische Polizei 5 BO-105. Diese Hubschrauber sind von MBB entwickelt worden und werden weltweit in den Versionen Militär-, Polizei- und Zivilhubschrauber verkauft. Unterschiede bestehen einzig in der Erstbewaffnung der Hubschrauber.

itzt auch Brunei
enten. Seit Jahr-
chinengewehre
genständig agiert
e deutsche
ile mit der
gebracht werden.
ffentlichkeit: die
105 ist jetzt auch
bschrauber im
uter Zusammen-
wurde.

BRUNEI

INDONESIEN

Das gab es noch nie: Regierungskrise durch deutsche Rüstungsexporte. Die bundesdeutsche Lieferungen von 39 gebrauchten Kriegsschiffen der ehemaligen DDR-Marine sowie 5000 Tonnen Munition bringt Teile des Militärs gegen Präsident Suharto und seinen einflußreichen Technologie-Minister Habibie auf. Für das gleiche Geld könne man bessere Kriegsschiffe bauen, sagen die Militärs. Als dann vertrauliche Informationen, offenbar vom Militär lanciert, in drei großen indonesische Magazinen erscheinen, verbietet Präsident Suharto kurzerhand die Zeitungen.
Aber auch in Deutschland ist Kritik am Rüstungspartner Indonesien nicht gerne gesehen. Außenminister Kinkel persönlich setzte während einer EU-Tagung mit den ASEAN-Außenministern in Karlsruhe ein Kundgebungsverbot durch, als Gruppen gegen die Menschenrechtsverletzungen in Indonesien und Ost-Timor protestieren wollten. Indonesien als Partner ist zu wichtig: Die Bundesregierung genehmigte zwischen 1990 und 1993 Rüstungslieferungen im Wert von mehr als einer Milliarde Mark. Darunter befanden sich Anlagen zur Torpedoproduktion, Lizenzen für Kampfhubschrauber und schnelle Kriegsschiffe der Lürssenwerft. Und das, obwohl in Ost-Timor von indonesischen Soldaten mehr als 200.000 Menschen ermordet wurden; Ost-Timor weiterhin besetzt ist und das Militär auch an anderen Orten Indonesiens Krieg führt.

D O N E S I A

WEST-TIMOR

OST-TIMOR

AUSTRALIA



Aus dem Schatten heraus...

Die deutsche Wirtschaft will in den ASEAN-Staaten einige Milliarden Mark Umsatz machen. Eine schöne Perspektive. Anders sieht es dagegen bei uns aus. Ganz klar: Unsere Arbeit wird weder von Industrie noch von der Politik unterstützt. Geld aber brauchen wir, wenn wir das Thema Asien aus dem Schattendasein herausholen wollen. Das wollen wir aber. Zum Beispiel zur Industriemesse in Hannover im April 1995. Partnerland für diese Messe: Indonesien. Dort sollen folkloristische Darbietungen und schöne Fotos aus dem sonnenverwöhnten Bali für den Industriestandort Indonesien werben. Grund genug, dafür zu sorgen, daß zur Messe auch über Militär und Menschenrechte gesprochen wird. Für unsere Öffentlichkeitsarbeit sind wir jedoch auf Spenden angewiesen.

Die Spenden sind steuerabzugsfähig und können zumindest so ein wenig zur Verringerung des deutschen Rüstungssäckels beitragen (Spendenbescheinigung bei uns anfordern!)

Spendenkonto: Stichwort Asien-Rüstungsexport:
Kontonummer: 518 181 205 (BLZ 200 100 20; Postgiroamt Hamburg)

Vor[illegible]ngstreffen z[illegible]nnovermesse [illegible]ar [illegible] Hannover. Wer Interesse an dem Treffen ode[illegible] an w[illegible] Informatio[illegible] Indonesien h[illegible] bei der BUKO Koordinationsstelle.

ViSdP:[illegible] BUKO-Koordinat[illegible] Stoppt den R[illegible]", [illegible]chtstraße [illegible] Tel: 0421 -32 60 45; Fax 0421 -337 8177.
Das Falt[illegible]it Unterstützung de[illegible] der grün-nahen Landes[illegible] und Bildung[illegible] der Aktion Selbstbesteuerung herausgegeben.



Habibies Modell

Indonesiens Forschungsminister setzt auf High-Tech und Billiglohn

Als potenter Wirtschaftspartner und vielversprechender Markt der Zukunft wird sich Indonesien der westlichen Welt auf der diesjährigen Hannover-Messe präsentieren. Daß Indonesien ein klassisches Billiglohnland ist und sein schnelles Wachstum auf einer extremen Ausbeutung der menschlichen und natürlichen Ressourcen beruht, wird hinter soviel Glanz verschwinden. Dabei wird der indonesische Take off möglicherweise ein Strohfeuer sein. China und Vietnam, wo die Löhne noch niedriger sind, könnten für arbeitsintensive Industriezweige in naher Zukunft die attraktiveren Stand-orte sein.

Während die überwiegende Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung Indonesiens noch im landwirtschaftlichen Bereich tätig ist, ruhen alle Hoffnungen, Entwicklung und Fortschritt zu erzielen, auf dem Industriesektor, der in Hannover das Bild bestimmen wird.

Über viele Jahre hinweg hatte das OPEC-Land Indonesien von seinen Ölexporten profitiert. Doch Indonesien verstand schnell die Lehren, die aus dem Ölpreisschock der 80er Jahre und dem veränderten Verhalten der Industrieländer gegenüber der OPEC zu ziehen waren. Die Diversifizierung der Wirtschaft sollte helfen, unabhängiger vom Öl zu werden. Heute stützt sich nur noch ein Viertel bis ein Fünftel des Staatshaushaltes auf die Einnahmen aus dem Export von Öl und Gas. Neben der wachsenden Rolle des Tourismus sorgt seit einigen Jahren vor allem der Export von Sperrholz, Möbeln, Textilien, Schuhen und anderen Konsumgütern für steigende Einnahmen.

Tatsächlich gelang es mit dem gezielten Ausbau der Konsumgüterindustrie, den die sogenannte "Berkeley-Mafia" - im Westen ausgebildete Wirtschaftsfachleute in der Regierung - mit Unterstützung der Kollegen von der Weltbank vorantrieb, einen Boom der indonesischen Wirtschaft zu begründen. Seit Jahren liegt Indonesien im Trend der asiatischen "Tiger" und erreicht durchschnittliche Wirtschaftswachstumsraten von stolzen 6-7 % jährlich.

Habibienomics

Der schnelle Erfolg, der mit dem ressourcenausbeutenden Industrialisierungskonzept der "Berkeley-Mafia" erzielt werden konnte, wird aber auch innerhalb der indonesischen Regierung nicht unkritisch gesehen. Denn dieses Konzept des sogenannten "comparative advantage" birgt die Gefahr in sich, daß die Wirtschaft genau so schnell, wie sie sich entwickeln konnte, auch wieder abstürzt. Das könnte beispielsweise dann der Fall sein, wenn andere Länder günstigere Bedingungen für Investoren bieten, beispielsweise durch noch niedrigere Löhne als die derzeit in Indonesien üblichen. Indonesien ist sich dieser Gefahr sehr wohl bewußt, da das Land einst selbst von einem derartigen Lohngefälle gegenüber anderen Staaten profitierte.

Als es die asiatischen "Tiger" geschafft hatten, vom Niveau der Manufakturindustrie und dem einfachen Abkopieren westlicher Produkte auf eine höhere Technologiestufe zu klettern, stiegen dort neben dem Lebensstandard auch die Lohnkosten. Die Folge war, daß beispielsweise die Textil- und die Schuhindustrie sich von Hongkong, Taiwan und Korea nach Indonesien verlagerte. Dasselbe Schicksal droht nun Indonesien durch die Billigkonkurrenz etwa aus China und Vietnam. Die Frage ist nur, ob Indonesien die Abwanderung dieser Industriezweige ebensogut verkraftet wie seinerzeit die "Tigerländer". Notwendige Voraussetzung dafür wäre, daß es auch Indonesien gelingt, ein höheres Technologieniveau zu erreichen und eigene Produkte zu kreieren, die höherwertig sind als Jeans und T-Shirts.

Genau darauf setzt Forschungs- und Technologieminister Habibie mit seinem Konzept des "competitive advantage". Habibie, der in Bandung Luft- und Raumfahrttechnik studiert und in Aachen promo-

viert hatte, war über mehrere Jahre in führender Stellung beim deutschen Rüstungskonzern MBB tätig, bis ihn Präsident Suharto 1974 nach Indonesien zurückrief, um ihn als Minister in sein Kabinett aufzunehmen. Er verfügt über beste persönliche Beziehungen zu Suharto, gilt heute als eine der mächtigsten Persönlichkeiten in Indonesien und wird sogar als möglicher Nachfolger Suhartos im Präsidentenamt gehandelt.

Habibies Philosophie des "competitive advantage" basiert darauf, mit einem Konglomerat von staatseigenen "strategischen Industrien", bei denen er ganz auf High-Tech setzt, die Grundlagen für Indonesiens Zukunft zu schaffen. Zu Habibies Firmenimperium gehören die Flugzeugfabrik IPTN sowie die Waffen- und Munitionsfabrik PT Pindad in Bandung, die PT PAL-Werft in Surabaya, das Krakatau-Stahlwerk und sechs weitere Großbetriebe. Neben seinem Amt als Minister bekleidet Habibie in einigen dieser Betriebe auch die Position des Vorstandsvorsitzenden.

Habibies High-Tech-Industrie wird von vielen Seiten stark kritisiert. In- und ausländische Experten, darunter Angestellte der Weltbank, bewerten die Habibie-Unternehmen als unwirtschaftlich und als "Faß ohne Boden", denn Habibies Industrie kann derzeit nur überleben, wenn der Staat hohe Subventionen dafür lockermacht. Die Bilanzen von IPTN, PT PAL oder Krakatau Steel werden nicht öffentlich gemacht. Dennoch weiß man, daß allein das Flugzeugwerk IPTN mit seinen mehr als 15.000 Beschäftigten bis dato mindestens 1,6 Milliarden US$ an staatlichen Zuschüssen verschlungen hat. Zweifelsohne hat die Firma seit ihrer Gründung vor fast 20 Jahren bedeutende Fortschritte gemacht. Wurden anfangs nur Militärflugzeuge technisch überholt, ging IPTN später dazu über, Hubschrauber, Flugzeuge und Flugzeugteile unter Lizenz der Firmen Bell (USA), CASA (Spanien) und MBB (Deutschland) herzustellen. Inzwischen wurde gar der Prototyp des ultramodernen Kleinflugzeuges N-250 für 70 Passagiere entwickelt, das in Kürze serienmäßig gebaut werden soll. Zusätzlich plant Habibie den großen Sprung mit dem Bau eines weiteren Flugzeugwerkes in den USA - der Heimat von Boeing und McDonall Douglas.

Doch all diese Erfolge können nicht darüber hinwegtäuschen, daß es IPTN, ebensowenig wie PT PAL und den anderen strategischen Betrieben, bis heute nicht gelungen ist, Gewinn abzuwerfen. Wie berichtet wird, weigerte sich Finanzminister Mar'ie Muhammad 1993, weitere staatliche Zuschüsse in die Entwicklung des N-250-Projektes zu stecken. Er bezweifelt, daß der angezielte Verkauf von 700 Maschinen dieses Typs erreicht werden kann.

Ein Teil der Nachfrage wird aus Werbegründen und zur Schönung der Bilanzen künstlich geschaffen. Indonesischen Fluggesellschaften und Privatfirmen wird die Bestellung von IPTN-Produkten ebenso eindringlich "nahegelegt" wie dem Militär. Doch gerade das Militär, wichtiger Machtfaktor in Indonesien und seit längerem mit der Gruppe um den Zivilisten Habibie im Clinch um die Präsidentennachfolge, zeigt sich verärgert. Die Generäle sind nicht mehr willens, sich von Habibie vorschreiben zu lassen, welche Waffensysteme sie zu welchem Preis zu erstehen haben. Auf dem Weltmarkt ist zum Teil besseres und preisgünstigeres militärisches Gerät im Angebot als das aus dem Hause Habibie.

Deutsche Kriegsschiffe beenden die "politische Öffnung"

Zum offenen Streit kam es im Frühsommer 1994 wegen des von Habibie eingefädelten Kaufs von 39 Kriegsschiffen aus Deutschland. Es handelte sich dabei um Altbestände der ehemaligen NVA-Flotte, die zum "Schrottpreis" in Höhe von insgesamt ca. 20 Mio US$ abgegeben wurden. (Hierzu ausführlich 'blätter' Nr. 196, S.28) Offenkundig hatte Habibie vor Unterzeichnung des Kaufvertrages weder das Militär noch den Finanzminister konsultiert. Als sich aber abzeichnete, daß aus dem scheinbaren Schnäppchen ein Geschäft in Milliardenhöhe wurde, kippte die Stimmung. Die Gesamtkosten des Waffengeschäfts inklusive Überführung, Reparatur, Umrüstung, Ausbildung der Besatzung und begleitenden Infrastrukturmaßnahmen beliefen sich auf ca. 1,1 Milliarden US$. Und selbstverständlich sollte ein Großteil dieser Summe in die Kassen von Habibies PT PAL-Werft fließen, die mit dem Umbau und der Ausrüstung der Schiffe beauftragt werden sollte.

Finanzminister Mar'ie Muhammad weigerte sich kategorisch, Gelder in der gewünschten Höhe bereitzustellen und führende Militärs lancierten Informationen an die indonesische Presse, die sich die Gelegenheit, Frontalkritik an Habibie üben zu können, nicht entgehen ließ. Habibie geriet stark in Bedrängnis und Präsident Suharto sah sich gezwungen, in einer öffentlichen Rede die gesamte Verantwortung für Habibies Handeln auf sich selbst zu nehmen. Eine Woche später holten Suharto und Habibie zum Vergeltungsschlag aus und ließen durch ihren engen Verbündeten, Informationsminister Harmoko, drei führende Zeitschriften, die über den Fall berichtet hatten, verbieten - ein schwerer Rückschlag für die Demokratie. Die erst wenige Monate zuvor verkündete "politische Öffnung" war mit einem Schlag zu Ende. Seither bläst der Demokratiebewegung des Landes wie in der Zeit vor der "Öffnung" wieder ein eisiger Wind ins Gesicht.

Flugzeuge statt Regenwald

Nach wie vor hat Habibie das Ohr des Präsidenten. Durch die Kabinettsumbildung, nach den letzten Wahlen verloren viele Minister aus Reihen des Militärs und Minister, die der "Berkeley-Mafia" zugerechnet wurden, ihre Posten. Suharto ersetzte sie durch Mitglieder von ICMI, dem 1990 von Habibie ins Leben gerufenen Verband islamischer Intellektueller, in dem Habibie seit seiner Gründung den Vorsitz innehat. Habibies Position wurde damit gestärkt, was seine Gegenspieler im Kampf um die Macht - hauptsächlich Militärs - seither zu heftigen Angriffen auf seine Person herausfordert.

Nach Habibies Zerwürfnis mit dem Finanzminister half Suharto persönlich seinem Freund bei dessen Suche nach neuen Geldquellen. Im Herbst 1994 gewährte Suharto einen neuen Kredit für die Flugzeugfabrik IPTN in Höhe von 185 Mio US$. Die Gelder wurden einem Fond des Forstministeriums entnommen, der per Gesetz ausschließlich für Wiederaufforstungsmaßnahmen in Indonesiens geschundenen Regenwäldern genutzt werden sollte. Doch das Wiederaufforstungsprogramm, für das die Holzkonzerne von Suhartos persönlichen Freunden Prayogo Pangestu (Barito Pacific Company), "Tropenholzkönig" Bob Hasan (Kalimanis Group) und Liem Soei Liong (Salim Group) maßgeblich verantwortlich sind, kommt nicht voran. Der gut gefüllte Fond blieb somit ungenutzt und Präsident Suharto beschloß daher, das Geld einstweilen anderweitig zu verwenden. 17 Nichtregierungsorganisationen erhoben daraufhin Klage gegen Präsident Suharto persönlich wegen gesetzeswidriger Zweckentfremdung der Mittel - ein in Indonesien noch nie dagewesener Affront gegen das Staatsoberhaupt. Doch die Gerichte wiesen die Klage ab mit der Begründung, die Kläger seien durch die Umwidmung der Mittel nicht persönlich geschädigt worden.

Langfristige Perspektive zweifelhaft

Habibie fühlt sich bestenfalls falsch verstanden, wenn die mangelnde Wirtschaftlichkeit seiner Unternehmen kritisiert wird, denn er sieht die benötigten Subventionen als Investition in die Zukunft. Seine Strategie setzt darauf, Indonesien langfristig zu einer modernen Industriegesellschaft zu entwickeln. Durch die gezielte Förderung von High-Tech-Betrieben soll ein "trickle down-effect" entstehen, d.h. es soll beispielsweise durch das Entstehen von Zulieferbetrieben eine mittelständische Wirtschaft heranwachsen, die die derzeit bestehende Lücke zwischen "home industries" und Großbetrieben füllt. Darüberhinaus soll das hohe Qualifikationsniveau der in den High-Tech-Betrieben Beschäftigten längerfristig auch

die Professionalität der mittelständischen Industrie steigern. Dazu allerdings wäre ein Austausch von Arbeitskräften notwendig, während der Trend zur Zeit eher dahin geht, daß immer mehr hochqualifizierte Kräfte von Habibies Unternehmen absorbiert werden. IPTN beispielsweise will seine Belegschaft zum Ende des Jahrzehnts von derzeit etwa 15.000 Beschäftigten auf 60.000 steigern.

Bezweifelt werden darf aber auch der Erfolg des "trickle down-effects". Zum einen stellt sich die Frage, ob das Konzept, High-Tech in erster Linie als Rüstungstechnologie zu verstehen, entwicklungspolitisch sinnvoll ist. Viele Produkte wie Motorräder, Fernsehgeräte u.a., nach denen eine große Nachfrage besteht, müssen weiterhin importiert werden, während Indonesien inzwischen moderne Flugzeuge und sogar Weltraumsatelliten baut. Und von mittelständischen Zulieferbetrieben ist 20 Jahre nach Gründung von IPTN nicht viel zu sehen, da derartige Großbetriebe dazu neigen, Einzelteile bis hin zur einfachen Schraube selbst zu produzieren oder notfalls zu importieren.

Von alledem läßt sich Habibie nicht beirren. Während der weltweite Trend nach Privatisierung von Staatsbetrieben, die die Firmen beweglicher und damit konkurrenzfähiger machen soll, auch an Indonesien nicht spurlos vorbeigeht, hält Habibie an seinem ungewöhnlichen Konzept fest, ausgerechnet durch solche staatseigene Betriebe den Innovationsprung zum modernen Industrieland schaffen zu wollen. Dabei ist Habibie, der seinen Konzern weniger als Unternehmen, sondern als eine Art staatliche Forschungs- und Entwicklungsabteilung sieht, auf die finanziellen Mittel angewiesen, die der Staat anderweitig erwirtschaftet. Es sind die von Habibie eher ungeliebte Konsumgüterindustrie und die Rohstoffexporte, die dem Land zu der finanziellen Basis verhelfen, aufgrund derer es sich die kostspieligen Experimente Habibies erst leisten kann.

Sozialdumping: Billige Löhne als Wettbewerbsvorteil

Das schnelle Geld, das durch den Export von Konsumgütern und Rohstoffen verdient wird, macht Indonesien zum Wirtschaftswunderland. Westliche Politiker begründen dies gerne mit der besonderen "Dynamik", die die Länder Südostasiens aufweisen. Doch die Dynamik des indonesischen Wirtschaftswunders gründet in erster Linie darauf, daß Indonesien ein Billiglohnland ist. Die Löhne gehören zu den niedrigsten Asiens. Ein Arbeiter in Medan, Nord-Sumatra, verdient umgerechnet 2,60 DM pro Tag, falls seine Firma sich an den gesetzlichen Mindestlohn hält. Viele Firmen zahlen noch weniger. Diese extrem niedrigen Löhne liegen deutlich unter dem Existenzminimum, von dem sie nur ca. 60-70 % abdecken. Hinzu kommen die miserablen Arbeitsbedingungen in Indonesiens Betrieben. Die Arbeitszeiten liegen bei 10-14 Stunden pro Tag, gearbeitet wird an 6 Wochentagen bei nur 5-7 Tagen Jahresurlaub.

Zwar beinhaltet das indonesische Arbeitsrecht auch einige fortschrittliche Aspekte wie etwa bezahlten Menstruations- und Schwangerschaftsurlaub für Frauen, aber nur von wenigen Firmen werden diese Rechte tatsächlich gewährt. Ein Sozialversicherungswesen ist praktisch nicht vorhanden; Arbeitssicherheitsvorschriften, Kündigungsschutz und Mitbestimmungsrecht sind weitgehend Fremdworte. Kinderarbeit ist gesetzlich verboten, wird aber dessen ungeachtet in zahlreichen Betrieben praktiziert.

Aufgrund des enormen Potentials an (ungelernten) Arbeitskräften des 190-Mio-Volkes besteht keine Hoffnung auf eine marktbedingte Anhebung der Löhne. Und jedes Jahr beschert das Bevölkerungswachstum (1,7 % pro Jahr) dem Land ca. 2 Mio neu auf den Arbeitsmarkt drängende Menschen. Der steigende Konkurrenzdruck von seiten Chinas, Indiens, Vietnams und anderer führte im Juni vergangenen Jahres zu weitreichenden Investitionserleichterungen für ausländische Unternehmen, die die Verhandlungsposition der Arbeiter weiter schwächen dürften. Trotz des Wirtschaftswachstums ist die reale Kaufkraft der Arbeiter in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Denn alles wird teurer. Nahrungsmittelpreise, Benzin-, Strom-, Zementpreise u.a. sind in den letzten Monaten gestiegen bzw. werden noch steigen - nur die Löhne stagnieren. Und die Inflation steigt weiter - sie erreichte zum Jahreswechsel 94/95 die 10%-Marke.

Enger Spielraum für Gewerkschaften

Immer häufiger kommt es daher zu Streiks und Demonstrationen von Arbeitern, obwohl Streik- und Organisationsfreiheit strengen Restriktionen unterliegen. Die Regierung erkennt nur die Einheitsgewerkschaft SPSI (Serikat Pekerja Seluruh Indonesia - All Indonesia Workers Union) an, eine völlig gleichgeschaltete Organisation, deren Charakter weniger von Arbeitern als von Unternehmern und pensionierten Militärs bestimmt wird. Als Sprachrohr für Arbeiterinteressen ist die SPSI keinesfalls geeignet und niemals würde die SPSI zum Streik aufrufen. So wurden freie Gewerkschaften gegründet, die nichts mit der gleichgeschalteten SPSI zu tun haben wollen.

Die größte dieser Gewerkschaften, die SBSI (Serikat Buruh Sejahtera Indonesia - Indonesian Prosperous Workers Union), wurde im Juni 1992 gegründet. Inzwischen verfügt die SBSI über ca. 250.000 Mitglieder in 97 über ganz Indonesien verteilten Bezirken. Von seiten der Regierung wurde SBSI nie anerkannt, dennoch konnte sie fast zwei Jahre lang nahezu unbehelligt agieren. Erst am 25. April 1994, nachdem es in Medan, Nord-Sumatra, zu Massendemonstrationen gekommen war, die in blutigen Auseinandersetzungen endeten, bei denen ein Geschäftsmann chinesischer Abstammung ums Leben kam, wurde die SBSI durch den Innenminister verboten - obwohl sie vorher nie erlaubt war. Berichten von Beobachtern zufolge waren die gewalttätigen Ausschreitungen von Provokateuren des Militärs absichtlich ausgelöst worden, um dem Militär einen Vorwand zum Eingreifen gegen die Demonstranten zu liefern.

Seither greift der Staat wieder mit harter Hand gegen jegliche gewerkschaftliche



Dieses gewisse Gefühl von Sicherheit: Indonesiens Marine im Rüstungswettlauf

Aktivitäten durch. Streikführer, Gewerkschafter und sogar deren Anwälte landen im Gefängnis. Erst im November wurde der Generalsekretär der SBSI, Muchtar Pakpahan, wegen "Aufwiegelung" zu drei Jahren Haft verurteilt. Er wurde für die Vorkommnisse in Medan verantwortlich gemacht, obwohl er sich zum fraglichen Zeitpunkt nachweislich im 1.500 km entfernten Jakarta aufgehalten hatte. Aufgrund des auch von internationalen Beobachtern als "skandalös" bezeichneten Prozeßverlaufs ging Pakpahan in Revision. Mit wenig Erfolg: Ende Januar wurde das Strafmaß in zweiter Instanz sogar um ein Jahr auf nun vier Jahre erhöht.

Über die Grenzen Indonesiens hinaus bekannt wurde auch das Schicksal der Streikführerin Marsinah aus Ost-Java, die im Mai 1993 unter zum Teil noch ungeklärten Umständen verschleppt, vergewaltigt und schließlich ermordet wurde. Ein 1994 zu Ende gegangener Strafprozeß diente mehr der Vernebelung von Verwicklungen des Militärs in den Fall als dessen Aufklärung. Einige der Tat Beschuldigte waren vom Militär entführt worden, um ihnen unter Folter Geständnisse abzuringen, damit man sie der Öffentlichkeit als Schuldige präsentieren konnte.

Die externen Kosten: Umweltzerstörung

Ebenso wie die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft ist auch die Ausbeutung natürlicher Ressourcen unabdingbare Voraussetzung für den Erfolgskurs der Industrie. Die Vernichtung des Regenwaldes durch die Holz- und Papierindustrie ist das wohl bekannteste Beispiel. Aber auch Rohstoffe wie Erdöl, Gas und Kohle werden in solchen Mengen exportiert, daß schon befürchtet wird, die Lagerstätten könnten bereits in wenigen Jahren erschöpft sein und Indonesien zum Netto-Importland für Erdöl werden lassen. Technokraten sehen nun den Ausweg in der Kernenergie. Ungeachtet der damit im Land der Vulkane und Erdbeben verbundenen Gefahren und ungeachtet der drohenden wachsenden Abhängigkeit von Technologiekonzernen aus dem Ausland, will Indonesien innerhalb der nächsten 20 Jahre 12 Atomkraftwerke bauen.



MüllsammlerInnen

Bedingt durch den politischen und wirtschaftlichen Zentralismus siedeln sich immer mehr Industriebetriebe in den Speckgürteln der großen Städte, insbesondere auf der Insel Java, an. Ungünstigerweise verfügt Java aber auch über fruchtbare Böden vulkanischen Ursprungs, die die höchsten landwirtschaftlichen Erträge in ganz Indonesien garantieren. Doch die Industrie verdrängt immer mehr Bauern von ihren Feldern und könnte somit auf längere Sicht die ausreichende Versorgung des Landes mit Nahrungsmitteln gefährden.

Neben der Verknappung landwirtschaftlicher Nutzflächen stellt auch die Bewässerung der Felder ein zunehmend besorgniserregendes Problem dar, ebenso wie die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser. In der Wasserversorgung der Hauptstadt Jakarta treten bereits jetzt erhebliche Engpässe auf. Die Ressourcen aus Oberflächengewässern - Stauseen in der angrenzenden Provinz West-Java - und Grundwasser reichen längst nicht mehr aus, um den ständig steigenden Bedarf zu decken. Der Wasserhaushalt ist infolge der Abholzung von Wäldern und der Intensivierung der Landwirtschaft vielerorts gestört.

Viele Bewohner in den Slums und einfachen Wohnbezirken Jakartas verfügen nicht über einen Trinkwasseranschluß. Sie konnten sich bislang aus eigenen Brunnen versorgen. Doch zum einen wird die Wasserqualität der Brunnen durch zunehmende Gewässerverschmutzung immer schlechter, zum anderen fallen viele Brunnen trocken oder versalzen durch das von der Küste her in die leergepumpten Grundwasserleiter einsickernde Meerwasser. Industriebetriebe begegnen dem Problem durch das Graben immer tieferer Brunnen zur Eigenversorgung und verschlimmern die Situation dadurch noch mehr. Inzwischen ist das Salzwasser bereits bis ins Grundwasser im Zentrum Jakartas, 12 km von der Küste entfernt, vorgedrungen. Viele Bewohner müssen ihr Wasser nun kanisterweise von Kleinhändlern kaufen. Die Grundwasserentnahme verursacht darüberhinaus Landabsenkungen, die z.T. bereits mehrere Meter betragen.

Einige Industriebetriebe verfügen über Kläranlagen, doch die wenigsten davon funktionieren so, daß auch nur die in Indonesien gültigen Vorschriften und Grenzwerte für Abwasser eingehalten werden. Auch die zahlreichen in und um Jakarta konzentrierten, zu deutschen Konzernen gehörenden Fabriken erfüllen nicht immer die geltenden Normen. Und Abwässer aus Haushalten gelangen sowieso größtenteils ungereinigt in den nächsten Fluß. Jedes Programm zur Entschärfung dieser Situation - etwa durch den Bau von Kanalisation und Kläranlagen - ist zum Scheitern verurteilt, solange der Zustrom der verarmten Landbevölkerung in die Städte nicht gestoppt werden kann. Solange sich aber die Ansiedlung neuer Fabriken und damit der Reichtum auf die wenigen großen Städte Javas konzentriert, werden die Menschen weiter ebendort ihr Glück suchen - viele von ihnen vergeblich. Diese gescheiterten Existenzen leben schon heute zu Tausenden in behelfsmäßigen Hütten entlang von offenen Abwasserkanälen und Bahnlinien. Die stinkende Brühe der Kanäle dient ihnen zum Wäschewaschen, Geschirrspülen und zur Körperpflege - ein scharfer Kontrast zum Fortschrittsland Indonesien, als das es sich auf der Hannovermesse zeigen wird.

Nach Berechnungen des "World Resources Institute" in den USA verringert sich das anhand des Bruttosozialproduktes gemessene Wirtschaftswachstum Indonesiens allein durch Einbeziehung des Verlustes an Erdöl, Edelhölzern und Humus um satte 3 Prozentpunkte. Bei Berücksichtigung aller anderen Umweltschäden dürfte die Bilanz noch weit verheerender ausfallen.

Konglomerate bestimmen die Richtung

Auf das eigentliche Problem der indonesischen Wirtschaft weist die geringe Rolle der mittelständischen Industrie hin. Denn noch immer wird die Industrie beherrscht von wenigen Reichen, darunter viele mit der Präsidentenfamilie eng vertraute Unternehmer bzw. Angehörige der Familie selbst. "Kolusi" ist der indonesische Ausdruck, der die allgegenwärtige Verknüpfung von Unternehmen, Bürokratie und Militär beschreibt. Wie selbstverständlich greift das Militär in Arbeitskämpfe ein und ebenso selbstverständlich entscheiden Behörden und Justiz zugunsten von Unternehmern und gegen die Interessen der einfachen Leute. Diese Struktur, einhergehend mit der allgegenwärtigen Korruption, verwehrt kleinen und mittleren Unternehmen jegliche Chance, sich behaupten zu können. Das gilt für indonesische Betriebe ebenso wie für ausländische Investoren. Es ist kein Zufall, daß von den deutschen Unternehmen hauptsächlich Industrieriesen wie Siemens, Bayer oder Hoechst in Indonesien Fuß fassen konnten, denn die anderen haben wenig Chancen, ihren Weg durch die Bürokratie zu finden.

In einem Bericht vom August 1994, den das Bundesland Baden-Württemberg hat anfertigen lassen, findet sich ein wichtiger Hinweis für Betriebe, die in Indonesien ins Geschäft kommen wollen: "enger Kontakt zu mächtiger Ministerialbürokratie ist notwendig," heißt es da sehr vorsichtig formu-

liert. Doch welches kleinere Unternehmen verfügt über solche Kontakte oder hat die Möglichkeit, sie aufzubauen? Die Großindustrie hat dieses Problem nicht. Für sie stellt sich allerdings die Frage, wie sicher die Investitionen in Indonesien auf Dauer angelegt sind. Denn die heute notwendige Kumpanei mit der korrupten Machtelite in Jakarta könnte zum Bumerang werden, wenn diese Machtelite eines Tages abgelöst werden sollte.

Wirtschaftsexperten im In- und Ausland sind sich darüber einig, daß Deregulation die vordringlichste Aufgabe der indonesischen Wirtschaft ist. Doch kaum einer hat den Mut, auszusprechen, was das in letzter Konsequenz bedeutet: die Auflösung der Konglomerate und ihrer Verfilzung mit Bürokratie und Militär kann nur durch einen politischen Machtwechsel erreicht werden. Einige der größten Konglomerate des Landes gehören Suhartos Söhnen und Töchtern, unter anderem Humpuss (Sohn Tommy), Bimantara (Sohn Bambang) und Citra Lamtorogung (Tochter Tutut). Wo es etwas zu verdienen gibt, sind sie mit dabei. Sie profitieren wie selbstverständlich von allen größeren staatlichen Aufträgen und es kommt kaum ein Geschäft mit ausländischen Partnern zustande, an dem nicht die Firmen der Suharto-Kinder beteiligt sind. Die Unternehmen der Familie Suharto bauen mit staatlichen Aufträgen Autobahnen und kassieren von den Benutzern die Maut-Gebühren, anläßlich großer Konferenzen dürfen sie steuerfrei Luxuslimousinen für Staatsgäste importieren, die nach einmaliger Benutzung weiterverkauft werden. Die Söhne und Töchter Suhartos besitzen private Fernsehstationen und Monopole auf Agrarprodukte wie Nelken und Orangen, deren Ankaufspreis sie zum Schaden der Erzeuger nach eigenem Gusto festlegen. Suharto wäre daher ein schlechter Vater, würde er sich ernsthaft für Deregulation einsetzen.

Die auf der Hannovermesse geplante Selbstdarstellung der indonesischen Wirtschaft wird all diese Probleme gezielt ausklammern. Erst recht auf der Strecke bleiben wird die Frage nach den Bedürfnissen und Rechten großer Teile der Bevölkerung, die keinerlei Nutzen aus dem wirtschaftlichen Erfolg der Elite ziehen. Sie sind es im Gegenteil, die durch Landenteignungen, Umweltzerstörung, steigende Preise und extreme Niedriglöhne für die Industrialisierung des Landes bezahlen. Nur 1 % der Unternehmen erwirtschaftet 80 % der Einnahmen. Dem gegenüber stehen 120 Mio Menschen, die weniger als 1.000 Rupiah pro Tag zum Leben haben. (Zahl von 1993; 1.000 Rp ~ 90 Pfennig)

Rolf Weiß

Der Autor ist Mitarbeiter der Gruppe Watch Indonesia! e.V., Berlin.

NIKE - made in Indonesien

Wer kennt sie nicht, die US-amerikanische Firma, die, auch aufgrund ihrer aufwendigen Marketingkampagne, innerhalb weniger Jahre zum weltweit größten Sportschuhhersteller avancierte? Nike erwirtschaftet mittlerweile einen Reingewinn von 365 Mio.$ bei einem Jahresumsatz von 3,9 Milliarden $. Wer allerdings hätte vermutet, daß 99% der jährlich abgesetzten 90 Mio. Schuhe von etwa 75.000 ArbeiterInnen von Vertragsfirmen im Trikont hergestellt werden? Bei NIKE selbst sind lediglich 10.000 Menschen vor allem in den Entwurfs- und Marketingabteilungen in den USA beschäftigt.

Das war nicht immer so, denn bis zum Beginn der achtziger Jahre bezog der Schuhkonzern seine Produkte hauptsächlich aus Japan, Nordamerika und Europa. Er verlagerte die Produktion in der Folgezeit jedoch aus "Kostengründen" zunehmend nach Südostasien, insbesondere nach Taiwan und Südkorea.

Als Ende der achtziger Jahre dort der gewerkschaftliche Organisationsgrad und damit das Lohnniveau für NIKE ein scheinbar unerträgliches Ausmaß angenommen hatte, vergab die Firma nunmehr einen beträchtlichen Teil ihrer Aufträge an Betriebe in China, Thailand und - Indonesien. Alleine in Indonesien produzieren heute ca. 25.000 ArbeiterInnen (davon 85% Frauen) in sechs Kontraktfirmen NIKE-Schuhe, aber auch andere Markenprodukte wie ADIDAS oder REEBOK.

Der von NIKE vor wenigen Jahren aufgestellte firmeneigene "Verhaltenskodex" für die Lizenznehmerfirmen in den asiatischen Ländern hört sich dabei allemal gut an: Die Bezahlung des Mindestlohns, die Einhaltung der vor Ort vorgeschriebenen arbeitsrechtlichen Bestimmungen, gleicher Lohn für Frauen und Männer gehören u.a. dazu. Mit der Realität in Indonesien hat dieser Kodex allerdings wenig zu tun, denn - entgegen den Behauptungen von NIKE - werden diese Bestimmungen nur selten eingehalten und entpuppen sich bei näherem Hinsehen als bloße Firmenpropaganda, die statt dem Schutz der ArbeiterInnen vielmehr der Verkaufsförderung dienen soll.

In den Kontraktunternehmen, die zumeist unter südkoreanischer Leitung stehen, werden selbst die lockeren Vorschriften des indonesischen Arbeitsrechts noch unterlaufen. In einem Teil der Betriebe werden nicht einmal die gesetzlichen Mindestlöhne (ca. 2,90 DM am Tag in 1994) gezahlt. Kinderarbeit, erzwungene Überstunden, der verbotene Lohnabzug für Kantinenessen, die Verweigerung von Menstruations-, Mutterschafts- und Feiertagsurlaub sowie mangelnde Sicherheitsvorkehrungen sind die Regel. Zudem wird die Organisierung von ArbeiterInnen selbst in der gleichgeschalteten Gewerkschaft SPSI (All Indonesian Trade Union) oftmals verhindert.

Seit dem Beginn der neunziger Jahre beginnt sich trotzdem eine unabhängige ArbeiterInnenbewegung gegen die Mißstände in der Schuhindustrie (und nicht nur hier) zu formieren. Davon kündeten Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen der SchuharbeiterInnen im September 1992 und Oktober 1993, bei denen höhere Löhne und eine menschliche Behandlung eingefordert wurden. Die Reaktion darauf kam sofort. Viele der AktivistInnen wurden fristlos entlassen. Desweiteren machte die Nachsicht des indonesischen Staates bei der Überwachung der arbeitsrechtlichen Mindeststandards einerseits, das gleichzeitige aggressive Vorgehen gegen die seit 1992 existierende unabhängige Gewerkschaft SBSI (Prosperous Labour Union) andererseits einmal mehr deutlich, wie sehr dem Suharto-Regime an der Garantierung optimaler Verwertungsbedingungen für ausländisches Kapital gelegen ist. Indonesiens Eliten haben schließlich ein Interesse daran, das Land im globalen Standortpoker sowohl als billigen Standort für Industrie und Investitionen als auch als boomenden und vielversprechenden Markt der Zukunft darzustellen - Demonstrationen und Streiks als Signale für politische und wirtschaftliche Instabilität sind da äußerst störend.

Unter der Devise "NIKE-Schuhe zu tragen heißt, indonesische ArbeiterInnen zu unterdrücken" verfaßten schon im Dezember 1993 indonesische SchuhfabrikarbeiterInnen zusammen mit Un-terstützerInnengruppen eine internationale Petition. Diese Petition ruft zum Boykott von NIKE-Produkten auf, solange die Kontraktunternehmen in Indonesien keinen für den Lebensunterhalt ausreichenden Mindestlohn (also umgerechnet mindestens 5 $) zahlen und die freie Organisierung der ArbeiterInnen behindern.

ff

Informationen zur Boykottkampagne und die Petition sind erhältlich bei: Indonesien-Kreis der evangelischen Kirchengemeinde Duisburg- Neumühl c/o Andreas Otto-Lange Bastenstrasse 23, 47167 Duisburg

Die Staudämme des Königs

Energiegewinnung in Thailand: Hoher Preis für Mensch und Umwelt

Seit im Nordosten Thailands der Bau eines gewaltigen Staudamms geplant wird, hat sich mehr und mehr organisierter Widerstand quer durch alle Bevölkerungsgruppen formiert. Der Widerstand richtet sich gegen die sozialen und ökologischen Folgen, die ein solches Mammutprojekt für den größten Teil der Bevölkerung hat. Der folgende Artikel stellt deutlich heraus, wo hierbei die Interessen des Staates liegen, wie erfahrungsgemäß die Folgen solcher Projekte aussehen und wie der Widerstand dagegen agiert.

Inzwischen ist allen Beteiligten und Beobachtern klar: Die Fertigstellung dieses nach einigem Zögern von der Weltbank bewilligten Staudamms ist nicht mehr aufzuhalten. Der Damm ist zu 90 Prozent gebaut. Bei den neuesten Auseinandersetzungen mit dem Staatsbetrieb EGAT (Electricity Generating Authorities of Thailand) ging es im Mai 1994 nur noch darum, wie hoch die von der Überflutung betroffenen Bauern entschädigt werden und wer entschädigungsberechtigt ist.

Trotzdem ist der Widerstand gegen den Moon-Staudamm zum Fanal der populären thailändischen Bewegung gegen das Establishment geworden. Darin sammeln sich Protestpotentiale der kritischen Mittelschicht und der benachteiligten ländlichen Bevölkerung gegen soziale Ungerechtigkeit und ökologische Zerstörung. Die Kämpfe um Wasser (neben denen um Landrechte und die Kontrolle über den Wald) werden die sozialen Auseinandersetzungen Thailands vermutlich mehr als irgendeine andere Frage in der nächsten Dekade beschäftigen.

EGAT ist zur primären Zielscheibe in der Kritik der Energiepolitik Thailands geworden, weil sich dieser privatwirtschaftlich funktionierende Betrieb der gleichen Tricks und dubiosen Praktiken bedient wie Betriebe der einheimischen Wirtschaftsmafia, und dafür noch die Deckung des Staates und den Zugang zum staatlich kontrollierten Radio und Fernsehen hat. Hinzu kommt, daß sich EGAT im Management recht moderner Methoden der Öffentlichkeitsarbeit bedient, denen die einheimischen Widerständler kaum gewachsen sind, wie etwa der geschickten Manipulation der Massenmedien, der frühzeitigen Plazierung von Beobachtern und Sozialwissenschaftlern in den Zielgebieten von Dammprojekten oder der Veranstaltung von Hearings und Pressekonferenzen.

Wasserkrise erreicht Bangkok

Den Kampf um das immer knapper werdende Wasser hat selbst die Bevölkerung Bangkoks, die vom Run ins NIC (Newly Industrializing Country) erheblich profitiert, in der jüngsten Trockenzeit eindringlicher denn je gespürt. Die reicheren Einwohner kauften sich Pumpen, mit denen sie das Problem nur noch tröpfelnder Wasserhähne für sich lösten und so weiterhin ihre Rasenflächen grün halten konnten. Andere Einwohner verzichteten auf die Dusche im oberen Stock und zogen sich aufs Erdgeschoss zurück. Die ärmsten Bewohner hatten das Nachsehen, weil sich der allgemeine Wasserdruck zu ihren Lasten noch weiter senkte.

Um sich das Politikum einer Erhöhung des Wasserpreises zu ersparen, ließ die Regierung die Bangkoker Wasserwerke erst einmal alle Löcher, d.h. leckenden Verbindungen und Anschlüsse, stopfen. Sie beschränkte sich vorerst auf Appelle an die Bevölkerung und publizierte eilig die so lobens- und nachahmenswerten Sparmaßnahmen der Bangkoker Hotels, die zusammen mit Industriebetrieben 30 % des Bangkoker Wasserbedarfs verschlingen. Vergleichsweise hatten die Einwohner von Bangkok immer noch wenig Grund zu Klagen.

Wenige Kilometer außerhalb von Bangkok war die Lage wesentlich schwieriger. Die sich seit vier Jahren verschärfende Wasserkrise ist für die ländliche Bevölkerung der Zentralebene existenzbedrohend. Da das verbliebene Wasser in den Stauseen vor allem die Elektrizitätsversorgung in den Städten und Industriezonen garantieren muß, ließ die Landwirtschaftsbehörde die Bauern vieler Gegenden wissen, daß die Bewässerung für eine zweite Reisaussaat nicht mehr gesichert sei.

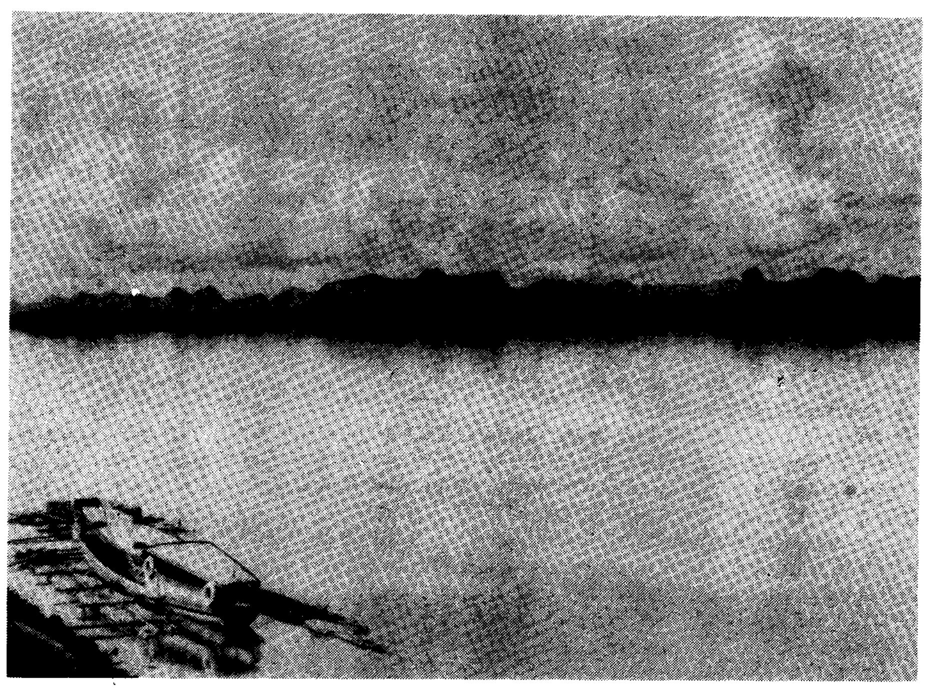
Längst ist also nicht nur der Nordosten zur Dürrezone erklärt. Ein ähnliches Schicksal steht auch Zentralthailand bevor, z.B. dem Gebiet von Nakhorn Nayok, Ayuthaya und Prathumthani, wo vor 100 Jahren die kapitalistische Reisproduktion für den Export ins westliche Ausland ihren Anfang nahm. Hier entstand damals ein System von künstlichen Kanälen, das Reisüberschuß garantieren sollte. Aber während der jüngsten Trockenzeit wurde im April 1994 ein grosser Kanal wie der "Khlong 10", rund 90 Kilometer vom Zentrum Bangkoks entfernt, zu einem erbärmlichen schlammigen Rinnsal.

Rein wirtschaftspolitisch gedacht, lohnt es sich in der Tat nicht, zuviel Geld in die landwirtschaftliche Produktion zu pumpen. Ihr Anteil am Bruttosozialprodukt ist inzwischen auf weniger als ein Drittel gesunken, obwohl noch zwei Drittel der Bevölkerung von der Landwirtschaft leben. Industrie und Dienstleistungen, dabei allen voran der Tourismus, bringen das große Geld.

Wasserversorgung als plausibles Argument

Die Wasserknappheit in diesem Jahr ist ein willkommenes Argument der EGAT gegenüber den politisch kritischeren Bewohnern Bangkoks, ihre ambitiösen Pläne weiter voranzutreiben. Ihre Hauptaufgabe ist die Bereitstellung von ausreichender Energie, um die aufstrebende Industrialisierung Thailands zu betreiben, nicht aber die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser. Wassermangel ist aber das propagandistische Argument, das plausibel klingt.

Da Atomenergie bislang politisch nicht durchsetzbar war und Alternativenergie offenbar außerhalb der Vorstellungswelt der EGAT-Planer liegt, konzentriert sich der



Noch bleibt der Mekong in Thailand von ausufernden Staudammplänen verschont

Kampf um Energiequellen vor allem auf die Flüsse des Nordens, wo sich die Berge zur Absperrung von Wasserläufen für Stauseen am besten eignen.

Die in Thailand in den letzten drei Jahrzehnten gebauten Staudämme erwiesen sich allerdings als zweifelhafte, wenn nicht sogar gescheiterte Produzenten von Energie und Reservoirs für Nutzwasser, da sie mittlerweile nur noch zur Hälfte oder fast gar nicht mehr mit Wasser gefüllt sind. Dafür wurden vor 30 Jahren ca. 40.000 Menschen von fruchtbarem auf unfruchtbares Land umgesiedelt.

Seinerzeit herrschte das Militär. Die in autoritär-feudalen Normen gefangenen Bewohner hatten sich dem Diktat von oben gefügt. Aus verschiedenen Dörfern kommend, wurden sie per Los auf die neu parzellierten Grundstücke auf unfruchtbaren Anhöhen um den Stausee verteilt. Ihr soziales Gefüge, die Gebräuche und die Nachbarschaftsbeziehungen wurden zerstört. Allein schon die Namen der neuen Dörfer machen die Entwurzelung deutlich. Ein Dorf im Kreis Tha Pla heißt z.B. "300 Meter", weil es genau 300 Meter von einem Kontrollpunkt entfernt ist. Im Kreis Toi Dao heißen die Umsiedlungsdörfer Parzelle 1, 2 etc. oder Santisuk ("Frieden"). Mehrere dieser Umsiedlungen wurden - das sei nur nebenbei erwähnt - durch deutsche, staatliche Entwicklungshilfe gefördert.

Die meisten der Umgesiedelten haben bis heute - 20 bis 30 Jahre später - noch nicht die ihnen versprochenen Landtitel. Nutznießer waren dagegen Abholzkonzessionäre, die riesige Gewinne mit dem Holz machten, das sie im Überflutungsgebiet schlagen konnten und die heute im Parlament "ihre" Provinzen vertreten. Da die Bewohner auf den Anhöhen häufig "cash crops" (Handelsfrüchte) anbauen mußten, wurde weiterer Wald unter den Pflug genommen. Sie wurden so notgedrungen auch schneller ins Marktsystem integriert. Der frühere Fischreichtum ging zurück, weil die Staudämme die Wanderungen der Fische zum Laichen unterbrechen. In den vergangenen drei Jahren, in denen aufgrund des geringen und unregelmäßigen Regenfalls die Einnahmen aus Sojabohnen, Knoblauch oder Mais zurückgingen, verstärkte sich der Exodus der Jugend in die Städte. Die Umsiedlungsgebiete beider Staudämme, Bhumiphol und Sirikit, in den Kreisen Toi Dao (Provinz Chiangmai) und Tha Pla (Provinz Uttaradit) sind als Herkunftsgebiete von minderjährigen Prostituierten bekannt.

Immer neue Staudamm-Pläne

Der Bhumiphol- und der Sirikit-Staudamm dienen daher Umweltschützern und all denen, die die Interessen vertriebener Bauern vertreten, als Paradebeispiel dafür, daß die Energiepolitik der EGAT und die Umweltpolitik der Regierung einer grundlegenden Revision bedürfen. Einsicht scheint bei letzteren aber nicht vorhanden zu sein. Die EGAT hat noch viel gigantischere Stauwerke als den Moon-Damm auf dem Reißbrett. Ihr kommt bei der politischen Durchsetzung dieser Mega-Projekte die gegenwärtige Wasserkrise gerade recht.

Heute sind Bewohner entlang fast aller Flüsse Nordthailands von großen Staudamm-Plänen bedroht, die die EGAT (und zum kleineren Teil das Royal Irrigation Department) nicht nur auf Kosten der betroffenen lokalen Bevölkerung und der Ökologie durchsetzen will, sondern die auch den Nachbarländern das Wasser abgraben werden.

Den Norden Thailands flankieren zwei der großen Flüsse Südostasiens, nämlich der Salween auf burmesisch-westlicher Seite und der Mekong auf laotisch-östlicher Seite. Um direkte Konflikte mit den Nachbarn zu vermeiden, konzentriert sich die thailändische Planung zur Zeit "nur" darauf, die in Thailand liegenden Nebenflüsse dieser internationalen Gewässer für die Energiegewinnung zu nutzen und sogenanntes "überschüssiges" oder "ungenutztes" Wasser in das thailändische Wassersystem umzuleiten.

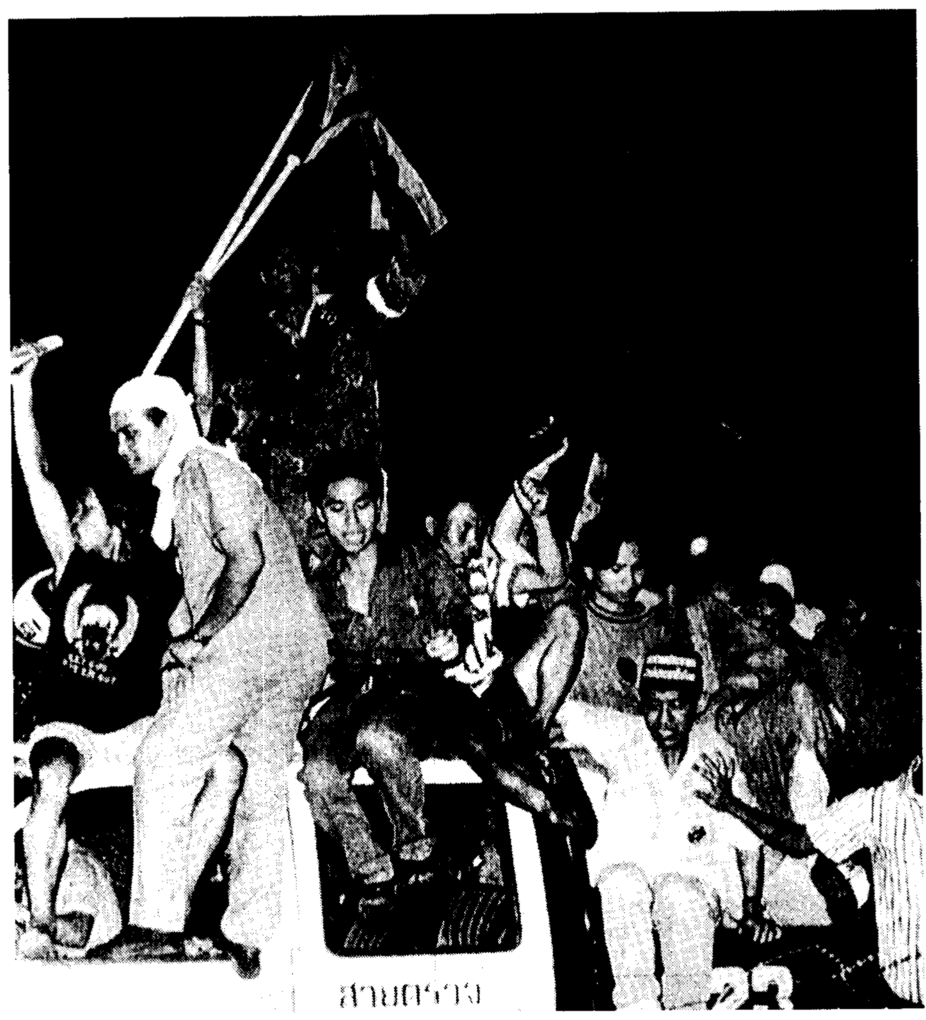
In Nordthailand sind verschiedene integrierte, miteinander verknüpfte Netzwerke von Wasserwegen und Kraftwerken geplant. Ein Bestandteil davon ist der Kok. Er soll noch in Thailand versilbert werden, bevor sein Wasser - wie es so schön heißt - "ungenutzt" in den Mekong fließt. Schließlich soll der "Überschuß" an Wasser mit Hilfe verschiedener Techniken, einschließlich Kanälen und Tunnels, die Wasserscheide der Bergketten überwinden und damit über den Yom in den Nan-Fluß geleitet werden. Das gleiche Verfahren ist für den ebenfalls zum Einzugsgebiet des Mekong gehörenden Ing-Fluß geplant.

Zur Ableitung der beiden Flüsse in den Nan ist ein weiteres Stauwerk am Yom notwendig. Dadurch werden nicht nur traditionelle bäuerliche Siedlungen, die hier seit 200 Jahren existieren und Ackerland vieler Dörfer überschwemmt, sondern auch Teile eines Nationalparks vernichtet, in dem sich der größte noch bestehende wilde Teak-Wald Thailands befindet. Schließlich soll die umgeleitete Wassermenge des Kok und Ing, die eigentlich in den Mekong fließt, den Sirikit-Stausee auffüllen und - wie das Argument lautet - die Krise in der Wasserversorgung der Zentralebene und Bangkoks beheben. Die vierte Turbinenanlage am Sirikit-Staudamm soll schon im Bau sein, obwohl es das Wasser dafür noch gar nicht gibt.

Weniger Widerstand im Nordwesten?

Als sich unerwartet schnell der Widerstand der Bevölkerung am Yom und am Kok-Fluß formierte und die ökologisch orientierten thailändischen NROs gegen diese Pläne zu Felde zogen, gab EGAT vorerst nach und begann, sich auf den westlichen Teil Nordthailands zu konzentrieren, also auf Flüsse, die in den nach Burma orientierten Salween oder Möi fließen.

Die Hoffnungen der Planer und Politiker, im westlichen Nordthailand weniger Widerstand zu begegnen, sind nicht aus der Luft gegriffen. Deutliche Ausnahme ist höchstens der geplante Damm am Pai-Fluß bei der Kreisstadt Pai in der Provinz Mähongson, die vor 20 Jahren für thailändische Beamte noch



Widerstand gegen Staudammprojekte - thailändische Bewegungen im Kampf gegen das Establishment

als Strafversetzung galt. Pai selbst würde überschwemmt und die Provinz als ganzes müßte schwere ökologische Schäden hinnehmen. Dies widerspricht den Interessen der lokalen Geschäftsleute, die vor allem vom Naturtourismus profitieren. Bürgerinitiativen sind bereits aktiv geworden.

Andere Flüsse im dünn besiedelten Grenzgebiet zu Burma sind aber den durchschnittlichen Thais namentlich kaum bekannt, wie der Mä Yuam, Ngao-Fluß oder der Mä Surin. Die Mehrzahl der anliegenden Bewohner können sich nicht wehren. Es sind ethnische Minderheiten, vor allem Karen, die die sozialen und ökologischen Konsequenzen nicht immer durchschauen und oftmals nicht einmal im Besitz eines thailändischen Personalausweises sind. Wenn sie protestieren, droht ihnen die Abschiebung als illegale Einwanderer und Unruhestifter. So kam bislang Protest vom Mä Yuam nur aus einem von ethnischen Thais besiedelten Dorf. Auch die thailändischen NROs sind in diesen entlegenen Gebieten mit Entwicklungsprojekten kaum vertreten und schlechter als die Gegenseite vorbereitet. Tauchen unbekannte Gesichter in den entlegenen Kreisstädtchen auf, so werden sie von Kontaktpersonen der EGAT sofort beschattet und nicht selten bedroht.

Thailands wirtschaftliche und politische Position in Festland-Südostasien verführt aber auch zu Plänen, die Hauptflüsse, d.h. den Mekong und den Salween, auf Kosten der Nachbarn zu stauen, elektrische Energie zu produzieren und Wasser aus diesen Strömen in das thailändische Flußsystem abzuleiten.

Im Bereich des Mekong ist das bislang nicht möglich, weil hier ein von der UN initiiertes, international finanziertes Gremium, das Mekong-Komitee, eine Rolle spielt, in dem neben Thailand auch Laos, Kambodscha und Vietnam gemeinsam darüber wachen, daß niemand gegen die Interessen der anderen Beteiligten dem Mekong das Wasser abgräbt. Würde der Mekong durch Wasserentnahme nur um 20 cm abgesenkt, müßten vor allem Kambodscha und Vietnam große wirtschaftliche und ökologische Schäden hinnehmen. Die Mangroven-Wälder am Mekong-Delta, die Shrimp-Farmen und die Reisfelder würden zerstört bzw. trockengelegt.

An der westlichen Seite Thailands, d.h. im Einzugsbereich des Salween und des Möi-Flusses, gibt es aber nur zwei Partner, die ihre Interessen koordinieren und sich dafür vor keinem internationalen Ausschuß rechtfertigen müssen: Die Militärjunta Burmas (SLORC), die der schwersten Menschenrechtsverletzungen beschuldigt wird, und die thailändische Regierung, die weitgehend von mafiosen Wirtschaftscliquen kontrolliert wird.

Umweltflüchtlinge

Falls sich deren Pläne verwirklichen lassen, sind die Hauptleidtragenden vor allem die Menschen, die in den künftigen Überflutungsgebieten wohnen und dadurch politische Umweltflüchtlinge werden, die politischen Organisationen des Widerstands, vor allem die der ethnischen Minderheiten sowie die künftige (und hoffentlich demokratische) Regierung Burmas, die sich mit der Frage der Rechtsverbindlichkeit der heute ausgekochten Verträge wird herumschlagen müssen.

Der SLORC kann am Energiegewinn für Burma nicht sonderlich interessiert sein, weil die Industrialisierung dieses extrem armen asiatischen Landes längst noch nicht an die Grenzen der bisherigen Energieleistung gelangt ist. Er ist vor allem am politischen Gewinn interessiert, der aus folgendem besteht: Internationale Verträge, die das Embargo westlicher Länder unterlaufen, hohe Einnahmen zur Finanzierung des Kriegs gegen burmesische bewaffnete Widerstandsbewegungen sowie politische Schwächung und Vertreibung der ethnischen Minderheiten, deren Manövrierfähigkeit vom guten Willen der thailändischen Sicherheitskräfte abhing und jetzt in Frage gestellt wird.

Unter den ausländischen Hilfsorganisationen, die an der Thai-Grenze für burmesische Flüchtlinge tätig sind, herrscht große Sorge, daß der SLORC von der thailändischen Regierung als Konzession gefordert hat, die Politik der stillschweigenden Duldung der Widerstandsgruppen sowie der Aufnahme von Flüchtlingen auf thailändischem Boden einzustellen. Von der Öffentlichkeit weitgehend unbeobachtet halten sich in Thailand 80.000 Flüchtlinge aus Burma auf, die zum Teil von den politischen Organisationen des burmesischen Widerstands beeinflußt werden. Der Druck, den die thailändische Regierung zur Zeit ver-

stärkt auf die Führungen verschiedener Widerstandsbewegungen ausübt, gilt als deutliches Indiz dafür, was sich hinter den Kulissen abgespielt hat. Sie werden dazu bewegt, mit dem SLORC - dem Beispiel der Kachin folgend - einen Waffenstillstand auszuhandeln. Wird ihnen über kurz oder lang die zwangsweise Rücksiedlung nach Burma drohen, wo ihnen politische Verfolgung und materielle Ausplünderung bevorsteht?

Das gefürchtete Szenarium ist nicht aus der Luft gegriffen. In den letzten Monaten wurde die Mehrheit der 8000 Mon-Flüchtlinge von Thai-Behörden gezwungen, an einen Ort zu ziehen, der nur 12 km von einem Militärlager des SLORC entfernt liegt. Die Behauptung der Thai-Behörden, der Ort befände sich in Thailand, wird von anderen Beobachtern und internationalen Karten bestritten. Die Mon, eine der ethnischen Widerstandsgruppen, denen in dieser abhängigen Lage kein deutliches Wort erlaubt ist, sind überzeugt davon, daß sie zum Faustpfand eines weiteren Energieprojektes der thailändischen Regierung geworden sind: Der Gaspipeline aus dem Martaban- oder Yetagun-Gasfeld in der burmesischen Andamanen-See nach Thailand. Dies ist allerdings das Projekt einer anderen Behörde, der PTT (Petroleum Authority of Thailand).

Fünf mal größer als der Bhumipol-Damm

EGAT plant rund acht Staudämme an der thailändisch-burmesischen Grenze, deren Kraftwerke zusammen eine elektrische Leistung von 6400 Megawatt haben sollen. Der mit Abstand größte wird der Upper Salween Damm mit 4540 Megawatt sein. Das ist das Doppelte an Stromproduktion aller heute bestehenden 21 thailändischen Wasserkraftwerke und das fünffache des Bhumipol-Kraftwerks.

Eine beträchtliche Menge des Salween-Wassers - die angeblichen 30% sind vom SLORC noch nicht akzeptiert - soll durch Kanäle und Tunnels nach Thailand abgeleitet werden und den Bhumipol-Stausee wieder auffüllen. Abgesehen von dem auf thailändischer Seite liegenden Salween-Wildschutzgebiet befindet sich das riesige Überschwemmungsgebiet vor allem auf burmesischer Seite. Besonders betroffen sind der Karen- und der Karenni-Staat. Drei weitere Staudämme sind am Möi-Fluß geplant, wodurch u.a. Manerplaw, das Hauptquartier des burmesichen politischen Widerstands, überflutet wird.

Keinen der Planer scheinen die immensen sozialen und ökologischen Kosten zu beunruhigen. Da sie sich aus naheliegenden politischen Gründen nicht sehr deutlich äußern, sind die zugänglichen Informationen vor allem für die Projekte an der thai-burmesichen Grenze spärlich. Es gibt thai-burmesische Arbeitsgruppen, die schon Millionenbeträge investiert haben. Es wird verhandelt und geplant. Aber keiner dieser Dämme ist in Angriff genommen.

Wasserbau-Gesellschaft

Die Energiepolitik in Thailand steht in glattem Widerspruch zu der zur Zeit geführten Verfassungsdebatte, die durch den "schwarzen Mai" von 1992 beschleunigt wurde und auf eine Dezentralisierung der politischen Macht abzielt. Man fordert, daß die Gouverneure aller Provinzen aus allgemeinen Wahlen hervorgehen. Man will die Gemeindeverbände zu Gebietskörperschaften machen und dadurch die lokale Selbstverwaltung und -verantwortung stärken. Bauernverbände und NROs kämpfen darum, daß die Kontrolle der Verfügung über natürliche Ressourcen, wie Land, Wasser und Wald, in die Hände der Bevölkerung zurückverlegt wird.

Die EGAT, die z.T. unabhängig vom Staat operiert, betreibt aber die Zentralisierung der Kontrolle über die Energiequelle Wasser. EGAT projiziert gleichsam eine Neuauflage der "Wasserbau-Gesellschaft". Diese aus dem mittelalterlichen Kambodscha abstrahierte Theorie ist ein Modell der absoluten Autokratie, wo der Staat alle Schleusen kontrolliert, um das Wasser, den Lebensnerv der Völker Südostasiens, fließen oder versiegen zu lassen. Ein Teil der Verbündeten EGAT sind die gleichen Politiker im Parlament, die die Abholzung in Nord-Thailand betrieben haben, die Geschäfte mit dem SLORC machen und die im "Schwarzen Mai" 1992 auf der Seite der Militärs standen. Ist die Gefahr zu bannen?

Da bislang die Entscheidungen zugunsten fast aller größerer Staudämme unter Militärdiktaturen gefallen sind, herrscht heute die Meinung vor, daß die gegenwärtige Regierung von Chuan Leekphai oder auch eine andere, ähnlich parlamentarisch legitimierte oder populistische Regierung eine so schwerwiegende und widersprüchliche Entscheidung nicht durchsetzen wird und auch nicht kann. Die Zurückhaltung der EGAT bei der Veröffentlichung ihrer Pläne fordert allerdings von den Dammgegnern eine ständige Alarmbereitschaft und ein regelmäßiges Beobachten der Regierung und der Schritte, die die Bürokratie einleitet. Es gibt bisher kein Recht auf Information. Wird der Widerstand schwach, holt die EGAT ihre Pläne unerwartet wieder aus der Schublade.

Die unmittelbaren Träger des Widerstands sind einmal die Betroffenen aus den Zielgebieten der Dämme und die sie unterstützenden entwicklungspolitischen und/ oder ökologischen NROs. Sie werden unterstützt von einer in den ersten Anfängen stehenden, organisierten Bauernbewegung, die sich bei Protestaktionen zunehmend politisiert. Mit ihren sozialen und ökologischen Argumenten sympathisiert die liberale Mittelschicht sowie ein beachtlicher Teil der thailändischen Printmedien. Mammut-Projekte in Zusammenarbeit mit dem SLORC werden von der Mehrzahl der westlichen Staaten sowie der dortigen Öffentlichkeit abgelehnt.

Die nukleare Gefahr

Wenn sie "ihre" Wasserbau-Gesellschaft nicht mit legalen demokratischen Mitteln durchsetzen kann, wird für die EGAT vielleicht die Sternstunde kommen. Mit den ökologischen Argumenten der Dammgegner ist das Terrain für die "saubere" Atomenergie politisch vorbereitet. Die Dammgegner sind auf dieses noch gefährlichere Szenario überhaupt nicht vorbereitet. Nur die wenigsten nehmen wahr, daß mit dem Ausland bereits über Atomreaktoren verhandelt wird.

Es gibt noch eine zweite Gefahr: Wenn sich der politische Widerstand durch Protest, Demonstrationen, Petitionen und Gerichtsverfahren so verschärft, daß die bislang symphatisierende öffentliche Meinung umkippt, werden die politischen und wirtschaftlichen Kräfte, die von den großen Plänen profitieren, versuchen, die EGAT-Politik mit undemokratischen Methoden durchzusetzen. Das kann auch heißen: Ein Rückschritt zur Autokratie oder gar zum Militärregime.

Regina von Reuben

Die Autorin lebt und arbeitet seit langem in Thailand und ist freie Mitarbeiterin der Südostasien-Informationsstelle. Der Text wurde gekürzt entnommen aus: Südostasien-Info 2/94.

Umweltzerstörungen in Südostasien

Weiterhin stellen die Industriestaaten des Nordens das größte ökologische Risiko dar. Nachholende industrielle Entwicklung in Staaten der Dritten Welt verstärkt allerdings dieses Risiko noch und zeigt die Grenzen des Wachstums auf. Ein kurzer Überblick zeigt, daß Energiegewinnung und Devisenbeschaffung zu den Hauptursachen von Umweltzerstörungen in den Ländern Südostasiens zählen.

Nach der Wirtschaftskonferenz der Europäischen Union in Stuttgart im September 1994 haben sich verschiedene offizielle Vertreter der ASEAN-Staaten gegen eine Verknüpfung der Fragen von Menschenrechten und Umweltschutz mit Wirtschaftsthemen ausgesprochen. Sie sehen darin nur den Versuch der Industrieländer, die sich neu industrialisierenden Länder Südostasiens als mißliebige Konkurrenten vom Leib zu halten.

So berechtigt die Vermutung der ASEAN-Vertreter sein mag, so berechtigt sind auch die anderen Stimmen. Sie warnen vor den ökologischen Folgen der Industrialisierung in Malaysia, Indonesien und Thailand, sowie in Staaten, die sich um Anschluß bemühen (Vietnam, Philippinen) aber auch in solchen Ländern, die noch weit von einer ökonomischen Modernisierung entfernt scheinen (Birma, Kambodscha, Laos).

Waldzerstörung

Auf dem südostasiatischen Festland sind Vietnam, Kambodscha und Laos durch die politischen, sozialen und ökologischen Folgen des Vietnam-Krieges schwer belastet. Allein in Vietnam sind 13 Megatonnen TNT und ca. 70 Mio. Liter Entlaubungsmittel, abgeworfen worden. In einigen Gebieten hat dies zu einer Versteppung ehemals fruchtbaren Reislandes geführt. Aber auch die Abholzungen der heimischen Holzindustrie (verbunden mit staatlichen Umsiedlungsprogrammen) haben nach dem Krieg zu weiterer Degradierung beigetragen. Von einstmals 19 Mio. ha Waldfläche vor dem Krieg sind noch ca. 7 Mio. ha übriggeblieben.

Kambodscha hat ein zwischenzeitliches Holzausfuhrverbot für unbearbeitete Stämme im Juni 1994 wieder aufgehoben. In den von den Roten Khmer kontrollierten Gebieten wird abgeholzt und das Holz im Tausch gegen Devisen und Waffen nach Thailand exportiert. Offiziell sind von der kambodschanischen Regierung Konzessionen an thailändische Firmen vergeben worden, die 200.000 m³ einschlagen dürfen.

Laos öffnet sich vor allem gegenüber Thailand und wird in regionale Entwicklungspläne, gerade auch im Energiesektor, verstärkt einbezogen. Ein joint-venture-Projekt in Zusammenarbeit mit Thailand verfolgt das Ziel, vier Braunkohle-Kraftwerke mit einer Kapazität von jeweils 150 MW zu errichten. Die daraus gewonnene Energie soll nach Thailand exportiert werden. Laos selbst hat für solche Energiemengen keinen Bedarf, setzt aber wegen der Devisenbeschaffung auf langfristige Kooperationen mit Nachbarländern. Regenwaldzerstörung und hohe Schwefeldioxidkonzentrationen sind unmittelbare Folgen. Zudem wird auf exzessive Nutzung natürlicher Ressourcen gesetzt: 1962 betrug die bewaldete Fläche in Laos noch 63%, jetzt sind es noch 42%. Pro Jahr werden 280.000 m³ Holz eingeschlagen.

Rund um den Mekong

Der Mekong ist der Grenzfluß zwischen Thailand und Laos, durchzieht Kambodscha und mündet in Vietnam ins Mekong-Delta. Seit den 50er Jahren existieren Planungen für ausgedehnte Wasserkraftanlagen am Flußlauf des Mekong. Staudämme sollten der Region"Frieden und Fortschritt" durch die Erschließung dieser Energiepotentiale bringen und die Region für den Weltmarkt öffnen. Die Nutzung des Mekongs birgt eine Vielzahl von Gefahren (s. dazu den Beitrag zu Thailand in diesem Heft).

In Thailand stellen neben der allgemeinen Luftverschmutzung in den Städten und Mega-Projekten, wie dem 'Eastern Seaboard Development Project' - eine Konzentration von chemischen Fabriken am Golf von Thailand - die Folgen der ausgedehnten Entwaldungen, nämlich Wasserknappheit und Klimaveränderungen, das ökologische Hauptproblem dar. Abholzungen hatten zudem bereits Überschwemmungen mit vielen Hundert Opfern zur Folge. Ein Abholzungsverbot der thailändischen Regierung hat nunmehr dazu geführt, daß thailändische Firmen sich umso rücksichtsloser in den Nachbarländern bedienen. So wurden Konzessionen in Birma gekauft und es gibt joint ventures mit Laos. Neben dem Holzsektor sind auch Gas- und Fischereikonzessionen in Birma durch Thai-Firmen erworben worden.

In Birma selbst existiert kein gesetzlicher Schutz im Hinblick auf die Ausbeutung natürlicher Ressourcen. Zwischen Birma und China gibt es Verträge über Waffenkäufe in Höhe von einer Mrd.US$, die zu 90% durch Holz- und sonstige Rohstofflieferungen abgezahlt werden. Das hat zu massivem Raubbau in den Nordprovinzen Birmas geführt.

Philippinen und Malaysia

Die Energieversorgung ist auch die Entwicklungsvoraussetzung für die sich um Anschluß an die Modernisierung bemühenden Philippinen. 1976 wurde durch die amerikanische Firma Westinghouse ein AKW 70 km östlich von Manila in Bataan erricht. 1986 beschloß die Regierung Aquino wegen Sicherheitsbedenken, das 2,2 Mrd. US-Dollar teure Werk nicht in Betrieb zu nehmen. Risiken stellen vor allem Erdbebengefahr, Vulkanausbrüche und Konstruktionsmängel dar. Pro Tag zahlen die Philippinen für diese Atomruine 300.000 Dollar Zinsen.

Ein weitere Konflikt besteht um das geothermische Kraftwerk am Mt. Apo im Süden der Insel Mindanao. Dieses Werk entsteht in einem Naturschutzgebiet, dessen Land Indigenen gehört, die die Stätten ihrer Ahnen nicht verlassen wollen. Umweltbelastungen stellen hier die Gasemissionen (Schwefeldioxid) und die austretenden, schwermetallhaltigen Tiefenwässer dar. Außerdem soll um das geothermische Werk herum Industrie angesiedelt werden, was zu einer weiteren Degradierung dieser Naturschutzzone beiträgt.

Die Philippinen sind schwer durch Klimaschäden (Taifune, Überschwemmungen) betroffen, die in Verbindung mit der radikalen Abholzung weiter Gebiete des Inselstaates stehen. Durch die Armut weiter Teile der Bevölkerung werden häufig ökologisch verheerende Praktiken zur Existenzsicherung eingesetzt, darunter unkontrollierte Brandrodung und Dynamit-Fischerei.

Malaysia ist durch seine Abholzungspraktiken, insbesondere auf Sarawak, schon lange als Regenwald vernichtendes Land bekannt. Die ehrgeizigen Industrialisierungspläne haben auch hier den Energiebedarf stark ansteigen lassen, weshalb der Plan des Bakun-Staudammes, der schon seit Ende der 70er im Gespräch war, wieder aufgenommen wurde. 73.000 ha Land müssen geflutet werden, um auf Sarawak das größte Wasserkraftwerk Südostasiens entstehen zu lassen. 7.000 Angehörige indigener Gruppen sollen umgesiedelt werden und damit ihre Existenzgrundlage verlieren. Die hier zu gewinnende Energie ist für Industrieanlagen in West-Malaysia bestimmt. Nach einer Schätzung der ITTO (International Timber Trade Organisation) wird das einstmals überwiegend bewaldete Malaysia im Jahre 2000 zu den Netto-Importeuren von Holz gehören. Die Folgen der Abholzung wie Flußverschmutzung, Erosion und lokale Klimaveränderungen sind nicht mehr zu übersehen.

Eine immense Gefahr stellt vor dem Hintergrund des steigenden Energiebedarfs der sich schnell industrialisierenden Länder Südostasiens (incl. der Länder, die eine Industrialisierung unbedingt anstreben) der Griff nach der Atomenergie dar. Derzeit wollen Malaysia und Thailand eigene Atomprogramme starten, haben solche Pläne jedoch ersteinmal zurückgestellt. Ähnliche Vorhaben gibt es in Indonesien und China (zu Indonesien s. den Beitrag in diesem Heft).

Antonius Larenz

Vision und Gegenvision

Die malaysische Opposition kritisiert das Programm 2020

Nicht das kapitalistische System an sich wird von vielen Intellektuellen und NGOs in den prosperierenden Staaten Südostasiens kritisiert. Vielmehr trennen sie - und nicht nur sie - die Sonne vom Schatten und greifen nur die Schattenseiten des Systems an.

Kein Wunder vielleicht, daß in Malaysia, einem Land, das in den vergangenen Jahren einen immensen 'Take off' erlebt hat, das Leben im Kapitalismus wohl von den meisten Menschen akzeptiert wird. Hier ist die von Premierminister Mahatir Anfang 1991 ausgegebene Losung "Vision 2020" - ein blühendes Malaysia in 30 Jahren mit bis dahin 7% Wachstum jährlich - keine Utopie. Kein Wunder vielleicht auch, daß auf den Philippinen, die bisher vergeblich auf eine vergleichbare Entwicklung hinarbeiten und unverändert von weitverbreitetem sozialen Elend geprägt sind, der Widerstand sehr viel breiter und entschiedener vorgetragen wird.

In dem folgenden, einer malaysischen Zeitschrift entnommenen Text werden die sozialen und politischen Konflikte genannt, die die Entwicklung der vergangenen Jahre in Malaysia mit sich gebracht hat und solche, die demnächst zu erwarten sind. Dabei sind die angesprochenen Probleme, wie die wachsenden Differenzen zwischen Arm und Reich, wie das "Problem" des chinesischen Bevölkerungsteils, wie mangelnde politische Freiheiten und eine desaströse Naturzerstörung charakteristisch für viele Staaten der Region. Charakteristisch ist der Text aber auch durch seine "Schattenseiten-Kritik": Dem Kapitalismus sollen zur Bewältigung der Konflikte lediglich die materialistischen Spitzen gekappt werden. Dazu dient der Bezug auf die Tradition und die Ethik der Religion. So zielt die Kritik an den gegenwärtigen Konflikten auf eine Verbindung von Fortschritt und spirituell-religiösen Werten. Kapitalismus und Religion werden nicht als Gegensätze, sondern als kooperierende Konzepte begriffen.

So stellt in dem zu etwa 60% muslimischen Malaysia die wachsende islamische Bewegung eine der stärksten Oppositionskräfte dar. Wie bei vielen der bürgerlichen islamistischen Bewegungen im Mittleren Osten auch, läuft ihre Ideologie auf einen Kapitalismus hinaus, der durch religiöse Werte und Prinzipien gezähmt, moralisiert und gemeinschaftsverträglich werden soll. Auf den Druck dieser Strömung hin schuf der Staat jüngst auch in Malaysia ein "moralisches" islamisches Finanzsystem neben den herkömmlichen Banken; und ebenso wie seine Gegenstücke im Mittleren Osten orientiert sich dieses System auch in Malaysia an den Gesetzen der kapitalistischen Marktwirtschaft, ergänzt um einige entwicklungspolitische Zutaten und religiöse Rhetorik.

Forderungen nach Demokratie und einem "moralischen Wirtschaften" verbinden solche Bewegungen wie die Dar ul-Arqam in Malaysia, Thailand und Indonesien, die ICMI (Indonesische Islamische Intellektuellenvereinigung) und die PPP (die sich islamisch legitimierende bedeutendste Oppositionspartei Indonesiens) oder auch die sich um die UBCV (Vereinigte Buddhistische Kirche Vietnams) gruppierende Opposition in Vietnam. Bei all ihrer Unterschiedlichkeit - zwischen der Instrumentalisierung der Religion als politische Ideologie bis zur Kirche als Fluchtort vor dem autoritären Einheitsstaat - zeichnet sie eine charakteristische Mischung aus Fortschrittsgläubigkeit und religiös gefärbtem Konservativismus aus.

Ein Beispiel aus der großen Spannbreite der religiös-spirituell gründenden Kritik an den sozio-ökonomischen Entwicklungen stellt der folgende Text dar. Er verbindet eine kritische Analyse der kapitalistischen Gesellschaft in Malaysia mit der Forderung nach einem Bezug auf deren authentische religiöse Werte.

Anfang 1991 präsentierte Dato' Seri Dr. Mahatir auf der Eröffnungsrede des Malaysischen Wirtschaftsrates (Malaysian Business Council) ein Arbeitspapier seiner Vision von Malaysia im Jahre 2020. Dieser Artikel ist eine Antwort auf die Forderung Mahatirs, daß die Öffentlichkeit die Vorschläge diskutieren und auch kritisieren solle.

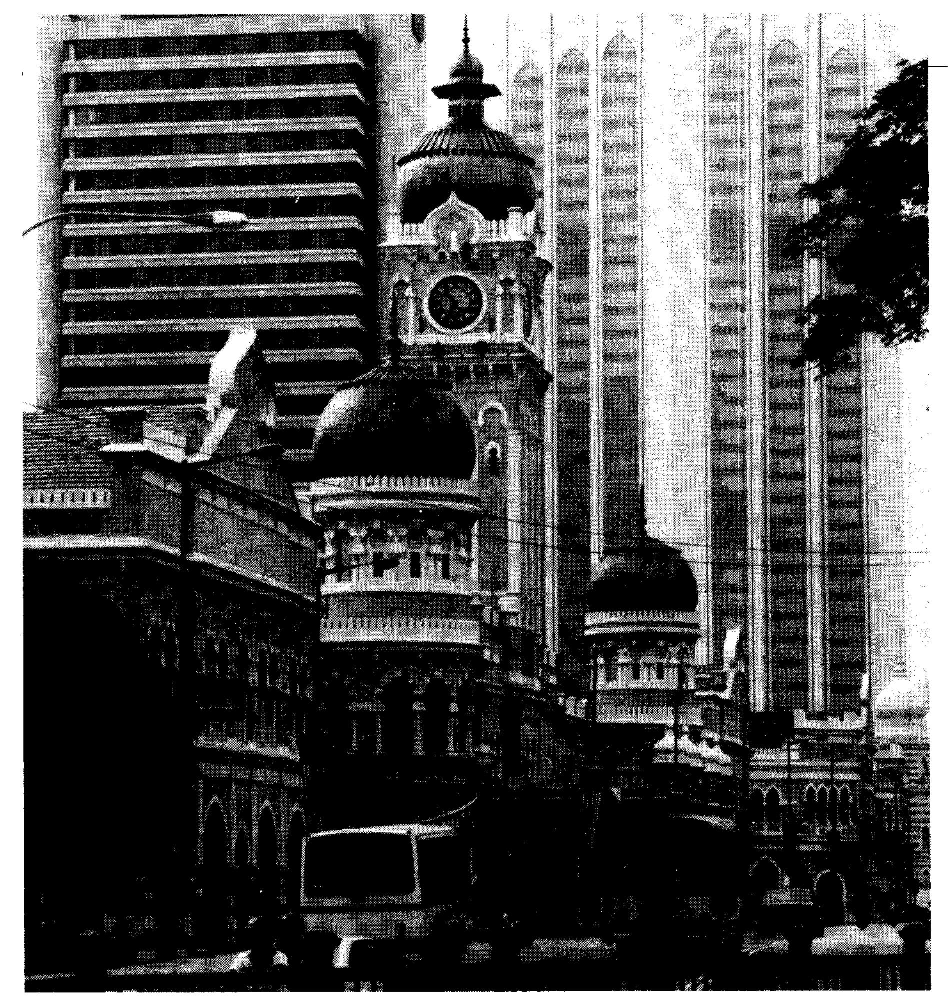
Die Redaktion

Das grundsätzliche Ziel der 'Vision 2020' ist, Malaysia bis 2020 zu einem entwickelten Land zu machen. Mahatirs Definition eines entwickelten Landes ist um neun strategische Anforderungen zentriert: 1) eine vereinte malaysische Nation, sowohl territorial als auch ethnisch; 2) eine psychologisch befreite und stabile, selbstbewußte Gesellschaft; 3) eine reife demokratische Gesellschaft; 4) eine moralische und ethische Gesellschaft, die eng gebunden ist an religiöse und geistige Werte; 5) eine liberale und tolerante Gesellschaft, in der die Menschen sich in ihrem Glauben und ihren verschiedenen Traditionen akzeptieren; 6) eine wissenschaftliche und fortschrittliche Gesellschaft, die innovativ und vorwärtsschauend ist; 7) eine fürsorgliche Gesellschaft, in der das Wohlergehen der Familie zentral ist und nicht das des Individuums oder des Staates; 8) ein ökonomisch gerechter Staat; und zuletzt 9) eine prosperierende Gesellschaft mit einer konkurrierenden, dynamischen, robusten und unverwüstlichen Wirtschaft.

Von den neun Anforderungen thematisieren die letzten beiden speziell ökonomische Probleme, während die übrigen sieben sich auf soziale Fragen beziehen. Es existiert allerdings kein expliziter Hinweis auf die Priorität dieser Anforderungen, was oft Widersprüche hervorruft.

Wir werden z.B. dazu aufgefordert, uns zu "einer vollständig fürsorglichen Gesellschaft und Kultur" zu entwickeln und ein "soziales System (zu errichten), in dem die Gesellschaft Vorrang vor dem Individuum hat". Gleichzeitig sind wir dazu aufgerufen, wirtschaftlich zu konkurrieren. Das Papier zeigt nicht, wie eine Balance dazwischen möglich ist. Dieses und andere Beispiele zeigen, daß Prioritäten notwendig gesetzt werden müssen.

Unglücklicherweise konzentrieren sich die meisten der 91 Paragraphen des Papieres auf die letzten zwei Anforderungen, das heißt, auf die Gründung einer ökonomisch gerechten Gesellschaft und die Etablierung einer konkurrenzfähigen und dynamischen Wirtschaft. Es existiert also eine implizite



Gen Himmel strebend: Kirche und Hochhäuser in Kuala Lumpur

Priorität in der Vision, die die ökonomischen Aspekte über die sozialen Anforderungen stellt.

Was ist falsch an der Konzentration auf ökonomische Ziele und der Vernachlässigung der sozialen Ziele? Hohe ökonomische Wachstumsraten, besonders wenn sie auf groß angelegten Auslandsinvestitionen beruhen, können es erschweren oder unmöglich machen, einige der anderen sozialen Ziele zu erreichen. Wir werden ein paar Beispiele diskutieren um dies zu illustrieren.

Einheit, Ethik und Demokratie 2020

Die zweite Anforderung des Papiers ist die der Etablierung einer psychologisch befreiten, sicheren und selbstbewußten Gesellschaft, die niemandem untertänig ist. Wie können wir dieses Ziel erreichen, wenn unsere Wirtschaft immer mehr von Fremden dominiert wird und wenn die meisten Malaysier im Jahr 2020 für Fremdfirmen arbeiten werden?

Die Entwicklung indigener Technologie wird verlangsamt, wenn unsere Wirtschaft und Industrie von Fremden dominiert wird. Sie haben wenig oder gar kein Interesse, die einheimische Technologie zu entwickeln, solange sie ihre eigene etablieren können. Dies könnte dazu führen, daß unsere Technologie aufgrund fehlenden lokalen Kapitals und industrieller Finanzierung zugrundegeht, sofern nicht andere Hilfsmittel gefunden werden.

In 'Vision 2020' ist die Rede davon, eine vollständig moralische und ethische Gesellschaft zu schaffen, deren Bürger die höchsten ethischen Standards erfüllen. Es ist unmöglich, solch ein Ziel zu erreichen, wenn so viel Energie in das Erreichen einer 7%igen Wachstumsrate gesteckt werden muß um das Pro-Kopf-Einkommen in unserer kapitalistischen Gesellschaft innerhalb von 30 Jahren zu vervierfachen. Solch eine Glorifizierung von Materialismus wird zwangsläufig dazu führen, daß die Habgier zum dominanten Wert in unserer Gesellschaft wird, was eine Antithese der gemeinsamen geistigen Werte darstellt, die sich in unseren Religionen finden. Unsere Erfahrung in den letzten 20 Jahren, in denen ein schnelles Wirtschaftswachstum gefördert wurde, zeigt, daß dies der Fall ist.

'Vision 2020' spricht auch über die Gründung einer demokratischen Gesellschaft. In solch einer Gesellschaft sollten fundamentale Freiheiten wie Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit gedeihen. Wenn ich an die letzten Erfahrungen mit unserer politischen Führung denke, fürchte ich, daß viele unserer demokratischen Rechte mehr und mehr auf dem Altar des schnellen Wirtschaftswachstums geopfert werden, um die 'Vision 2020' zu verwirklichen. Zum Beispiel ist es ziemlich deutlich, daß Gesetze, die die Gründung von Gewerkschaften in vielen Sektoren verbieten, weiterhin Fremdinvestitionen begünstigen werden, die zur Erreichung der magischen Wachstumsrate von 7% benötigt werden. Auch das Recht auf freie Meinungsäußerung wird weiterhin unterdrückt mit der Begründung, daß es eine Bedrohung der Stabilität sei, die notwendig ist, um die Fremdinvestoren anzulocken.

Wie schon oben erwähnt, ist die nationale Einheit ein wichtiges Ziel. In einem unregulierten System des freien Unternehmertums werden die Individuen, Gruppen oder Regionen, die mehr Kapital oder bessere Fertigungsmöglichkeiten haben, schneller prosperieren als andere. Die Folgen davon sind deutlich. Aus der Klassen-Perspektive gesehen wird unter solch einem wirtschaftlichen Regime die Ober- und Mittelschicht Wohlstand schneller akkumulieren. So wird die Kluft zwischen diesen Klassen und der Unterschicht immer größer werden.

Ethnisch gesehen ist die chinesische Gemeinschaft allgemein begabter im Kapital- und Fertigungsbereich als andere ethnische Gruppierungen im Land, aus verschiedenen historischen Gründen. Folglich wird in einer wie oben beschriebenen Gesellschaft der Wohlstand der chinesischen Gemeinschaft schneller wachsen als der der Bumiputras, der Indianer und anderer ethnischer Gruppierungen. Dies könnte ein Gefühl der Entbehrung bei den letztgenannten entstehen lassen, das zu wachsenden ethnischen Spannungen führen könnte. Aus regionaler Sicht ist die Westküste der Halbinsel weithin besser ausgestattet mit Kapital und Fertigungsmöglichkeiten. So wird auch die Kluft zwischen den Regionen immer größer. Dies könnte zu einem wachsenden Gefühl der Isolation in den armen Bundesstaaten führen, welches zum Teil die 'Anti-Föderalregierungs-Stimmung' erklären könnte in Staaten wie Kelantan, Tregganu, Sabah und Sarawak.

Eine alternative Vision

Was also ist die Alternative? Der Kern der 'Vision 2020' sollte die Gründung einer ethischen und moralischen Gesellschaft im wahrsten Sinne des Wortes sein. Das Wirtschaftswachstum wird der Berücksichtigung von Umweltgesichtspunkten immer untergeordnet werden. Die Gesellschaft wird sehr sensibel sein, was die Luft- und Wasserverschmutzung sowie die Waldressourcen anbetrifft. Dies ist ein natürlicher Ausdruck der Fokussierung der Errichtung einer spirituellen Gesellschaft. In all unseren religiösen Traditionen werden wir aufgefordert, im Einklang mit der Natur zu leben und sie mit Respekt zu behandeln. In dieser Gesellschaft hat die Verfolgung ökonomischer Ziele ethische Grenzen. Sie wird ökonomische Aktivitäten betonen, die Grundbedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit befriedigen. Daraus resultiert zwar vielleicht eine niedrigere Wirtschaftswachstumsrate, aber es wird definitiv zu einem besseren Lebensort für unsere Kinder und Enkel werden.

Der Text wurde entnommen aus:
Aliran Monthly (Vol. 11, No. 8, 1991).
Übersetzung: mo.

Erklärung südostasiatischer NGOs zu Menschenrechten und Entwicklung

Vom 20. bis 25. Juli 1994 trafen sich 38 Vertreter von Menschenrechtsgruppen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Volksbewegungen aus Burma, Kambodscha, Osttimor, Indonesien, den Philippinen, Malaysia, Singapur und Thailand in Bangkok, um Menschenrechts- und Entwicklungsfragen als Teil unseres andauernden Kampfes für Menschenrechte in Südostasien zu diskutieren. Die Realität in der Region ist nach wie vor von Menschenrechtsverletzungen geprägt. Diese finden unter unterschiedlichen Bedingungen statt. Die Palette reicht von wirtschaftlich benachteiligten Ländern unter einem Militärregime wie Burma bis zu Wachstumsökonomien wie Malaysia und Singapur mit zivilen aber repressiven Regimen. Die Verletzung der Menschenrechte umfaßt das gesamte Spektrum der Grundrechte von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen bis hin zu bürgerlichen und politischen Rechten.

Menschenrechte und Entwicklung

Wir bestätigen die Universalität der Menschenrechte, die den Schutz aller Menschen gewährleisten. Wir befürworten kulturellen Pluralismus. Kulturelle Praktiken, die allgemein anerkannte Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Frauen, einschränken, können nicht toleriert werden. Da Menschenrechte von universeller Bedeutung und universellem Wert sind, kann das Eintreten für Menschenrechte nicht als Einschränkung nationaler Souveränität gewertet werden.

■ Wir bekräftigen ebenfalls unsere Verpflichtung gegenüber dem Prinzip der Unteilbarkeit der Menschenrechte, seien es bürgerliche, politische, wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Rechte. Die Verletzung bürgerlicher und politischer Rechte in Südostasien beinhaltet die Unterdrückung der Selbstbestimmung, militärische Besetzung, Morde, Folter, willkürliche Verhaftungen, Vertreibung und die Unterdrückung der Meinungsfreiheit und anderer Freiheiten. Demgegenüber bedeuten Armut und das Fehlen der Mittel zur Befriedigung der Grundbedürfnisse die Verletzung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte.

Die Verletzung bürgerlicher, politischer und wirtschaftlicher Rechte resultiert häufig aus der einseitigen Betonung der wirtschaftlichen Entwicklung auf Kosten der Menschenrechte. Verletzungen sozialer und kultureller Rechte sind häufig das Ergebnis politischer Systeme, die Menschen als zweitrangig behandeln. Wirtschaftliche Rechte beinhalten die gerechte Verteilung von Ressourcen und Einkommen, das Recht auf Freiheit von Hunger und Armut. Diese Rechte sind nur da geschützt, wo Menschen ihre bürgerlichen und politischen Rechte ausüben können, z.B. das Recht der Arbeiter, sich zu organisieren und Gewerkschaften zu gründen, um ihre wirtschaftlichen Rechte zu schützen und durchzusetzen. Armut entsteht aus ungleicher Entwicklung angesichts der systematischen Verweigerung von Menschenrechten.

Während die ASEAN-Regierungen die wirtschaftliche Entwicklung einseitig betonen, wiederholt das Forum, daß die Entwicklung der Menschen und Gesellschaften in Südostasien die wirtschaftlichen, politischen, sozialen, kulturellen und bürgerlichen Rechte einschließen muß. Kriterien für eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung sind:

■ die gemeinsame Einführung bürgerlicher politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte;

■ die Beteiligung des Volkes am nationalen Entscheidungsprozeß;

■ die gerechte Verteilung des Wohlstands und die faire Zuteilung von Ressourcen;

■ die Vermeidung der Benachteiligung Schwächerer wie Frauen, Kinder u.a. und

■ der Schutz der Umwelt.

Nationale Sicherheit oder Sicherheit des Volkes ?

Das Forum stellte fest, daß die Regierungen Südostasiens regelmäßig die Begriffe "nationale Sicherheit" und "Stabilität" benutzen, um die Existenz repressiver Gesetze zu rechtfertigen, die angewendet werden, um zahlreiche Verletzungen von Menschenrechten zu begehen, darunter Mord, Folter, Verschwindenlassen und willkürliche Verhaftungen ohne Gerichtsverfahren.

■ Wir sind der Meinung, die Berufung auf die "nationale Sicherheit" und "Stabilität" durch die Regierungen Südostasiens dient nicht der Sicherheit der Völker in der Region, sondern hat das Ziel, den Status quo der herrschenden Eliten zu sichern und die wirtschaftlichen Interessen ausländischer multinationaler Konzerne zu schützen.

■ Wir verurteilen die illegale Annexion, andauernde illegale Besetzung und Militarisierung Osttimors durch Indonesien. Wir fordern die indonesische Regierung auf, anzuerkennen, daß es keine militärische Lösung für Osttimor gibt. Wir fordern die Regierung auf, das Recht der Osttimoresen auf Selbstbestimmung zu achten und zu diesem Zweck in ehrlicher Absicht mit den Anführern des 'Nationalrates des Widerstandes des Maubere-Volks' (CNRM) von Osttimor zu verhandeln.

■ Im Falle Burmas verurteilen wir den 'Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung' (SLORC) für seine gewalttätige Unterdrückung einer demokratisch gewählten Regierung, der prodemokratischen Studentenbewegung und der ethnischen Minderheiten Burmas.

Wir glauben, daß die Politik des konstruktiven Engagements, wie sie von den ASEAN-Regierungen als "asiatischer Weg" des Umgangs mit den "inneren Angelegenheiten" Burmas betrieben wird, nicht zum Wohlergehen des Landes beiträgt und für den Demokratisierungsprozeß nicht förderlich sein wird. Tatsächlich hat diese Politik zu einer Zunahme der Zwangsarbeit, der Umweltzerstörung, der Gewalt gegen Frauen und der Militarisierung beigetragen.

■ Wir stellen die Vergrößerung der nationalen Streitkräfte und den zunehmenden Kauf und Erwerb von Militärgerät durch die Regierungen Südostasiens auf Kosten der Menschenrechte der Völker in Frage.

Das Forum hatte Gelegenheit, das Kommuniqué der ASEAN-Außenminister zu diskutieren, und äußert die folgenden Beobachtungen:

Wir mißbilligen das völlige Fehlen einer Bezugnahme auf Menschenrechtsprobleme in der Region und auf die Nachfolgediskussionen der Menschenrechtserklärung von Wien, die vom gemeinsamen ASEAN-Ausschuß 1993 bestätigt wurde. Im Zusammenhang mit dem oben gesagten fordern wir die ASEAN- Regierungen auf,

■ die indonesische Regierung zu veranlassen, in einen ernsthaften Dialog mit dem CNRM Osttimors zu treten und den von ihm angebotenen Friedensplan zu berücksichtigen;

■ die 'Nationale Liga für Demokratie' (NLD) als legitime und demokratisch gewählte Regierung Burmas anzuerkennen;

■ die Anführerin der NLD, Daw Aung San Suu Kyi, den Anführer des CNRM, Xanana Gusmao, sowie alle politischen Gefangenen in Indonesien und Burma sofort freizulassen.

Des weiteren stellen wir fest, daß die Außenminister ihre ernsthafte Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht haben, daß die Verbindung von Arbeitnehmerrechten, Arbeitsstandards und Umweltbelangen mit Handelsfragen zu einem neuen Vorwand für Protektionismus werden könnte.

■ Während wir darin übereinstimmen, daß eine solche Verbindung hergestellt werden könnte, betonen wir gleichwohl, daß die ASEAN-Regierungen in erster Linie für die andauernde Verletzung von Arbeitnehmerrechten, das Unterlaufen von Arbeitsstandards und die Verschlechterung der Umwelt in ihren jeweiligen Ländern verantwortlich sind.

■ Wir glauben, solange solche Verletzungen anhalten, sollten Bestimmungen zum Schutz der Menschenrechte in jedem Handelsabkommen Berücksichtigung finden.

Stark gekürzte Erklärung des Forums von südostasiatischen NROs zu Menschenrechten und Entwicklung vom Juli 1994, Übersetzer: Detlef Bremecke

Nur ein Überlebenskampf absaufender Inseln?

Zaghafte NGOs mobilisieren zur Klimakonferenz in Berlin

Die hehren Ziele von Rio 1992 scheinen inzwischen vergessen. In den verschiedenen Nachfolgekonferenzen werden nun zum einen die Ankündigungen aus Rio weiter verwässert und zum anderen werden unter dem Banner des "nachhaltigen Wirtschaftens" technokratische Lösungen gesucht. Dies ist auch für die UNO-Klimakonferenz zu erwarten, die vom 28. März bis 7. April 1995 in Berlin stattfindet.[1]



Die Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen im Juni 1992 in Rio verabschiedete eine Agenda 21, die für UNO-Verhältnisse revolutionär erscheint: "Voraussetzung für die Verwirklichung von Umweltqualität und nachhaltiger Entwicklung ist eine größere Effizienz der Produktion und eine Veränderung der Verbrauchsgewohnheiten, damit eine Optimierung der Ressourcennutzung und eine Minimierung des Abfallaufkommens stärker zum Tragen kommen kann. In vielen Fällen bedeutet dies, daß es zu einer Umorientierung der augenblicklichen Produktions- und Verbrauchsgewohnheiten kommen muß, die sich in den Industriegesellschaften entwickelt haben und in einem großen Teil der übrigen Welt nachgeahmt werden."[2]

Nebst der "Agenda 21" waren in Rio die folgenden Dokumente verabschiedet worden: "Deklaration von Rio", "Artenschutzkonvention", "Waldkonvention" sowie die "Klimarahmenkonvention". Die Rahmenkonvention über Klimaänderungen (FCCC) wurde in Rio von 166 Staaten unterzeichnet und von weit mehr als den notwendigen 50 Staaten ratifiziert, so daß sie am 21.3.1994 in Kraft treten konnte. Damit ist sie geltendes internationales Recht. Hauptziel der Klimakonvention ist es, "die Stabilisierung der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre auf einem Niveau zu erreichen, auf dem eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems verhindert wird. Ein solches Niveau sollte innerhalb eines Zeitraums erreicht werden, der ausreicht, damit sich die Ökosysteme auf natürliche Weise den Klimaänderungen anpassen können, die Nahrungsmittelerzeugung nicht bedroht wird und die wirtschaftliche Entwicklung auf nachhaltige Weise fortgeführt werden kann."[3] Senken und Speicher aller nicht durch das Montrealer Protokoll geregelten Treibhausgase sollen geschützt und erweitert werden. Im weiteren sollen die anthropogenen Treibhausgasemissionen auf das Niveau von 1990 zurückgeführt werden. Auf Druck der USA wurden in Rio keine verbindlichen Angaben über den Zeitraum der Reduktionsziele vereinbart.

Auch als sich im Herbst 1994 die Delegierten der Vertragsstaaten der Klimakonvention in Genf zur "INC 10" (Zwischenstaatlicher Verhandlungsausschuß, 10. Sitzung) trafen, präsentierte dort die Bundesrepublik als zukünftige Gastgeberin kurz vor Torschluß eine Verhandlungsvorlage, in der die Zeiträume und Reduktionsziele lediglich mit "x" und "y" umschrieben waren. Vor allem die OPEC-Staaten und die USA stellten sich bei den Genfer Verhandlungen quer.

Allein die Organisation der 36 kleinen Inselstaaten, AOSIS (Alliance of Small Island States), schaffte es noch fristgerecht, ein Protokoll für die "COP 1" (Erste Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention) zu erstellen. Damit liegt nun zumindest eine Beschlußgrundlage vor. Die AOSIS-Staaten fordern die Beschließung des sogenannten "Toronto-Targets", eine CO_2-Reduktion um 20% bis zum Jahre 2005 (bezogen auf das Jahr 1990) für "Annex-1-Staaten"[4]. Das "Toronto-Ziel" wurde im Juni 1988 auf der Weltkonferenz über Veränderungen der Atmosphäre in Toronto gefordert. Die Inselstaaten wären von Überschwemmungen und Hurrikanen infolge von Klimaveränderungen sowie von einer Temperaturerhöhung durch Treibhausgase und dem dadurch steigenden Meeresspiegel direkt betroffen.

Die Bundesregierung hat das AOSIS-Protokoll "mit Interesse zur Kenntnis genommen" (mehr nicht) und schlägt unter anderem eine Stabilisierung der Kohlendioxidemissionen bis zum Jahre 2000 und danach eine Reduktion vor. Die Delegierten der Klimakonferenz trafen sich im Februar 1995 nochmals in New York ("INC 11"), um die Tagesordnung der Vertragsstaatenkonferenz vorzubereiten.

Nachhaltige Augenwischerei

Nicht nur im Bereich der Klimaveränderungen und der "Klimarahmenkonvention" ist inzwischen überdeutlich geworden, wie unkonkret die Konventionen von Rio waren. Tatsächlich hatte zwar die Konferenz von Rio die Verbindung zwischen Entwicklung und Umwelt demonstriert, und mit der Agenda 21 wurden sämtliche Formulierungen auf das Zauberwort "nachhaltige Entwicklung" getrimmt. Nirgends jedoch wurde diese "nachhaltige Entwicklung" genauer definiert, und so können sich sowohl die

Weltbank wie auch die NGOs mit dieser Leerformel anfreunden.[5] Die Gegensätze hinter dem Begriff bleiben verschleiert. So ist die Forderung "wir im Norden müssen unser Konsumverhalten und unsere Produktionsweise ändern" selbst bis zum ehemaligen Umweltminister Töpfer vorgedrungen. Es gilt jedoch, genau darzulegen, was Nachhaltigkeit im Norden oder "Dauerhaftes Deutschland" wirklich bedeutet. "Sustainable Netherlands" kann zum Beispiel bedeuten: nur noch einmal alle 20 Jahre nach Rio fliegen zu dürfen... .[6]

Laut Artikel 4 der Klimakonvention tragen die Vertragsparteien "der Notwendigkeit, ein starkes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten", Rechnung. Daß "nachhaltige Entwicklung" nicht mit "nachhaltigem Wirtschaftswachstum" gleichgesetzt und den Interessengegensätzen zwischen Nord und Süd nicht mit noch mehr Wachstum, sondern nur mit einschneidenden Veränderungen des Entwicklungsmodells an sich begegnet werden kann, wird spätestens dann deutlich, wenn die inzwischen weitgehend bekannten Zahlen betrachtet werden. Danach sind die Industrieländer für etwa 92% der CO_2-Emissionen verantwortlich, die in den 35 Jahren von 1950 bis 1984 produziert wurden, die Entwicklungsländer zusammengenommen nur für 8%. Unter der Annahme, daß eine CO_2-Konzentration von 440 ppm (parts per million) nicht überschritten werden darf, dürften weltweit nur noch 300 Mrd. t Kohlenstoff verbrannt werden. Bei einer gleichmäßigen Pro-Kopf-Verteilung auf die Weltbevölkerung könnten die Industrieländer insgesamt nur noch 16% dieses Gesamtbudgets für sich beanspruchen und nur noch etwa zwölf Jahre lang fossile Brennstoffe einsetzen. "Ökologisch gesehen, sind die Industrieländer bankrott. Ihre 'Verschmutzungsrechte' der Atmosphäre sind aufgebraucht."[7]

Hier sind die ökologischen Grenzen der "Entwicklung" bereits erreicht. Die Konsequenz daraus ist aber eben nicht, was die wohlklingenden Konventionen und der Begriff der "nachhaltigen Entwicklung" vermitteln sollen, nämlich eine völlig andere Entwicklung, sondern vielmehr die Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung. Denn vor dem Hintergrund, daß "die Modernisierung der ganzen Welt zum ökologischen Kollaps führen würde, sind Regionen mit unterschiedlichen sozialen Standards erwünscht ...".[8]

So kann die UNCED von Rio als Anzeichen eines entwicklungspolitischen Epochenwechsels gedeutet werden, "der weniger auf die beschworene globale Partnerschaft, als auf ein Ökodiktat des Nordens über den Süden hinausläuft. 'Seither kann die Sorge um die Umwelt ohne Scham gegen die Entwicklungsbedürfnisse des Südens verwendet werden von denjenigen, die hundertfünfzig Jahre lang die Welt unterdrückt und den Planeten ausgeplündert haben.' (Lipietz 1993:96)."[9] Genau diesem Prinzip folgt laut Ulrich Brand der Begriff "sustainable development": Seine Funktion liegt darin, als Leerformel "versöhnlerisch" "Interessengegensätze, reale Machtverhältnisse national und global" zu überdecken.[10]

Angesichts dieser Übertünchungstaktiken könnte die Klimakonferenz in Berlin zum Anlaß genommen werden, den Zusammenhang zwischen Umwelt und Entwicklung sowie entwicklungspolitische Beiträge wieder verstärkt in die Diskussionen der NGOs zu tragen und aufzuzeigen, daß bei der ökologischen Problematik die soziale Dimension nicht unter den (Konferenz-) Tisch fallen darf.

Stattdessen hat die technische Machbarkeitsmentalität heutzutage Konjunktur. Aber auch technologisch gesehen reicht eine geringfügige CO_2-Reduktion nicht aus, um eine Temperaturerhöhung durch Treibhausgasemissionen zu verhindern. Deshalb ist der Eindruck zu vermeiden, mit einer CO_2-Reduktion sei das Problem schon fast gelöst, auch wenn es sich natürlich um einen Schritt in die richtige Richtung handelt. Am Beispiel der UNCED-Konferenz in Rio oder der Bevölkerungskonferenz von Kairo ist ersichtlich, wie sich ein öffentlicher Diskurs auswirkt, der von einem vereinfachten Erklärungsmuster dominiert wird: die Abholzung des Regenwaldes wird als Hauptursache des Treibhauseffektes gesehen, die "Bevölkerungsexplosion" wird als alleinige Ursache der Umweltprobleme betrachtet. Dagegen müssen Armut aufgrund ungleicher Verteilung, weitere soziale Ursachen der Entwicklungsproblematik, die Ausbeutungs- und Dominanzverhältnisse zwischen Nord und Süd und innerhalb der Länder im Norden und Süden sowie zwischen den Geschlechtern wieder vermehrt zur Sprache gebracht werden.

Konsens für Toronto

Viele NGOs betreiben heutzutage Lobbyarbeit auf UNO-, Weltbank- und anderen Konferenzen und werden dort mittlerweile als ernstzunehmende Stimmen zur Kenntnis genommen. Doch häufig kommt dabei eine entschiedene Kritik derselben Institutionen und der gängigen Entwicklungspolitik zu kurz. Um anläßlich der Klimakonferenz NGO-Forderungen zu stellen, haben sich zahlreiche Umwelt- und Entwicklungsorganisationen auf einen Minimalkonsens geeinigt, um das "Toronto-Ziel" durchzusetzen.

Die Klimakonferenz in Berlin ist die erste UNO-Konferenz in Deutschland. Für einige Wochen wird sie als Rio-Nachfolgekonferenz zentrales Thema in den hiesigen Medien sein. Genaugenommen ist sie jedoch keine eigentliche Nachfolgekonferenz, denn die einzelnen Konventionen werden nun getrennt verhandelt und jährlich weiter diskutiert. Eine umfassende Nachfolgekonferenz wird erst 1997 stattfinden. Die Berliner Konferenz beschränkt sich auf das Thema Klimaveränderungen und läßt die vielen anderen Themen von Rio weitgehend außen vor. Zumindest könnten die NGOs die Öffentlichkeit an die eigentlichen Aussagen der Agenda 21 erinnern, z.B. in Kapitel 4: Die "Hauptursache für die allmähliche Zerstörung der globalen Umwelt (ist) in den nicht nachhaltigen Verbrauchs- und Produktionsmustern - insbesondere in den Industrieländern - zu sehen, die Anlaß zu ernster Besorgnis geben und zunehmende Armut und Ungleichgewichte verursachen." Ebenso sollte nicht vergessen werden, daß Berlin, nebst zahlreichen westeuropäischen Städten, seit 1990 Mitglied des "Klima-Bündnisses" ist und sich zu einer lokalen CO_2-Reduktion um 50% bis zum Jahre 2010 verpflichtet hat. Daß sich aber viele NGOs - aus lauter Angst, daß gar nichts passiert - nur einzig und allein auf die Forderung stürzen, daß in Berlin ein Protokoll für eine 20%-Reduktion verabschiedet wird, greift zu kurz (auch wenn laut NGO-Forderungskatalog weitergehende Reduktionen davon unberührt bleiben). Schließlich hieß es früher einmal: "Seien wir realistisch, fordern wir das Unmögliche!". Hier wird von den NGOs das minimalst Mögliche gefordert und vergessen, was das Unmögliche (?) war: eine gesellschaftliche Veränderung zu erreichen, welche das Überleben des Planeten und das Leben aller Menschen sichert.

Ann Stafford

Anmerkungen:

1 Erweiterte Fassung eines Artikels, der im Februar in "Newsletter", Zeitschrift für internationale Kommunikation, erschien.

2 Agenda 21, dt. Übers. hrsg. vom Bundesumweltministerium, S.23.

3 Art. 2, UN FCCC, New York, 9.5.92, dt. Übers. hrsg. v. Bundesumweltministerium.

4 "Annex I": Im 1. Anhang der Klimakonvention genannte Staaten: nördliche Industrieländer (OECD) und osteuropäische Staaten (inkl. Russische Föderation und Ukraine).

5 Vgl. hierzu: Lélé, S. M.: Sustainable Development. A Critical Review, in: "World Development" 19(6), Juni 1991, S.607-621. Siehe auch: Daly, H. E. 1990: "Towards some operational principles of sustainable development." In: "Ecological Economics", Jg. 2, Nr.1/April, S.1-6.

6 siehe hierzu: Brakel, M. van/Buitenkamp, M.:. "Sustainable Netherlands. Aktionsplan für eine nachhaltige Entwicklung der Niederlande.", dt. Übers.; sowie Brakel, M. 1993: "Ressourcen weltweit neuverteilen", in: "Politische Ökologie", Sept./Okt. 1993, S.14-18.

7 Seifried, Dieter 1991: "Gute Argumente: Verkehr.", München, 2. verb. Aufl., S.143.

8 Altvater, E. 1992: "Der Preis des Wohlstands", S.166/167. Vgl. auch: Altvater 1991: "Die Zukunft des Marktes", S.67: Industrialisierung als "positionelles Gut".

9 Bruckmeier, Karl 1994: "Strategien globaler Umweltpolitik", Münster, S. 15. Vgl. auch: Lipietz, A. 1993: "Berlin, Bagdad, Rio. Das 21. Jahrhundert hat begonnen". Münster, S.79-106.

10 Brand, Ulrich 1994: "Weichspüler auf dem Vormarsch? Lohnt der Kampf um den Begriff sustainable development?", in: "blätter des iz3w" Nr.200/Sept. 1994, S.34-37.

Machbarkeits- und Ohnmachtswahn

Interview mit Maria Mies zu Bio- und Gentechnologie

Das Thema "Biotechnologie" bildete den Schwerpunkt unseres Heftes im Dezember '94. Wir konzentrierten uns dabei auf die Auswirkungen, die Produktion und Vertrieb biotechnologischer Erzeugnisse vor allem auf die Landwirtschaft im Süden haben. Im Anschluß an diesen Schwerpunkt greift das folgende Interview mit Maria Mies grundsätzlichere Fragen dieses Themas auf. Mies kritisiert den Machbarkeitswahn, der hinter dem Glauben an den technologischen Fortschritt steht. Außerdem versucht sie, den Grund für die sich ausbreitende Lethargie in der KritikerInnenszene zu benennen und eine einfache Alternative zu diesem "Ohnmachtswahn" zu entwerfen.

Gentechnologie bezieht ihre Attraktivität nicht zuletzt aus der Vorstellung, die ökologische Krise sei schon so weit fortgeschritten, daß ihr mit normalen Mitteln nicht mehr beizukommen sei. Ein Ausstieg aus dieser Technologie bedeute den Verzicht auf die Suche nach biotechnologischen Lösungen für abnehmende Bodenfruchtbarkeit, zunehmende Krankheiten, endliche Rohstoffe. Braucht man also ein umfassendes Alternativkonzept für alle diese Fragen, wenn man Gentechnologie total ablehnen will?

Die Frage suggeriert, daß der Teufel mit Beelzebub ausgetrieben werden könnte. Abnehmende Bodenfruchbarkeit, zunehmende Krankheiten, endliche Rohstoffe usw. sind ja alles Folgen eines Wissenschaftsparadigmas und eines technischen Machbarkeitswahns, gekoppelt mit einem auf permanentem Wachstum beruhenden Industriesystem (...). Anstatt nun endlich diesen technischen und ökonomischen Machbarkeitswahn abzulegen, wird durch die Biotechnologie - vor allem durch Gen- und Reproduktionstechnologie - nun alles Leben (...) bis in seine winzigsten Bestandteile zerstückelt, neukombiniert und in den kapitalistischen Verwertungsprozeß einbezogen. Wie die Diskussion um die Patentierung von Leben zeigt, soll alles zur Ware werden.

Außerdem: Was die Betreiber dieser Biotechnologie, vor allem Multis wie Hoechst, Bayer, Monsanto usw. als "Lösungen" für Umweltprobleme anpreisen, sind vor allem Lösungen für Probleme, die sie selbst weiter schaffen. Z.B. bieten sie, wie Hoechst, gentechnisch manipulierte Pflanzen an, die gegen das von ihnen selbst erzeugte Herbizid BASTA resistent sind. An beidem verdienen sie. Wir müssen endlich begreifen, daß es trotz aller PR-Arbeit den Multis nicht um die Lösung von Problemen, sondern ums Geschäft geht. Nach Bedarf führen sie - wie Christine v. Weizsaecker neulich aus Diskussionen zwischen Gen- und Ethikexperten authentisch zitierte - beliebig mal Aids, mal Krebs, mal Hunger in der "Dritten Welt", mal Krankheit, mal Unfruchtbarkeit an, um ihre Machenschaften zu rechtfertigen. Jedenfalls ist das meiste, was bis jetzt als "Lösung" für Menschheitsprobleme angepriesen wird, hohle Versprechung geblieben.
(...) Zuallererst muß man die simple Frage stellen, die wir schon vor zehn Jahren gestellt haben: "Wozu brauchen wir das alles?" Wieso brauchen wir Kühe, die noch mehr Milch geben? Wieso brauchen wir Tomaten, die nicht matschig werden? Wieso brauchen wir gentechnisch manipulierte Joghurtbakterien, die Milch noch schneller zu Joghurt machen? Wieso sollen gentechnisch manipulierte Pflanzen den Hunger in der "Dritten Welt" beseitigen (...)? Gentechnik wird nur dazu führen, daß dort noch mehr für den Export in die reichen Länder und nicht für die Selbstversorgung produziert wird.

Gibt es nicht einzelne Anwendungen, wo Gentechnologie etwas Nützliches leisten kann? Gibt es nicht Menschen, die sehr viel davon haben, wenn man Insulin mit Hilfe gentechnisch veränderter Bakterien in größeren Mengen herstellen kann als bisher? Kann man wirklich ausschließen, daß bestimmte Krankheiten mit gentechnischen Verfahren zumindest bekämpft werden können?

In Diskussionen um die Biotechnik werden immer diese Einzelfälle angeführt: die einzelne Frau, die doch gerne ein Kind hätte, vor allem der einzelne Zuckerkranke, der billigeres Insulin braucht, der Leberkranke, der eine neue Leber braucht. Die ethische Diskussion beschränkt sich fast immer auf diese Einzelfälle (...).
Zunächst würde ich im Falle von Krankheiten fragen warum es zu einer Zunahme bestimmter Krankheiten kommt. Ist Zuckerkrankheit z.B. nicht auch die Folge einer falschen Lebensführung? Wie können solche Krankheiten durch präventive Maßnahmen verhindert werden? Das gleiche gilt für Unfruchtbarkeit: Was aber das immer wieder angeführte gentechnisch hergestellte Insulin betrifft, so ist meines Wissens genügend tierisches Insulin vorhanden. Es ist nur teurer. (...)
Grundsätzlich kritisiere ich, daß auch in bezug auf Krankheiten derselbe Machbarkeitswahn vorherrscht, der nach technologischen Fix-Lösungen sucht, anstatt zu versuchen, die sozialen Verhältnisse und die krankmachende Umwelt zu verändern.

Kann man eine neue Technologie überhaupt stoppen? In den letzten hundert Jahren gibt es kein Beispiel, daß so etwas gelungen wäre.

Natürlich kann man, d.h. die Bevölkerung, eine Technologie stoppen, wenn sie es ernsthaft will. Die Anti-AKW-Bewegung hat die Atomkraftwerke zwar nicht total gestoppt, aber hat, zumindest in Deutschland, verhindert, daß das Land mit Atomreaktoren vollgepflastert ist. Das Problem mit dem Widerstand gegen solche menschen- und naturverachtende Technologie, vor allem in den Industrieländern - ist das Dilemma, daß die meisten Menschen den Kuchen gleichzeitig essen und behalten wollen. Sie fürchten sich einerseits vor den unabsehbaren Folgen dieser sogenannten Zukunftstechnologien, (...) andererseits erwarten sie weiterhin von den Multis und der Wissenschaft die Lösung aller Probleme. Daß sie selbst etwas an den Dingen ändern könnten, ist ihnen schon unvorstellbar geworden. Je mehr sie über die "Träume der Genetik" (Ludger Weß) erfahren, um so ohnmächtiger fühlen sie sich. Je mehr Wissen, Macht und Geld in den Händen weniger transnationaler Konzerne konzentriert wird, umso hilfloser starren viele Menschen auf "die Experten da oben" (...). Selbst wenn man so fragt wie Ihr, verbreitet man lediglich Resignation. Denn die Frage suggeriert, daß die Technologie

das einzige noch handelnde Subjekt der Geschichte ist - so etwas wie Gott selbst (...). Daß diese Technologie von bestimmten Leuten mit bestimmten Interessen gemacht wurde, scheint ganz vergessen zu sein. Angesichts eines solchen Glaubens - denn es ist ein Glaube an die Allmacht der Technik - kann sich der kleine Mensch ja nur ohnmächtig fühlen. Was für ein Witz nach den Versprechungen der Aufklärung!

Wenn man etwas gegen Gentechnologie unternehmen will, wie macht man das ? Demos organisieren, Freilandpetunien ausreißen, oder juristische Eingaben machen?

Da ich nie Anhängerin dieser Technik-Religion war, kenne ich auch diese Ohnmachtsgefühle nicht. Ich habe aber eben auch - vielleicht weil ich eine Frau bin - nie jenen Allmachtswahn geteilt, von dem besonders viele Männer befallen sind. Immerhin habe ich mir so meine Handlungsfähigkeit bewahrt. Und das ist das Entscheidende; nach Hannah Arendt besteht unser Menschsein darin, daß wir handeln können, daß wir die Welt verändern können. Das heißt aber nicht, daß wir allmächtig sind, daß alles auf einen Schlag, durch eine "große Revolution" verändert wird. Auch diese Vorstellung gehört zum Allmachts-Ohnmachts-Komplex. Es heißt etwas zu tun, was mir hier und jetzt möglich ist.

Und das ist in bezug auf den Widerstand gegen die Gentechnik eine ganze Menge. Ich kann z.B. die Akzeptanz für diese Technik unterminieren: durch Reden, Schreiben, Weitererzählen, Aufklären, Veröffentlichen, Arbeitskreise machen. Nichts fürchten die Betreiber mehr als das. Vor allem, wenn sich solche gut informierten, nicht mehr sowohl-als-auch argumentierenden Gruppen international vernetzen und absprechen. (...) Viele solcher kleinen Aktionsinitiativen haben den Gen-Multis empfindlichen Schaden zugefügt.

Die Methoden des Widerstandes können je nach Land, Zeitpunkt usw. variieren. Sie reichen vom Boykott, über Anzeigen, Veröffentlichungen, juristische Schritte, Aktionen vor den Konzernen, Lobbyarbeit usw. bis zum Ausreißen freigesetzter genmanipulierter Pflanzen. Vor allem Boykott-Aktionen sind noch nicht genügend ausprobiert worden.

Welche Unterstützung erwarten Initiativen in der Dritten Welt, wie etwa die indische Kampagne gegen Patentierung, von uns hier?

Wenn ich die indische Bauernbewegung gegen GATT und die Patentierung von Lebensformen richtig verstehe, dann erwarten sie keine andere Unterstützung von uns hier als die, daß wir selbst solche Kampagnen gegen GATT, TRIPs und die Patentierung und Vermarktung allen Lebens machen. Wir sollten von ihnen lernen, wie sie ihre Souveränität und ihre Selbstversorgung verteidigen.



Maria Mies, Kritikerin des technologischen Machbarkeitswahns

In "Terminator 2" erklärt eine junge Frau einem Wissenschaftler, daß seine Erfindung in der Zukunft Millionen von Menschen das Leben kosten wird und daß sein verdammtes männliches Wissenschaftsethos daran schuld sei, das nichts wirklich Lebendiges schaffen könne. Nach einer Weile schaltet sich ihr Sohn ein: "Ist gut, Ma, aber wir sollten jetzt etwas konstruktiver werden". Bei den Gentech-KritikerInnen scheint sich zur Zeit ewas Ähnliches abzuspielen. Wie beurteilst Du diese Verschiebung von der feministischen Fundamentalkritik zum alternativen Expertenwissen?

Was der Sohn in "Terminator 2" seiner empörten Mutter antwortet, entspricht dem, was ich in diesem Herbst bei verschiedenen Veranstaltungen über Biotechnologie, vor allem bei jungen gutausgebildeten männlichen Wissenschaftlern, aber auch bei Frauen angetroffen habe. Sie wußten bestens Bescheid über die neusten Entwicklungen in den verschiedensten Bereichen der Biotechnologie, der Computertechnologie, über die juristischen Implikationen usw. Diese jungen Experten häuften noch weitere Horrorszenarien auf die, die ich schon kannte, analysierten, analysierten, analysierten. Wenn ich aber fragte, was sie nun mit all diesem Wissen machen wollten, z.B., ob sie sich vorstellen können, auch eine solche Kampagne gegen GATT, die Multis und die Gen-Lobby zu machen, wie die indischen Bauern, zuckten sie mit den Schultern (...). Die Bauern hier wären nicht zu mobilisieren. Manche wußten nicht einmal, ob sie für oder gegen diese Technologien sein sollten. Manche wußten auch nicht so genau, was es mit GATT usw. auf sich hatte.

Mir wurde klar, daß die Anhäufung technischen Einzelwissens bei diesen jungen Technikexperten nicht begleitet war von einem Wissen über die sozialen und politischen Implikationen dieser Technologie, trotz aller öffentlich zugänglichen Informationen. Sie waren nicht (mehr) betroffen. Zum Teil liegt das wohl an der entpolitisierenden Art der Lehre in den Hochschulen. Aber ist das alles? Warum rebellieren sie nicht? Warum fühlen sie sich ohnmächtiger als die indischen Bauern, denen sie andererseits "helfen" wollen, mit ihrem Wissen?

Ich habe keine andere Erklärung für diese sich cool gebenden Ohnmachtsgefühle, als daß sie die Kehrseite des Allmachtswahns sind, der immer noch durch die Betreiber der Biotechnologie verbreitet wird. Wenn ich die Welt nicht hier und sofort total umstürzen kann, kann ich gar nichts mehr tun. Wenn die "allmächtige" Technik sich als Flop erweist - wie einige der alten Renegaten dieser Technologie feststellen - dann wird jede, die noch von Hoffnung und Widerstand redet, als dumm und naiv abgekanzelt. Dann gibt es nur noch, wie Josef Weizenbaum auf einer Veranstaltung in Trier vor zwei Jahren sagte: "ein einziges, großes, schwarzes Loch". Wenn die, die ihr Leben dem Machbarkeitswahn geweiht haben, realisieren, was sie angerichtet haben, dann darf dort aber auch kein grünes Gras mehr wachsen, dann muß auch die Hoffnungslosigkeit total sein. Allmachtswahn und Ohnmachtswahn gehören zusammen.

Interview, leicht gekürzt, aus: "BUKO Dossier Gentechnik" Forum 188/89, Dezember '94.

Die dicksten Kartoffeln . . .

. . . ernten auch nach der Konferenz von Nassau die Konzerne des Nordens

Anfang Dezember letzten Jahres trafen sich VertreterInnen von Regierungen, Naturschutz- und 'Dritte Welt' Gruppen, Pharma-, Chemie- und Saatgutindustrie und internationaler Finanz- und Wissenschaftsinstitute aus 133 Staaten für zwölf Tage in Nassau auf den Bahamas. Sie verhandelten über die Umsetzung eines auf dem Umweltgipfel in Rio de Janeiro 1992 ausgehandelten Vertragswerkes zum Schutz biologischer Ressourcen. In dieser 'Biodiversitätskonvention' wird erstmals eine breite Grundlage zum Erhalt bedrohter Tier- und Pflanzenarten und deren Biotope (Lebensräume) geschaffen.

Wichtiger noch ist allerdings die erstmalige Anerkennung von staatlichen Souveränitätsansprüchen an genetischen Ressourcen, die diese Übereinkunft zu einem Instrument der Ressourcenpolitik macht.[1] Der Erhalt und die 'nachhaltige' Nutzung aller Lebensformen soll in Zukunft 'gerecht' und 'ausgewogen' vonstatten gehen - die 'Reziprozität' von Rechten und Pflichten soll die biologisch reich ausgestatteten Länder der 'Dritten Welt' dazu bewegen, für die Industriestaaten des Nordens einen weiterhin ausbeutbaren Schatz an biologischem Reichtum zu erhalten. (Zu dieser Problematik berichteten wir ausführlich in der Biotech-Schwerpunktnummer im Dezember 1994, blätter Nr. 202, S.30ff.) Im Gegenzug sollen 'Geberländer' biologischer Vielfalt (zumeist Entwicklungsländer der Tropen und Subtropen) an der späteren Vermarktung beteiligt oder für die Verwendung ihrer Ressource 'Biodiversität' entweder finanziell oder durch Techniktransfer entschädigt werden.[2]

Beispiele dafür gibt es bereits: So zahlt der Pharmariese Merck nicht nur eine Million Dollar an die costaricanische Regierung, um in den Naturschutzgebieten mit der Botanisiertrommel sammeln gehen zu dürfen. Merck muß auch 2% des Umsatzes von Produkten, die auf biologischen Ressourcen dieser Sammlungen basieren, an Costa Rica abführen. Die Kehrseite dieser Medaille ist, daß Patentierung von biologischem Material, die plant breeders' rights, im Rahmen von GATT und seinen Bestimmungen zu 'handelsrelevanten Aspekten intellektueller Eigentumsrechte' erheblich verbessert wurde.[3]

Darin werden Patentansprüche an isolierten, Gensequenzen und transgenen Lebewesen zugestanden und geregelt. Die in Rio formulierte Biodiversitätskonvention setzte scheinbar einen Schlußpunkt unter einen seit den frühen achtziger Jahren währenden Konflikt zwischen Industrie- und Entwicklungsländern über die Rechte an biologischen Ressourcen. Eine FAO-Resolution von 1983 sah vor, daß pflanzengenetische Ressourcen ein Erbe der Menschheit seien und deshalb allen ohne Einschränkung zur Verfügung stehen sollten. Die Idee hinter dieser Resolution war, einen weltweit freien Austausch von Saatgut zu ermöglichen. Entwicklungsländer unterstützten die Resolution weitgehend, während fast alle Industriestaaten entschiedene Einwände vorbrachten. Die Resolution verlangte nämlich den freien Austausch aller genetischer Ressourcen, also auch die der Hochertragssorten, für die die Entwicklungsländer viel Geld an die seit den siebziger Jahren international organisierten Saatgutfirmen zahlen mußten.

Diese hatten bei ihrer Züchtung auf die bei den 18 Internationalen Landwirtschaftlichen Forschungsanstalten (IARCs) gelagerten und in Entwicklungsländern frei verfügbaren genetischen Ressourcen, meist in Form von Saatgut, zurückgegriffen. Die Vorgehensweise, daß Firmen Grundmaterial frei erhielten, dies manipulierten und gegen Lizenz weitergaben, wurde von denen, die das Grundmaterial lieferten (den Entwicklungsländern) zurecht als unfair empfunden.

Wer kontrolliert die Genbanken?

Die Biodiversitätskonvention erkannte nun zwar Staatssouveränität und farmer's rights erstmals an, ungeklärt blieb allerdings, wem die enormen Gen- und (vor allem) Saatgutbanken der IARCs gehören, die momentan unverzichtbares Spielmaterial moderner Pflanzenzüchtung sind. Wer kontrolliert diese bereits gesammelte genetische Information, nachdem die Rio-Konvention die Rechte an den genetischen Ressourcen weitgehend den Ursprungsstaaten zugesprochen hat. Die IARCs werden von der Consultative Group for International Agricultural Research (CGIAR), einem losen Verband der Hauptgeldgeber der IARCs, geleitet. Die Weltbank und das US-amerikanische Entwicklungshilfeministerium zahlen dabei die größten Summen ein und haben dadurch den größten Einfluß. Alle 18 Institute haben große Saatgutbanken, die größte davon wird vom Internationalen Rat für Pflanzengenetische Ressourcen (IBPGR) in Rom unterhalten, wo Zehntausende von Pflanzenarten und -sorten eingelagert sind. Die in Rio zugestandene staatliche Souveränität schloß ein, daß die IARCs ihre genetischen Ressourcen der Kontrolle von Regierungen unterwerfen. Die Saatgutbanken der IARCs sollten nun der von der FAO unterstützten Intergovernmental Commission on Plant Genetic Ressources, einer internationalen Regierungskommission, die von Industrie- und Entwicklungsländern besetzt ist und bei der die Entwicklungsländer in der Mehrheit sind, unterstellt werden.

Diese Idee war schon in den achtziger Jahren als Kompromiß vorgeschlagen worden. CGIAR, in dem Entwicklungsländer kaum Mitspracherecht haben, widersetzte sich im Vorfeld der Nassaukonferenz aber dem Vorschlag. Ihr Sprecher, der Weltbank-Vizepräsident für 'Sustainable Development', schlug stattdessen vor, ein zentrales Komitee einzurichten, das Bezuschussung, Forschung und Nutzungsrechte kontrollieren sollte. Diesem Komitee sollte ein Vertreter der Weltbank vorstehen. Dies wurde von den Entwicklungsländern empört als moderne Form der Plünderung zurückgewiesen, da sich damit die Industriestaaten des Nordens wiederum die Kontrolle über die Weltgenressourcen sichern würden. Die Weltbank hatte in ihren Augen einen kalten 'Staatsstreich' mit weitreichenden Folgen vor. Der ICPGR sollte in ihren Augen bestimmen, ob und wie die IARCs und die Länder, die ihren reichen Schatz an biologischer Vielfalt für kommerzielle Pflanzen- und Tierzucht zur Verfügung stellen, von Privatfirmen zu entschädigen seien. In Rio wurde schließlich der Weltbank die Kontrolle über die Ressourcen der IARCs gelassen, und sie lockte diese vor Nassau mit enormen Fördersummen, um sie als Betroffene auf ihre Seite zu bringen. Die Grundlagenarbeit der Zentren wird dringend benötigt, um die

moderne Pflanzenzucht weltweit in Gang zu halten und trotzdem drohte die Weltbank bei 'Fehlbetragen' mit Mittelkürzungen.

Nassau und kein Ende

Die Ergebnisse der Vertragsstaatenkonferenz können sich für die Weltbank und die Industrieländer in vielerlei Hinsicht sehen lassen, obwohl die 12tägige Konferenz in Nassau in vielem hinter den bereits niedrigen Erwartungen zurückgeblieben ist. „Everything is still in flux" (alles ist noch in Bewegung), bemerkte ein langjähriger Kenner der Szene Keine Einigung wurde über den zukünftigen permanenten Sitz des Biodiversitäts-Sekretariats erzielt. Der World Wide Fund for Nature - stellvertretend für andere Naturschutzgruppen - war sauer, daß das Thema Regenwaldschutz ausgeklammert blieb. Das Thema 'Biosicherheit', der 'sichere' Umgang und Transport gentechnologisch veränderter Organismen, wurde ebenfalls auf die Folgekonferenz 1996 in Leipzig vertagt. Die Rechnung der Weltbank allerdings ging auf, sie kontrolliert weiter den Löwenanteil internationaler Umweltgelder und behält so den Daumen auf den genetischen Ressourcen, die nun unter dem Stichwort sustainable development diskutiert werden. Sie wird weiterhin den Vorsitz in der CGIAR und damit den größten Einfluß in diesem wichtigen Gremium behalten.

Für die Genbanken wurde ein fauler Kompromiß getroffen. Zwar kann Material, das vor Dezember 1993 in die umfangreichen Genbanken der IARCs und der einiger Industrieländer eingelagert wurde, von niemanden patentiert werden, dafür können die Ursprungsländer für das Material auch keine Ansprüche formulieren. Damit bleiben die Genbanken weiterhin kostenlose Quelle moderner Pflanzenzüchtung, obwohl deren Produkte, sofern sie genügend gentechnisch manipuliert wurden, trotzdem in Zukunft patentiert werden können. Die FAO muß noch immer an den 'Rechten' der Bauern, die Landrassen gezüchtet hatten, rumbasteln. Zwar werden Staaten (und damit Regierungen) bereits in einigen Fällen kompensiert (siehe Costa Rica). Es bleibt jedoch die Frage, wem dieses Geld zugute kommen wird. Es dürfte kaum gerecht unter den peasants, den Subsistenzbauern, verteilt werden, die den Löwenanteil der 'Vorarbeit' geleistet hatten.

Die Stellung der internationalen Forschungsanstalten, die zum großen Teil die Genbanken beherbergen, mußte radikal geändert werden, um sie ihrer in Nassau neu zugeteilten Rolle anzupassen: Ihnen wurde der Status von 'Staaten' (Diplomatenstatus) zuerkannt. Bis dato konnten die Zentren, die den Status von Rechtspersonen innehatten, mit einzelnen Ländern keine bilateralen Verträge aushandeln. Dies wird nun erstmals möglich. Dieser neue Status paßt besser zur sich ändernden Rolle der Forschungszentren. Ihr Forschungs- und Arbeitsschwerpunkt wurde nämlich geändert. Sie sollen in Kooperation mit staatlichen Forschungsanstalten den Schwerpunkt auf 'sustainable development' legen. Im Rahmen ihrer bisherigen Tätigkeiten heißt das weniger eigene Zucht von Hochertragssorten, die direkt zum Einsatz kommen sollen, als vielmehr das Rohmaterial (raw germplasm - Keimmaterial) zuallererst zu finden und dann zu erhalten. Sie sollen zu 'custodians of germplasm'- Hütern von Keimmaterial - werden und sich auf Grundlagenforschung beschränken. Die Anpassung der in den Zentren als 'Rohzüchtung' gewonnenen Sorten an lokale Bedingungen soll dann staatlichen oder lokalen Einrichtungen (primär wohl privaten) überlassen bleiben.

Schach dem Süden

Dies kommt einer Quasiprivatisierung der internationalen Pflanzenzüchtung gleich: die IARCs liefern den Teig und die privaten Saatgutfirmen backen die Brötchen und kassieren den Gewinn: denn nur die vermarktbaren Endversionen von Neuzüchtungen können patentiert werden. Mit dieser Aufgabenverschiebung in die 'Grundlagenforschung' geht auch eine Kürzung der Mittel einher. Dies ist weniger ein politischer Akt, vielmehr die Realisierung der Weltbankdrohung, weniger zu fördern, wenn man ihr Schwierigkeiten bereiten würde. Und diese deuten sich an: Die Zentren sollen nämlich als weitere Aufgabe die Anfälligkeit der Anbaupflanzen (crop susceptibility) überwachen und vor allem zu 'honest brokers' der Biotechnologie weltweit werden.

Darunter ist folgendes zu verstehen: von über 150 Nationen sind gerade 25 in der Lage, DNA zu sequenzieren. Damit wäre es 125 Nationen nicht möglich, nachzuweisen, daß eine von einer Saatgutfirma auf den Markt gebrachte Hochertragssorte auf Wildpflanzen oder Landrassen beruht, die im eigenen Land vorkommen. Dafür ist aber eben jetzt vorgesehen, daß (wegen der nun möglichen Staatssouveränität über biologische Ressourcen) die Firma an den Staat 'Lizenzgebühren' bezahlen müßte. Der Nachweis bedarf aber moderner Methoden der Gentechnik. In Afrika wären z.B. nur Ägypten und Südafrika in der Lage, einer multinationalen Saatgutfirma die lizenzpflichtige Verwendung aus diesen Ländern stammenden biologischen Materials nachzuweisen. Die anderen gingen leer aus. Diese Nachweise sollen nun die IARCs führen und als 'Broker' die Verhandlungen zwischen Regierungen und Firmen vermitteln aus einer neutralen (ehrlichen) Position heraus. Dies kann der Weltbank nicht gefallen. Kein Wunder also, daß die Gelder für die einstigen Förderer und Antreiber der Grünen Revolution zusammengestrichen werden. Und trotzdem ging das Schachspiel für die Weltbank und die Industrieländer auf. Dadurch, daß die Zentren weiterhin am Geldtropf der Weltbank hängen, stellt sich auch die Frage, wie 'honest' dieses Brokertum letztendlich sein wird.

Die größte Ironie entsteht aber woanders. Es ist nämlich nicht abwegig, daß die 'honest broker'- Rolle der IARCs primär dazu dient, Patentierungen in den Staaten, die die entsprechende Infrastruktur nicht besitzen, überhaupt erst technisch zu ermöglichen. Unter dem Deckmantel der Reziprozität werden Institutionen moderner Ausbeutung geschaffen, denn was an 'Lizenzgebühren' in genetische Geberländer fließen wird, wird vermutlich nur ein Bruchteil der Mittel sein, die an Patentgebühren in die Industrieländer zurückfließen werden. Doch welche Wahl außer mit den Wölfen zu heulen hatten die Entwicklungsländer: der Status Quo hätte ihnen nicht einmal die Kompensationszahlungen gewährt!

Nächstes Jahr soll in Leipzig das alles entscheidende Treffen zum Thema Biodiversität stattfinden. Vielleicht entwickelt bis dahin auch die Bundesregierung ein Interesse an dem Thema. Schließlich beherbergt Deutschland ebenfalls zwei große Genbanken, in Braunschweig und in Gatersleben, die letztere als Erbe der ehemaligen DDR. Den Deutschen, die mit einer Armada von Leuten zur Klimakonferenz nach Berlin pilgern werden, war Nassau nur eine Handvoll VertreterInnen wert.

Martin Storksdieck

Anmerkungen:

1 Vgl. Themenschwerpunkt 'Biotechnologie' in den blättern Nr. 202 Dezember '94.
2 Flitner, M. (1994): Der eine Wald für alle. blätter des iz3w Nr. 202, 1994: 30-33.
3 Leskien, D. & M. Flitner (1994): Biopatente weltweit. blätter des iz3w Nr. 202, 1994: 34-36.



Schwierige Gewässer

Zum Kongreß „Migration und Rassismus in europäischen Hafenstädten"

Vom 16.2. bis 19.2. veranstaltete die Werkstatt 3 in Hamburg den internationalen Kongreß „Migration und Rassismus in europäischen Hafenstädten". Im Mittelpunkt des Kongresses stand die Situation von MigrantInnen und Flüchtlingen in Hafenstädten.

Diese Schwerpunktsetzung begründet sich zum einen durch die historische Situation von Hafenstädten als Durchgangspforten transkontinentaler Aus- und Einwanderung und durch ihre Rolle als Zentren des Warenhandels und der wirtschaftlichen Entwicklung in den jeweiligen Gesellschaften. Zu dem sind es die vielfältigen Erfahrungen von antirassistischer Arbeit in Hafenstädten, die Anlaß geben, diesen Städten besonderen Raum zu geben. Trotz der in ganz Europa forcierten Abschottungspolitik bestehen nämlich in Hafenstädten besondere Formen der Einwanderung. So wurden etwa in den letzten sieben Jahren im Hamburger Hafen offiziell 1000 'blinde Passagiere' registriert.

In den etwa 20 Veranstaltungen konnten 30 VertreterInnen von antirassistischen Initiativen und AkademikerInnen aus den Hafenstädten Barcelona, Hamburg, Kopenhagen, Lissabon, Marseille, Rotterdam und St. Petersburg ihre Projekte vorstellen. Ziel des Kongresses sollte, neben dem Erfahrungsaustausch und der Bestandaufnahme verschiedener Projekte und Gruppen, der Anstoß zu einer verstärkten Zusammenarbeit auf europäischer Ebene sein.

Schon in der Eröffnungsveranstaltung wurde deutlich, daß das Interesse der rund 300 TeilnehmerInnen kaum der abstrakten Diskussion über weltgesellschaftliche und -wirtschaftliche Entwicklungen galt. Die Thesen des Vortrages von Lydia Potts zu „Weltwirtschaft, Metropolen-Entwicklung und Süd-Nord-Migration" wurden kaum genutzt, um über Tendenzen und Einschätzungen von Migrationsbewegungen und deren Bedeutung für die 'Festung Europa' zu diskutieren. Nach Ansicht von Lydia Potts ist West- Europa auch weiterhin auf flexible Arbeitskraftpotentiale, angewiesen. Ihre These, daß die gegenwärtige, an nationalstaatlichen Lösungen festhaltende, Migrationspolitik den absehbaren Entwicklungen und Anforderungen auf globaler Ebene nicht gewachsen sein wird, und daher das Festhalten an ihr weniger realistisch sei, als die den Realpolitikern utopisch erscheinende Forderung nach offenen Grenzen, fand trotz aller politischer Brisanz keine Beachtung.

Harmonisierte Ausgrenzung

Stärkeres Interesse fanden die Städteberichte aus Barcelona, Lissabon, London und St. Petersburg über die Bedingungen und Veränderungen der antirassistischen Arbeit. Die Harmonisierung der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik führt für einen Teil der ImmigrantInnen zu einer größeren Sicherheit hinsichtlich ihrer rechtlichen Situation. Für den Teil der MigrantInnen und Flüchtlinge, die sich zumeist erst seit kurzer Zeit in Europa aufhalten, führt diese Harmonisierung auf der anderen Seite zu einem nicht abgesicherten Aufenthaltsstatus: Sie werden illegalisiert. Deutlich wurde, daß sich die rechtliche Situation in den meisten europäischen Staaten zunehmend der bundesdeutschen Rechtslage angleicht. Wurde z.B. noch vor wenigen Jahren den Kindern von EinwanderInnen in Spanien die Staatsbürgerschaft gewährt, so ist dort mittlerweile ein ähnliches Recht wie in der BRD durchgesetzt. Auch in Spanien wird die Staatsbürgerschaft durch Abstammung geregelt.

Die Harmonisierungspolitik der EU-Staaten bedeutet für die MigrantInnen, daß eine bestehende formale Gleichheit zugunsten institutionell-rassistischer Ausgrenzung aufgehoben wird. Am Beispiel Portugal zeigte Antonio Saraiva (Associco Cultural e Recreativa Angolana, Lissabon), daß die EU-Politik für Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus eine Abkoppelung vom „offiziellen" sozialen und wirtschaftlichen Leben bedeutet. Ohne den Nachweis eines Arbeitsplatzes gibt es für diese Menschen keine Möglichkeit einer Legalisierung des Aufenthalts. Da die UnternehmerInnen aber gerade an der billigen (sozialversicherungsfreien) Arbeitskraft interessiert sind, drohen sie mit Entlassung, falls von MigrantInnen dieser Nachweis eingefordert wird.

Blinde Passagiere

Bedauerlich war es, daß durch die große Anzahl von ReferentInnen relativ wenig Platz zur Diskussion blieb. So kam es meist nur zu einem Erfahrungsaustausch in den unterschiedlichen Bereichen der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik, wie Arbeits- und Wohnungsmarkt, Stadtentwicklung, jugendliche MigrantInnen, Rassismus in der Großstadt, Feminisierung und antirassistische Praxis. Die Diskussion über die Möglichkeit einer antirassistischen Politik auf europäischer Ebene blieb in den Anfängen stecken. Zum einen soll in verschiedenen Hafenstädten ein Informationsnetzwerk über 'blinde Passagiere' aufgebaut werden, deren Anzahl höher ist als bislang angenommen. Das Schicksal dieser Menschen ist vom good will der Schiffahrtsgesellschaften und der jeweiligen Hafenbehörden abhängig. Nach einem Bericht von Judith Bergen (Vluchtelingen Werk Rijnmond, Rotterdam) gibt es zahlreiche Fälle, in denen diese Flüchtlinge monatelang an Bord gehalten wurden, bis sie ein Aufnahmeland gefunden haben. Einige Initiativen, die Solidarität für die in europäischen Staaten illegalisiert lebenden Menschen organisieren, beschlossen, sich in Zukunft stärker auszutauschen und zu vernetzen.

In der abschließenden Diskussion über die „Perspektiven einer antirassistischen Politik auf europäischer Ebene" wurde das Dilemma der antirassistischen Bewegung deutlich: Die Strukturen in der Zusammenarbeit auf nationaler Ebene sind zu schwach und die politischen Interessen zu heterogen. Trotz aller Dringlichkeit konnte so keine Einigkeit über ein weiteres, gemeinsames Vorgehen erzielt werden, das der gegenwärtigen Migrations- und Flüchtlingspolitik in Europa spürbaren Widerstand entgegensetzen könnte.

Christoph Schmitt

Talk-Talk

Der Rassismus in den US-Medien

Wenn obdachlose Menschen nicht aus eigenen Stücken überleben können, dann sollte man sie einschläfern. Obdachlose sollten lieber sterben, denn sie sind eine Last für die Gesellschaft, eine Platzverschwendung."

Diese Aussage stammt von keiner Fascho-Glatze aus Deutschland; sie stammt von einem sogenannten 'talk-show host', einem 'Talkmaster' der Radiostation KFI-AM in Los Angeles, USA.

Der Mann heißt Emiliano Limon. Er ist vermutlich Einwanderer aus Mexiko oder El Salvador in der zweiten Generation, und er behauptet zu wissen, wovon er spricht: drei Wochen lang hat er probeweise in einem sogenannten 'shelter', einem Dach-über-den-Kopf für Obdachlose, als Freiwilliger eine Gastrolle gespielt.

Auf seine Sendung hin gingen Proteste der lokalen 'Koalition für die Beendigung der Obdachlosigkeit' beim Sender ein. An die staatliche Zulassungsbehörde gerichtete Forderungen, die Lizenz des Senders zu überprüfen, fertigte diese jedoch mit dem Verweis ab, die Beschwerde läge außerhalb ihrer Befugnisse. Die Station selbst hat sich entschuldigt, gleichzeitig aber das Recht ihres Talkmasters "auf seine freie Meinung" betont.

Freie Meinung in einem freien Land: Amerika wie es in diesen Tagen des Talk-Radios leibt und lebt, landesweit und alltäglich. Der Radio-Guru, dem tagtäglich 20 Millionen Amerikaner begeistert lauschen, heißt Rush Limbaugh. Dieser amerikanische Ekel Alfred vertreibt seine gesammelten rassistischen Dummsprüche inzwischen auch in Hunderttausenden von Buch-Exemplaren mit dem Titel "Ich habs Euch doch gleich gesagt!". Der Mann ist inzwischen so populär, daß sich die Auto-Aufkleber mit der Botschaft 'Rush for President' mehren.

Da das alles verfassungskonform ist, gehen manche besorgte Beobachter bereits davon aus, daß die Präsidentschaftswahlen 1996 vom Talk-Radio entschieden werden. Warum? Weil der US-amerikanische Mensch, vor allem seit er aus den Städten in die Vorstädte umgesiedelt ist, immer mehr Zeit im Auto verbringt. Und in dieser Zeit lauscht er vorwiegend Sendungen vom Schlage der Machwerke eines Limbaugh oder eben Limon. Die rund um die Uhr quasselnden Anrufer-Radios verstopfen die Hirne.

Dabei ist der Autofahrer keineswegs ein stummer Konsument. Immer häufiger klinken Autofahrer sich in die Anruf-Sendungen ein. Das billige Funk-Telefon macht's möglich. Wenn ich auf der Stadt-Autobahn FahrerInnen hektisch beim Telephonieren beobachte, dann frage ich mich stets, mit welcher dieser rechtsradikalen, rassistischen Talk-Shows der Kleinbürger Amerikas sie jetzt wieder telefoniert und was da an Meinungsmüll drahtlos auf einen der vielen Kloaken-Sender geht.

Weil der gemeinsame Nenner immer stumpfsinniger wird, haben es die Politiker und ihre Werbe-Agenturen den Talk-Radios nachgemacht. So dick, daß es sogar einem Leitartikler der zum konservativen Hearst-Konzern gehörenden HOUSTON CHRONICLE aufstieß. Der schrieb: "Schmutzige Politik: Wenn sie das Niedrigste vom Niedrigen sehen wollen, dann brauchen Sie nicht weit zu schauen!" Das war zwar brav protestantisch und moralisierend dahingeschrieben, ändern wird sich jedoch nichts, denn das Ganze ist ein Zirkel: die Sender und die Senderchen brauchen alle zwei Jahre das Werbegeld der Politiker, Bahnaufseher, Bankenaufseher und der vielen hundert Richter, die dann gewählt werden. Sie alle brauchen die elektronischen Transmissionsriemen als Dreckschleudern.

Barbara Ehrenreich, die für die "Mutter aller Nachrichten-Magazine", das TIME-Magazin schreibt, schilderte die Medien-Realität in einem Radiovortrag unter dem Titel "The Trashing of the News" (zu deutsch: die "Vermüllung der Nachrichten"). Sie zeigte auf, daß eine Berichterstattung über die ständig wachsende Massen-Armut nicht mehr existiere, "denn die Armut ist ja in erster Linie die der Schwarzen, Latinos, aber in wachsendem Maße auch des 'white trash'." Stattdessen gebe es nur eine oberflächliche Beschäftigung mit den verkäuflichen Themen wie Kriminalität, Drogenabhängigkeit und neuerdings der sogenannten "Illegimität" unehelicher Kinder - alles Probleme, die von den Medien vornehmlich als solche der dunkelhäutigen Bevölkerung gesehen werden. Das dauerhafte Gerede von der 'Promiskuität der Armen' habe die reale Armut völlig verdrängt. Dabei ist das Realeinkommen der Amerikaner seit 30 Jahren ständig gefallen. Heute arbeiten 30 % aller US-Amerikaner ganzjährig für Hungerlöhne.

Die prime-time Nachrichten der großen Networks beschäftigen sich jedoch lediglich mit dem behaupteten moralischen Versagen der Armen, mit Kindern, die von Müttern in Appartments der 'inner cities' zurückgelassen werden oder mit 13jährigen Mördern.

Die Ausrichtung der Nachrichtengebung ist zugleich sexistisch und rassistisch. Kaum verwunderlich ist es, wenn die Amateur-Chirurgie der Lorena Bobitt (das ihrem Ehemann abgeschnittene Geschlechtsteil wurde dem TV-Publikum tagelang präsentiert, d.Red.) mehr interessiert als eine Beschäftigung mit den Kosten einer chirurgischen Operation eines Durchschnittsamerikaners in einem Hospital.

Die gesamte Berichterstattung wird von kurzfristigen und sich wiederholenden Moden beherrscht. Ein bekanntes Beispiel ist "der Arabische Terrorismus". Dieser wurde derart aufgebaut, daß über Monate kaum noch Touristen nach Europa geflogen sind. Bis schließlich NEWSWEEK erklären mußte: "Die Wahrscheinlichkeit gekidnappt zu werden ist wesentlich geringer als in der Badewanne zu ersaufen."

Wie erfolgreich und perfide die Beförderung des Rassismus durch das Talk-Radio und die anderen Medien tatsächlich ist, haben jüngst Umfragen in Kalifornien bewiesen. Dort hat sich eine Mehrheit der legalen Einwanderer der ersten Generation aus Mexiko nach wochenlanger Gehirnwäsche durch rechte Politiker und die Medien für die sogenannte 'Proposition 187' ausgesprochen. Die sieht nicht nur die prompte Rückschaffung neuer illegaler Einwanderer über die Grenze zurück nach Mexiko vor, sondern sie schreibt darüber hinaus vor, daß den Kindern dieser Illegalen jede medizinische Hilfe und schulische Ausbildung verweigert werden muß.

Dennoch haben gerade die legalen Latinos dieses - selbst von aufgeklärten Republikanern als 'unmenschlich' verurteilte - Gesetz mehrheitlich unterstützt. Ein voller Erfolg auch des brainwashing: Die gesellschaftlichen underdogs, die gerade einmal die Schwelle zur Legalität überschritten haben, gönnen den under-underdogs nicht einmal die Basis-Leistungen einer formal zu den reichsten der Welt zählenden Gesellschaft. Dabei zahlen selbst die Illegalen alle nur denkbaren Arten von Steuern an diese Gesellschaft, die sie per Billigst-Lohn ausnutzt.

John Steinbecks "Grapes of Wrath", die bitteren Trauben der Wut, ranken sich heute, dank Müll-Düngung durch die 'trash-medien', auf perverse Weise im Bewußtsein der hirngewaschenen farbigen und 'white-trash'-Unterklassen Amerikas.

Gerd Meuer

Republik der Angst

Die autoritären Staaten im Mittleren Osten als Episode auf dem Weg in die Zivilgesellschaft?

"Beyond the Ultranationalist State" lautet der Originaltitel des Beitrages des Soziologen und Historikers Izam al-Khafaji, den die blätter in deutscher Übersetzung in der Dezemberausgabe abgedruckt hatten. ('blätter' Nr. 202) Der Beitrag hatte in den USA eine intensive Diskussion angeregt. Khafaji beschreibt hier die Entstehung und das zu erwartende Ende extrem autoritärer Staaten in Ägypten, Syrien und dem Irak. Im folgenden wird die Gültigkeit von Khafajis Aussagen am Beispiel des Irak überprüft. [1]

Khafaji geht von zwei Ereignissen der jüngeren arabischen Geschichte aus, die einen Schock für das nationalistische arabische Selbstbewußtsein bedeuteten: die Niederlage im Sechstagekrieg 1967 und die Niederlage im 2. Golfkrieg 1991. Von dem Zeitpunkt an konstatiert er den Verfall des Mythos vom starken Staat, der seinen Höhepunkt in der Zwischenzeit hatte. Gleichzeitig stößt er bei vielen arabischen Intellektuellen auf eine Verklärung der Zeit davor, auf die Projektion einer zumindest ansatzweise vorhandenen Zivilgesellschaft. Hier setzt Khafaji mit seiner soziologisch fundierten Geschichtstheorie ein. Khafaji führt aus, daß eine zivile Gesellschaft in Staaten, in denen die Masse der Bevölkerung unter clanartigen Verhältnissen, in Abhängigkeit von Großgrundbesitzern auf dem Land lebte, nicht entstehen konnte. Mit dem Zuzug der ländlichen Massen in die Großstädte sei dann auch die rein städtische Linke an die Wand gedrückt worden, während die Zugewanderten eher durch die populistischen Parolen nationalistischer Parteien zu erreichen waren. Träger dieser Ideologie war eine viel kleinere Gruppe von Leuten, die aus Kleinstädten stammten und über Klientelverhältnisse in den Staatsdienst gekommen waren, aber doch von den großstädtischen Eliten verachtet wurden. Der Staat wird zum Mittel für den Aufstieg dieser Leute und hierin sieht Khafaji die Wurzel des Glaubens an den starken Staat, bzw. des "Ultranationalismus"[2]. Die Machtübernahme durch die "Ultranationalisten" ist für Khafaji letztendlich nichts anderes als die Entmachtung der großstädtischen Eliten. Indem sich nun die Gesellschaft entwickelt und ausdifferenziert, verschwinden dann auch wieder die "ultranationalistischen" Regime.

Mit einigen seiner soziologischen Beobachtungen hat Khafaji sicher recht, andererseits geht er bei seiner Analyse ebenfalls über vieles hinweg. Z.B. ist das Bild der einfachen Landbevölkerung und der städtischen Linken einfach zu schlicht. Die Masse der Menschen, die in die großen Städte zog, waren Schiiten aus dem Süden, eine Gruppe, die traditionell als wenig empfänglich für die panarabistischen Parolen der Baath galt. Zusammen mit anderen Gruppen, die dem arabischen Nationalismus ablehnend gegenüberstanden wie KurdInnen, AssyrerInnen, TurkmenInnen, PerserInnen u.a., stellen sie ca. 80% der Gesamtbevölkerung. Ein Teil der Landbevölkerung war von der Linken schon in den Fünfzigerjahren gegen den Großgrundbesitz agitiert worden, insbesondere im Süden, wo die "Irakische Kommunistische Partei" (IKP) besonders stark war.

Tatsächlich hat die Baath vor ihrer Machtübernahme 1968 nie über eine Massenbasis verfügt, zumal ihr der Abscheu entgegenstand, den die meisten IrakerInnen wegen ihres brutalen Vorgehens empfanden. Es sagt daher nichts über die Verhältnisse im Irak vor 1968, aber viel über Khafajis Geschichtsverständnis, wenn er schreibt: "Voraussetzung dafür, daß sich viele Menschen - nicht nur die Intellektuellen - der Grausamkeit bestimmter Regimes bewußt werden, ist das Bestehen solcher ausdifferenzierter städtischer Schichten..."

Jeder Machtwechsel im Irak erfolgte durch einen Militärputsch. Dabei war die Meinung der Mehrheit im Lande von untergeordneter Bedeutung. Der Machtapparat des Staates war aber seit der Monarchie überwiegend gegen die Kommunisten eingestellt. So konnten sie trotz ihrer großen Popularität nie an die Macht kommen und waren schon seit 1963 den Mörderbanden der viel kleineren Baath schutzlos ausgeliefert.[3]

Die Ideologie der Baath[4] erreichte die Massen erst, nachdem sie sich an die Macht geputscht hatte durch Mittel wie das Schulsystem, die gelenkte Presse etc.. Was an der Politik der Partei populär war, war lange Zeit ein Imitat kommunistischer Forderungen, nur etwas erleichtert um einen Teil ihres linken Ballasts. Von großer Wichtigkeit für den Machterhalt der Baath war es auch, daß ihr ab 1973 ein ungeheurer Ölreichtum in den Schoß fiel. Dadurch wurde eine sozialdemokratische Verteilungspolitik möglich. Außerdem wurde konsequenter als zuvor zu geheimpolizeilichen Maßnahmen gegriffen und es wurden immer wieder Säuberungen im Militär durchgeführt.

Hätte die Popularität bei den Massen entscheidendes in der Machtfrage bedeutet, so wären viel eher die Kommunisten an die Macht gelangt als die Baath. Mir ist daher nicht nachvollziehbar, wie Khafaji dazu kommt, das Baath-Regime als "Produkt großer, nicht an Institutionen gebundener und wenig ausdifferenzierter Schichten im Zusammenhang mit einem Modernisierungsschub" anzusehen.

Wenn man Khafajis Artikel liest, so hat man den Eindruck, als sei alles gar nicht so schlimm. Schließlich ist der "Ultranationalismus" nur der notwendige Übergang von einer clanartig strukturierten Gesellschaft zu einer Zivilgesellschaft und "gerade die brutalen Regime" sind es, die letztlich dafür sorgen, daß sich ein "demokratischer Konsens herausbildet", weil sie die Gesellschaft "modernisieren".[5] Da lohnt es sich doch kaum noch, sich mit diesen Regimen auseinanderzusetzen, also genau die Auseinandersetzung zu führen, die Kanan Makiya (teilweise unter dem Pseudonym Samir al-Khalil) eingefordert hat, als er auf die Leichenberge des Regimes zeigte und die arabischen Intellektuellen fragte, warum sie das nicht interessiere. Besonders zu interessieren scheint es auch Khafaji nicht. Z.B. macht er das Versagen der "ultranationalistischen" Regime mit großer Detailbeflissenheit an Quadratkilometern besetzten Landes im Libanon oder der Abgabe einiger Wüstenstreifen an Saudi-Arabien u.ä. fest. Nicht erwähnt werden dagegen Verbrechen wie das an den 5.000 Männern des Barzan-Tales, von denen sich Saddam Hussein öffentlich brüstete, er habe sie zur Hölle geschickt, nicht das Giftgasmassaker von Halabja, nicht die Massenerschießungen während der Anfal-Operation in Kurdistan und viele mehr.

Erst wenn man sich aus dem blanken Notwendigkeitsdenken löst, treten Verantwortungen und Hintergründe hervor und es drängt sich die Frage auf, ob ein "Ultranationalismus" aus der Verantwortung des arabi-

schen Nationalismus herausgenommen werden kann und dieser sich damit von so scheußlichen Erfahrungen reinigen läßt, wie sie Makiya beschreibt. Die Beschäftigung mit dem Baath-Regime als Teil der Gegenwart und Hypothek für die Zukunft wäre aber wichtiger, als dieses zu einer Übergangsstufe zu bagatellisieren. Am Tiefpunkt seiner Macht, nach dem Ende des 2. Golfkrieges hat sich dieses Regime nämlich keineswegs von selbst aufgelöst, sondern bei der von den USA zugelassenen Niederschlagung des Aufstandes noch ein weit größeres Blutbad angerichtet als der Krieg, in den es das Land gerade geführt hatte. Sind das die Zustände eines Landes, das kurz davor steht, sich nach einem Modernisierungsschub zu demokratisieren?

Verständnislos steht Khafaji vor dem Aufstand gegen Saddam und vergleicht ihn hilflos mit jener Farce von Nassers Rücktritt nach dem Sechstagekrieg, die mit Massendemonstrationen für Nassers Rückkehr und die Bestrafung seiner Minister endete. Dem arabischen Nationalisten ist eine arabische Niederlage gleich der anderen und die spezielle Geschichte des Saddam-Regimes so lästig, daß er sie nicht einmal als Möglichkeit zur Erklärung des Aufstandes erwägt. Die Idee der Nation beinhaltet die Annahme eines gemeinsamen historischen Schicksals und so steht die Vorstellung einer arabischen Nation der Kenntnisnahme der unterschiedlichen Wirklichkeiten in allen Winkeln der arabischen Welt entgegen.

Khafaji ist nicht der erste, der im Irak vor allem die Prozesse der Modernisierung am Werk sieht und tatsächlich hat der nationale Vereinheitlichungsprozeß etwas gemein mit der Gewalt der Modernisierung. Aber mußte dieser Prozeß genau so ablaufen und wie modern ist der Nationalstaat der Baath wirklich? Außerhalb ihrer eigenen Strukturen hat die Führung des Irak zwar versucht, Bindungen an Familie, Clan und Religionsgemeinschaft zu lockern, aber nur um sie durch eine neue Unterordnung unter Staat, Partei und Führer zu ersetzen. Wichtig wird die Frage nach der Modernität vor allem durch den Gebrauch, den Khafaji von ihr macht, indem er sich bei seiner Argumentation stillschweigend von dem Mythos leiten läßt, daß der historische Fortschritt auch zu besseren Zuständen führen müsse. Eine ebenso alte wie schöne Vorstellung, die man aber nicht unbedingt teilen muß.

Ein etwas schauriger Aspekt ist, daß das Regime selbst auf das Modernisierungsargument zur Rechtfertigung bzw. Verschleierung seiner Verbrechen zurückgegriffen hat. So wurde die Vertreibung der kurdischen Landbevölkerung mit der Umsiedlung in "moderne Städte" begründet. Die "modernen Städte" waren Siedlungen hinter Stacheldraht, manchmal nur abgezäuntes Feld unter der Aufsicht von Wachtürmen und für viele das Massengrab. Dieses Verbrechen war kein Ausbruch archaischer Grausamkeit, sondern eine moderne Unternehmung, von langer Hand geplant, mit einer Volkszählung vorbereitet, umgesetzt mit modernen Waffen und Transportmitteln, bis hin zu den Bulldozern zum Öffnen und Verschließen der Gräberfelder. Selbst in seiner in den letzten Jahren so bedrängten Lage war das Regime noch fähig, einen als Modernisierung der Landwirtschaft getarnten Völkermord an den schiitischen Arabern in den Marschen des Südens zu begehen. Hier ist das Regime in einer ganz anderen Weise modern, als sie Khafaji vorschwebt.



Demonstration gegen Saddam Hussein im Mai 1991, Irakisch- Kurdistan. Foto: R. Maro

In den Ländern des Nahen Ostens leben BürgerInnen mit verschiedenen Gruppenidentitäten und dies ist sicher ein Problem. Aber diese Vielfalt hat auch Vorteile, denn sie schützt vor den letztlich diktatorischen Ansprüchen, die jede Form des Nationalismus begleiten. Die jüngere Geschichte des Irak zeigt, daß die Vernichtung dieser Vielfalt durch den Nationalstaat ein Ergebnis gebracht hat, das kaum schlimmer sein könnte. Wenn der Nationalstaat aber scheitert, so läßt er häufig die Vielfalt, die früher weitgehend friedlich bestand, als sich bekämpfende Gruppennationalismen zurück. Dieses Ergebnis, das auch den Irak bedroht, stellt den Nationalstaat endgültig in Frage.

Vielleicht hat die sehnsuchtsvolle Rückwendung vieler arabischer Intellektueller zu der Zeit vor der Herausbildung der bestehenden Regime, trotz der von Khafaji zu recht gerügten irrealen Verklärung, auch etwas Gutes, enthält sie doch das Eingeständnis, daß etwas nicht richtig gelaufen ist.

Jan Keetman

Anmerkungen:

1) Meiner Ansicht nach weichen die Bedingungen in diesen Staaten weit voneinander ab, so daß eine gemeinsame Sicht, wie sie Khafaji versucht, an sich schon ein Wagnis ist. Als wichtig für Syrien möchte ich nur auf die besondere Rolle hinweisen, welche die Glaubensgemeinschaft der Alewiten in Hafiz al-Asads Republik spielt und deren Berücksichtigung ich in Khafajis Artikel völlig vermisse.

2) Khafaji hat diesen Begriff vermutlich von Frantz Fanon entlehnt, ohne sich allerdings auf ihn zu beziehen. Insgesamt tut sich Khafaji schwer, den "Ultranationalismus" inhaltlich zu definieren, bzw. gegen Nationalismus im Allgemeinen abzugrenzen.

3) Ich gehe hier auf den Machtkampf zwischen Baath und IKP nur in Bezug auf den von Khafaji behaupteten Zusammenhang zwischen der Urbanisierung und dem Sieg der Baath ein. Für die politische Geschichte wären die Gründe für die gravierenden taktischen Fehler der IKP und die Rolle der SU weit interessanter.

4) Jenem Sammelsurium oft widersprüchlicher und immer wieder wechselnder Aussagen ist mit dem Wort Ideologie fast zu viel Ehre angetan.

5) Khafaji ist in diesem Zusammenhang vorsichtig genug, "Modernisierung" in Anführungsstriche zu setzen. Wie ähnliche Relativierungen an anderen Stellen, läßt jedoch auch diese seine Argumentationsrichtung unberührt und er gebraucht auch den Ausdruck Modernisierungsschub ohne Anführungsstriche. Solche und ähnliche kritische Staffagen um einen eigentlich anders argumentierenden Text machen den Artikel so schwer zugänglich und kritisierbar.

! Ya Basta !

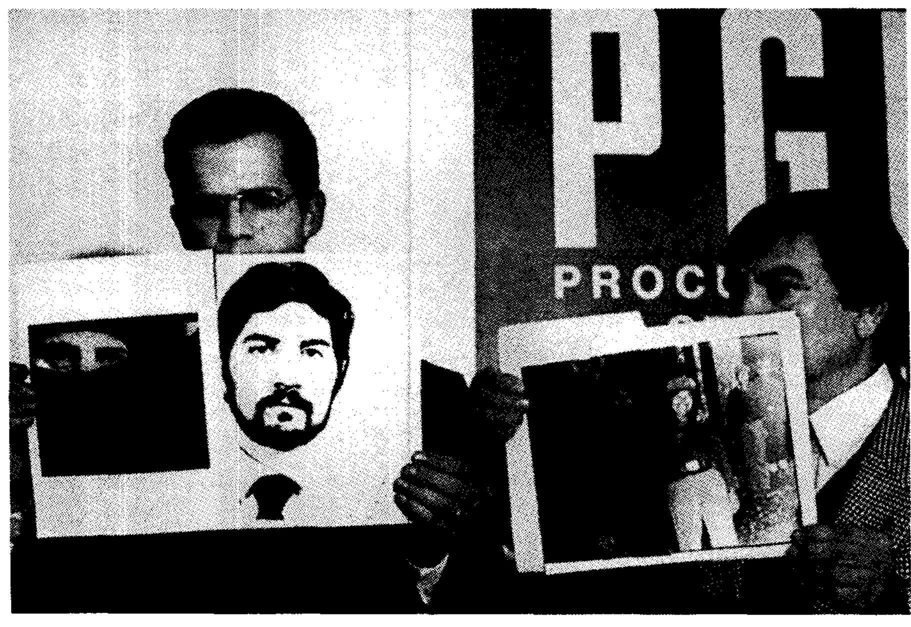
Ein Lesebuch zur EZLN und Mexiko

Zu den Jahreswechseln bietet Mexiko für die staunende Medienöffentlichkeit immer wieder einen Knaller. Noch vor wenigen Monaten war die Börse in Mexiko ein Vorzeigeobjekt des 'Kasino-Kapitalismus'. Seit Januar 1995 mußte ein Milliarden-Hilfspaket nach dem anderen nachgeschoben werden, um das 'Vertrauen' wieder herzustellen. In der Silvesternacht zuvor klangen die Sektgläser in den Regierungspalästen, um den Eintritt Mexikos in die NAFTA, das Freihandelsabkommen zwischen Mexiko, den USA und Kanada zu feiern. Zur gleichen Zeit besetzte die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) die Provinzhauptstadt San Cristóbal und umliegende Ortschaften in der südlichsten Provinz Chiapas. Offensichtlich in jeder Beziehung gut vorbereitet, überrumpelte sie die hochgerüsteten Sicherheitskräfte und machte der staunenden Weltöffentlichkeit klar, daß es auch andere Interessen als die der Börse in Mexiko gibt.

Wer zum Teufel sind diese Frauen und Männer, die im Jahre 1994 unter dem Banner von 'Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus' auf die Bühne der Weltöffentlichkeit treten, ihre unterdrückten Rechte einfordern und Teile der mexikanischen Gesellschaft aus ihrem politischen Tiefschlaf hochreißen?

Diese Frage stellten sich auch die HerausgeberInnen Topitas (Maulwürfe) des dicken Sammelbandes 'Ya Basta', der sich mit EZLN & Co. befaßt. Die subversiven Maulwürfe sind AktivistInnen aus der in den letzten Jahren im neuen dicken Deutschland schwer gebeutelten internationalistischen Szene. Mit Akribie, viel Liebe zum Detail und heißem Herzen haben sie sich in die Arbeit gestürzt, ohne die eigenen Schwächen zu vergessen oder in das früher häufig hohle Pathos der Revolutionsromantik zu verfallen. Die Erzählform der meisten Beiträge mit ihren lyrischen Einsprengseln bietet Unkundigen wie mir ein Leseabenteuer jenseits des alltäglichen Nachrichtenjournalismus oder knochentrockener Soziologietexte. Natürlich schießt die vorherrschende Form des 'Betroffenheitsjournalimus' an einigen Stellen übers Ziel hinaus, aber dies geschieht immer mit offenem Visier.

Neun chronologisch aufgefächerte Schwerpunktkapitel bilden das Gerüst des Buches ('Der Aufstand', 'Frauen', 'Der Dialog', 'Vorgeschichte', 'Kirche', 'Soziale Bewegungen', 'Die Karawane der Karawanen' und die 'Wahlen'). Um sie herum gruppieren sich ein Foto- und drei Theorieessays.



Mitarbeiter des Generalstaatsanwalts enttarnen Marcos

Das erste Kapitel verbindet den zentralen Knackpunkt der mexikanischen Revolution Anfang dieses Jahrhunderts, die die rechtliche Absicherung der traditionellen, subsistenzwirtschaftlich ausgerichteten Dorfgemeinschaft, des 'ejido' zum Ziel hatte, mit der heutigen Situation. In Chiapas konnten im Gegensatz zum restlichen Mexiko Großgrundbesitzer ihre Privilegien offensichtlich erhalten, ja weiter festigen. Zudem war mit der neoliberalen Revolution der 80er Jahre und dem Vordringen agroindustrieller Anbaumethoden das 'Ejido-Land' zum Abschuß freigegeben.

Die dokumentierten Erklärungen der EZLN verdeutlichen die Spaltung der mexikanischen Gesellschaft infolge der neoliberalen Roßkur. Die EZLN konnte die gesellschaftliche Situation als offene Wunde präsentieren und ihren Finger drauflegen. Beim Lesen ihrer Erklärungen gerät man in den Bann der Faszination, die von ihr ausstrahlt. Die EZLN unterscheidet sich in fast allen Punkten von früheren Guerillagruppen in Lateinamerika: Sie will gar nicht an die Macht, dogmatisches Sektierertum ist ihr fremd, eine kollektive Organisationsstruktur herrscht vor, sie bildet keinen Focus, der militärisch schnell aufgerieben wird, sondern ist seit Jahren in der kleinbäuerlichen Bevölkerung verankert, aus der ihre Frauen und Männer fast alle stammen. Sie kennt aber auch die Erfahrungen der Ex-Guerillas , in erster Linie in Zentralamerika, die sich heute nur noch auf die parlamentarische Arbeit stützen.

Selbst der sonst hegemoniale Machtapparat der Staatspartei PRI mußte da passen. Aber auch die städtische Linke stand zunächst staunend vor dieser neuen Bewegung, die später unter der Überschrift 'die erste Revolution des 21. Jahrhunderts' Intellektuelle und ihre Hochglanzmagazine berauschte. Der 'deprofessionalisierte'. Entwicklungsexperte Gustavo Esteva spricht in dem ersten Theoriebeitrag des Buches dann auch von einer EZLN, "die moderne Mittel und einen politischen Stil und Führungsmethoden einsetzt, die man als postmodern bezeichnen kann" .

Allerdings reichte der neue Wind aus Chiapas nicht aus, das übrige Mexiko längerfristig zu beeindrucken. "Zehn Jahre erfolgreiche Basisarbeit in der Selva haben offenbar keine Entsprechung in einer ähnlichen Präsenz der linken und sozialen Bewegungen im Rest des Landes" heißt es im Vorwort. Die Frage nach dem Warum liegt auf der Hand, wird aber im Buch leider nicht gestellt. Hier liegt die einzige wirklich große Schwäche des Buches. Sie schlägt sich im zweiten Theoriebeitrag von Wolf-

gang Dietrich nieder: "Die vermummten Piraten aus der Selva Lacandona ließen das Narrenschiff Mexiko, den Traum des Carlos Salinas de Gortari, an der harten Wirklichkeit seines Alltags stranden. Überall im Land begannen Menschen zu begreifen, daß ihr prekärer Zustand nicht das persönliche Versagen in einem aufstrebenden Land bedeutete, sondern daß die NAFTÀ-Prosperität vor allem ölpapieren glänzte, während sich die Möglichkeiten für viele gegenüber der vorherigen Zeit einer geldscheinbaren Schuldenkrise verschlechterten". Hier geht offensichtlich einem die Phantasie durch: Projektionen wie in alten Zeiten. Der abschnürende Gürtel der Armee in Chiapas ist vermutlich dichter denn je. Und die gesellschaftlichen Gegenkräfte im restlichen Mexiko wurden zwar wachgeküßt, konnten aber keinen längerfristigen langen Atem entwickeln, um eine gesamtgesellschaftliche Veränderung zu erzwingen.

Zurück zum Faszinosum EZLN. Mich erinnert der Stil der Erklärungen und der Kommentare an das Essay 'Der Mensch in der Revolte' von Albert Camus. Schon der Anfang der ersten Erklärung der EZLN "heute sagen wir: Basta! Es reicht!" verdeutlicht die gedankliche Nähe zu Camus: "Was ist der Mensch in der Revolte? Ein Mensch, der nein sagt. Aber wenn er ablehnt, verzichtet er doch nicht, er ist auch ein Mensch, der ja sagt aus erster Regung heraus: ein Sklave, der sein Leben lang Befehle erhielt, findet plötzlich einen neuen unerträglich. Was ist der Inhalt dieses 'nein'? Es bedeutet zum Beispiel: 'das dauert schon zu lange, bis hierher und nicht weiter'..." So Camus zu Beginn seiner Überlegungen.

Im zweiten Kapitel von 'Ya Basta' das den 'Aufstand vor dem Aufstand', den der Frauen, thematisiert, wird die Nähe noch deutlicher. " Ein großer Teil der Sympathien und des Erstaunens über die EZLN läßt sich darauf zurückführen, daß sie die Möglichkeit zur Rebellion wiedererweckt hat. Aber darüber hinaus hat sie das Recht wiederhergestellt, die Differenz einzufordern, sich den Gesetzen der Unterdrücker zu entziehen,die Würde auf anderen Wegen auszudrücken." Nicht nur feministischer Phantasie sind hier Tür und Tor geöffnet. Das könnte noch spannend werden.

Ich weiß nicht, ob die neue Polit-Ikone Marcos Texte von Albert Camus in seinem Rucksack hat. Bücher schleppt er, zur Erheiterung seiner Compas, wohl durch die Selva. Offensichtich weckt er, der die EZLN in der Öffentlichkeit so eloquent vertritt, Phantasien vielfältigster Art. Als Bildungsbürger mit Witz und Charme eignet er sich ja auch hevorragend für ganz unterschiedliche Leute zur Mythologisierung. Und der Zeitgeist ist schnell: So plant der Verlag Elefanten-Press einen Fotoband wie vor wenigen Jahren zu Che Guevara auf den Markt zu werfen: Marcos meditierend beim Fischen oder wie er deutsche Klassiker liest; wir dürfen gespannt sein. Bei mir im Regal steht, ein Geschenk zu Weihnachten, ein kleines mit einem Holzgewehr bewaffnetes Strohmännchen, das grimmig aus seiner Maske blickt. Die Märkte in Chiapas sind voll mit der neuen Folklorefigur. Auch die HerausgeberInnen können sich dem Phänomen Marcos nicht entziehen. Sie lassen Marcos aber zum Glück selbst zu Wort kommen. Als die Gerüchteküche Marcos als schwul outen wollte, im Macho-Staat Mexiko ein schlagendes Argument, antwortete er: "Marcos ist ein Schwuler in San Francisco, Schwarzer in Südafrika, Asiat in Europa, Chicano in San Isidro, Anarchist in Spanien, Palästinenser in Israel, Indígena in den Straßen von San Cristóbal, Kinderbande in Nezahualcoyotl, Rocker in Ciudad Universitaria, Jude in Deutschland, Feministin in politischen Parteien (...)". Marcos also überall?

Nein, so einfach ist es wohl nicht. Aber die HerausgeberInnen tun gut daran, wenn sie auch Fragen zur eigenen linken Geschichte stellen und neue zarte Verbindungslinien zwischen der deutschen und lateinamerikanischen Linken basteln. Dem Verlag 'Libertäre Assoziation' bleibt das Verdienst, seit drei Jahren durch spannende Veröffentlichungen genau dies zu ermöglichen.

Georg Lutz

Topitas (Hrsg.): Ya Basta! Der Aufstand der Zapatistas, Hamburg: Verlag Libertäre Assoziation, 1994, 368 Seiten, DM 28,-

Argentinien



Die Argentinien-Gruppe Stuttgart nahm sich den zehnten Jahrestag der **Wiedererlangung der Demokratie** in dem lateinamerikanischen Land zum Anlaß, über 20 AutorInnen zu Wort kommen zu lassen.

Im einleitenden Gespräch erörtert Viktor Sukup mit dem Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel die Lage der Menschenrechte und der Demokratie nach 1983. Eine gute Ergänzung dazu stellt der Bericht von amnesty international zur Menschenrechtspolitik dar, ebenso die Analyse von Wolfgang Heinz zur Rolle des Militärs im vergangenen Jahrzehnt, sowie die Untersuchung der argentinischen Justiz durch Anibal Ibarra. Dabei wird von einer "Verzichtpolitik der Regierung" in Sachen Menschenrechte gesprochen.

Der Historiker und Filmemacher Osvaldo Bayer, einer der pointiertesten Linksintellektuellen des Landes und während der Diktatur einer der Wortführer der argentinischen Exilierten in der BRD, untersucht dann die Rolle der demokratisch gewählten Präsidenten Alfonsín (1983-89) und Menem (ab '89), die sie stützenden Parteien und deren Zusammenarbeit mit den verschiedenen Militärregierungen in diesem Jahrhundert. Eine der Einschätzungen Osvaldo Bayers ist programmatisch für die Zeit nach 1983: Das schlimmste sei gewesen, daß Alfonsín "ein Land voller Zweifel hinterließ mit Menschen, die enttäuscht der politischen Arbeit den Rücken kehrten und nun versuchen, die Probleme individuell zu lösen. Es wurde so eine einzigartige historische Gelegenheit versäumt".

Neben exzellenten Beiträgen zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes (u.a. gibt Peter Birle einen knappen historischen Überblick) stehen Beiträge zur Frauenbewegung, die in den 80er Jahren sehr aktiv war, aber zusammen mit anderen sozialen Bewegungen seit einigen Jahren gegen politische Resignation und die Scheinintegration feministischer Positionen in reaktionäre Institutionen zu kämpfen hat.

Zu den interessantesten Beiträgen zählt derjenige von Christian von Haldenwang, der nach dem Verhältnis von nationaler Integration und politischem System in dem südamerikanischen Einwanderungsland fragt. Seine These ist, daß die politische Integration der ArgentinierInnen als Staatsbürger nach 1983 durchaus erfolgte, dies aber mit einer wirtschaftlichen Desintegration einherging. Der innere und äußere Druck auf die anfangs progressive Wirtschaftspolitik der Regierung Alfonsín war zu stark, die neoliberale und autoritäre Wende unter Menem die Konsequenz der Krise.

Eine Schwäche des Sammelbandes ist, daß man recht wenig über die linke Politik in Argentinien erfährt. Der erwähnte Beitrag von Tumini geht vereinfachend von "der Linken" aus, wobei er die Parteilinke meint, ganz im Widerspruch zu den Beiträgen zur Frauenbewegung und zu Landbesetzungen. Die beiden Autorinnen sind für "Frauenthemen" zuständig, alles andere bleibt den über 20 männlichen Autoren überlassen. Außerdem wäre eine systematischere Analyse von Interesse, warum denn nun der neoliberale Durchritt auch bei den marginalisierten Bevölkerungsschichten Zustimmung findet. Die teilweise unterschiedlichen Auffassungen von "Demokratie" in den Beiträgen sind eher bereichernd als verwirrend, wenn auch eine einleitende Begriffsbestimmung sinnvoll gewesen wäre.

Bei allen Schwächen gibt das Buch sowohl LeserInnen mit Vorkenntnissen ein gutes Verständnis für aktuelle Entwicklungen als auch einen umfassenden Einblick denjenigen, die sich einführend mit der Problematik Argentiniens beschäftigen wollen.

Ulrich Brand

Argentinien-Gruppe Stuttgart (Hrsg.): Argentinien. Zehn Jahre Demokratie. Schmetterling-Verlag, Stuttgart 1994.

Lateinamerika erzählt



Das Zusammenstellen einer Anthologie ist eine undankbare Aufgabe. Mehreren Zwängen sieht sich der Herausgeber ausgeliefert. Zunächst hat er die Qual der Wahl: Aus über 200 Erzählungen wählte der Hispanist und Übersetzer Albert Theile für die 1956 im Züricher Manesse-Verlag erschienene Anthologie **"Unter dem Kreuz des Südens"** ganze 20 aus. Welche Kriterien legte er zugrunde, wenn nicht regionale oder historische? Schließlich wollte er mit seiner "bunten Sammlung" einen repräsentativen Einblick in die Literatur(geschichte) "des fernen Zwillingskontinentes" liefern. Die Auswahl bleibt also immer ein höchst subjektives Unterfangen.

Ein weiterer vermeintlicher Zwang des Anthologen ist die Aufnahme bekannter Autoren. So darf natürlich Borges, Quiroga oder Darío in keiner lateinamerikanischen Anthologie fehlen, was immer auf Kosten weniger bekannter Namen und auch Länder geht. Dennoch bot der Band "Unter dem Kreuz des Südens" dem deutschsprachigen Leser der fünfziger Jahre neue Namen und Erstübersetzungen. Der sogenannte "Boom" der lateinamerikanischen Literatur sollte erst ein Jahrzehnt später einsetzen, und Borges oder Quiroga waren hierzulande noch nahezu unbekannt.

Mittlerweile sind mehr als ein Dutzend Bände lateinamerikanischer Erzählungen auf dem deutschsprachigen Buchmarkt erhältlich. Was mag den 'Deutschen Taschenbuch Verlag' bewogen haben, in diesem Jahr eine nicht überarbeitete Neuauflage des Bandes "Unter dem Kreuz des Südens" auf den Markt zu bringen, zumal er nur Erzählungen enthält, die vor 1945 erschienen sind? Sicherlich haben bibliophile Aspekte eine Rolle gespielt. Theiles Anthologie mit dem einprägsamen Titel ist aufgrund ihrer Pionier-Funktion selbst in die Literaturgeschichte eingangen und dem Münchner Verlagshaus offenbar eine Neuauflage im Programm "manesse im dtv" (Weltliteratur!) wert.

Völlig andere Akzente setzt ein weiterer Band mit **Erzählungen aus Argentinien und Uruguay**, der im letzten Jahr im Berliner Verlag 'Volk und Welt' erschienen ist. Dessen literarische Länderreihe "Erkundungen" leistet seit Jahren hervorragende Arbeit auf dem Feld der Vermittlung fremdsprachiger Literaturen. Dem an Lateinamerika interessierten Leser seien z.B. die Bände zu Mittelamerika oder Kuba in Erinnerung gebracht. Sie sind besonders geeignet, der reisenden Leserin einen ersten Einblick in die Realität und Literatur eines Landes oder einer Region zu vermitteln. Die Auswahlkriterien des 'Hauses der Kulturen der Welt', das als Herausgeber firmiert, sind im Gegensatz zu Theiles Band rein regionaler und biographischer Natur. So kommen in der jetzt vorliegenden Originalausgabe des Rio de la Plata-Bandes 21 zeitgenössische ErzählerInnen zu Wort, die in ihrer Mehrzahl aus den Metropolen Buenos Aires und Montevideo stammen sowie in den 40er und 50er Jahren geboren wurden. Zumeist handelt es sich um Namen, die dem deutschen Leser bisher unbekannt waren. Zudem beschränken sich die Berliner Herausgeber in ihrer Auswahl nicht auf die Prosa-Kurzform, sondern sie nehmen auch Romanfragmente in den Band mit auf. Bemerkenswert ist, daß den jüngeren AutorInnen hier zum ersten Mal die Möglichkeit zur Veröffentlichung ihrer Werke gegeben wird. Bei fünf Erzählungen handelte es sich um bisher unveröffentlichte Manuskripte.

Gemeinsam ist allen Erzählungen ihre städtische Thematik. Die ProtagonistInnen durchlaufen existentielle Konflikte, schildern Gefühlswelten und Alltagsprobleme. Vom verstaubten Realismus der 30er und 40er Jahre, von der typisch ländlichen Thematik und den typischen sozialen Konflikten, also den Inhalten, die in den Literaturen vieler lateinamerikanischer Länder noch immer vorherrschen, ist in diesem Band nichts zu spüren.

Die zeitgenössische Literatur des Rio de la Plata ist eine moderne, an Europa orientierte, eine Literatur mit universeller Thematik. So könnten die cuentos des Bandes, im Gegensatz zu den (ländlichen) Erzählungen der Theile-Anthologie, auch in Rom, New York oder London angesiedelt sein. Der aufmerksame Leser kann sich des Eindruckes nicht erwehren, die moderne zeitgenössische Literatur des Cono Sur sei nicht frei von einer gewissen exotistischen, eskapistischen Tendenz. Die Erzählung "Irische Horden im Palast" von Juan Forn (Buenos Aires 1959) ähnelt einem Kapitel aus einem englischen College-Roman. Sie spielt in einem japanischen Restaurant, in dem eine Abschluß- und Gedenkfeier abgehalten wird. Geladen werden 25 College-Jahrgänge. Das Fest versinkt in einem Rausch kollektiver Wut und Zerstörungslust. Spezifisch argentinische Themen spielen nur am Rand eine Rolle.

Eine weitere Tendenz der modernen Literatur des Rio de la Plata ist die Thematisierung der Literatur an sich. In mehreren Werken wird die Weltliteratur zum Gegenstand der Erzählung. Die AutorInnen stehen somit in der Tradition von Borges, Cortázar oder Bioy Casares. Juan Martini (Rosario 1944) macht europäische Musiker und Autoren zu Protagonisten seines Romankapitels "Die Musik des Kaisers". In Italien treffen sie mit argentinischen Autoren zusammen, und ihre Gespräche drehen sich um Musik sowie bekannte Werke der argentinischen und europäischen Literatur. Zweifelsohne stand hier Jorge Luis Borges ("La biblioteca de Babel", 1941) Pate. Der Tango, die Pampa, der Gaucho haben als Themen der argentinischen Literatur abgedankt. Sie waren die vorherrschenden Themen des 19. Jahrhunderts oder des vorperonistischen Argentinien.

Die 21 Erzählungen des Bandes "Erkundungen" liefern ein eindrucksvolles Bild von der Bandbreite der noch immer blühenden Literatur am Rio de la Plata. Zudem hinterläßt der Erzählband einen ebenso nachhaltigen Eindruck vom intellektuellen Leben in Buenos Aires, der literarischen Hauptstadt Lateinamerikas, der Metropole, die wie keine andere des Subkontinents Autoren und Autorinnen hervorgebracht hat.

Klaus Jetz

Albert Theile (Hrsg.), Unter dem Kreuz des Südens. Erzählungen aus Mittel- und Südamerika, manesse im dtv, München 1994.
Erkundungen. 21 Erzähler vom Rio de la Plata. Herausg. vom Haus der Kulturen der Welt, Verlag Volk und Welt, Berlin 1993.



Zwei Jahre für "Armenisches Tabu"

Nicht nur in der Kurdenfrage gibt es in der Türkei staatliche Tabus, die mit den Mitteln der Strafjustiz durchgesetzt werden. Diese Erfahrung mußte die Verlegerin Ayse Zarakolu, Besitzerin des kleinen, aber hochangesehenen Belge-Verlages in Istanbul machen. Just zu einem Zeitpunkt, an dem sich der Völkermord an der armenischen Bevölkerung zum achtzigsten Male jährt, wurde sie am 30. Januar wegen der Veröffentlichung eines Buches über diesen ersten großen Völkermord in unserem Jahrhundert zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Ein näherer Blick auf das Verfahren gegen die Verlegerin fördert unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten völlig unhaltbare, fast kafkaeske Züge zutage: Inhaltlich wurde Ayse Zarakolu vorgeworfen, das Buch sei separatistisch (wegen der Verwendung des Begriffes "Armenien" für heute türkisches (!) Gebiet) und "wecke Haßgefühle zwischen den Völkern und gegen die türkische Nation" (vgl. 'blätter des iz3w' Nr.200, S.49). Formal wurde Ayse Zarakolu, da sowohl der in Frankreich lebende Autor, als auch der in Deutschland lebende Übersetzer dem Arm der türkischen Staatssicherheitsgerichte entzogen sind, für den Inhalt des Buches verantwortlich gemacht und so quasi stellvertretend verurteilt. Ayse Zarakolu bezeichnete diese Vorgehensweise des Staatssicherheitsgerichts in einem Gespräch nach dem Urteil als Justizskandal. Sie kündigte an, gegen die Urteile in Berufung zu gehen. Ob diese Erfolg hat, scheint unter den gegenwärtigen Umständen in der Türkei fraglich. Bereits letztes Jahr mußte Ayse Zarakolu eine halbjährige Haftstrafe wegen der Veröffentlichung eines Buches des selber aufgrund seiner Arbeiten zur Kurdenfrage für mehr als zehn Jahre ins Gefängnis geschickten Soziologen Ismael Besikci verbüßen - sie war damals als erste Verlegerin in der Türkei überhaupt zu einer Haftstrafe verurteilt worden ('blätter des iz3w' Nr.198, S.53).

Auch der Autor des Buches wertete das Urteil als einen weiteren Beweis, daß die Türkei nicht bereit sei, die historische Realität des Völkermordes anzuerkennen. Er erklärte darüber hinaus, daß die Türkei angesichts solcher Vorgänge nicht in die europäische Gemeinschaft aufgenommen werden sollte.

Im gleichen Prozeß wurde Ayse Zarakolu noch in einem weiteren Verfahren wegen der Veröffentlichung eines Buches des in Deutschland im Exil lebenden kurdischen Politikers und Publizisten und ehemaligen Herausgebers der Zeitung Özgür Gündem, Yasar Kaya, zu einem halben Jahr Gefängnis verurteilt. Zusätzlich zu beiden Gefängnisstrafen wurden auch noch hohe Geldstrafen sowie die Schließung des Verlages für einen Monat verhängt - letzteres eine Novität im Arsenal der türkischen Justiz. Bisher wurde diese Maßnahme nur gegen Zeitungen angewendet.

Das Vorgehen der türkischen Staatssicherheitsjustiz gegen den Belge-Verlag wirft einen weiteren düsteren Schatten auf den Zustand der Meinungsfreiheit in der Türkei, wo allein im letzten Jahr 7531 Prozesse gegen angebliche intellektuelle "Separatismusförderer" geführt wurden und sich derzeit 106 Oppositionelle aus diesen Gründen im Gefängnis befinden. Größere Bestürzung in der Bundesrepublik löste bisher allerdings von diesen Verfahren nur das gegen den berühmten Romanautor Yasar Kemal aus. Er hatte im SPIEGEL über den Kurdenkonflikt geschrieben.

Der Belge-Verlag, gegen den allein im Moment noch sechs weitere Verfahren anhängig sind, steht nicht nur wegen dieser Prozeßflut inzwischen auch wirtschaftlich praktisch vor dem Ende. Als im letzten Dezember eine Bombe die Istanbuler Zentrale der prokurdischen Zeitung Özgür Ülke zerstörte, wurden auch die im gleichen Haus befindlichen Räume des Verlages verwüstet. Aufgrund des entstandenen Sachschadens ist der Verlag bereits jetzt nicht mehr in der Lage, laufende Buchprojekte durchzuführen. Wir weisen daher nochmals auf unser Spendenkonto zur Unterstützung des Verlages hin:

uw

Sparkasse Freiburg, BLZ 680 501 01,
Kto. Nr. 25 120 08,
Stichwort Belge-Verlag
(Wichtig für Spendenbescheinigungen: Anschrift bei Überweisungen im Feld "Verwendungszweck" mit angeben!)

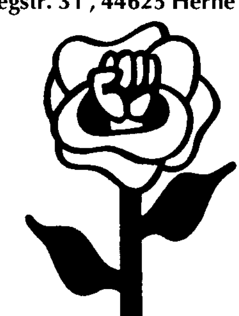
Blumenkampagne in Kolumbien

Seit vier Jahren informiert die "Blumen-Kampagne" kontinuierlich über die Mißachtung grundlegender Menschenrechte, scherwiegende Gesundheitsrisiken und die Verursachung unabschätzbarer Umweltschäden durch die blumenproduzierende Industrie vor allem Kolumbiens als größtem Blumenexporteur des Trikonts, aber auch in anderen Staaten. Schwerpunktmäßig arbeitet die Kampagne in der BRD getragen vom Frauennetzwerk Terre des Femmes, dem Kinderhilfswerk terre des hommes, dem Pestizid Aktions-Netzwerk PAN, Brot für die Welt, sowie der internationalen Menschenrechtsorganisation FIAN für die Verbesserung der Arbeits- und Lebenssituation der BlumenarbeiterInnen in Kolumbien. Die "Blumen-Kampagne" hat bislang zwar durchaus einige Erfolge erzielen können, u.a. die Thematisierung der Mißstände in der kolumbianischen Blumenindustrie durch das Eurpaparlament im Juli 1993, der Weg zu einer kontrollierten "sauberen Blume" scheint jedoch noch weit.

So wurde Ende September 1994 ein Vertrag zwischen deutschen Importeuren und kolumbianischen Exporteuren von Blumen unterzeichnet, der den Schutz von Menschenrechten und der Umwelt als Bedingung für Blumenimporte in die Bundesrepublik festschreibt. Von der konkreten Umsetzung dieses Vertragswerks kann allerdings noch nicht die Rede sein. Im Gegenteil, zum Ende des letzten Jahres kam es immer häufiger zu massiven Drohungen, Feindseligkeiten und Angriffen gegen Mitglieder von Gewerkschaften (wie der LandarbeiterInnengewerkschaft FENSAGURO) und sozialen Organisationen, die sich im Blumensektor engagieren. Diese Entwicklung gipfelte Anfang Oktober 1994 in einem versuchten Attentat auf zwei Frauen der Blumenkommission, einer Basisorganisation, die eng mit der "Blumen-Kampagne" zusammenarbeitet. Die Tatsache, daß der Attentatsversuch wahrscheinlich von "Sicherheitskräften", zumindest aber mit deren Billigung durchgeführt wurde, macht noch einmal die auch weiterhin bestehende Gefahr deutlich, daß sämtliche KritikerInnen an den Produktionsbedingungen in der Blumenindustrie auch mit staatlicher Billigung mundtot gemacht werden sollen. Auch aufgrund dieser Entwicklung problematisiert die Kampagne in ihrer jüngsten Aktion die Zollbefreiung, die seit 1990 von der EU für Blumenimporte aus Kolumbien gewährt wird. In einem Schreiben an den Präsidenten des Europaparlaments, Hänsch, zum Valentinstag (14.2x) kritisierte die Blumenkampagne eine derartig direkte Förderung der kolumbianischen Blumenindustrie ohne jedwede Beachtung der entwicklungs- und umweltpolitischen Komponenten.

Da die Zollbefreiung, die vorerst bis Ende 1995 befristet ist, nach dem Willen der EU-Kommission offenbar langfristig beibehalten werden soll, soll mit einer Unterschriftenaktion an den EP-Präsidenten appelliert werden, sich für eine Begrenzung dieser Begünstigung für kolumbianische Schnittblumen auf maximal zwei Jahre einzusetzen - eine weitere Fortsetzung dieser Regelung müsse darüber hinaus von der deutlichen Verbesserung der Menschenrechte und des Umweltschutzes in den Blumenbetrieben abhängig gemacht werden.

Unterschriftenlisten und mehr Informationen bei: Blumenkampagne
c/o FIAN Food First Informations- & Aktions- Netzwerk
Overwegstr. 31 , 44625 Herne



Bananenkampagne

Knapp mehr als ein Jahr nach dem vorbereitenden Forum I konnte Anfang diesen Jahres auf dem "Forum Banane II" der Auftakt der bundesdeutschen Bananenkampagne durch das Trägerkomitee bekanntgegeben werden.

Das Trägerkomitee, in dem BanaFair, Liberación, die AG3WL, FIAN, Südwind, Pro Regenwald und die Agrarkoordination des BUKO mitarbeiten, war unterdessen in vielen Bereichen tätig. So wurde im Juli 1994 zusammen mit anderen europäischen und lateinamerikanischen NGOs das "European Banana Action Network" ins Leben gerufen (vgl. 'blätter des iz3w' Nr. 202), sowie die direkte Zusammenarbeit mit den Betroffenen (u.a. durch Hilfestellungen bei den Streiks auf den Geest-Bananenplantagen in Costa Rica) ausgebaut.

Auch die "Gemeinsame Marktorganisation für Bananen" der EU (GMO) - unmittelbarer Anlaß zur Gründung des Trägerkomitees - wurde in den anderthalb Jahren ihres Bestehens immer wieder scharf kritisiert. Die GMO schützt weder die Interessen der verarmten PlantagenarbeiterInnen, die die sogenannten Dollarbananen (v.a. in Lateinamerika) produzieren, noch diejenigen der KleinproduzentInnen aus den AKP (Afrika-Karibik-Pazifik)-Staaten, welche eigentlich von der GMO profitieren sollten. Kritisiert werden zudem die verheerenden ökologischen Folgen der Bananenwirtschaft. Tatsächlich hat die Verschiebung des Preisgefüges durch die GMO zu einer Verschärfung des Konkurrenzdrucks und teilweise zur erhöhten Produktion der multinationalen Fruchtkonzerne in der Dollarregion geführt. Die Produktion der nationalen und kleineren Anbieter, die dem Druck nicht gewachsen sind, ist dagegen deutlich gesunken. Ähnlich stellt sich die Situation in den AKP-Staaten dar, von denen viele einen Rückgang der Einnahmen durch Bananenexporte beklagen, obwohl hier die GMO für die KleinproduzentInnen den einzigen Schutz vor der wirtschaftlichen Übermacht der multinationalen Konzerne darstellt.

Die Bananenkampagne will sich neben der Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit in Zukunft verstärkt auf die Durchsetzung entwicklungspolitisch sinnvoller sozialer und ökologischer Mindeststandards in der Bananenwirtschaft konzentrieren. Von substantieller Bedeutung wird dabei auch weiterhin die enge Kooperation mit den Basisorganisationen der Betroffenen, d.h. den Gewerkschaften der PlantagenarbeiterInnen und den Zusammenschlüssen der KleinproduzentInnen in den Erzeugerländern sein.

Spenden an: Verein zur Förderung entwicklungspädagogischer Zusammenarbeit e.V.: "Bananenkampagne"
Konto: 6317 97-306, Postbank Hannover, BLZ 250 100 30
Informationen und Kontakt:
Bananenkampagne
c/o BanaFair
Langgasse 41, 63571 Gelnhausen,
Tel. 06051/16350

Menschenrechte in Guatemala

Seit inzwischen zehn Jahren regieren zivile, von der Bevölkerung gewählte Präsidenten den kleinen mittelamerikanischen Staat - die formale Demokratie aber hat letzterdings nicht darüber hinwegtäuschen können, daß hinter den Kulissen weiterhin das Militär und dessen Interessenvertreter die Fäden in der Hand halten.

Die Bevölkerung Guatemalas litt insbesondere während der ersten Hälfte der achtziger Jahre unter den krassen Ausmaßen des staatlichen oder staatlich gedeckten Terrors. Nahezu 100.000 ZivilistInnen wurden ermordet, tausende gefoltert, mehr als 440 Dörfer niedergebrannt und deren BewohnerInnen zur Flucht gezwungen. Die Zahl der "Verschwundenen" beläuft sich seit Ende der sechziger Jahre auf nunmehr ca. 42.000 Menschen. Auch wenn die offene Gewalt gegen tatsächliche und vermeintliche Oppositionelle, für die die Streitkräfte, die Polizei und Todesschwadrone verantwortlich zu machen sind, in den letzten Jahren an Intensität abgenommen hat: Die Serie der politischen Morde reißt nicht ab. Zu den Opfern der Polizei gehören neuerdings - wie in so vielen lateinamerikanischen Staaten - auch die Straßenkinder, von denen es heute alleine in Guatemala-City 10.000 gibt. Ebensowenig ist die tiefgreifende Militarisierung des Landes gestoppt worden, bis zum Ende der achtziger Jahre waren fast eine Million Männer mit Gewalt gezwungen worden, in der von der Armee organisierten (bewaffneten) sogenannten freiwilligen zivilen Patrouille (PAC) Dienst zu tun. Auch die Streitkräfte rekrutieren weiterhin ungehindert junge Männer gewaltsam.

Daß aus der Parlamentswahl im August 1993 (mit einer Wahlbeteiligung von 20%) ausgerechnet der Ex-Diktator Montt - dessen einjährige Amtszeit von 1982-1983 als die blutigste in der Geschichte des Landes gilt - als Präsident hervorging, läßt für die Zukunft wenig Gutes erwarten.

Als eine der Gruppen, die sich für die bedingungslose Respektierung der Menschenrechte in Guatemala einsetzen, ist das "Nationale Komitee der Witwen Guatemalas" (CONAVIGUA) in den letzten Jahren verstärkt an die Öffentlichkeit getreten. Zur Hauptaufgabe hat sich CONAVIGUA, dessen Aktivistinnen größtenteils Indianerinnen sind, den Kampf gegen die Zwangsrekrutierungen der Armee gemacht. Desweiteren fordert das Komitee die Beendigung des "zivilen" Patrouillendienstes und die Bestrafung der für Morde und andere Gewaltverbrechen Verantwortlichen bei den "Sicherheitskräften".

Das Komitee "Solidarität mit Lateinamerika 'Oscar A.Romero' in Europa", welches jährlich in Kampagnen auf die schwerwiegenden Probleme der Bevölkerung Guatemalas aufmerksam macht (dieses Jahr gilt die Öffentlichkeitsarbeit der Jugend des Landes), ruft heuer zu Spenden für die Finanzierung einer ganzseitigen Zeitungsanzeige in wenigstens einer Zeitung Guatemalas zwecks Unterstützung der Menschenrechtsarbeit auf:

Missionswerk Ständiger Diakone
Rottenburg - Stuttgart
Schillerstraße 6, 73485 Unterschneidheim
Konto: Missionswerk; Raiffeisenbank Sechta-Ries; BLZ 600 699 72
Kto. 26 390 000 Spendenprojekt: Romero-Guatemala
Mehr Informationen zur Kampagne bei:
Dr. Angela Delli Sante, Jenaer Straße 22, 10717 Berlin, Fon/Fax: 030/8541662

ila 182
Die ila beschäftigt sich mit dem Thema Straßen-Kinder-Arbeit, wobei die einzelnen Begriffe auch für sich genommen werden sollen: Es geht genauso um Überlebensstrategien auf der Straße, wie um die verschiedenen Altersgruppen der Kinder, wie auch um ihre Anerkennung als arbeitende Menschen. Spannend an dem Themenblock ist der große Bogen, der von den Straßenkindern in Mexiko-Stadt über Guatemalas Jugendbanden bis zur "Kölner Szene" reicht und dadurch Vergleichsmöglichkeiten Dritte/Erste Welt eröffnet. Weitere Themen: Die Talfahrt der mexikanischen Wirtschaft * Die Globalisierung des Kapitalismus * Drogenpflanzungen in Kolumbien * Ein Lagebericht zu Haiti * Die Spaltungsdiskussion der nicaraguanischen FSLN * El Salvador * Der "schmutzige Krieg" in Peru * Der Grenzkonflikt Ecuador/Peru. 7,- DM.
Bezug: Informationsstelle Lateinamerika, Heerstr. 205, 53111 Bonn.

Zeitschrift für befreiende Pädagogik 4/94
Die Zeitschrift widmet sich ausschließlich dem Befreiungspädagogen Paulo Freire, der sich letztes Jahr in Deutschland aufgehalten hat. Dazu gehören die Aufzeichnungen der Gespräche und Veranstaltungen mit ihm wie auch ein Kurzporträt und Informationen zur Paulo-Freire-Gesellschaft. H. Füchtner untersucht außerdem die Frage der Übertragbarkeit von Freires pädagogischer Methode aus psychologischer Perspektive. 5,- DM
Bezug: AG SPAK, Adlzreiterstr. 23, 80337 München.

FORUM 190/95 Schwerpunkt der neuen Nummer ist das "Verhältnis von Spiritualität und Politik". Hier wird endlich einmal über den Schreibtischrand geblickt und eine längst fällige Diskussion außerhalb der gängigen Insiderthematiken angeboten. Das Heft beleuchtet die Thematik aus sehr verschiedenen Richtungen: Vom Revival der religiösen Bewegung hier, über die Auseinandersetzungen zwischen indianischen und weißen Feministinnen bis zum Ausverkauf hawaiischer Spiritualität im Exotik-Tourismus reicht die Palette. Weitere Themen: Ruanda * Solarenergie für die Lakota-Sioux * Wasserkraftgigantomanie in Frankokanada *
Bezug: FORUM, Bachstr. 14/15, 28195 Bremen.

Lateinamerika Nachrichten Februar '95
Ein Hauptthema der Zeitschrift ist die Auseinandersetzung innerhalb der nicaraguanischen FSLN: Zwei Interviews mit Sergio Ramírez zu Sandinismus und Partei sowie zu seinem Parteiaustritt ergänzen die neusten Berichte. Ebenfalls O-Ton bringt ein Interview mit Rubén Zamora ins Heft. Hier geht es um El Salvador unter dem Motto "Bis zum Stern in der Fahne". Weitere Themen: Radio Venceremos macht Werbefunk * Liberalisierung in Lateinamerika und US-amerikanische Globalstrategie * Südamerika im Sog der Integrationswelle * Chile: NAFTA-Fieber * Brasilien: Die PT nach der Wahlniederlage - Teurer Strom für Rio, das AKW Angra 2 * Paraguay: Wasmosy in Bedrängnis - Der Staudamm Yasyretá. 6,- DM.
Bezug: LN, Gneisenaustr. 2A, 10961 Berlin.

Solidaridad 176
Der Themenblock beschäftigt sich mit "Macht und Medien" in Chile. Die Medienlandschaft wird anhand des neuen Pressegesetzes ("Privileg oder Maulkorb"), des Fernsehens (Neustrukturierung im TV-Netz) und der Radios ("Radios comunitarias) in Grundsatzartikeln beschrieben und analysiert. Interessant ist dies besonders im Hinblick auf die Politik der neuen Regierung. Die "chilenischen Filmtage" in Hamburg dürften diese Nummer gut ergänzen. Weitere Themen: * Erklärung der AFDD (Familienangehörige von Verhafteten/Verschwundenen) zu dem skandalösen Urteil des Obersten Gerichtshofs v. 27.12.94 * Exklusion statt Integration (Teil III), 4,- DM.
Bezug: Solidaridad, Grevenerstr. 89, 48159 Münster.

Tagungshinweise

Über **Demokratie, Menschenrechte und die Kurdenfrage in der Türkei** informiert eine Veranstaltung am 29.4. in Heidelberg. Ca. 2 Millionen Menschen aus der Türkei leben bei uns, 450 000 von ihnen sind KurdInnen. Grund genug, sich für die Lage in ihrem Herkunftsland zu interessieren, zumal dadurch der BRD eine besondere Rolle in der türkischen Politik zukommt. Informationen: Gesellschaft für politische Ökologie, Rieckestr. 26, 70190 Stuttgart, Tel.: 0711/282033.

Aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der UNO lädt die Landeszentrale für politische Bildung vom 5.-7.5. zu einer Veranstaltung mit dem Titel: **„Vereinte Nationen: Wunsch - Vision - Wirklichkeit"** ein. Fragen nach den Erwartungen an die Weltorganisation sowie zum politischen Handlungswillen stehen im Vordergrund. Information und Anmeldung Bei der LpB, Haus auf der Alb, Hanner Steige, 72574 Bad Urach, Tel.: 07125/125-0.

„Nichts ist in der Fremde exotischer als der Fremde selbst" - dieses Bloch-Zitat ist das Motto einer Veranstaltung vom 12.- 14.5. in Bielefeld zum Thema **Reisen in die Dritte Welt**. Dabei soll sowohl nach der Attraktivität/Motivation zu den Reisen in die Exotik gefragt und über die Auswirkungen des Tourismus in den Ländern informiert werden. Informationen: Arbeitskreis entwicklungspolitisches Bildungswerk, Horstweg 11, 32602 Vlotho, Tel.: 05733/6800.

Dem Nord-Süd-Konflikt und seiner Thematisierung in der Bildungsarbeit widmet sich eine Fachtagung, die vom 22.-24.5. in Celle/Hustedt stattfindet. Sie heißt **„Von Rio nach Kopenhagen"** und verweist damit auf den bevorstehenden Weltsozialgipfel. Die Effizienz solcher Treffen und deren Darstellung in der „aktivierenden Bildungsarbeit" sind u.a. Themen der Veranstaltung. Informationen: Projektbüro „SüdNord in der Bildungsarbeit" beim VEN & VNB, Bahnhofstr. 16, 49406 Barnstorf, Tel.: 05442/1596.

Ein Filmseminar mit dem Titel **„(Licht)Blicke - Frauenalltag im Trikont"** findet vom 25.-28.5. in Friedewald/Wuppertal statt. Es geht um Filme, die (aus weiblicher Sicht) die Lebenswirklichkeit von Frauen in der sogenannten Dritten Welt betrachten. Im Vordergrund wird die Auseinandersetzung mit Filmemacherinnen stehen. Auch für Männer offen. Infos: AES, Postfach 200963, 42209 Wuppertal, Tel.: 0202/502928.

Neue Bücher

Stuart Hall, **Rassismus und kulturelle Identität.** Ausgewählte Schriften 2, Argument Sonderband 226, Argument-Verlag, Hamburg 1994, 240 S., DM 29.00

Özay Mehmet, **Fundamentalismus und Nationalstaat.** Der Islam und die Moderne, eva, Hamburg 1994, 350 S., ca. DM 48.00

Wolfgang Sachs (Hg.), **Der Planet als Patient.** Über die Widersprüche globaler Umweltpolitik, Birkhäuser Verlag, Berlin 1994, 296 S., DM 29.80

Walter Michler, **Afrika - Wege in die Zukunft.** Ein Kontinent zwischen Bürgerkriegen und Demokratisierung, Horlemann, Bad Honnef 1994, 200 S., DM 19.80

Christa Randzio-Plath/Sigrid Mangold-Wegner (Hg.), **Frauen im Süden**. Dietz, Bonn 1994, 294 S., DM 19.80

Sabine Ferenschild/Thomas Hax, **Global Unsozial.** Materialien zum Weltsozialgipfel, eXplizit Nr. 48, Horlemann, Bad Honnef 1994, 52 S. Din A4, DM 12.00

Wolfgang F. Haug (Hg.), **Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus.** Band 1: Abbau des Staates bis Avantgarde, Argument- Verlag, Hamburg 1994, 432 S., DM 129.00, Subskription bis 30.6.1995: DM 98.00

Ärzte ohne Grenzen, **Völker in Not.** Mit einem humanitären Atlas, Dietz, Bonn 1995, 224 S., DM 24.80

8/ 395/ 1/204/56412

Archiv für Soz.Beweg.
Spechtpassage
Wilhelmstr. 15

79098 Freiburg